



VOM VORSCHUSSVEREIN ZUR VOLKSBANK

Die Geschichte der **Volksbank Riesa eG**
mit den Anfängen in Riesa, Mügeln-Wermsdorf,
Oschatz, Dahlen & Großenhain





VORWORT

Vostandsmitglieder der Volksbank Riesa eG

Liebe Mitglieder, Kundinnen und Kunden,

vor einigen Jahren beauftragten wir die Riesaer Journalistin Heike Berthold, die Geschichte unserer Volksbank zu erforschen. Das Ergebnis liegt Ihnen nun hier zunächst in einer Online-Fassung vor.

Für die Recherche wurden Materialien aus unseren Bankarchiven genutzt, die leider sehr lückenhaft sind. Die Nachforschungen führten in die Stadtarchive in Großenhain, Riesa und Oschatz sowie in die Staatsarchive Dresden und Leipzig.

In absehbarer Zeit soll diese Chronik auch gedruckt erscheinen. Doch zuvor haben Sie die Möglichkeit, uns eventuell weitere interessante Geschichten, die Sie mit oder bei der Volksbank erlebt haben, zur Verfügung zu stellen. Ihre Erinnerungen sind uns wichtig.

Ganz besonders freuen würden wir uns, wenn Sie uns Fotos zur Verfügung stellen könnten, die im Zusammenhang mit der Volksbank stehen, um diese Chronik noch besser illustrieren zu können. Freuen Sie sich nun neben geschichtlichen Fakten und seltenem Bildmaterial auch auf interessante Berichte von Zeitzeugen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre Vorstände



Kai-Uwe Schulz



Markus Ziron



INHALT

EINLEITUNG	6
RIESA	8
Nach der Wende	42
Die weitere Entwicklung	47
PERSÖNLICHKEITEN DER VOLKSBANK	62
OSCHATZ	72
Creditverein Oschatz	72
Von der Mügeln-Wermsdorfer Bank zur Volksbank Oschatz	74
DAHLEN	132
GROSSENHAIN	168
Von der Bank für Landwirtschaft & Nahrungsgüterwirtschaft Großenhain zur Volksbank Riesa	176
DIE VOLKSBANK RIESA HEUTE UND IN ZUKUNFT	180

Die ersten Genossenschaften entstanden in der Zeit der Industrialisierung und des Übergangs zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung Mitte des 19. Jahrhunderts. Ihre geistigen Väter waren insbesondere Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883) und Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888). Sie wollten die Menschen dabei unterstützen, sich selbst zu helfen und ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

So entstand die Genossenschaftsidee in der Zeit der industriellen Revolution. Damit einher ging auch ein teils dramatischer Wandel der Lebensbedingungen der Menschen. Althergebrachte feudale Machtstrukturen zerbrachen, das aufstrebende Bürgertum bekam die Chance zur Entfaltung, das Proletariat wuchs – vor allem in den Städten. Die Masse der „kleinen Leute“ kam angesichts der unbeschränkten Zunahme des freien Wettbewerbs ins Hintertreffen. Für Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Bauern war die Situation schwierig. Es boten sich zwar große Möglichkeiten, die jedoch schwer zu finanzieren waren, da für sie keine Kredite zu wirtschaftlich leistbaren Konditionen zur Verfügung gestellt wurden.

Selbsthilfe durch freiwillige Kooperation lautete die Lösung – getreu dem Motto „Was einer alleine nicht schafft, das schaffen viele“.

Raiffeisen wirkte vor allem im ländlichen Bereich und lehnte auch Finanzhilfen des Staates nicht ab. Schulze-Delitzsch dagegen setzte sich für das Kleingewerbe ein und gab dem Prinzip der Selbsthilfe den Vorzug. Er verbreitete den Genossenschaftsgedanken durch zahlreiche Publikationen, so auch die „Mitteilungen über gewerbliche und Arbeiter-Assoziationen“ 1850 und „Vorschußvereine als Volksbanken“ im Jahr 1855.

In den Jahren zwischen 1860 und 1870 stieg die Zahl der dem damaligen Genossenschaftsverband bekannten Kreditvereine rasant von 257 auf 1.864 an.

Längst hatten Gewerbetreibende aller Größenordnungen, Beamte und Geldanleger die Vorteile der Genossenschaften für sich erkannt und wurden Mitglieder.

Zunächst blieben die Genossenschaften wirtschaftlich eher schwach. Die Entwicklung der genossenschaftlichen Banken setzte erst ein, als mit dem Reichsgesetz über die Genossenschaften von 1889 eine Beschränkung der Haftpflicht eingeführt wurde. Mit dem Gesetz wurde auch die Zwangsrevision der Genossenschaften beschlossen, welche über die ordnungsgemäße Geschäftsführung wachte. Mit der Gründung von Kredit- bzw. Darlehenskassenvereinen legten Raiffeisen und Schulze-Delitzsch das Fundament für die Gründung genossenschaftlicher Banken.

Seit mehr als 170 Jahren schließen sich Gemeinschaften nun schon zu Genossenschaften nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ zusammen.

Heute gibt es sie in nahezu allen Bereichen – in der Landwirtschaft, im Handel, im Handwerk und im Dienstleistungsgewerbe. Mit etwa 30 Millionen Kunden und über 18,4 Millionen Mitgliedern bilden die Genossenschaftsbanken die größte genossenschaftliche Gruppe in Deutschland.

(Quelle: <https://www.vr.de/privatkunden/was-wir-anders-achen/genossenschaftsbank.html>)

Die Grundidee der Genossenschaft hat bis heute nichts an ihrer Aktualität und Attraktivität eingebüßt. 2016 wurde die „Idee und Praxis der Organisation von gemeinsamen Interessen in Genossenschaften“ von der UNESCO als Immaterielles Kulturerbe der Menschheit anerkannt – und damit einmal mehr auch das Erbe von Raiffeisen und Schulze-Delitzsch gewürdigt. Die UNESCO begründete ihre Entscheidung damit, dass die Genossenschaft eine allen offenstehende Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation darstellt, ein Modell der kooperativen Selbsthilfe und Selbstverantwortung.

Dieses Modell hat sich bewährt, was am Beispiel unserer Volksbank Riesa eG deutlich wird.



Wie es begann...

RIESA

Leider war zur Geschichte der Gewerbebank bzw. Genossenschaftskasse Riesa in den uns zugänglichen Archiven so gut wie nichts zu finden. Auch im Unternehmen selbst gab es kein weiteres Material – im Gegensatz zur Dahlemer Bank (s. Seite 132), der Mügeln-Wermsdorfer Bank und zur Gewerbebank Oschatz (s. Seite 74).

Da das Geschäftsprofil der Gewerbebanken insgesamt jedoch sehr ähnlich war, können wir davon ausgehen, dass sich die Entwicklung in Riesa ganz ähnlich wie in Oschatz und Dahlen vollzog, auch wenn Oschatz einen deutlich größeren Anteil von Mitgliedern hatte, die in der Landwirtschaft tätig waren. Auf die alltäglichen Probleme und administrativen Schwierigkeiten, mit denen sich die Gewerbebanken in der DDR auseinandersetzen mussten, hatte das jedoch kaum Einfluss.

Wir wissen nicht, wie viele Riesaer der am 6. November 1855 im „Elbeblatt und Anzeiger für Riesa, Strehla und Umgebung“ (im weiteren Verlauf nur Elbeblatt genannt), der damaligen Riesaer Tageszeitung, veröffentlichten Aufforderung Folge leisteten und möglicherweise ihren Beitritt zum Vorschussverein für Riesa und Umgebung erklärten. Jedenfalls muss ihre Zahl den Organisatoren der Aktion Mut gemacht haben, ihr Ziel weiter zu verfolgen.

Die Gründung eines Vorschussvereins für Riesa und Umgebung initiierte der am 13. Juli 1848 in Riesa gegründete Gewerbeverein. Wie aus Unterlagen des Riesaer Stadtmuseums hervorgeht, war Aufgabe des neuen Vereins die „Beschaffung von zeitweise erforderlichen Geldmitteln zur Förderung des Geschäftsbetriebes der Mitglieder durch genossenschaftlichen Kredit“. Das Stammvermögen sollte aus Anteilen der Mitglieder gebildet werden.

Allerdings war das offenbar nicht der erste Versuch zur Gründung eines solchen Vorschussvereins. Im Rückblick auf das 50-jährige Bestehen des Riesaer Gewerbevereins kann man im Elbeblatt vom 13. Juli 1893 lesen, dass gleichzeitig mit der Einrichtung einer Sparkasse auch der Wunsch nach einer Vorschussbank zur Unterstützung „rechtlicher“ Bewohner der Stadt laut wurde. In dieser Angelegenheit kam dem Gewerbeverein allerdings eine Privatgesellschaft zuvor, die ihrerseits einen Creditverein gründete. Daran beteiligte sich auch der Gewerbeverein mit einer Summe von 50 Talern, die in zehn Aktien á 5 Talern angelegt wurden. „Das Unternehmen zeigte jedoch wenig Lebensfähigkeit, und man ahnte schon nach vier Wochen seine völlige Auflösung“, heißt es weiter. Der Gewerbeverein zog seine Aktien zurück und nahm die Sache selbst in die Hand „und am 1. Juli 1856 erfolgte die definitive Begründung des Unternehmens unter dem Namen Vorschussverein“. Das ist allerdings der einzige Hinweis auf dieses Datum als Gründungstag, der in allen gesichteten Unterlagen gefunden wurde.

Es war ein Statut erarbeitet worden, für das jedoch noch die „obrigkeitliche Bestätigung“ fehlte. Trotzdem trieb man die Angelegenheit voran.

Das Statut lag zur Einsichtnahme beim Vorsitzenden des Gewerbevereins, Schneidermeister C. Lahl, und bei Tuchhändler Adler aus. Die Unterschriftenaktion sollte am 14. November 1855 abgeschlossen und „sodann sofort zur Constituierung des Vereins selbst geschritten werden“. Der Beschluss stammt vom 27. Oktober 1855, veröffentlicht wurde er am 6. November 1855 im Elbeblatt.

Das Elbeblatt greift das Thema bereits am 13. November auf und veröffentlicht dazu auf der Titelseite und auf Seite 2 einen umfangreichen Text. Man kann daraus schließen, dass diese Angelegenheit für eine breite Öffentlichkeit von Interesse war.

Der Autor, dessen Name nicht genannt wird, lobt unter der Überschrift „Vorschussvereine und Volksbanken“ zunächst den Gewerbeverein für die Idee, einen solchen Verein zu gründen und deutet das als Beweis für das anerkennerwerte Streben des Gewerbevereins, Gewerbe und Wirtschaft zu beleben. Er hofft auf die „allgemeine Theilnahme der Einwohnerschaft unserer Vaterstadt“. Er geht auf einen gleichnamigen Text ein, der in der Berliner „Nationalzeitung“ veröffentlicht worden war und in dem die bisher in Brandenburg gegründeten Vorschussvereine als „Almosenvereine“ bezeichnet werden, die kleine, unverzinsliche Darlehen gewähren – nicht nach Kreditwürdigkeit, sondern nach Bedürftigkeit. Das hätte weder den Vorschussvereinen noch den Gewerbetreibenden wirklich geholfen. Allerdings wüssten es die Handwerker meist nicht besser. Umso mehr wird die „Anleitung“ gewürdigt, wie sie durch H. Schulze-Delitzsch geleistet würde. Er verweist darauf, dass sich in Delitzsch, Eilenburg, Bitterfeld, Eisleben und anderen Orten der Provinz Sachsen aus „den sogenannten Vorschussvereinen, die aber wahre Almosenvereine bildeten, lebenskräftige Volksbanken entwickelt“ hätten, aus denen bereits seit drei bzw. vier Jahren kleine Banken entstanden wären, die eine „der wesentlichen Grundlagen des wirtschaftlichen Wohlergehens der Beteiligten bilden“. Unter der Leitung von Schulze-Delitzsch hätten sich die Vorschussvereine den praktischen Bedürfnissen und örtlichen Verhältnissen entsprechend entwickelt und eine Gestalt angenommen, die allen Anforderungen der volkswirtschaftlichen Theorie entspräche, so dass sich Theorie und Praxis gegenseitig bestätigen würden.

Der Gewerbeverein war einer der ältesten Vereine der Stadt und hatte sich zum Ziel gesetzt, den Gewerbebestand durch die Förderung gewerblicher und materieller Interessen zu heben. Auf Anregung des Vereins wurden 1849 eine Sonntagsschule, 1853 die Sparkasse, 1876 der Verein zur Unterstützung durchreisender Fremder, 1868 die allgemeine Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse und 1881 die Stadtbibliothek gebildet.

1849 hatte Riesa 2.930 Einwohner. Die Handwerksmeister bildeten die größte soziale Gruppe.

Von dem Gewerbe-Vereine hierselbst ist die Errichtung eines Vorschussvereins für Riesa und Umgegend beschlossen, und das Statut derselben soweit vorbereitet worden, daß es bis auf obrigkeitliche Bestätigung definitiv feststeht.
Es werden daher nun alle Diejenigen, welche diesem Vorschussvereine beizutreten gesonnen sind, hierdurch ersucht, das Statut, welches bei dem Unterzeichneten und Herrn Tuchhändler Adler hier ausliegt, einzusehen und ihren etwaigen Beitritt zu erklären.
Diese Subscription wird jedoch
den 14. November d. J.
geschlossen und sodann sofort zu Constituierung des Vereins selbst geschritten werden.
Riesa, am 27. October 1855.
Der Gewerbeverein.
C. Lahl, Vorst.

Die Meldung im Elbeblatt vom 6. November 1855



Die Gründungsversammlung fand im „Kronprinz“ an der heutigen Hauptstraße statt. An dieser Stelle befindet sich heute der Neubau der Commerzbank. Foto: Stadtmuseum

Der Text gipfelt in dem Aufruf an alle Handwerker, sich zur Bildung solcher überaus wohlthätigen Institute zu vereinigen, und an alle Menschenfreunde aus den gebildeteren Klassen, welche Herz und die Fähigkeit besitzen, um die Anregung und erste Leitung solcher Vereine in die Hand zu nehmen. Sie sollen nicht zögern, sondern Hand ans Werk legen.

Auch in Riesa kommen die Gründerväter des Vorschussvereins aus den gebildeteren Schichten. Interessant ist, dass der Begriff „Volksbanken“ hier bereits auftaucht, dann allerdings bis zur Umbenennung 1941 (s. Seite 34) nicht wieder. Sehr kurzfristig, am 20. November 1855, wurde im Elbeblatt zur am gleichen Tag stattfindenden „Constituierung des Vorschussvereins“ in den Gasthof „Zum Kronprinz“ eingeladen.

Zu völliger Constituirung des Vorschussvereines in Riesa soll
heute, den 20. November 1855,
 eine Versammlung sämmtlicher Mitglieder desselben gehalten werden.
 Alle Diejenigen nun, welche ihren Beitritt zu dem fraglichen Vereine bereits erklärt haben, oder
 noch beizutreten gesonnen sind, werden daher hierdurch eingeladen, sich
 heute Abend 7 Uhr
 im Gasthose zum Kronprinz hier,
 pünktlich und sämmtlich zu erscheinen, die Wahl ihres Directoriums vorzunehmen, und das Statut zu
 unterzeichnen.
 Riesa, am 17. November 1855. Der Gewerbeverein.
 Laßl, Vorst.

Die Einladung zur „völligen Constiuierung des Vorschussvereins“ vom 20. November 1855

Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Direktoriums und die Unterzeichnung des Statuts.

Dann allerdings geriet die Sache ins Stocken. Am 4. Januar 1856 veröffentlichte das „Directorium des Vorschussvereins“ die Entscheidung vom 2. Januar, dass man die Angelegenheit ruhen ließe, bis die Regierungsbehörde die bereits nachgesuchte Genehmigung des Statuts ausgesprochen habe. Das Statut war am 7. Dezember 1855 dort eingereicht worden. Der Verein wurde gegründet, seine Leitung gewählt. Erster Vorsitzender des „Directoriums“ war G. Moritz Förster. Aber nun war man offenbar in die sich langsam drehenden Räder der Bürokratie geraten.

In Meißen wurde der erste Credit-Verein der Region gegründet. Er reichte den Antrag auf Bestätigung seines Status am 10. April 1855 ein, musste aber nach einigem Hin und Her mit der Behörde und einigen Änderungen am Statut bis zum 16. Oktober 1857 auf dessen Bestätigung warten. Ungeachtet dessen nahm der Verein aber offenbar seine Tätigkeit auf, denn es gibt einen Rechenschaftsbericht über das erste Geschäftsjahr vom 1. April 1855 bis 31. März 1856.

Advokat G. M. Hallbauer, der Direktor des Meißner Credit-Vereins, verfasste 1857 eine Schrift mit dem Titel „Über Vorschuss- und Credit-Vereine, mit besonderer Rücksicht auf den Credit-Verein Meißen“ und empfahl darin, die Allgemeinheit solle Lehren aus den Erfahrungen der Meißner ziehen. Er schreibt: „Auch die Ausbildung der Creditvereine, die in einigen preußischen Städten schon seit mehreren Jahren ihre Lebensfähigkeit bewahrt haben, wird in Sachsen ihren steten Gang nehmen; dafür bürgen die vielfachen, dem Meißner Credit-Verein aus anderen sächsischen Städten zugekommenen Anfragen und Mittheilungen, wonach anderwärts derartige Anstalten theils in der Bildung begriffen sind, theils, z. B. in Riesa, Dohna, Oschatz, schon in voller Wirksamkeit bestehen;...“. Für die aktive Arbeit des Vereins in Riesa gibt es für diese Zeit jedoch keinerlei Nachweis.

Wie aus Hallbauers Schrift hervorgeht, gab es eine ganze Reihe sächsischer Städte, die sich mit der Gründung ähnlicher Vorschuss- oder Credit-Vereine befassten und ihre Statuten bei der Regierungsbehörde einreichten.

Die Firma G. Moritz Förster war ein Riesaer Unternehmen, zu dem ein Baugeschäft und eine Schiffswerft gehörten. Es wurde 1848 gegründet, stand 1855 also noch am Anfang seiner Entwicklung. Im Laufe der Jahre wurde daraus ein Betrieb mit beachtlicher Größe. In Spitzenzeiten beschäftigte er nahezu 500 Mitarbeiter. Vom Baugeschäft G. Moritz Förster wurde in Riesa einer ganze Reihe von Privat- und Fabrikgebäuden errichtet, so auch das Gebäude, das heute der Volksbank Riesa eG als ihr Hauptsitz gehört (s. auch S. 28)

Vorschussverein.
 Den Herren Mitgliedern des hiesigen Vorschussvereines wird hiermit angezeigt, daß mit weiterem Vorgehen in der Sache Anstand genommen werden muß, bis die bereits nachgesuchte Genehmigung des Statuts Seiten der hohen Regierungsbehörde ausgesprochen ist.
 Riesa, am 2. Januar 1856. Das Directorium des Vorschussvereins.

Anfang 1856 wurde vom weiteren Vorgehen in Sachen Vorschussverein „Abstand genommen“, da das Statut von der „hohen Regierungsbehörde“ noch nicht genehmigt war.

Während der Creditverein um die Bestätigung seiner Statuten kämpfte und die zuständigen Behörden sehr langsam, abwartend und vorsichtig agierten, hatte sich die Idee solcher Vereine längst durchgesetzt. So tagten am 6. und 7. September 1857 die Gewerbe-Vereine Sachsens in Riesa im Saal der Gaststätte „Zum Kronprinz“. Die Stadt war aus diesem Anlass festlich mit Kränzen und Blumengirlanden geschmückt. Auf der Tagesordnung des Treffens stand, wie aus dem Elbeblatt vom 8. September 1857 hervorgeht, auch die Gründung von Vorschussbanken für Gewerbetreibende bei allen Gewerbevereinen. Sie wurden als „Lebensnerv der Gewerbe“ bezeichnet, und es gab eine längere Diskussion dazu mit der Schlussfolgerung: „Alle Gewerbevereine, die noch keine Vorschussbank besitzen...“ sollten solche errichten nach dem Vorbild der bereits vorhandenen. Außerdem wurde die Bildung eines „Centralvereins“ angeregt, der die Gründung einer Landesbank erörtern sollte.

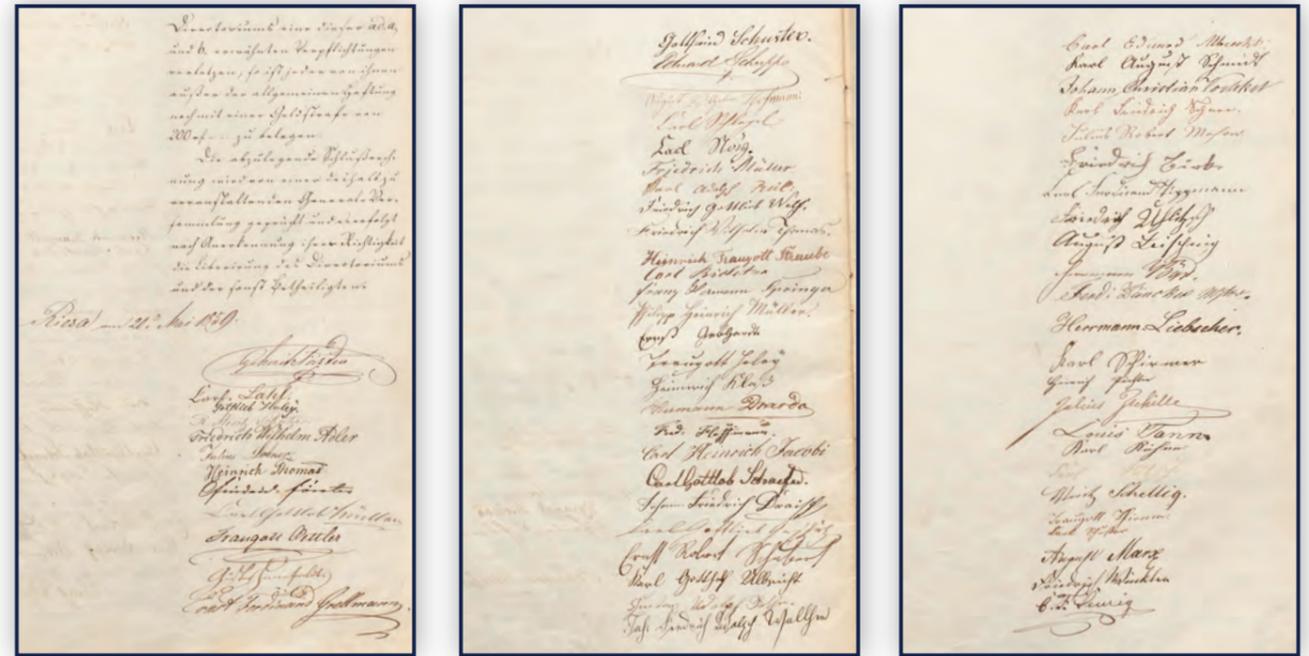
Friedrich Ferdinand Graf von Beust (1809-1886)
 Beust war ein Staatsmann im Königreich Sachsen und in der Habsburger Monarchie. Als Gegenspieler von Bismarck versuchte er, eine gemeinsame Politik der deutschen Mittelstaaten zwischen Österreich und Preußen zustande zu bringen. Nach einem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Berlin trat er in den diplomatischen Dienst des Königreiches Sachsen. Beust war ab 1849 Außenminister und zusätzlich vom 25. Oktober 1858 bis 15. August 1866 Vorsitzender des Gesamtministeriums des Königreiches Sachsen, galt aber schon vor 1858 als maßgebendes Mitglied des Kabinetts. Mit Preußen und Hannover schloss er das Dreikönigsbündnis. Da sich Bayern und Württemberg nicht anschlossen, wandte sich Beust von Preußen ab und Österreich zu. In dieser Zeit gewann er entscheidenden Einfluss auf König Johann I. (Quelle: Wikipedia)

Dort war man möglicherweise von dem Ausmaß der Anträge überfordert und wurde unsicher, welche Folgen die Bildung solcher unabhängigen Vereine für die Entwicklung des Finanzsektors haben könnte. Wie aus Unterlagen des Staatsarchiv deutlich wird, wanderten die Akten zur Kreis-Direction zu Dresden, von dort an das Königliche Ministerium des Innern und wieder zurück. Es ging dabei weniger um grundsätzliche Dinge, oft nur um Einwände und Formalien, beispielsweise darum, in welcher Form eine Schuld festgeschrieben werden soll. Außerdem behielt sich die Staatsregierung das Oberaufsichtsrecht vor, indem sie für jeden Verein einen „Commissar“ bestimmte, der zu allen Generalversammlungen einzuladen war und darüber zu wachen hatte, dass die formellen Vorschriften der Statuten eingehalten werden und nicht beschlossen wird, was Statuten, Gesetzen und sonst bestehenden Anordnungen zuwiderläuft. Im Grunde genommen war man bereit, die Vereine als wohltätig für das Gewerbe anzuerkennen, aber etwas Misstrauen war immer noch spürbar. Die neugegründeten Sparkassen benötigen immer die Garantie einer Gemeinde. Wäre das für Vereine nicht auch denkbar? Fallen die Vereine unter das Corporationsrecht? Darüber hinaus ging es um die „Stempelbefreiung“, das heißt um die Befreiung von Steuern bzw. Gebühren, die durch Abstempeln der entsprechenden Papiere mit einem Stempel oder einer Stempelmarke erhoben wurden. Man war sich nicht sicher, ob das Modell Vorschuss- oder Creditverein zukunftsfähig sei.

Aber die ganze Angelegenheit klemmte möglicherweise noch an anderer Stelle. Am 23. September 1858 schrieb das Gerichtsamt Riesa an die Kreisdirection zu Dresden: „Nachdem der Vorstand des hier projectierten Vorschuss-Vereins nunmehr die Statuten des Creditvereins und der Vorschussbank zu Riesa allhier eingereicht hat, so verfehle ich nicht der kgl. Kreisdirection solche zur Bestätigung gehorsamst einzusenden und füge die eingegangene Acta... bei...“. Haben die Unterlagen so lange dort gelegen oder wurde weiter an der „Verfeinerung“ des Statuts gearbeitet? Das geht aus den Unterlagen, die sich im Staatsarchiv Dresden befinden, nicht hervor.

Am 2. Oktober 1858 leitete die Kreisdirection die Unterlagen an das Ministerium des Innern weiter. Von dort gab es offenbar weitere Änderungswünsche. Am 22. Februar 1859 schrieb das Gerichtsamt Riesa an das Königliche Ministerium des Innern und übermittelte – Bezug nehmend auf einen am 23. September 1858 „gehorsamst erstatteten Bericht“ – das Gesuch des Zimmermeisters Moritz Förster zu Riesa als „provisorischen“ Vorstand einer „dasselbst zu errichtenden Vorschussbank“ zur Entschliebung. Diese Formulierungen bestätigen die Vermutung, dass der Riesaer Verein noch nicht aktiv tätig war. Vom Ministerium des Innern wurden die Akten an das Ministerium für Finanzen weitergeleitet, das wiederum am 10. März 1859 den Creditvereinen zu Oschatz, Riesa, Wechselburg und Stollberg sowie dem Vorschussverein Bischofswerda die Stempelbefreiung genehmigte. Hier heißt es auch, dass man die gleiche Befreiung allen künftigen und noch entstehenden Credit- bzw. Vorschussvereinen genehmigen will. Allmählich bilden sich offenbar einheitliche Richtlinien heraus, wie man bei der Anerkennung der neuen Einrichtungen vorgehen wird.

Doch der Riesaer Verein war noch nicht am Ziel. Es gab wieder Einsprüche, meist handelte es sich um Formalitäten. Am 8. Juni 1859 schickte Moritz Förster ein überarbeitetes Statut nach Dresden, das 57 Unterschriften von Riesaer Gewerbetreibenden trägt – ausgestellt am 20. Mai 1859.



Ein Teil der 57 Unterschriften Riesaer Gewerbebetreibender unter dem überarbeiteten Statut.

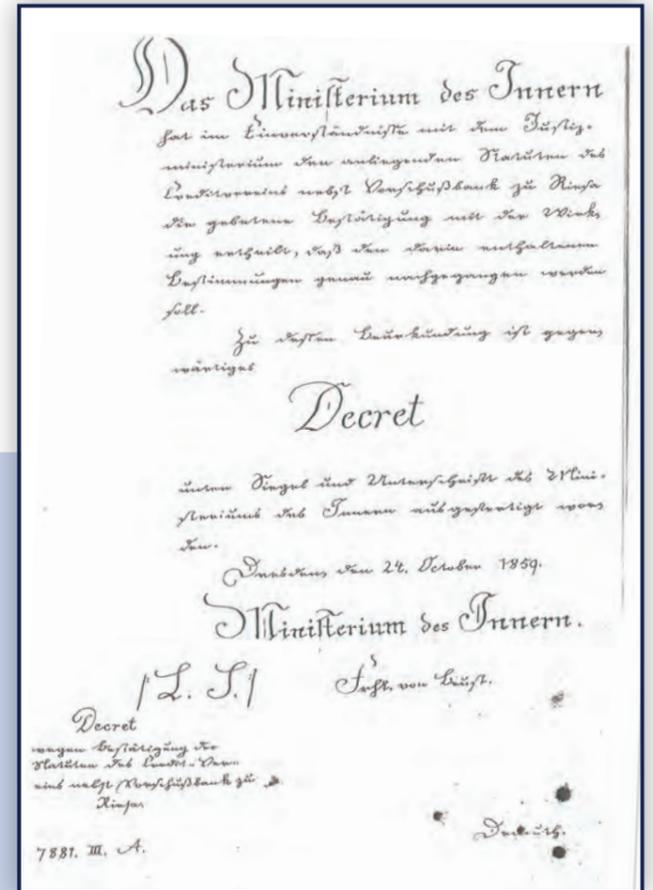
Am 1. August 1859 erging eine weitere Fassung an das Ministerium der Finanzen. Die letzte Fassung des Status stammt vom 20. August 1859 und trägt die Unterschrift „Das Directorium des Credit-Vereins nebst Vorschussbank“ sowie die Namen Zimmermeister Förster, Director, Buchdrucker Grellmann, Cassirer, und Uhrmacher Drasdo, Schriftführer. Die Genehmigung erfolgte am 24. Oktober 1859 durch Freiherr von Beust (s. Seite 12) aus dem Ministerium des Innern. Auffällig ist, dass es keine einheitliche Schreibweise des Vereinsnamens gab.

„Das Ministerium des Innern hat im Einverständnisse mit dem Justizministerium den anliegenden Statuten des Creditvereins nebst Vorschussbank zu Riesa die gebetene Bestätigung mit der Wirkung erteilt, daß den darin enthaltenen Bestimmungen genau nachgegangen werden soll.“

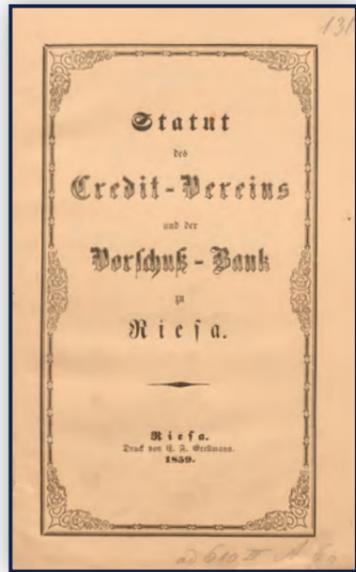
Zu dessen Beurkundung ist gegenwärtiges Decret unter Siegel und Unterschrift des Ministeriums des Innern ausgefertigt worden.

Dresden, den 24. Oktober 1859
Ministerium des Innern.
Frhr. Von Beust.

Decret wegen Bestätigung der Statuten des Credit-Vereins nebst Vorschussbank zu Riesa.“



Dieses „Decret“ beurkundet, die Genehmigung der Statuten.



Das Statutenheft von 1859

Nach fast vier Jahren waren die Riesaer endlich am Ziel! Für eine aktive Geschäftstätigkeit in dieser Zeit gibt es keinen Nachweis. Der Verein hatte zu diesem Zeitpunkt 65 Mitglieder.

Paragraf 13 der neuen Statuten besagt, dass die Namen des Direktors, seines Stellvertreters, des Kassierers und des Schriftführers sowie jeder Wechsel dieser Personen im Riesaer Lokalblatt öffentlich bekannt zu machen sind. Das wird umgehend erledigt. Im Elbeblatt vom 7. Februar 1860 steht zu lesen, dass das Direktorium des Creditvereins nebst Vorschussbank aus G. Moritz Förster als Direktor und E. F. Grellmann als Kassierer besteht. Ernst Ferdinand Grellmann war übrigens Buchdrucker und zeichnete für die Redaktion und den Verlag des Elbeblatts verantwortlich.

Vom Gesamtvorstand gewählt wurden Maurermeister C. Müller sen. als Stellvertreter des Direktors, Tuchhändler Adler als Stellvertreter des Kassierers und Uhrmacher H. Drasdo als Schriftführer.

Die Riesaer nahmen diese Nachricht offenbar positiv auf, denn der Mitgliederstand stieg im gleichen Jahr auf 106.

Ein Jahr später, im März 1861, wurde der erste Geschäftsbericht für das Jahr 1860 veröffentlicht.

Bereits 1862 verlieh der Verein 50.659 Taler in 786 einzelnen Posten. Die Gesamteinnahme betrug fast 65.000 Taler. Der Verein zahlte 11 Prozent Dividende! Im Jahr 1861 wurden 41.621 Taler eingenommen und 33.240 Taler in 622 Posten verliehen. Das geht aus einem Zeitungsartikel im Elbeblatt vom 21. April 1863 hervor, der sich auf mehr als einer ganzen Seite dem Vorschussverein Riesa widmet.



Der erste Geschäftsbericht (links) des Credit-Vereins nebst Vorschuss-Bank zu Riesa

Das Elbeblatt (rechts) widmete sich ausführlich dem Thema Vorschussverein.



Darin behauptet der Autor übrigens, dass der Vorschussverein sein sechstes Lebensjahr zurückgelegt habe. Es bleibt unklar, auf welches Datum er dabei Bezug nimmt, denn die ersten Zusammenkünfte zur Gründung gab es 1855, die Genehmigung durch das Ministerium des Innern erfolgte erst 1859.

Der Autor singt in seinem Text ein Loblied auf die Vorschussvereine, die überall „gedeihen“, und stellt sie dem Wirken der sich ebenfalls gut entwickelnden Sparkassen gegenüber. „Wenn aber die Sparkassen mehr dazu bestimmt sind, Capitale auf Grundstücke gegen Hypothek auszuleihen, und somit unbewegliche Werthe zu stiften, so haben die Vorschussvereine gerade die entgegengesetzte Bestimmung. Das Geld derselben ist stets beweglich. Sie leihen dasselbe dem Gewerbe, der Industrie, dem Handel, und zwar nur auf einige Monate.“ Das Prinzip eines Vorschussvereins beruhe auf Selbsthilfe und darauf, dass der Verein das Geld nur in Abhängigkeit von der Mitgliederzahl verleihen kann. Mehr Mitglieder – mehr Geld. „Sofort Geld zu haben, wenn Geld gebraucht wird, hat für den kleinen Gewerbsmann einen hohen Werth.“ Er könne sich das Material kaufen, wenn es günstig ist, er wahrte sein Selbstgefühl, „indem er sich vor Niemandem zu erniedrigen, seine Lage aufzudecken braucht.“

Die Geschäfte liefen. Für 1877 weist der Credit-Verein – die Schreibweise wechselt immer mal wieder – 3.070,80 Mark als reinen Geschäftsgewinn aus. Während 708.430 Mark an Vorschüssen ausgezahlt wurden, nahm der Verein 831.326,44 Mark ein. Er verfügte über einen Reservefonds in Höhe von 7.112,62 Mark.

Maurers, Zwillingstöchter, 3 W. — Johann Gottlieb Lindner, Einwohner, 61 J. 9 M. — Frau Johanne Kofne, weil. Gottfried Heinrich Großes, Handarb., hinterl. Wittwe, 64 J. — Frau Christiane Sophie, weil. Mstr. Johann Ferdinand Köhrs, Löffers, hinterl. Wittwe, 65 J. 5 T.

Creditverein nebst Vorschussbank.

In Gemäßheit §. 13 des Statuts zeigen wir hiermit an, daß das Directorium des Vereins gegenwärtig aus:

dem unterzeichneten, **G. Moritz Förster** als Director und dem mitunterzeichneten, **E. F. Grellmann** als Cassirer,

besteht.

Von dem Gesamtvorstande wurde:

- Herr Maurermeister **C. Müller** sen. als Stellvertreter des Directors,
- Tuchhändler **Adler** als Stellvertreter des Cassirers und
- Uhrmacher **H. Drasdo** als Schriftführer

gewählt.

Riesa, den 6. Februar 1860.

Das Directorium
G. Moritz Förster. E. F. Grellmann.

Die Vaterländische Feuerversicherungs-Gesellschaft

Die Bekanntmachung mit den Namen der gewählten Personen.



Die Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung am 9. Oktober 1889

Hintergrund war ein neues Reichsgesetz (s. Anmerkung Seite 19), betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, das am 1. Oktober 1889 in Kraft getreten war und die beschränkte bzw. unbeschränkte Haftpflicht von Genossenschaften oder als dritte Variante die unbeschränkte Nachschusspflicht regelte.

Falls für einen Weiterbestand gestimmt würde, sollte das revidierte Statut beraten und abgestimmt werden. Offenbar wurde das neue Statut zunächst nicht beschlossen, weil die Versammlung nicht beschlussfähig war.

Am 23. Oktober 1889 gab es eine zweite außerordentliche Generalversammlung zum Thema Auflösung oder Weiterbestand. 173 Mitglieder waren dazu erschienen, womit das Gremium diesmal beschlussfähig war. Mit 110 zu 63 Stimmen wurde für das Fortbestehen des Vereins als eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht entschieden.

Das Genossenschaftsregister vermeldet am 30. November 1889 dann auch: Creditverein zu Riesa, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Verabschiedung eines neuen Statutes.

Dr. Eckhardt wurde als Direktor gewählt, Hering als sein Stellvertreter, Gaschütz als Kassierer und Müller als dessen Stellvertreter.

Das noch existierende Mitgliederbuch aus diesem Jahr beinhaltet 243 Namen mit der Anmerkung des Registerführers Glauch: „Die unter Nr. 1 bis 243 eingetragenen Personen sind die der Genossenschaft am 1. Oktober 1889 angehörenden Mitglieder, eingetragen am 11. Dezember 1889.“

Mit der Erstellung dieser Mitgliederliste entsprach man dem neuen Genossenschaftsgesetz, das eine solche Liste verlangte. Von der Möglichkeit der beschränkten Haftung machten die Riesaer allerdings erst im Jahr 1907 Gebrauch.

Das neue Genossenschaftsgesetz

Das von Hermann Schulze-Delitzsch entworfene und erstmals 1867 in Preußen verabschiedete Genossenschaftsgesetz gab den Genossenschaften eine größere rechtliche Sicherheit. Ihre Gründung war nun nicht mehr von einer staatlichen Konzession und damit vom Wohlwollen der regionalen Behörden abhängig. Eine Revision des Genossenschaftsgesetzes führte 1889 zur Einführung der beschränkten Haftung – und sorgte damit für einen neuen Aufschwung der Genossenschaftsbewegung. Aber je weiter sich die Genossenschaftsbewegung entwickelte, umso deutlicher wurden die Probleme, die sich aus dem Fehlen klarer juristischer Regeln ergaben.

Die Umsetzung eines bereits 1860 von Hermann Schulze-Delitzsch vorgelegten Gesetzentwurfs, der diese Probleme beheben sollte, verzögerte sich unter anderem durch das Misstrauen, das den Genossenschaften insbesondere von konservativen und reaktionären Politikern entgegengebracht wurde. Das lag auch daran, dass sich in den Genossenschaften viele Männer engagierten, seit dem Revolutionsjahr 1848/49 als Demokraten verrufen waren.

1867 gelang es Schulze-Delitzsch, seine Gesetzesvorschläge im Preußischen Landtag durchzusetzen und den Genossenschaften die rechtliche Anerkennung ohne Voraussetzung einer staatlichen Genehmigung zu sichern.

Nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 wurde es zum Reichsgesetz erhoben und 1889 in revidierter Form als „Reichsgesetz betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ beschlossen, das in wesentlichen Grundzügen trotz einiger weiterer Novellierungen bis heute Bestand hat. Als wohl wichtigste Änderung für die Entwicklung des Genossenschaftswesens hat sich – neben der Einführung der Revisionspflicht, einer gerichtlich geführten Mitgliederliste oder der Zentralgenossenschaften – die Zulassung der beschränkten Haftung erwiesen. Hierdurch wurde das Risiko für die bislang solidarisch haftenden einzelnen Genossenschaftsmitglieder auf einen in der jeweiligen Satzung festgelegten Maximalbetrag begrenzt.

Quelle: genossenschaftsgeschichte.info

Einen weiteren Wechsel verrät eine Zeitungsmeldung vom 13. April 1892. Direktor Dr. Eckhardt berichtete zunächst über eine Revision, bei der sich nur geringfügige Mängel zeigten. Er betonte, dass die Genossenschaft auf solider Grundlage nach bewährten Grundsätzen geleitet werde. „Die Geschäftsübersicht ... zeigte, ... dass der Creditverein wiederum in seitheriger stiller Weise gewirkt hat und auch den ängstlichen Gemüthern keinen Anlass zur Beunruhigung giebt.“ Der Reingewinn gestatte eine Dividende von 6 Prozent. Dr. jur. Eckhardt legte sein Amt als Direktor wegen Wegzugs nieder. Deshalb wurde Rechtsanwalt Dr. jur. Friedrich Gustav Mende zum Direktor gewählt und Kaufmann Carl August Ferdinand Raffe sen. für den verstorbenen Schiffs-eigner F. Hering zum Stellvertreter.

Der Schriftführer Frz. Heinrich zog sein Entlassungsgesuch auf vielfachen Wunsch zurück und verblieb bis Jahresende im Aufsichtsrat. Dr. Eckhardt wurde für die umsichtige Leitung des Vereins gedankt.

Am 12. und 13. Juli 1898 feierte der „Gewerbeverein zu Riesa“ sein 50-jähriges Bestehen. Anlässlich dieser „goldenen Jubelfeier“ gab er in einem gedruckten Heft einen Überblick über sein Wirken. Da findet auch der Vorschussverein Erwähnung: „Dass der Gewerbeverein auch ursprünglich die jetzt städtische Sparkasse errichtet, den noch segensreich wirkenden hiesigen Vorschussverein gegründet... hat, ist in den Festschriften von 1873 und 1888 ausführlich erörtert worden.“ Das ist zwar nur eine Zeile in dem 24-seitigen Heft, aber immerhin wird das Wirken des „Vorschußvereins“, der eigentlich schon lange nicht mehr so genannt wird, als sehr positiv angesehen.

Leider fanden sich in den uns zugänglichen Dokumenten nur wenige Berichte oder Einschätzungen Außenstehender über die Tätigkeit des Creditvereins, so dass wir lediglich durch die pflichtgemäß veröffentlichten Geschäftsberichte – wenn sie denn vorhanden sind – Rückschlüsse auf seine Arbeit ziehen können.

In dem bereits erwähnten Bericht im Elbeblatt über die Generalversammlung von Creditverein und Vorschußbank vom 2. März 1866 kann man lesen, dass der Verein glücklich gedeiht und die erfreuliche Zunahme des Geschäftsumsatzes dafür spräche, dass die Statuten brauchbar sind und dass die vom Vorstand oder Ausschuss verfolgten Grundsätze sich als praktisch bewähren. Der Autor zitiert G. Moritz Förster als Direktor: Der Verein habe sich zu dieser Wirksamkeit entwickelt, „zur eignen Überraschung und selbst wider Erwarten der ersten Begründer des Instituts.“ Das Vertrauen, das der Verein bei seinen Kunden genieße, zeige sich um Vermögen in Höhe von 28.675 Talern, das dem Verein anvertraut wurde.

Einen kleinen Eindruck vermittelt eine Meldung im „Elbeblatt“, die am 30. März 1898 unter der Rubrik „Oertliches und Sächsisches“ erschien.

In ihr heißt es unter anderem: „Der Creditverein, der 1856 gegründet worden ist, hat in der langen Zeit seines Bestehens namentlich unter dem Stande der Gewerbetreibenden und Kaufleute unserer Stadt und Umgegend viel Gutes gewirkt. Wie wir hören, hat das Gedeihen des Riesaer Creditvereins eine Anzahl Bürger der Nachbarstadt Strehla veranlaßt, eine ähnliche Kreditgenossenschaft ins Leben zu rufen.“ Dem Creditverein muss es wirklich gut gegangen sein, denn er zahlte in diesem Jahr 9 Prozent Dividende auf die Stammanteile. Nach 1886 veröffentlichte der Verein seine Jahresabschlüsse nicht mehr im Elbeblatt.

Aus Unterlagen des Riesaer Stadtmuseums geht hervor, dass der Creditverein im Jahr 1900 205 Mitglieder hatte – deutlich weniger als zuvor. 1901 wurden 1.249.798 Mark Vorschüsse geleistet – eine beachtliche Zahl.

Am 30. Juli 1907 enthält das Genossenschaftsregister den Hinweis auf eine Statutenänderung. Die Firma lautet künftig „Creditverein zu Riesa, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“. Gegenstand des Unternehmens ist, den Mitgliedern durch den gemeinschaftlichen Kredit und durch den Betrieb des Bankgeschäfts ... die zur Förderung ihres Geschäftsbetriebes zeitweise erforderlichen baren Geldmittel zu beschaffen.“ Hier wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nur Mitglieder des Creditvereins in den Genuss seiner Leistungen kommen.

Aus dem Genossenschaftsregister sind die Personalwechsel erkennbar, die sich über die Jahre immer wieder ergaben. So ist laut einer Notiz vom 10. April 1917 immer noch Rechtsanwalt Dr. Mende Direktor des Creditvereins, Kaufmann August Anton Albrecht heißt der Kassierer, stellvertretender Direktor ist Stellmachermeister Georg Möbius aus Riesa, stellvertretender Kassierer Kaufmann Clemens Bürger aus Riesa. Aber es gibt keinen Hinweis darauf, wo der Verein seinen Sitz hatte.

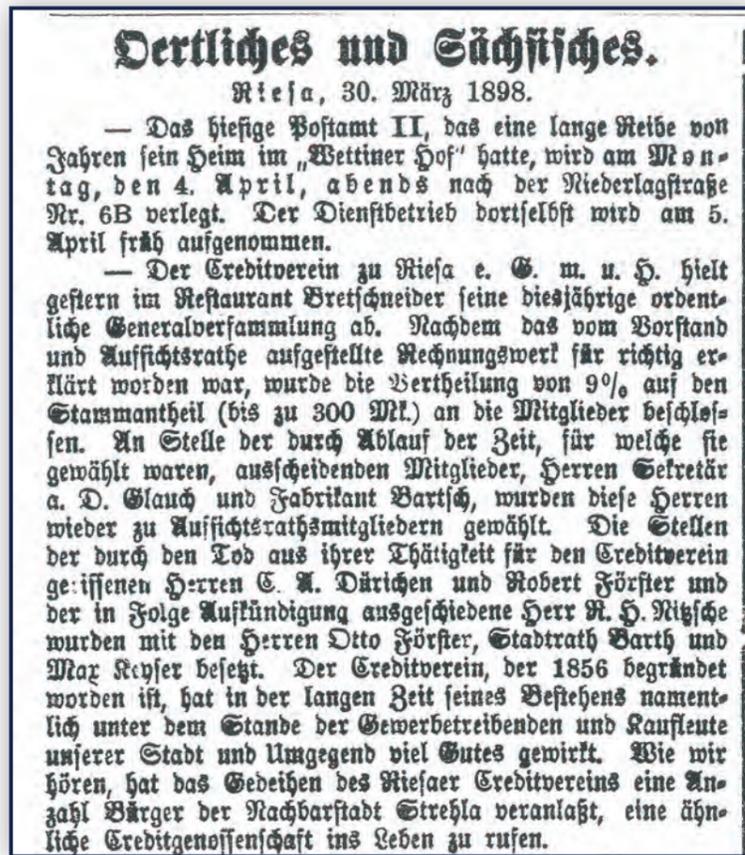
Ein bemerkenswertes Datum ist der 16. Juli 1921. Das Genossenschaftsregister meldet, dass die Firma jetzt „Gewerbebank Riesa, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“ lautet. Die Satzung wurde erneut geändert. „Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften zum Zweck der Beschaffung der für das Gewerbe und die Wirtschaft der Mitglieder nötigen Geldmittel und aller Unternehmungen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu fördern.“ Mit dem Zusatz „und aller Unternehmungen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu fördern“ erweitert sich die Gewerbebank ihre Handlungsspielräume ungemein.

Der neue Vorstand besteht aus den Mitgliedern August Anton Albrecht, Schlossermeister Curt Dombois, Mühlenbesitzer Hugo Röhrborn und Kaufmann Paul Dechert.

Interessante Fakten gehen aus einem „Bericht über eine Bilanzprüfung und Beratung der Gewerbebank Riesa“ vom 11. August 1921 hervor. Der Revisor Stiller vom Landesverband gewerblicher Genossenschaften in Sachsen schreibt darin, dass er anlässlich der Umwandlung des Creditvereins Riesa in die Gewerbebank im Auftrage des Verbandes eine Prüfung der zum 30. Juni 1921 aufgestellten Bilanz vorgenommen und die Genossenschaft bei der notwendig werdenden Erweiterung des Geschäftsbetriebes und der Änderung der Buchhaltung beraten habe. Sie erzielte einen Reingewinn in Höhe von 2.095,40 M und verfügte über einen Reservefonds in Höhe von 23.299,11 M. Künftig solle unterscheiden werden in einen gesetzlichen und einen Hilfsreservefonds.

Stiller schreibt: „Die Genossenschaft hat sich bis jetzt nur mit der Kreditgewährung an Mitglieder und der Annahme von Spargeldern befasst. Nun sollen auch alle anderen bankmäßigen Geschäfte in den Geschäftskreis einbezogen werden. Dazu macht sich eine Erweiterung der Buchhaltung notwendig.“

Dazu gibt er technische Hinweise, wie die Geschäfte künftig dokumentiert werden sollen.



Unter anderem müsse ein regelrechter Kontokorrentverkehr aufgenommen werden. Dazu sei es notwendig, dass alle Kreditarten aufgenommen und Bestimmungen über den Kontokorrentverkehr herausgegeben werden müssen. Muster dazu biete der Landesverband an. Außerdem seien die Anfertigung von Scheckheften und die Ausgabe von Kontogegenbüchern erforderlich. Vorstand und Aufsichtsrat müssten baldmöglichst die Zins- und Provisionsätze festlegen.

Eine der ersten Maßnahmen, die zu treffen sei, wäre jedoch die Aufnahme der ordnungsmäßigen Tätigkeit von Vorstand und Aufsichtsrat. Dazu gehöre die Ämterverteilung im Vorstand, die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und des Stellvertreters sowie die Festlegung der Überwachungstätigkeit der einzelnen Geschäftszweige bzw. deren baldige Aufnahme. Auch eine Geschäftsordnung für Vorstand und Aufsichtsrat sei zu erarbeiten.



Dieses Gebäude, das für die Wettiner Straße gedacht war wurde nie exakt so gebaut, allerdings hielt man sich weitgehend an diesen Entwurf. (s. Seite 28)

Revisor Stiller erachtet ebenso die Aufnahme einer intensiven Werbetätigkeit unter den Interessentenkreisen für wichtig, denn sonst könnte die Neugestaltung des Geschäftsbetriebes leicht in Vergessenheit geraten.

„Die anderen Bankinstitute am Orte werden sicher auch bestrebt sein, dem Emporwachsen der ‚Gewerbebank‘ gegenzusteuern. Die Geschäftslokalfrage wird für die weitere Entwicklung ebenfalls sehr ausschlaggebend sein.“ Daraus kann man erkennen, dass die Frage eines Bankgebäudes zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht geklärt war.

Obwohl sich damals offenbar schon eine Lösung andeutete.

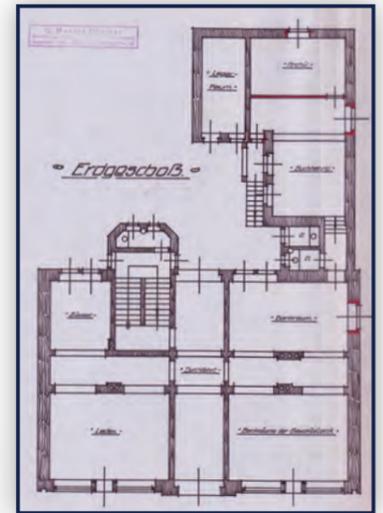
G. Moritz Förster, einer der Gründerväter des Creditvereins und sein erster „Director“, betrieb ein Baugeschäft mit Dampfsägewerk auf einem großen Grundstück zwischen Wettiner Straße (heute Hauptstraße), Kastanienstraße (Goethestraße) und Carolastraße (John-Schehr-Straße), also genau dort, wo heute die Volksbank ihren Sitz hat. 1893 wollte er dort, in der späteren Wettiner Straße 25, ein Gebäude errichten, aber das Projekt scheiterte – zumindest zu dieser Zeit.

Er brauchte das Geld aus dem Grundstücksverkauf aber, weil er sein Geschäft aus dem Stadtzentrum an den Stadtrand verlegen sollte und wollte. Für ein Wohngebäude mit Seiten- und Hinterhaus in der Wettiner Straße 27 bekam er aber nach einigem Hin und Her im September 1893 eine Baugenehmigung.

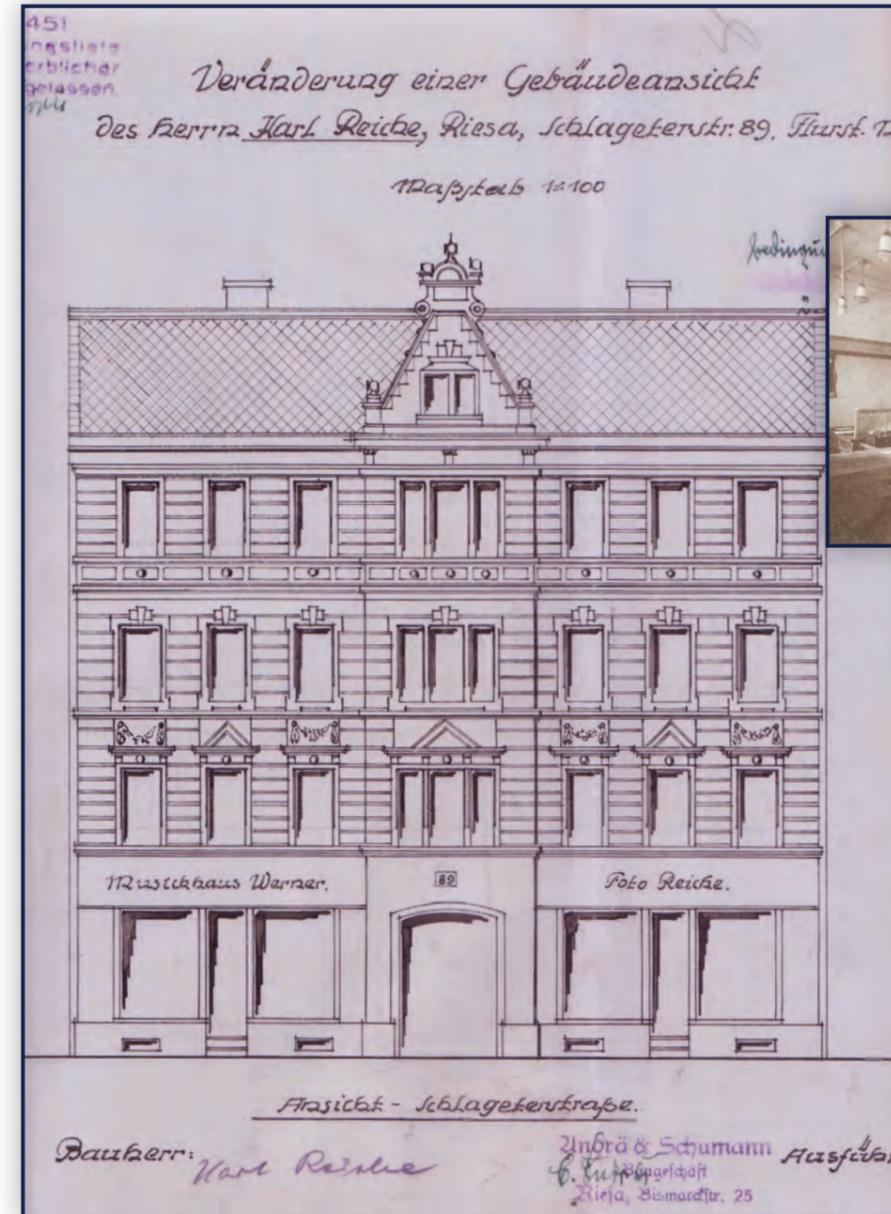
Bereits im Mai 1894 stand der Rohbau. Förster hatte das Grundstück inzwischen an Richard Löbe verkauft, der im August 1894 die Fertigstellung des Baus meldete. Im Erdgeschoss befanden sich zwei Geschäfte.

1920 wollte Löbe an dem Gebäude etwas verändern lassen. Eine Zeichnung vom 9. Juli 1920 vermerkt in dem rechten Geschäft „Bankräume der Gewerbebank“ sowie „Bankraum“, im Seitengebäude erkannte man „Buchhaltung“ und „Archiv“.

Hier also hatte die Gewerbebank offenbar ihre ersten Geschäftsräume. Ob sie zu diesem Zeitpunkt schon bezogen oder erst für diesen Zweck umgestaltet wurden, ist unklar. Naheliegender ist der geplante Umbau als Vorbereitung für den Einzug der Bank, denn 1920 hieß das Geldinstitut eigentlich noch nicht Gewerbebank. Aber vielleicht war die Umfirmierung ja schon lange geplant und die Bauzeichnung ein Vorgriff auf Kommendes.



Zeichnung von 1920 mit den Bankräumen.



Zunächst entstand dieses Gebäude, hier eine Zeichnung aus dem Jahr 1937. Unten zog die Gewerbebank ein, heute Hauptstraße 89.



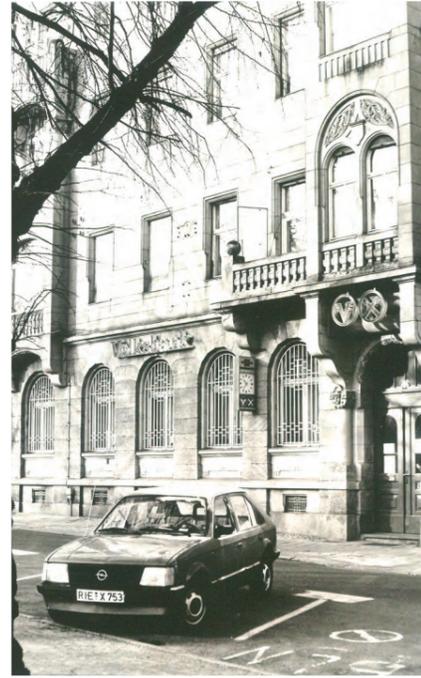
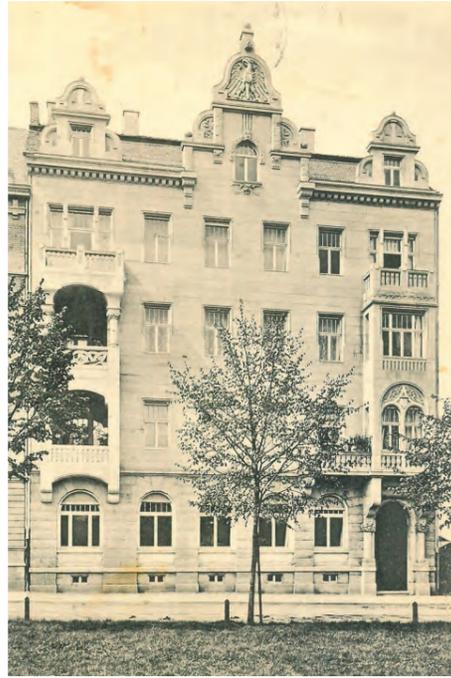
Der Bankschalter

Der Creditverein in Riesa hatte durchaus Konkurrenz. Die Sparkasse war 1853 ebenfalls vom Gewerbeverein gegründet worden. Seit 1861 befand sie sich in städtischer Verwaltung.

Am 21. November 1903 wurde die Riesaer Bank gegründet. Das kann man an dem Gebäude an der Hauptstraße 71 heute noch nachlesen.

Bereits 1898 inserierte im Riesaer Tageblatt die „Creditanstalt für Industrie und Handel“ mit Sitz am Kaiser-Wilhelm-Platz 11, dem heutigen Alexander-Puschkin-Platz 11, in dem die Deutsche Bank Riesa ihren Sitz hat. Im Adressbuch von 1911/12 taucht erstmals eine Mitteldeutsche Privatbank AG auf, damals in der Bahnhofstraße 2. Im Adressbuch 1913/14 ist sie unter der Wettiner Straße 25 zu finden und damit in dem Gebäude, das seit 1924 Sitz der aus dem Creditverein hervorgegangenen Gewerbebank und ihrer Nachfolger bis zur heutigen Volksbank ist. 1921 heißt sie übrigens Riesaer Filiale der Commerz- und Privatbank.

Im Adressbuch von Großenhain, das auch Riesa mit enthält, steht 1913/14 zu lesen, dass es am Kaiser-Wilhelm-Platz 4 B eine Reichsbank-Nebenstelle gibt.



Einst Reichsbanknebenstelle, dann Bank für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft – im Volksmund Bauernbank. Das Gebäude am Alexander-Puschkin-Platz hat eine lange Bankentradition.

Foto: H. Neumann



Im Eckgebäude zur Breiten Straße hatte die ADCA ihren Sitz. (s. S. 99)

Quelle: Sammlung Berthold (2)

Allerdings müsste die Gewerbebank zu diesem Zeitpunkt ganz andere Probleme gehabt haben als ihre Geschäftsräume, denn in Deutschland herrschte Inflation. Leider ist nicht bekannt, welche Konsequenzen sich daraus für die Bank und ihre Kunden ergaben. Aber auch die anderen hier untersuchten Geldinstitute gingen damit – darauf lassen zumindest die Unterlagen schließen – erstaunlich gelassen um (s. Mügeln-Wermsdorf Seite 74). Sie hatten wahrscheinlich auch keine andere Wahl.

Bezug auf die Ereignisse nimmt lediglich der Revisionsbericht vom März 1925. Daraus geht hervor, dass in den zurückliegenden Jahren an den Satzungen infolge der Markentwertung Änderungen erfolgen mussten. In der Hauptsache betraf das die Erhöhung der Geschäftsanteile und der Haftsumme. Diese Änderungen seien beim Amtsgericht zur Eintragung gelangt, liegen uns aber nicht vor.

Die Generalversammlung vom 27. Februar 1924 nahm die Umstellung der Papiermarkanteile auf die Rentenmark und die Zusammenlegung der Anteile vor und beschloss die Aufwertung der Geschäftsguthaben in Höhe von 3 % nach dem Dollarstand der Einzahlung. Sie setzte die neuen Anteile auf 100 Rentenmark fest, ebenso die Haftsumme auf den gleichen Betrag und das Eintrittsgeld auf 25 Rentenmark.

Die Inflation

Die Entwertung der Mark hatte bereits im I. Weltkrieg mit der durch Kredite getragenen Kriegsfinanzierung begonnen. Sie setzte sich verstärkt nach Kriegsende durch die hohen Kriegsfolgelasten – Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, Wiedereingliederung der Soldaten, Unterstützung der Arbeitslosen, der Kriegsgeschädigten, Flüchtlinge und Verwundeten – sowie durch Demontagen und Reparationsverpflichtungen fort. Während die Gold- und Devisenbestände des Reiches mehr und mehr dahinschwanden, ergab sich infolge des fortwährenden überhöhten Banknotendrucks zur Befriedigung des Devisenbedarfs ein bald unübersehbarer Geldüberhang, durch den Warenknappheit, Preistreibereien, Spekulationen und Kapitalflucht ins Ausland ausgelöst wurden. Die finanzielle Unterstützung der im Ruhrkampf – Frankreich besetzte im Januar 1923 das Ruhrgebiet, um die Zahlung von Reparationsleistungen durchzusetzen – passiven Widerstand leistenden Bevölkerung beschleunigte die Inflation noch zusätzlich. Der Wert der Mark sank nun ins Bodenlose.

Hatte ein US-Dollar im Juli 1914 4,20 Mark und im Juli 1919 bereits 14 Mark gekostet, so mussten im Januar 1922 schon 191,80 Mark für einen Dollar gezahlt werden. Im Januar 1923 kostete der Dollar 17.972 Mark, im August 1923 war die Talfahrt der Mark bei 4.620.455 Mark pro Dollar angekommen und endete am 15. November 1923 mit der Notierung: 1 Dollar = 4,2 Billionen Mark.

Die Besitzer von Sachwerten wurden von der Inflation kaum betroffen. Da die Reichsbank nicht nur dem Staat, sondern auch der Industrie laufend kurzfristige Kredite aus der vermehrten Banknotenausgabe gab, konnten viele Unternehmer ihren Besitz ausbauen. Auf der anderen Seite wurde der gesamte Mittelstand, der kaum Sachwerte, sondern nur Geldersparnisse besaß, durch die völlige Entwertung der gesamten Sparguthaben besonders betroffen.

(Helmut M. Müller, Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bundeszentrale für politische Bildung 1990)

Dr. Arthur Fröde

Der 1886 in Bautzen geborene Dr. Fröde wurde im November 1917 als besoldeter Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister nach Riesa berufen. Diese Ämter führte er bis 1920 aus und ließ sich dann als Rechtsanwalt und Notar in Riesa nieder.

Er wurde nach dem Krieg auf Vorschlag des in der Stadt verbliebenen katholischen Geistlichen für das Amt des kommissarischen Bürgermeisters vorgeschlagen, in das er am 29. April 1945 durch den sowjetischen Stadtkommandanten Blisnow eingeführt wurde.

Bei der ersten Gemeindevwahl am 1. September 1946 wurde Dr. Fröde nicht wieder zum Oberbürgermeister gewählt. Er blieb bis zu seinem Tod im Jahr 1966 Stadtrat.

Am 8. Mai 1965 erhielt Dr. Fröde für seine großen Verdienste den Vaterländischen Verdienstorden der DDR in Bronze.

Quelle: Stadtmuseum Riesa

Das Wunder der Rentenmark

Im November 1923 gelang es der Regierung unter Reichskanzler Gustav Stresemann nach dem Abbruch des Ruhrwiderstandes, mit der Währungsreform die Talfahrt der deutschen Mark zu beenden, ohne ausländische Kapitalhilfe in Anspruch zu nehmen. Auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes wurde durch Regierungsverordnung eine Rentenbank errichtet, die ab 15. November 1923 als neues Zahlungsmittel die Rentenmark (= 1 Billion Papiermark) herausgab. Da das Reich nicht genügend Goldvorräte besaß, wurde zur Deckung der neuen stabilen Währung der industrielle und landwirtschaftliche Grundbesitz herangezogen. Handel, Banken und Industrie wurden mit einer Hypothek im Wert von 3,2 Milliarden Rentenmark belastet.

Dafür gab die Rentenbank 2,4 Milliarden Rentenbanknoten aus, die je zur Hälfte an die Reichsregierung und an die Reichsbank und andere Banken flossen, von denen die Wirtschaft Kredite erhielt.

Das Experiment glückte, die Staatsausgaben wurden gleichzeitig erheblich gedrosselt. Durch Sparmaßnahmen (u. a. durch Gehaltskürzungen) und Steuererhöhungen füllten sich die Staatskassen rasch wieder; auch die Wirtschaft erholte sich schnell. Man sprach vom „Wunder der Rentenmark“. Im Oktober 1924 wurde die endgültige Währung, die Reichsmark, eingeführt. (s. auch Seite 136)

//

Eine weitere Generalversammlung, die am 15. Mai 1924 durchgeführt wurde, genehmigte die Goldmarkeröffnungsbilanz vom 1. Januar 1924.

Die Buchhaltung wurde vom Revisor als „in jeder Weise korrekt“ eingeschätzt. Der Reingewinn der Gewerbebank betrug im Geschäftsjahr 27.871,40 Mark. Die Spareinlagen in Höhe von ca. 170.000 Reichsmark zum Zeitpunkt der Revision wertete er als ein sehr erfreuliches Zeichen dafür, dass die Genossenschaft großes Vertrauen in den Mittelstandskreisen genießt. Die Umsätze im laufenden Jahr seien zufriedenstellend und zeigten ein weiteres Wachsen der vorbildlichen Genossenschaft.

Die Gewerbebank Riesa hatte die Inflation allem Anschein nach gut überstanden.

Am 31. Dezember 1924 hatte die Genossenschaft 382 Mitglieder. Es gab personelle Änderungen im Vorstand und im Aufsichtsrat. Kurt Dombos zum Beispiel schied aus dem Vorstand aus und wurde in den Aufsichtsrat gewählt. Dafür wurde Clemens Bürger, der zuvor freiwillig aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war, in den Vorstand gewählt. Als neues viertes Vorstandsmitglied wurde Paul Schumann durch den Aufsichtsrat bestellt. Der Aufsichtsrat wiederum ergänzte sich durch die Wahl von Paul Starke und durch die Neuwahl von Rechtsanwalt Dr. Fröde.



Die Wettiner Straße 25 auf einer Ansichtskarte aus dem Jahr 1917.
Quelle: Sammlung Berthold

Die Geschäfte gingen gut. Das lässt zumindest der Revisionsbericht vom März 1926 über das Geschäftsjahr 1925 vermuten. Der Revisor berichtet, dass sich die Genossenschaft „im letzten Jahre in außerordentlicher Weise entwickelt“ habe. Die Geschäftsguthaben wuchsen um etwa drei Viertel, der Umsatz erreichte fast das Doppelte des Vorjahres. Das Jahr 1925 schloss mit einem Mitgliederstand von 417 Genossen und 893 Anteilen. Das Spareinlagenkonto habe mit 249.672,40 M einen bedeutenden Stand erreicht. Der Reingewinn betrug 27.877,98 M. Davon wurden 12 % (!) Dividende für die Geschäftsanteile gezahlt, 18.700 M flossen in den Reservefonds.

Der Revisor wies zwar darauf hin, dass die Buchungen noch in fest gebundenen Büchern geschehen, aber es solle zur Anlage des losen Blätter- und Kartensystems übergegangen werden.

Sein Fazit: „Der Stand der Genossenschaft kann in jeder Weise als günstig bezeichnet werden. Seit dem Umzuge in das neue Geschäftslokal Wettiner Straße 25, Ecke Carolastraße, in die früheren Geschäftsräume der Commerz- und Privat-Bank, verbunden mit einer modern angelegten Stahlkammereinrichtung, hat sich der Geschäftsverkehr sehr erfreulich gehoben. So haben die Spareinlagen in den zwei letzten Monaten, also im Januar und Februar 1926, um 31.600 M zugenommen und betragen heute 281.000 M.“

Am 10. Dezember 1925 veröffentlichte die Bank im „Riesaer Tageblatt“ die Anzeige, die den Umzug in die neuen Räume zum 11. Dezember 1925 ankündigte.

Inflation in Riesa

Bald war das Geld nicht einmal mehr das Papier wert, auf dem es gedruckt wurde. Es kam zur Überversorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln durch Vermehrung des Geldes ohne entsprechende Produktionssteigerung. Notgeld überschwemmte das Land. Auch in Riesa gab es örtliches Notgeld. Besonders seit August 1923 gaben die Stadt-Girokasse, die Gemeindeverwaltung Gröba und 31 Betriebe ihr eigenes Notgeld heraus. Die Nennwerte stiegen auf bis zu 50 Milliarden Mark. Dieses Geld wurde zur Lohnzahlung und zum Begleichen von Verbindlichkeiten aller Art verwendet. Man konnte damit natürlich auch einkaufen. Nur Reichsbahn, Reichspost und Reichsbankfiliale akzeptierten dieses Notgeld nicht.



Notgeldschein des Riesaer Stahlwerkes von 1923

Zur Lohnzahlung im Riesaer Stahlwerk standen die Frauen vor dem Werktor, verstaute den Lohn ihrer Männer wegen der Menge der Scheine in Rucksäcken und versuchten, im Hüttenkaufhaus noch vor der Mittagspause etwas erstehen zu können, denn danach wurden die Preise wieder erhöht. Und am nächsten Tag war das Geld fast wertlos. So kosteten im August ein Kilo Brot zwei Millionen, ein Kilo Butter 2,8 Millionen und ein Kilo Kartoffeln mehr als einhundert Tausend Mark. Am 23. Oktober kosteten die gleichen Artikel aber schon acht und zwölf Milliarden bzw. dreihunderttausend Mark. Bei Einführung der Rentenmark konnte eine Billion in Notgeldscheinen gegen eine Rentenmark getauscht werden.
F. Ringleb

Wettiner Straße 25

Vom Januar 1911 liegen in der Bauakte des Grundstücks statische Berechnungen der Fa. Förster für die Eisenkonstruktion eines Neubaus an der Ecke Wettiner- und Carolastraße vor. Am 30. Januar 1911 reichte G. Moritz Förster Unterlagen ein zur Erbauung eines Wohn- und Geschäftshauses auf seinem Grundstück Wettiner-/Ecke Carolastraße. Offenbar gab es aber Probleme mit dem Auftraggeber, die erst „ins Reine“ gebracht werden sollten. Förster bat das Stadtbauplatzamt, das Baugesuch vorerst nicht weiter zu bearbeiten.

Am 20. Mai 1912 wurde der gleiche Bauantrag eingereicht von Arthur Löbe aus Leipzig. Es sieht so aus, als hätte Förster das Grundstück wie schon das Nachbargrundstück in der Zwischenzeit an Löbe verkauft.

„Die schon seit Jahren brach liegende Stelle trägt nicht gerade zur Verschönerung des Stadtbildes bei...“ – kommentierte der Stadtrat dazu. Eine Auflage lautete: „Die Gebäudeecke am Schnittpunkt der Wettiner- und Carolastraße ist ... 3 m lang zu verbrechen. Die von dem Gebäude verbleibende dreieckige Grundfläche ist unentgeltlich zum öffentlichen Grundraum abzutreten.“ Stadtbaumeister Zschau genehmigte den Bauantrag am 3. Juli 1912. Löbe legte los: Im September waren Erdgeschoss und erstes Obergeschoss fertig, im Oktober folgte eine weitere Etage. Ende Oktober 1912 stand der Rohbau. Am 25. Februar 1913 zeigte Löbe die Fertigstellung des Gebäudes an. Weiter heißt es am 11. April 1913: „Nachdem die Räume für die Mitteldeutsche Privatbank, Aktiengesellschaft, hier, im Neubau Ecke Wettiner- und Carolastraße, Flurstück Nr. 561, fertiggestellt sind, sollen dieselben Montag, den 14. des Monats, bezogen werden.“

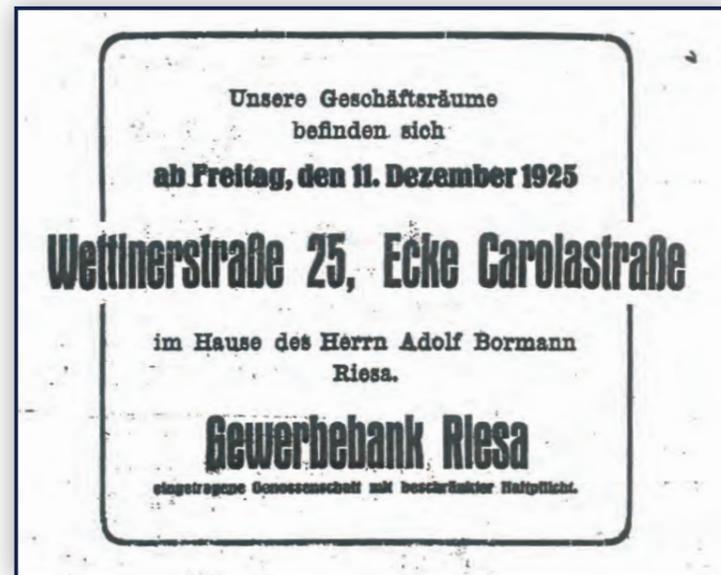
1914 war Adolf Bormann, Kaufmann, Cigarren- und Cigaretten-Spezial-Geschäft, Mieter in der Wettiner Straße 25, 1921 gehörte ihm das Gebäude.

Aber warum war die Commerz- und Privat-Bank ausgezogen? Das „Rieser Tageblatt“ vom 3. Dezember 1925 meldet unter „Amtliches“:

Auf Blatt 584 des Handelsregisters, die Firma „Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft Filiale Riesa in Riesa, Zweigniederlassung der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft in Hamburg“ betreffend, ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. Amtsgericht Riesa, am 1. Dezember 1925.

Im Jahr 1920 war die Commerzbank AG mit der Mitteldeutschen Privatbank AG in Magdeburg zur Commerz- und Privat-Bank AG fusioniert und gewann dadurch ein dichtes Filialnetz vor allem in Nord-, West- und Mitteldeutschland. Die Fusion mit der Mitteldeutschen Privat-Bank bedeutete, dass sich die Commerz- und Privat-Bank zu einer inländischen Filialgroßbank entwickelte.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Commerz- und Privat-Bank Riesa ein Opfer der Inflation von 1923 wurde.



Das Inserat (oben) aus dem „Rieser Tageblatt“ vom 10. Oktober 1925.

Blick in den alten Tresorraum. Auch damals gab es schon Schließfächer.

Quelle: VOBA



Eine Anzeige von Bormann aus dem Jahr 1925.



Adolf Bormann warb mit einer imaginären Reklame auf dem Dach der Wettiner Straße 25 für sein Geschäft.

Auch in den folgenden Jahren klingen die Ergebnisse der Revisionsberichte ausschließlich positiv. Die Spareinlagen wuchsen, was als Beweis für das Vertrauen gewertet wird, das die Bank genießt. Schließlich zahlte sie aus ihrem Reingewinn in Höhe von 28.136,65 RM auch 10 Prozent Dividende.

Der Revisor von Landesverband gewerblicher Genossenschaften berichtete über das Geschäftsjahr 1926: „Das Hauptgeschäft der Genossenschaft bewegt sich auf der Hergabe von Geldern in laufender Rechnung und in der Hereinnahme von Geldern im Depositenverkehr. Gering ist das Geschäft in Sorten und Devisen, es betrug hierin im letzten Jahre ca. Mark 50.000. Noch geringer ist es im Wertpapierhandel. Dieser brachte bloß einen Umsatz von Mark 7.000.“ Weiter schreibt er: „Die eigenen Mittel haben sich in erfreulicher Weise erhöht, so ist das Geschäftsguthaben von 92.500 Mark Ende 1925 auf Mark 124.240 Ende 1926 gestiegen. ... Die Liquidität der Genossenschaft ist eine sehr gute, die Bank verfügt über reichliche Mittel, um auch größeren Anforderungen auf Rückzahlungen jederzeit genügen zu können.“

Ende 1927 registrierte die Riesaer Gewerbebank 548 Genossen, die 1.723 Anteile besaßen. Der Vorstand arbeitete mit zwei haupt- und zwei nebenamtlichen Mitgliedern. Die Zahl der Personen-Konten (laufende Rechnung, Spargelder, Scheck-Konten) hatte sich von 944 Ende 1926 auf 1.150 Ende 1927 um 206 erhöht. Die Bilanzsumme stieg von 601.800 Mark (1925) auf 1.065.000 Mark (1926) und auf rd. 1.500.000 Mark Ende 1927. In der gleichen Zeit war der Gesamtjahresumsatz von 14,2 Mio. auf 17,3 Mio. bzw. auf rund 25 Mio. Mark gestiegen.

„Das Vertrauen der Einlegerschaft zur Verwaltung der Bank geht insbesondere aus der im Jahr 1927 erfolgten weiteren Zunahme der fremden Gelder deutlich hervor; betrug diese Vermehrung doch 349.000 Mark, die Geschäftsguthaben haben eine Steigerung um 50.000 Mark und die Rücklagen eine solche von 16.000 M erfahren und auf der anderen Seite Wechsel eine Zunahme von Mark 120.000, Debitoren eine solche von 343.000 Mark“, steht im Revisionsbericht. „Vorstand und Aufsichtsrat sind sich ihrer Pflichten und Aufgaben auch im abgelaufenen Geschäftsjahre bewusst gewesen. Namentlich die sehr rührige und vorsichtig und geschickt disponierende Geschäftsleitung hat zu dem Erfolge der Bank beigetragen“, heißt es abschließend.

Auch für das Geschäftsjahr 1928 gab es viel Lob: „Wenn die bisher richtig befolgten Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, der Kreditpolitik, der Zahlungsbereitschaft auch weiterhin so beachtet werden wie im vergangenen Jahre, so wird die Gewerbebank Riesa auch künftig als ein innerlich gut fundiertes Unternehmen den Aufgaben und Zielen einer wahren Mittelstandsbank gewachsen sein.“

Für den 21. Mai 1929 ist im Genossenschaftsregister eine personelle Veränderung eingetragen: Der Kaufmann Woldemar Richard Hering aus Strehla wurde Mitglied des Vorstandes. Er war bisher geschäftsführender Direktor der Gewerbe- und Landwirtschaftsbank eGmbH Strehla. Damit hatte der Vorstand nun drei Mitglieder. Direktor war aber immer noch Paul Dechert. Die Generalversammlung vom 20. März 1929 setzte die Einzelhöchstkreditgrenzen auf 75.000 M bei Kontokorrentkrediten und 120.000 M für Wechselkredite fest. Diese Grenzen wurden im Laufe des Jahres auch nicht überschritten.

Die Geschäftsführung erntete vom Revisor wieder viel Lob. Auch die Buchführung erfolge immer sehr sauber und ordentlich. Darüber hinaus schreibt er: „An dieser Stelle sei die Bitte an die Mitglieder gerichtet, noch mehr wie bisher sich der Gewerbebank zur Abwicklung ihrer Bankgeschäfte zu bedienen und sie hauptsächlich durch Zuführung von Spareinlagen zu unterstützen.“ Ab diesem Jahr wurden die Geschäftsberichte nicht mehr im „Riesaer Tageblatt“, sondern in den „Blättern für Genossenschaftswesen“, dem Organ des Deutschen Genossenschaftsverbandes e.V., veröffentlicht.

Im Jahr 1930 fiel der Gewinn um 2.000 RM geringer aus als 1929. Dies wurde als ein Zeichen dafür gewertet, dass die Geschäftsführung es trotz der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Lage und der 1930 erfolgten mehrmaligen Zinssenkung verstanden habe, die Rentabilität entsprechend dem Geschäftsumfang gegenüber dem Vorjahr zu behaupten.

Für das Geschäftsjahr 1931 formulierte der Revisor: „Bei Betrachtung der wichtigsten Bilanzposten fällt erfreulicherweise ins Auge, dass das Vertrauen der Mitglieder zur Gewerbebank infolge der bekannten Bankkrise nicht erschüttert wurde. Dies geht nämlich daraus hervor, dass die Spareinlagen gegen 1930 nur um 4,06 %, die Einlagen in laufender Rechnung um nur 13,76 % zurückgegangen sind und dass sich die Bilanzsumme nur um rund RM 89.000 (3,56 %) verringert hat.“

Allerdings war der Gesamtumsatz, beeinflusst durch die allgemeine Wirtschaftskrise, auch bei der Gewerbebank zurückgegangen, aber „erfreulicherweise“ nur um 14,5 % gegenüber dem Jahre 1930.

Der Revisionsbericht ist eine weitere Bestätigung dafür, dass sich die Genossenschaft in jeder Hinsicht in bester Verfassung befand. Er brachte auch zum Ausdruck, dass die Wirtschaftskrise dem Unternehmen bis jetzt nicht geschadet hat. Durch eine seit Jahren betriebene vorsichtige Kreditpolitik sei die Gewerbebank von allen Schwierigkeiten verschont geblieben.

1932 ging der Gesamtumsatz von rd. 29.000.000 RM auf 25.000.000 RM, also um rd. 4.000.000 RM zurück. Aber der Revisor war zufrieden und konstatierte: „Der Rückgang um nur 14 % liegt unter dem allgemeinen Durchschnitt und ist der Beweis dafür, dass die Gewerbebank nach wie vor lebhaft von ihrem Kundenkreis beansprucht wird.“

Zum Aufsichtsrat der Gewerbebank gehörte 1933 Bäckerobermeister Karl Röhrborn als Direktor. Sein Stellvertreter war Dr. Arthur Fröde, Rechtsanwalt und Notar. Mitglieder waren der Kaufmann Adolf Bormann, der Besitzer des von der Volksbank genutzten Gebäudes, der Schifffahrtsvertreter Hermann Gartenschläger, Glasermeister Ernst Keßler und Kaufmann Paul Starke.

Der in Deutschland von der Politik geforderte Sparkurs zeigte sich auch bei der Gewerbebank. Der gedruckte Geschäftsbericht von 1933 enthält auffällige Werbung: „Durch Sparen zum Wohlstand“, „Heimsparbüchsen werden laufend unentgeltlich an unseren Schaltern – auch an Nichtmitglieder – abgegeben.“

Weltwirtschaftskrise
Nach den „Goldenen Zwanzigern“, in denen sich die deutsche Wirtschaft relativ schnell von der Inflation von 1923 erholt hatte und boomte, kam es zum Ende des Jahrzehnts – ausgehend von den USA – zur Weltwirtschaftskrise. Die hohen amerikanischen Kredite, die die deutsche Wirtschaft beflügelt hatten, wurden nach dem Börsenkrach in den USA, dem „Schwarzen Freitag“ am 25. Oktober 1929, aus Europa und Deutschland abgezogen. Es kam zu zahlreichen Firmenzusammenbrüchen, Banken mussten ihre Schalter schließen. Massenentlassungen waren die Folge. Die Zahl der Arbeitslosen stieg sprunghaft an: von September 1929 bis September 1931 von 1,6 Mio. auf 4,3 Mio. Anfang 1933 wurden schon 6 Mio. überschritten.

Während in den USA die Wirtschaft mit hohen Investitionen und noch mehr Verschuldung unter Roosevelt angekurbelt wurde, kam es in Deutschland unter Reichskanzler Heinrich Brüning zu strikten Sparmaßnahmen. Auch das Ende der Reparationszahlungen führte zu einer Stabilisierung der Wirtschaft. Allerdings erhielten die Oppositionsparteien aus den Reihen der Entlassenen, Verarmten und Entwurzelten von rechts und links Zulauf, der sich in den Landtags- und Reichstagswahlen vom 14. September 1930 bemerkbar machte. Die Nationalsozialisten konnten ihre Reichstagsmandate von 12 auf 107 steigern!

Quelle: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Helmut M. Müller, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990, S. 251

Die Familie Röhrborn
 Der Name Röhrborn spielt in der Riesaer Geschichte eine wichtige Rolle, vor allem im Zusammenhang mit der „Röhrbornmühle“. Einen Nachweis für die Mühle gibt es seit dem Jahr 1560. Johann Gottfried Röhrborn aus Tellwitz bei Wurzen kaufte die Riesaer Brückenmühle und die damalige Klostermühle 1748. Johann Gottfried Röhrborn verkaufte die Mühlen 1784 seinem einzigen Sohn, dem 30-jährigen Johann Gottlieb. Als dieser 1806 starb, führte seine Frau Eva Rosine die Mühlen weiter, bis ihr Sohn Johann Gottlieb 1810 volljährig war. Johann Gottlieb blieb bis zu seinem Tod 1859 Brückenmüller. Sein Sohn Ernst Friedrich Röhrborn leitete das Unternehmen bis 1905. Er hatte zwei Töchter und drei Söhne. Sein ältester Sohn Max Florenz lernte den Müllerberuf, blieb aber unverheiratet. Der zweitälteste Sohn, Ernst Friedrich Karl, war Bäckermeister und übernahm 1892 eine Bäckerei am damaligen Albertplatz. Der jüngste Sohn Hugo wurde 1879 geboren. 1939 übernahm er die Mühle nach dem Tod seines Bruders Max Florenz. Hugo verstarb 1949. Die Mühle übernahm sein Sohn Kurt. Ernst Friedrich Röhrborn wurde 1909 für seine Verdienste als langjähriges Mitglied der städtischen Kollegien zum Ehrenbürger ernannt. In den Unterlagen der Gewerbebank Riesa taucht Hugo Röhrborn 1921 erstmals als ehrenamtliches Vorstandsmitglied auf. Dieses Amt hatte er bis April 1946 inne. Sein Bruder, der Bäckermeister Karl Röhrborn, war seit mindestens 1930 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gewerbebank.

Das bezog sich auf die Bestrebungen des Genossenschaftsverbandes, deutschlandweit eine Umbenennung der Gewerbe- in Volksbanken durchzusetzen. Viele der Gewerbebanken sträubten sich dagegen, allerdings nicht offen. Sie versuchten, die Umfirmierung zu verzögern, obwohl im Vorstandsbericht für das Jahr 1939 schon der Begriff Volksbank Eingang fand: „Als genossenschaftliche Volksbank betrachten wir es als eine unserer wichtigsten Aufgaben, unseren Mitgliedern durch Bereitstellung von Krediten zu dienen. ... Irgendwelche Schwierigkeiten bezüglich der Abwicklung gewährter Kredite waren auch nach Kriegsausbruch nicht zu verzeichnen.“ Von einer Umbenennung war jedoch keine Rede.

Dr. Adam bescheinigte, dass die Umsatztätigkeit durchweg zufriedenstellend sei und das Kreditgeschäft nach wie vor einen guten Eindruck mache. Er wiederholte seine Feststellung aus dem Vorjahr, dass die Verwaltung im Kreditgeschäft größte Sorgfalt anwende. Im Übrigen würden Kredite nach wie vor nur an Mitglieder vergeben.

Die Geschäftsguthaben und die freien Reserven machten zum Jahresende 1939 15,09 % der Bilanzsumme aus, während der Verbandsdurchschnitt zum Jahresende 1938 bei 13,61 % lag. Diese Verhältniszahl sei günstig. Und auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 10. April 1940 wurden den Reserven weitere 32.050,85 RM zugewiesen. Sie erreichten damit die beachtliche Höhe von rd. 405.000 RM.

Dr. Adam schließt seinen Revisionsbericht mit der Feststellung ab, dass durch die Einziehung verschiedener „Gefolgschaftsmitglieder“ zum Heeresdienst die zurückgebliebenen Kräfte mit Arbeit überlastet seien. Dies treffe vor allem auf den Bevollmächtigten Heimann zu. Dr. Adam vertrat die Meinung, dass dieser Mitarbeiter von allen weniger bedeutsamen Arbeiten entlastet werden müsse, damit er seinen eigentlichen Aufgaben, nämlich der Aufrechterhaltung der Kontrolle, in erster Linie gerecht werden könne...

Auch das Geschäftsjahr 1940 lief offenbar bestens. Die Bilanz wies zum Jahresende 5.714.520,64 RM aus. Der Reingewinn lag bei 53.271,14 RM. Es wurden 6 Prozent Dividende gezahlt. Es wurde eine Umsatzsteigerung um rd. 9.000.000 RM erreicht, das entspricht einer Steigerung um 18 Prozent!

Der Geschäftsbericht wurde am 11. März 1941 mit Vorstand RA Dr. Fröde und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Bäckermeister Karl Röhrborn besprochen und von sämtlichen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern unterschrieben.

1941 gelang es der Gewerbebank Riesa nicht mehr, die Umfirmierung in Volksbank zu verhindern. Die Generalversammlung stellte fest, dass die Änderung der Firma der Genossenschaft im Zuge der einheitlichen Firmierung der Kreditgenossenschaften – Genossenschaftsbanken – erwünscht und nicht länger aufschiebbar sei, und fasste am 16. April 1941 den entsprechenden Beschluss. Im „Riesaer Tageblatt“ vom 22. April 1941 wurde bekanntgegeben: Die Firma laute künftig „Volksbank Riesa, eingetragener Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“.

Die Mitgliederzahl stieg auch in den Kriegsjahren weiter. Ende 1941 hatte die Volksbank Riesa 906 Mitglieder mit 3.203 Anteilen, 1944 waren es 925 mit 3.359 Anteilen, Ende 1945 930 mit 3.363 Anteilen.

Im Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1944 wurden die politischen Verhältnisse im Gegensatz zu den Vorjahren vollkommen ausgeblendet und nur wirtschaftliche Fakten der Bank genannt. So hielt sich der Umsatz auf der Höhe des Vorjahres, die Bilanzsumme dagegen stieg infolge des Zustroms fremder Gelder um reichlich 28 Prozent. Die Einlagen stiegen um 1.230.206 RM auf 9.116.562 RM. Die Kreditsumme ging zurück, was natürlich der Kriegslage geschuldet war. „Infolge des Ansteigens der Einlagen einerseits und des Mangels an neuen Ausleihungsmöglichkeiten andererseits waren wir gezwungen, weitere erhebliche Beträge in Wertpapiere und bei unserer Zentralkasse anzulegen. Der Wertpapierbestand stieg um rund RM 1.180.00,- und unser Guthaben bei anderen Banken, insbesondere bei unserer Zentralkasse, um RM 1.439.000,- auf RM 5.758.662,-.“ Nur der letzte Satz lässt Rückschlüsse auf den bereits verlorenen Krieg zu: „Die Verteilung des erzielten Reingewinns von 49.882,36 RM wird der Beschlussfassung der infolge der eingetretenen Verhältnisse noch nicht anberaumten Mitgliederversammlung überlassen.“

Es existiert auch ein Geschäftsbericht über das 91. Geschäftsjahr der Bank, das Jahr 1945. Dort heißt es in der Einleitung des Vorstandes:

„Das Jahr 1945 brachte den Zusammenbruch des Hitlerstaates. Die schweren Folgen, die diese Katastrophe für das deutsche Volk nach sich zog, sind zu bekannt, um an dieser Stelle noch erörtert zu werden. Durch eine Verfügung der Landesregierung Sachsen mussten wir – wie alle Banken der Ostzone – unsere Schalter am 18. August 1945 schließen. Den Bemühungen führender Genossenschaftler und anderer dem Genossenschaftswesen nahestehender Stellen gelang es, die Genehmigung zur Wiedereröffnung des Geschäftsverkehrs bei den zuständigen Instanzen zu erwirken, sodass wir Mitte Dezember 1945 unseren Geschäftsbetrieb wieder aufnehmen konnten.“

Mit dem 8. Mai 1945 – dem Tag der bedingungslosen Kapitulation – war ein Schlusstrich unter die bis dahin geleistete Arbeit gezogen. Die an diesem Tage aufgestellte Zwischen-Bilanz (Alt-Bilanz) schliesst mit einer Summe von RM 13.357.561,- ab. War es bis zum Bankenschließungstage noch möglich, über die vor dem 8. Mai unterhaltenen Guthaben in beschränktem Masse zu verfügen, so war dies von diesem Zeitpunkt an untersagt, die Altguthaben waren damit eingefroren. Über die nach dem 8. Mai entstandenen Guthaben konnte dagegen frei verfügt werden.



Auf dem Geschäftsbericht des Jahres 1941 taucht der Name „Volksbank“ erstmals auf.

Eröffnung der Volksbank Riesa
 Wir geben hiermit bekannt, daß wir zufolge Verfügung der Landesverwaltung unseren Geschäftsbetrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen haben.
 Gestützt auf 90 jährige erfolgreiche genossenschaftliche Arbeit und Erfahrung werden wir auch künftig allen Volkskreisen in Fragen geldlich-wirtschaftlicher Art mit Rat und Tat bestens zur Seite stehen und damit am Aufbau eines neuen Deutschlands tatkräftig mithelfen.
 Volksbank Riesa e. G. m. b. H.,
 Spar- und Kreditinstitut, gegr. 1855

Meldung aus „Amtliche Nachrichten der Stadt Riesa“ vom 15. Dezember 1945.

Mit Rücksicht auf die Einstellung unserer Tätigkeit waren wir gezwungen, die Zahl unserer Angestellten auf 4 zu ermässigen, die mit Abwicklungsarbeiten, die von vorgesetzten Stellen geforderten Aufstellungen und zahlreichen Meldungen, Feststellung des Zwischenguthabens usw. beschäftigt waren.“

Die Bilanzsumme hat sich zum 31. Dezember 1945 im Verhältnis zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Sie betrug 12.836.831,34 RM, Ende 1944 12.867.589,47 RM.

Nun begann die Zeit der sogenannten Entnazifizierung. Alle Personen, die bisher leitende Funktionen ausgeführt hatten, kamen auf den Prüfstand.

Am 9. Februar 1946 fand in der „Elbterrasse“ an der Hauptstraße eine außerordentliche Generalversammlung statt, bei der 123 Genossen anwesend waren. Der Kaufmann Emil Fritsche und der Bauunternehmer Richard Schumann wurden als Vorstandsmitglieder bestellt. Dafür schieden Hugo Röhrborn und Direktor Richard Hering aus, obwohl der Aufsichtsrat in einer Sitzung am gleichen Tag festgestellt hatte, dass gegen eine Weiterbeschäftigung von Direktor Richard Hering keine Bedenken bestehen würden.

Schumann und Fritsche führten die Geschäfte weiter. Auch Paul Dechert erklärt noch im April 1946 seinen Rücktritt, scheidet lt. Genossenschaftsregister aber erst im November 1946 aus, taucht jedoch in den Aufzeichnungen zum Jahr 1948 wieder als Direktor auf. Auf Grund der wenigen erhalten gebliebenen Unterlagen ist es schwer, einzelne Personalien nachzuvollziehen.

Doch zurück zur außerordentlichen Generalversammlung am 9. Februar 1946. An diesem Tag wurde unter dem Tagesordnungspunkt „Genossenschaftliches“ beschlossen:

„Der Herr Vorsitzende erläutert sodann den von dem obersten Chef der SMA (Sowjetischen Militäradministration – d. R.) in Deutschland, Marschall Shukow, veröffentlichten Befehl Nr. 14 vom 15.1.46, die Volksbanken betreffend, und bittet, falls sich die Durchführung dieses Erlasses notwendig machen sollte, und um damit eine erneute Einberufung einer Generalversammlung zu vermeiden, folgendes zu beschließen:

1. Die Verwaltung, Aufsichtsrat und Vorstand werden ermächtigt, den Firmennamen der Genossenschaft nach den Weisungen des Sächs. Genossenschaftsverbandes oder der Sächs. Landesverwaltung zu ändern und diese Änderung im Genossenschaftsregister eintragen zu lassen.“

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Erst am 28. Mai 1947 erfolgte die Eintragung der Namensänderung in „Bank für Handwerk und Gewerbe Riesa, e.G.m.b.H.“ ins Genossenschaftsregister.

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1946 beginnt mit der Anmerkung, dass die Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes im Dezember 1945 einen vollkommenen Neubeginn der genossenschaftlichen Arbeit bedeutete. „Wenn wir unseren Mitgliedern trotz grösster Schwierigkeiten allgemeiner Art eine mit rund 4 Millionen Reichsmark abschliessende Jahresbilanz vorlegen können, so ist dies nicht nur ein Beweis der Treue und des Vertrauens weiter Volkskreise zu unserer Genossenschaftsbank, sondern auch ein Beweis des gesunden, unerschütterlichen Kerns derselben.“

Die Bank gewährte Kredite in Höhe von insgesamt 714.120 RM an 168 Mitglieder und leistete damit wertvolle Hilfe beim Neuaufbau der Gewerbebetriebe.

„Die uns anvertrauten Gelder stiegen auf fast RM 2.400.000 RM, davon wurden rund 810.000 RM als Spareinlagen eingezahlt.“

Allein 5.800 RM wurden von neu eingetretenen Mitgliedern als Geschäftsanteile eingezahlt. Das Anteilguthaben erreichte auch durch Ergänzungseinzahlungen etwa 60.000 RM. Der Reingewinn betrug 3.371,87 RM.

Am 29. August 1947 wurde auf Anordnung der SMAD vom Ministerium der Finanzen, Landesregierung Sachsen, Büro des Ministerpräsidenten, eine Mustersatzung für die Tätigkeit einer Bank für Handwerk und Gewerbe herausgegeben.

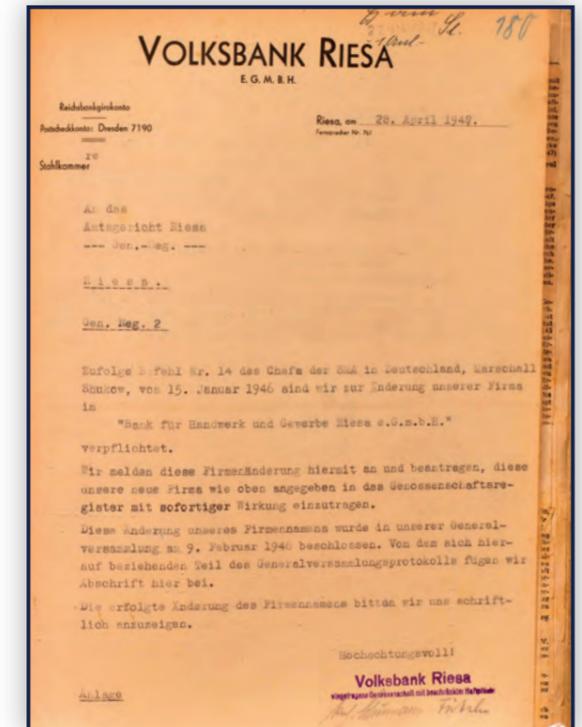
Bei der Generalversammlung am 25. Januar 1948 hatte der Rechtsanwalt und Notar Dr. Fröde das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden inne. Direktor war wieder oder immer noch Paul Dechert. Richard Schumann und Emil Fritsche wurden als weitere Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Die Generalversammlung setzte das bisherige Statut außer Kraft und nahm ein neues an. Darin war festgelegt: „Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Geld- und Kreditgeschäften zwecks Förderung der Entwicklung der gewerblichen Produktion durch

- a) Kreditgewährung an die Mitglieder
- b) Annahme von Spareinlagen, Scheck- und Kontokorrenteinlagen
- c) Aufnahme von Krediten und Anleihen,
- d) Pflege des Zahlungs- und Überweisungsverkehrs, An- und Verkäufe von Wertpapieren sowie Depotgeschäfte“

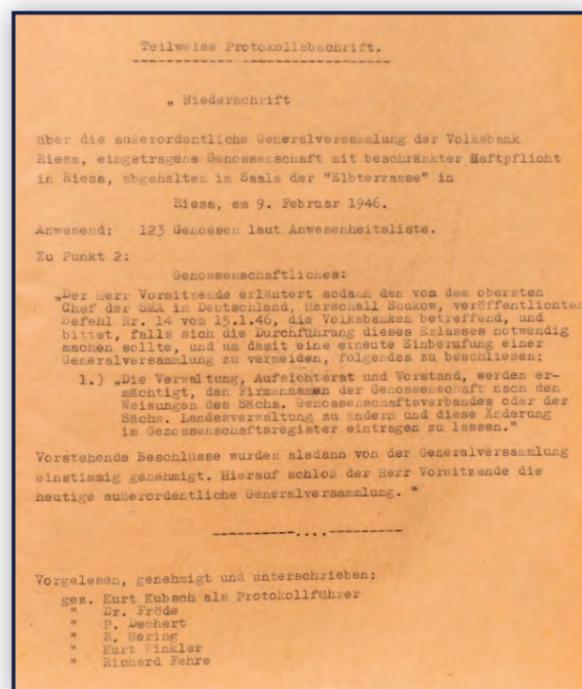
Der Geschäftsanteil eines jeden Genossen betrug 100 deutsche Mark. Es konnten höchstens 100 Anteile erworben werden.

Aus dem Genossenschaftsregister geht hervor, das im Februar 1952 Bankdirektor Paul Dechert zum Vorstandsmitglied bestellt wurde – ob nach einer „Pause“ oder in Fortsetzung seiner bisherigen Tätigkeit ist daraus nicht erkennbar.

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 8. August 1955 wurden Mechanikermeister Helmut Wolf und Bankkassierer Friedrich Kurt Kubsch, beide aus Riesa, zu Mitgliedern des Vorstandes gewählt.



Die Meldung ans Amtsgericht über die Namensänderung.



Sie wurden gewählt, weil das bisherige Vorstandsmitglied Richard Fehre aus dem Vorstand ausgeschieden war, dem er seit Februar 1950 angehört hatte. Das Vorstandsmitglied, der Kaufmann Emil Fritsche, war im August 1955 verstorben.

In der Hauptversammlung vom 20. Juni 1959 kam Oberbuchhalter Willy Lothar Kühnert neu in den Vorstand, weil Kubsch ausschied. In der Hauptversammlung vom 2. Juli 1960 erscheint Friedrich Albert Max Lehmann als neues Vorstandsmitglied. Paul Dechert schied aus dem Vorstand aus.

Auch in den Folgejahren wechselten die Mitglieder des Vorstandes immer wieder.



Die Bank (rechts) in den 1950er Jahren – noch ohne den markanten Spruch an der Ecke.



Ende der 1960er Jahre wurde die markante Sandsteintafel am Gebäude der Gewerbebank angebracht.
Foto: Archiv Stadtmuseum



Im Jahr 1961 ging das Gebäude Ernst-Thälmann-Straße 87, wie die Adresse nach mehrfachen Umbenennungen seit Dezember 1945 hieß, in den Besitz der Bank über. Im November 1962 brachte eine Firma aus Halle eine Leuchtreklame am Eckgrundstück an. Diese zeigte auf beiden Straßenseiten jeweils mit blauen Buchstaben auf weißem Grund das Wort „Gewerbebank“ und über der verbrochenen Ecke das Wort „Bank“ mit roten Buchstaben. Doch das blieb nicht die einzige Veränderung am Gebäude. Ende der 1960er Jahre wurde durch die PGH Natur- und Betonstein Röderau eine von der Gewerbebank in Auftrag gegebene und von Steinmetzmeister Taupitz aus Riesa angefertigte Sandsteintafel an der Ecke angebracht. Sie trägt den Spruch „Was du nicht allein vermagst – dazu verbinde dich mit anderen, die das Gleiche wollen“ von Dr. Hermann Schulze-Delitzsch, dem Begründer des deutschen Genossenschaftswesens.



Das Bankgebäude mit der markanten Werbung und dem Spruch an der Ecke.
Foto: Archiv Stadtmuseum

**Namensänderung:
Kasse statt Bank**

Im April 1968 wurde in der DDR eine neue, als sozialistisch bezeichnete Verfassung verabschiedet. Darin hieß es in Artikel 12 (s. S. 160) ausdrücklich, dass Banken Volkseigentum sind. Privateigentum daran sei unzulässig. Nun verkörperten die Banken für Handwerk und Gewerbe jedoch kein Volks-, sondern genossenschaftliches Eigentum, was laut neuer Verfassung eigentlich nicht mehr zulässig war. Eine Überführung der Gewerbebanken in Volkseigentum stand jedoch aus wirtschaftspolitischen Gründen außer Frage. Vermutlich um diesen Widerspruch zu umgehen und die Abgrenzung zu den staatlichen Banken deutlicher hervorzuheben, wurde die Bezeichnung der Genossenschaftsbanken ab 1974 in Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe gewandelt.

Dieser Spruch erhielt am 23. September 1976 eine ganz andere Bedeutung, denn mit ihm beendete ARD-Korrespondent Lothar Loewe im Rahmen einer Kontraste-Sendung einen Bericht über ausreisewillige Riesaer Bürger. Diese hatten das Motto an der Bank auf ihre Weise interpretiert und die erste „Bürgerbewegung“ der DDR ins Leben gerufen. Im Juni 1976 schrieben sie eine Petition an die UN-Abteilung für Menschenrechte und forderten ihre Ausreise aus der DDR.

In der Jahreshauptversammlung am 10. Juni 1970 wurde der neue Genossenschaftsrat durch einstimmigen Beschluss gewählt. Seine Mitglieder waren Mechaniker-Meister Helmut Wolf, Dachdeckermeister Fritz Weber und Schneidermeister Arthur Jähmig.

Nach Beendigung der Jahreshauptversammlung fand die Konstituierung des Genossenschaftsrates statt, und es wurde beschlossen, Albert Max Lehmann zum Direktor der Bank und Rudolf Schneiderheinze zu seinem Stellvertreter zu ernennen.

Auf Grund einer Anordnung des Prüfungsverbandes Berlin wurde das Genossenschaftsmitglied Schneidermeister Arthur Jähmig gestrichen.

Am 10. Dezember 1971 wurde im Genossenschaftsregister die Vertretungsberechtigung für die Bank neu eingetragen. Vertretungsberechtigt waren der Vorsitzende des Genossenschaftsrates Lothar Kühnert gemeinsam mit Bankdirektor Karl-Heinz Leuteritz (s. Seite 63).

Im Verhinderungsfalle eines der Beiden erfolgte die Vertretung jeweils durch den stellvertretenden Vorsitzenden Helmut Wolf bzw. den stellvertretenden Direktor Rudolf Schneiderheinze.

Auch bei der Vertretungsberechtigung ergaben sich in den darauffolgenden Jahren immer wieder personelle Änderungen.

Am 12. Juni 1971 wurde aus der Bank für Handwerk und Gewerbe Riesa die Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Riesa. Als Wirkungsbereich wurden im Genossenschaftsregister die Kreise Riesa, Großenhain und Liebenwerda angegeben.



Gemeinsame Ausflüge der gesamten Belegschaft wie hier 1971 auf die Festung Königstein in der Sächsischen Schweiz waren bei den Mitarbeitern beliebt.

Foto: privat



Hier sind die Mitarbeiter auf der Oberen Schleuse in Hinterhermsdorf in der Sächsischen Schweiz unterwegs (Foto links).



Kleine Faschingsfeier 1989
Foto: privat

Am 22. April 1974 erfolgte die Umbenennung in „Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Republik Riesa“.

Im September 1979 schied Rudolf Schneiderheinze aus, Stellvertreterin des Direktors wurde Hanna Richter.



Die Mitarbeiter im rückwärtigen Bereich der Genossenschaftskasse, ganz rechts Rudolf Schneiderheinze.
Foto: Voba

Helga Morgner an ihrem Bankschalter.
Foto: Voba



Das Team der Bank für Handwerk und Gewerbe Riesa in den 1970er Jahren: Obere Reihe v.l.: Hanna Richter, Eva Schreiter, Eva-Maria Frankenstein, Irene Denke, Frau Zawischa, Frau Härtner, Herr Stephan, Karl-Heinz Leuteritz, Rudolf Schneiderheinze, davor Herr Thielemann (Kassierer), unten v.l.: Erika Kozik, FrI. Schulze, Frau Nimptsch, Liane Nitzsche, Helga Morgner.

Foto: Schröter

Die Einführung der D-Mark in der DDR 1990

Der Vertrag über eine Währungsunion wurde am 18. Mai 1990 unterschrieben und trat am 1. Juli 1990 in Kraft.

Unterschiedliche Umstellungskurse

Im Rahmen der Einführung der Deutschen Mark in der DDR am 1. Juli 1990 im Vorfeld der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden verschiedene Arten von Geldern mit unterschiedlichen Sätzen umgetauscht. Löhne, Gehälter, Renten, Mieten und andere „wiederkehrende Zahlungen“ wurden 1:1 umgestellt. Bei Bargeld und Bankguthaben waren die Regelungen komplizierter: Kinder unter 14 Jahren konnten bis zu 2.000 DDR-Mark im Verhältnis 1:1 umtauschen, 15- bis 59-Jährige bis zu 4.000 DDR-Mark, ältere bis 6.000 DDR-Mark. Darüber hinausgehende Beträge, also auch größere Geldvermögen, wurden im Verhältnis 2:1 umgestellt. Kredite und andere Verbindlichkeiten ebenso. Im Durchschnitt ergab sich nach Stellungnahme Hans Tietmeiers, des damaligen Chef-Unterhändlers der Deutschen Bundesbank, somit ein Umstellungskurs von 1,8:1. Die Münzen im Wert von einem bis 50 Pfennig galten allerdings noch ein Jahr lang als gesetzliches Zahlungsmittel, was dazu führte, dass in den Wochen vor der Währungsunion besonders die 50-Pfennig-Stücke gehortet wurden. Dagegen nahm selbst der Einzelhandel die 1-Mark- und 2-Mark-Münzen in den letzten Junitagen teilweise nur noch ungern an, da diese bis zum Stichtag am Wochenende gezählt, gerollt und auf ein Girokonto eingezahlt sein mussten, da sie danach wertlos wurden. Die DDR-Münzen wurden nach und nach ersetzt. Die DDR-Pfennige wurden eingeschmolzen.

Nach der Wende

Karl-Heinz Leuteritz und Hanna Richter blieben auch in ihren Funktionen, als die Mitgliederversammlung der Bank am 2. April 1990 eine neue Satzung mit der Änderung des Namens in „Volksbank Riesa, eingetragene Genossenschaft“ beschloss. In dieser Zeit einigte man sich auch auf eine unkomplizierte Übernahme der Banken für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (BLN) Riesa und Großhain, die zum Datum der Währungsunion, also am 1. Juli 1990, schon zur Volksbank Riesa gehörten. Diese übernahm die Mitarbeiter und nutzte auch die Räume der BLN in beiden Orten – zumindest vorübergehend – weiter.

Das Genossenschaftsregister hält fest, dass in der Generalversammlung vom 8. April 1991 die Beschlüsse über die Feststellung der Eröffnungsbilanz und die Kapitalneufestsetzung gefasst wurden und die Genossenschaft durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten wird. Zum Vorstand gehörten Bankkaufmann Karl-Heinz Leuteritz als Vorstandsvorsitzender, Bankkaufmann Donald Haubrich aus Illingen, Bankkaufmann Oskar Mauk aus Lauffen am Neckar und Bankkauffrau Hanna Richter aus Riesa als stellvertretender Vorstand.

Karl-Heinz Leuteritz schied Ende 1991, seine Stellvertreterin ein paar Monate später aus dem Vorstand aus.

Die Wende bot auch den Banken ganz neue Möglichkeiten und erforderte schnelle Umstellungen, um unter den neuen Bedingungen weiter besten Service bieten zu können. Auch die Volksbank musste reagieren. Auf dem Nachbargrundstück entlang der John-Schehr-Straße wurde im Mai 1991 in kürzester Zeit ein Containeranbau errichtet, der für die Bankangestellten und die Mitarbeiter wesentliche Erleichterungen und Neuerungen brachte. Die neuen Räume wurden für Privatkunden mit modernster Technik ausgestattet und trugen dazu bei, die oftmals noch sehr langen Schlangen an den Schaltern abzubauen und den Service zu verbessern.



Donald Haubrich, Hanna Richter und Oskar Mauk (v.r.n.l.).

Foto: H. Berthold

Im Juni wurde der Erweiterungsbau eröffnet. Die Volksbank stellte in Aussicht:

- Zügige Abwicklung des Geld- und Überweisungsverkehrs durch Direktverbuchung mit Schalterterminals
- Zinsgünstige Geldanlagen
- ec-Scheckkarten
- sofort Geld am Geldausgabeautomaten
- Kontoauszugsdrucker für den Selbstabruf.

Es wurde ausdrücklich betont, dass Kontoauszugsdrucker und Geldautomat rund um die Uhr zur Verfügung stünden und dass für den gesamten Zahlungsverkehr elektronische Übertragungsmittel eingesetzt würden.

Mit dem Anbau war es aber nicht getan. Daneben entstand auch noch ein Besucherparkplatz, der helfen sollte, die belastende Verkehrssituation rund um die Bank etwas zu entspannen.



Im Juni 1991 erhielt die Volksbank einen Containeranbau mit moderner Technik.

Foto: H. Siegert



Im Oktober 1992 wurde der Parkplatz mit einem kleinen Fest eröffnet.

Foto: H. Berthold



Einzahlung auf Girokonto zum Stichtag

Es wurden nur Bankguthaben am Stichtag umgetauscht, daher mussten sämtliche Bargeldbestände in einem gewissen Zeitraum danach auf ein Girokonto eingezahlt werden. DDR-Mark-Bargeld – bis auf die oben genannten Ausnahmen – verlor am 1. Juli 1990 seinen Wert. Am Montag, dem 2. Juli, konnte dann am Schalter und den wenigen bereits existierenden Geldautomaten D-Mark-Bargeld vom Konto abgehoben werden.

Der Bau des neuen Parkplatzes hinter dem Gebäude.

Foto: Siegert

Bereitstellung der DM-Banknoten

Es wurden 440 Millionen DM-Banknoten im Wert von 27,5 Milliarden DM mit 460 Tonnen Gewicht in 22.000 Packbeuteln in die DDR transportiert. Ein Packbeutel enthielt 20 Pakete zu je 1.000 Banknoten. Aus Zwischenlagern wurden die Banknoten an die Bankfilialen verteilt. Teilweise wurden dazu Gefangenentransporter der Volkspolizei benutzt aus Mangel an gepanzerten Fahrzeugen.



Am 19. Februar 1992 wurde Karl-Heinz Leuteritz im Gasthof Gröba verabschiedet.
Foto: H. Berthold

Einen wesentlichen Schritt für die weitere Entwicklung der Volksbank stellt die Verschmelzung mit der Raiffeisenbank Riesa eG zum 1. Januar 1992 dar. Donald Haubrich begründete die von der Mitgliederversammlung einstimmig gebilligte Entscheidung mit der notwendigen Anpassung an die Gegebenheiten des Marktes und des technischen Fortschritts. Anstatt als genossenschaftliche Unternehmen zu konkurrieren, sei es auch eine Frage der Vernunft, sich gemeinsam dem Konkurrenzdruck zu stellen.

Neben den beiden turnusmäßig ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Schlegel aus Bad Liebenwerda und Schäfer aus Großenhain, die einstimmig wiedergewählt wurden, wurde auch Andreas Stephan, Vorstandssprecher der Raiffeisenbank Riesa, Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender der Bezugs- und Handelsgenossenschaft Riesa in den Aufsichtsrat der Volksbank gewählt.

Zu einem bewegenden Tagesordnungspunkt gestalteten sich die Grußworte des Vorstandsvorsitzenden der Partnerbank, der Volksbank Ludwigsburg, Herrn Schaible, und die Verabschiedung des langjährigen Direktors der Volksbank, Karl-Heinz Leuteritz. Herr Schaible begann mit den Worten: „Wer arbeitet, ist vor dem Erfolg nie sicher“ und erinnerte an das Frühjahr 1990, als er erstmals in Riesa war, um sich die Bank auf der damals noch recht tristen Ernst-Thälmann-Straße anzusehen.

Er traf Herrn Leuteritz, dessen Stellvertreterin Frau Richter und 18 leistungsbereite, erwartungsvolle Mitarbeiterinnen. „Wir tun alles, was wir können,“ versprach Karl-Heinz Leuteritz damals. Die Zusammenarbeit mit der Ludwigsburger Bank entwickelte sich auf vielen Ebenen und war gekennzeichnet von hohem Vertrauen und gegenseitiger Achtung. Herr Schaible bezeichnete es als unvorstellbar, was in den vergangenen 23 Monaten geleistet wurde.

Er bescheinigte dem Aufsichtsrat Kompetenz und Weitsicht. Für dessen Mitglieder standen die Belange der Bank immer ganz oben. „Herrn Hans-Wolfgang Nitzsche, dem Aufsichtsratsvorsitzenden, war für seine Bank nichts, aber auch gar nichts zu viel. So konnte der Erfolg nicht ausbleiben.“ Höchstes Lob zollte Herr Schaible auch den Mitarbeitern der Bank, die mit ihrem Fleiß und ihrer Einsatzbereitschaft vielfach Vorbild sein könnten für die Ludwigsburger.

Der Weggang von Karl-Heinz Leuteritz gefiele vielen Mitgliedern, aber auch Kunden der Volksbank, nicht. Doch er hätte ohne Rücksicht auf seine Gesundheit alles für „seine“ Bank getan, bis es nicht mehr ging.

Das brachte auch Herr Puschmann als Vertreter des Genossenschaftsverbandes Sachsen zum Ausdruck, der sich in sehr persönlichen Worten an Herrn Leuteritz wandte. Im November vor 22 Jahren hatte dieser den Posten als Direktor in Riesa übernommen. Durch intensive Arbeit gelang es ihm, das Geschäftsgebiet der Bank wesentlich zu erweitern.

„Viele Kunden nahmen lange Wege in Kauf, um sich von Herrn Leuteritz beraten zu lassen. Auch die heutige Stellung der Riesaer Volksbank als eine der führenden Banken im Verband ist auf seine Bemühungen unmittelbar nach der Wende zurückzuführen. Sein Rat war im Verband der Genossenschaftskassen immer gefragt, auch über unseren Bezirk hinaus.“ Deshalb gelte dem nun in den verdienten Ruhestand Tretenden die höchste Dankbarkeit aller seiner Kollegen, die ihm alles Gute für die Zukunft wünschen.

Die Generalversammlung beschloss am 19. Februar 1992 eine Satzungsänderung. Die Schreibweise der Bank wurde auf Volksbank Riesa eG festgelegt. Darüber hinaus wurde nach Maßgabe des Verschmelzungsvertrages vom 8. August 1991 die Verschmelzung der Genossenschaft mit der „Bank- und Handelsgenossenschaft Raiffeisen Riesa e.G.“ durch Aufnahme beschlossen. Die Raiffeisenbank Riesa war erst im Juli 1991 ins Handelsregister eingetragen worden und wurde am 7. August 1992 wieder gelöscht. Bereits zum 1. August 1990 hatte sie sich mit ihren Konten und dem Zahlungsverkehr von der Bezugs- und Handelsgenossenschaft Raiffeisen e.G. Riesa, die das Warengeschäft bis zu ihrer Liquidation im Jahr 1993 weiterführte, getrennt. Die gleiche Abkürzung „BHG“ wie die Bäuerlichen Handelsgenossenschaft aus DDR-Zeiten, die in unterschiedlichen Dokumenten auftaucht, ist geeignet, Verwirrung zu stiften. Die Volksbank Riesa übernahm die Vielzahl der ehemaligen BHG-Zahlstellen – so in Spansberg, Streumen, Gröditz, Frauenhain, Mehltheuer.

Für den 24. Mai 1993 wurde eine außerordentliche Generalversammlung in die Stadthalle „stern“ einberufen. Die zunächst eingeladene und anwesende Presse wurden von der Teilnahme an der Veranstaltung ausgeschlossen, obwohl zumindest ein Pressevertreter gleichzeitig Mitglied der Volksbank war und somit zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigt gewesen wäre. Im Nachgang bekamen die örtlichen Medien eine Presseerklärung übermittelt, die das Riesaer Tageblatt am 3. Juni 1993 abdruckte:

„Aufgrund eines Antrages von mehr als 10 Prozent der Mitglieder der Volksbank Riesa eG hatte der Aufsichtsrat der Volksbank eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Hauptthemen dieser außerordentlichen Generalversammlung waren die Veränderungen im Vorstand der Volksbank Riesa im Hinblick auf das Vorstandsmitglied Haubrich. Eine Mitgliederinitiative hatte hier umfassende Aufklärung über die Veränderungen im Vorstand der Volksbank Riesa gewünscht.“

Nach Festlegung der Regularien für die Durchführung der außerordentlichen Generalversammlung berichtete sodann der Aufsichtsratsvorsitzende, Wolfgang Nitzsche, zu den in der Volksbank Riesa im letzten Halbjahr aufgetretenen Problemen, welche zu den Veränderungen im Vorstand führten. Darüber hinaus hat es auch Veränderungen in der Leitung der Kreditabteilung gegeben durch das Ausscheiden von Herrn Meyer.

Mit den Mitgliedern wurde die Situation ausführlich diskutiert und das Für und Wider dargestellt. Am Ende der Diskussion wurde durch Abstimmung festgestellt, daß sämtliche Aufsichtsratsmitglieder in ihren Ämtern verbleiben und auch innerhalb des Vorstandes keinerlei Veränderung eintreten wird. Der Aufsichtsratsvorsitzende Nitzsche betonte abschließend, daß man sich intensiv und in vielen Sitzungen nach bestem Wissen und Gewissen um die positive Entwicklung der Volksbank Riesa bemühen werde. Man glaube, mit der derzeitigen Geschäftsleitung, den Herren Meurer und Mauk, hierzu gute Voraussetzungen geschaffen zu haben. Darüber hinaus sei man überzeugt, die richtigen Entscheidungen im Hinblick auf eine innere Konsolidierung, auf eine Verbesserung der Außenwirkung und für Ansehen und Wachstum der Bank getroffen zu haben zum Wohle der Kunden und zur Absicherung der Arbeitsplätze der Mitarbeiter.

Den Mitgliedern wurde für ihre Geduld – die Veranstaltung dauerte schließlich fast fünf Stunden – und ihre sachlichen Diskussionsbeiträge gedankt. Der Vorstand der Volksbank Riesa wird sich künftig verstärkt den Erfordernissen des Marktes und der Kunden sowie dem weiteren Auf- und Ausbau des Bankbetriebes zu einer noch leistungsfähigeren Bank widmen, zum Wohl der Mitglieder, Kunden und Mitarbeiter.“



Am 24. Juni 1993 hält das Genossenschaftsregister fest, dass Harro Meurer (s. Seite 68) neben Karl-Heinz Meyer Vorstandsmitglied ist. Donald Haubrich schied im November 1993 aus dem Vorstand aus. Es folgten weitere personelle Veränderungen, Vorstandsmitglieder kamen und gingen.

DIE WEITERE ENTWICKLUNG DER VOLKSBANK RIESA

Für den nachfolgenden Text wurden die Geschäftsberichte der Jahre 1994 bis 2007 ausgewertet.

1994

In den Jahren nach der Wende verzeichnete die Volksbank zunächst eine überdurchschnittliche Entwicklung im Kreditgeschäft. Schon 1993 hatten sich Kundenforderungen um rd. 28 Mio. DM erhöht. 1994 brachte einen Zuwachs um 39,1 Mio. – ein herausragendes Ergebnis auch im Vergleich zu anderen Volks- und Raiffeisenbanken des Genossenschaftsverbandes Sachsen. Dadurch erreichte das Gesamtkreditvolumen eine Höhe von 234,6 Mio. DM gegenüber 185,7 Mio. DM im Jahr 1993. Zugrunde lagen vor allem die erhöhte Kreditvergabe an die Bereiche Handel, Dienstleistungen einschließlich freier Berufe und an das Baugewerbe sowie die Zunahme an Wohnungsbaukrediten. Steuerliche Fördermaßnahmen, günstige Konditionen und Sonderkreditprogramme der KfW und Sächsischen Aufbaubau regten zu Investitionen an.

1994 konnten rund 700 neue Mitglieder aufgenommen werden. Das entsprach einem Zuwachs von fast 46 Prozent! Damit hatte sich die Anzahl der Mitglieder seit 1991 mehr als verdoppelt. Stark war auch der Anstieg bei der Zeichnung von Geschäftsanteilen. Das führte zu einem Zuwachs bei den Geschäftsguthaben auf 270 Prozent!

Die Volksbank schloss umfangreiche Baumaßnahmen in ihren Geschäftsstellen ab. Alle Geschäftsstellen – Strehla, Wülknitz, Frauenhain, Gröditz, Stauchitz, Prausitz, Großenhain und Riesa – waren nun online mit dem Rechenzentrum Fiducia Berlin verbunden. Das bedeutete bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter und bessere Bedingungen für die individuelle Beratung der Kunden. Außerdem wurden fünf weitere Geldautomaten und acht Kontoauszugsdrucker sowie in Großenhain eine Nachtresoranlage in Betrieb genommen.



Die Zweigstelle in Prausitz.
Foto: H. Berthold



Die Volksbank-Zweigstelle in Stauchitz.
Foto: H. Berthold

Der Neubau

Am 24. Juni 1994 wurde der Öffentlichkeit das für die Hauptstelle in Riesa geplante Bauvorhaben präsentiert, und es erfolgte der Startschuss für den umfangreichen Um- und Neubau.

Der Privatkundenbereich zog im Oktober vorübergehend in die Räume am Alexander-Puschkin-Platz um, die bis 1990 von der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft genutzt worden waren.

Großes Augenmerk wurde auf die moderne Bearbeitung des Zahlungsverkehrs gelegt. Dazu gehörte die Einführung der automatisierten Verarbeitung der Zahlungsbelege, elektronische Zahlensysteme wie DTA und BTX fanden verstärkte Anwendung. Die Zahl der BTX- und Datex-J-Nutzer hatte sich seit 1993 verdreifacht. Umsatzabfrage, Einblicke in den Kontostand und Überweisungsaufträge waren nun vom hauseigenen PC möglich.

Im Jahr 1994 fand die erste gemeinsam mit R-V-Touristik organisierte Bankreise statt. Ziel war Malta.

Interessiert betrachten Volksbank-Mitarbeiterinnen das Modell ihres künftigen Arbeitsplatzes.

Foto: H. Berthold



Die Inneneinrichtung des früheren und inzwischen wieder abgerissenen Container-Anbaus wurde in der Ausweich-geschäftsstelle am A.-Puschkin-Platz wieder genutzt. Foto: H. Berthold



Im Juli wurde mit dem Abriss der Gebäude entlang der Goethestraße Baufreiheit geschaffen.

Foto: H. Berthold



1995

1995 kam die Geschäftsleitung zu dem Schluss, eine Datenerfassung im Sommer habe gezeigt, „daß in unserer Bank zu viel Kapazität für Verwaltungsaufgaben investiert wird. Um perspektivisch stärker am Markt präsent zu sein, macht sich eine neue Organisationsstruktur notwendig“. Geplant wurde der Aufbau der drei Bereiche Firmenbank, Privatbank und Servicebank. Dazu wurde das Projekt „Vision 2000“ entwickelt.

Die Planung für 1996 sah vor, dass sich die Mitarbeiter auf die Stellen der neuen Struktur neu bewerben sollten.

Als generelle Anforderungen wurden die Entwicklung von Teamgeist und die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit unter dem Motto „Alle ziehen an einem Strang“ formuliert. Ziel war die Imagestärkung der Volksbank, um das Vertrauen der Kunden zu erwerben. Dafür sollte auch im Privatkundengeschäft, das wieder eine größere Bedeutung bekam, mehr Kompetenz ausgestrahlt werden.



Beim ersten Spatenstich für den Neubau.

Foto: Schröter



Hier ist schon die Einfahrt der künftigen Tiefgarage zu erkennen.

Foto: Voba



Bereits Anfang August wurde der Grundstein gelegt. Vorstand Harro Meurer (Mitte) versenkte eine Hülse mit Zeitdokumenten und einem aktuellen Münzsatz in einer Wand des künftigen Tresorraumes im ersten Untergeschoss.

Auch Oberbürgermeister Horst Barth (l.) nahm an der feierlichen Veranstaltung teil.

Foto: H. Berthold

Dazu gehörte auch ein professionelles äußeres Erscheinungsbild im Kundenkontakt. Wert legte man auf ertragsorientiertes Denken der Mitarbeiter, deren Identifikation mit der Unternehmenspolitik, die Verbesserung der Information und Kommunikation, die Einführung einer leistungsorientierten Bezahlungssystematik, regelmäßige Zielvereinbarungen mit den Mitarbeitern, die Verbesserung des Betriebsklimas sowie auf einen einheitlichen Führungsstil innerhalb des Vorstandes sowie gemeinsam getragene Entscheidungen.

„Die Ertragslage der Bank ist nach wie vor stabil. Die wirtschaftlichen Probleme vieler Unternehmen, insbesondere der Bauwirtschaft, belasten die Bank zunehmend“, heißt es im Geschäftsbericht.

Am 1. Februar 1995 erfolgte der erste Spatenstich für den rund 18 Mio. Mark teuren Um- und Neubau der Volksbank in Riesa. Darüber hinaus wurde im März das 140. Jubiläum der Bank gefeiert und ein Geldautomat im Riesapark aufgestellt.

1996

Im Geschäftsbericht kann man nachlesen, dass sich manche Banken auf Homebanking konzentrieren würden, manche nur auf ihre Tradition. „Wir tun beides und sind überzeugt, daß das der richtige Weg ist“, schrieb Harro Meurer im Vorwort. Die Volksbank Riesa sollte eine Bank zum Anfassen sein, und die Mitarbeiter müssten sich rundherum wohlfühlen.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau begünstigte gewerbliche und private Investitionen. Mit dem Anstieg der Kundenkredite um 9,6 % auf 230,6 Mio. Mark lag die Volksbank Riesa deutlich über dem Gesamtdurchschnitt der genossenschaftlichen Gruppe (6,9 %).

Im Januar 1996 wurden die Mitarbeiter über die Ergebnisse der verschiedenen Workshops zur Umstrukturierung der Bank informiert.

Die Geschäftsstelle in Nünchritz wurde eröffnet.

Das Team der Volksbank wurde Sieger beim Direktmarketingpreis 1996 der R+V-Versicherung in der Landesdirektion Sachsen.



Die Volksbank Riesa engagierte sich weiter für die Förderung von Kultur und Sport, unterstützte u. a. die Volleyballdamen vom Sportclub Riesa.
Foto: Voba

Eine Spende wurde auch zur Sanierung des Pausitzer Kirchturms ausgereicht. Seit einigen Jahren gab es eine gute Zusammenarbeit mit dem Bläserensemble unter der Leitung von Wolfgang Haufe. Die Musiker umrahmten viele Veranstaltungen der Volksbank.

Der Neubau nahm Formen an, im April wurde die Decke der Servicehalle geschlossen. Auch die Arbeiten an den Gebäuden entlang der John-Schehr-Straße gingen voran. Am 12. Juli 1996 schlug Harro Meurer anlässlich des Richtfestes symbolisch einen Nagel in den Dachstuhl. Den Rohbau führte die SBG Sächsische Bauunion Gröditz aus. Bereits zwei Monate nach dem Richtfest war das Dach gedeckt.

Aus dem Lagebericht geht hervor, dass die Vermögenslage der Bank geordnet war. Allerdings belasteten die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und die vielen Unternehmenszusammenbrüche die Bank nach wie vor stark.

Der Personalaufwand konnte trotz beachtlicher tariflicher Steigerungen durch Stellenabbau und Arbeitszeitverkürzungen um 39 TDM gesenkt werden. Organisatorische Umstrukturierungen und sparsame Ausgabenpolitik fanden ihren positiven Niederschlag auch in der Senkung der anderen Verwaltungsaufwendungen um rund 105 TDM.

1996 gründete die Volksbank Riesa die Beteiligungsgesellschaft der Volksbank Riesa mbH. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als Gesellschafter an der Beteiligungsgesellschaft der Volksbank Riesa mbH & Co. Vermietungs- und Verwaltungs-GbR, die ebenfalls gegründet wurde. Gegenstand dieser Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) ist der Erwerb, die Verwaltung und der Verkauf von Immobilien im eigenen Namen und für eigene und fremde Rechnung sowie die Vermietung von Wohn- und Gewerberäumen. Der Bankneubau wurde an die GbR verkauft, wobei die Volksbank diesen von der GbR auf unbestimmte Zeit angemietet hat. Des Weiteren wurden im Erweiterungsbau sieben Wohnungen errichtet und vermietet.

1996 nahm die Volksbank Riesa 222 neue Mitglieder auf. Deren Gesamtzahl erhöhte sich damit auf 2.504.

1997

Wegen der Fusion mit der Raiffeisenbank Oschatz wurde für das Jahr 1997 der letzte Geschäftsbericht nur für die Volksbank Riesa erstellt.

Die Konjunktur in Deutschland lief besser, allerdings war vor allem in der Bauwirtschaft eine Rezession zu verzeichnen. Auch im Umfeld der Volksbank Riesa gab es eine wachsende Zahl an Firmeninsolvenzen. Die Arbeitslosigkeit nahm weiter zu. Im Kreis Großenhain lag sie bei mehr als 20 Prozent. Der nominale Rückgang der Einkommen führte zu einer geringeren Sparfähigkeit breiter Bevölkerungskreise. Bei der Volksbank gingen die Kundeneinlagen um 6,1 % zurück.

Das Primagirokonto für Jugendliche wurde eingeführt. Ab einem Alter von 12 Jahren konnten sie nun unkompliziert den Umgang mit Geld trainieren, weil das Überziehen des Kontos nicht möglich war.

Die täglichen Bankgeschäfte konnten die Kunden jetzt dank moderner Technik von zu Hause aus und damit auch außerhalb der Öffnungszeiten erledigen. Es wurde die Geldkarte eingeführt mit goldenem Chip. Die Karte funktionierte wie Bargeld, und man konnte damit beim Bäcker, Fleischer, am Parkscheinautomaten und im Taxi bezahlen. Dafür wurde auch ein Geldkartenladeautomat im Servicebereich der Hauptstelle installiert.

Insgesamt konnte die Volksbank Riesa auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die Inbetriebnahme der neuen Kundenhalle erfolgte am 14. April 1997, deshalb wurde die Geschäftsstelle am A.-Puschkin-Platz geschlossen. Damit hatte die Bank nun zehn Geschäftsstellen.

Die neue Kundenhalle.
Foto: D. Gerhold



Mit der Übergabe des Schlüssels an die Vorstände Harro Meurer (r.) und Jürgen Schnell sowie einer Feier für Geschäftspartner und Stammkunden wurde das umgebaute Volksbankgebäude wieder seiner Bestimmung übergeben. Im Rahmen einer Festwoche und eines Tages der offenen Tür hatten alle Interessenten die Möglichkeit, das neue Gebäude unter dem Motto „Bankerlebnis pur“ kennenzulernen.

Foto: Schröter



Die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Sachsen und Ostthüringen stiften seit 1993 den Förderpreis Handwerk zur Würdigung besonderer Leistungen im Handwerk. 1997 bekam ihn die Bäckerei Werner Radatz aus Gröditz.

Im Riesaer Museum wurde eine Ausstellung des Riesaer Fotografen Dirk Gerhold gezeigt, die mit Förderung durch die Volksbank Riesa zustande gekommen war. Auch die Erhaltung der Kirche Mehltheuer wurde von der Volksbank finanziell unterstützt. Ein eigener Kalender der Volksbank Riesa hatte schon Tradition, aber 1997 wurde dafür erstmals ein Fotowettbewerb unter dem Motto „Sehenswürdigkeiten des Landkreises Riesa-Großenhain“ ausgeschrieben.

Hunderte Fotos wurden eingesandt.

Es wurden auch Gelder aus der Gewinnsparraktion der Sächsischen Genossenschaftsbanken ausgereicht. Unter anderem erhielt die Außenstelle Großenhain der Musik- und Kunstschule Riesa-Großenhain 2.000 DM.

Die Bank investierte in den Ausbau der Elektronik, reduzierte und rationalisierte die Verwaltungsaufgaben. Durchschnittlich hatte die Volksbank 87 Mitarbeiter, davon zwölf Teilzeitkräfte. Zehn Mitarbeiter legten vor der IHK eine Ausbildereignungsprüfung ab.

Die Bank erhielt den Preis für Sachsen im Direktmarketingwettbewerb der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Im Juli 1997 wurde eine Festwoche zur Eröffnung des neuen Hauses an der Hauptstraße gefeiert. Mit dem Neubau entstand eine Nutzfläche von 4.590 Quadratmetern. Dazu kamen sieben Wohnungen und zwei Tiefgaragenparkdecks mit insgesamt 33 Plätzen.



1998

Die Maxime hieß aktive Kundenbetreuung. Beratungsqualität und Kundenservice wurden in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich ausgebaut.

Die deutsche Wirtschaft zeigte endlich einen Trend zur Konjunkturerholung, aber zunächst vor allem in den alten Bundesländern. Im Osten war dagegen eine spürbare Abkühlung zu verzeichnen. Die nach wie vor dünne Eigenkapitaldecke der hiesigen Unternehmen erschwerte die Situation zusätzlich. Am schwierigsten war die Lage im Bauhaupt- und Baunebengewerbe. Auch im Dienstleistungsgewerbe war die Lage besorgniserregend. Zwei von drei Handwerksinsolvenzen entfielen auf das Bauhauptgewerbe.

Angesichts der schwachen allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung wurde auch für die Bank für die nächsten Jahre kaum ein Wachstum erwartet.

Trotzdem nahm die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu. Eine Ursache dafür war das historisch niedrige Zinsniveau. Auch Wertpapiere waren auf dem Vormarsch.

Im Herbst wurde das erste Internet-Terminal einer Bank im Landkreis im SB-Foyer aufgestellt. Mit der Geldkarte konnte rund um die Uhr im Internet gesurft werden. Außerdem wurde Firmenkunden die Möglichkeit eingeräumt, sich im Foyer den Kunden zu präsentieren.

Am 23. Juni 1998 stimmten die Mitglieder beider Banken in ihren Generalversammlungen der Verschmelzung der Raiffeisenbank Oschatz mit der Volksbank Riesa zu – rückwirkend zum 1. Januar 1998. Die Bezeichnung lautete nun Volksbank Riesa eG mit Zweigniederlassung der Raiffeisenbank Oschatz. Die Aufsichtsräte verschmolzen zu einem gemeinsamen Gremium mit neun Mitgliedern.

Die Volksbank Riesa unterstützte das Bläserensemble auch weiterhin und half außerdem bei der Sanierung der Orgel in der Großenhainer Marienkirche. Der BSV Strehla bekam für seine E-Jugend-Mannschaft einen Satz neue Trikots. Und 10.000 DM gingen an die Kindereinrichtung in Frauenhain für die Sanierung der Heizung. Die Musikschule Großenhain bekam eine Zuwendung aus dem Gewinnsparen.

Mit dem Max-Planck-Gymnasium Riesa gab es eine Zusammenarbeit im Fach Wirtschaftskunde – speziell zur Euro-Einführung. Der Unterricht fand dafür in der Volksbank statt. Auch Praktikumsplätze für Schuler wurden angeboten. Neben der Hilfe für die Anschaffung innovativer Technik für den Leistungskurs Mathematik am Pestalozzi-Gymnasium Oschatz wurde auch die Förderschule Riesa unterstützt.

Seit dem Jahr 1994 gibt es das „Bankengespräch“ als Veranstaltungsreihe zu aktuellen Themen der Wirtschaft. Im Jahr 1998 fanden allein drei Veranstaltungen zur Euro-Einführung statt – u. a. mit Experten der R+V-Versicherung, der DG-Bank und anderer Institutionen.

Wegen der Fusion mit der Raiffeisenbank Oschatz gab es zwei Kundenreisen: im April eine nach Madeira, im Mai eine nach Andalusien.

Im Jahr 1998 wurde das 5.000. Mitglied aufgenommen.

1999

Die Förderung der heimischen Wirtschaft war das strategische Ziel der Volksbank, obwohl die konjunkturelle Entwicklung in den Landkreisen Riesa-Großenhain und Torgau-Oschatz schleppend verlief. Die Ertragsentwicklung der Unternehmen hatte sich verschlechtert, die Zahl der Insolvenzen stieg. Die Unternehmen hatten aber weiter Interesse an Investitionen und deren Finanzierung. So stieg die Zahl der Firmenkunden um 3,8 %. Es wurden eigene Anlageprodukte kreiert. Die Kundeneinlagen stiegen um 2,6 % – trotz einer Verringerung der Sparquote.

Die Volksbank Riesa betätigte sich auch weiterhin als Bauherr: So wurde der Wohnkomplex an der Heinrich-Heine-Straße übergeben. Hier wohnten zu DDR-Zeiten Offiziere der sowjetischen Armee. In dem kaum noch bewohnbaren Gebäude entstanden innerhalb von zehn Monaten 40 attraktive Wohnungen.

Auch die 1719 errichtete Gaststätte „Schwan“ in Strehla am Markt wurde mit viel Liebe zum Detail saniert. Im Erdgeschoss zog die neue Geschäftsstelle der Volksbank Riesa ein.



Die Volksbank hatte das Gebäude erworben und gab im November 1998 den Startschuss für die Sanierung des ehemals von der sowjetischen Armee für Offizierswohnungen genutzten Wohnblocks.

Foto: Schröter

Aus dem unansehnlichen Block wurde eine moderne Wohnanlage.

Fotos: H. Berthold



Am 17. August 1999 fand in der Riesaer Stadthalle „stern“ die erste Generalversammlung der fusionierten Bank statt. Durch die Steigerung der Mitgliederzahl auf inzwischen 5.603 wurde es zunehmend problematisch, dafür geeignete Räumlichkeiten zu finden. Deshalb beschloss die Generalversammlung die Einführung einer Vertreterversammlung als Organ der Genossenschaft und wählte den Wahlausschuss, der für die Vorbereitung und Durchführung der Vertreterwahl zuständig war. Dessen Vorsitzender wurde Harro



Meurer. Auch die notwendigen Satzungsänderungen wurden beschlossen.

Das Verfahren wurde am 25. November 1999 abgeschlossen. An diesem Tag wurden in den Wahllokalen in Riesa, Oschatz und Großenhain 104 Vertreter und fünf Ersatzvertreter für vier Jahre demokratisch gewählt.

Die Volksbank Riesa beteiligte sich am Jugendwettbewerb der Volks- und Raiffeisenbanken. Das Motto lautete „Die Zukunft gestalten – wir sind dabei“. Es wurden 450 Arbeiten eingereicht, drei erhielten Preise beim Landesentscheid Sachsen.

Es wurden zahlreiche Kundenveranstaltungen durchgeführt – u. a. der erste Neujahrsempfang

sowie Informationsveranstaltungen wegen der Angst vor einem Zusammenbruch zum Jahreswechsel 2000. Bei der Jahreshauptauslosung für das Gewinnsparen wurden neben Geldpreisen in Höhe von 80.000 DM ein VW Passat, ein VW Golf und ein VW Lupo verlost.

Seit der Fusion mit der Raiffeisenbank Oschatz gehört die Volksbank Riesa zu den Top-Ten der Genossenschaftsbanken Sachsens. Die Kundeneinlagen stiegen, die Spareinlagen gingen leicht zurück. Die Bank hatte 125 Mitarbeiter, davon 14 Auszubildende.

Auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung wurden die Geschäftsstellen in Frauenhain, Borna, Laas und Wülknitz zum Jahresende geschlossen. In Frauenhain standen allerdings ein Kontoauszugdrucker und ein Geldautomat weiter zur Verfügung.

Die Einführung des Euro 1999/2002

Die Einführung des Euro in zwölf Staaten der Europäischen Union, der sogenannten Eurozone, war keine Währungsreform, sondern nur eine Währungsumstellung, da sämtliche bis Ende 1998 existierenden Geldbeträge direkt über den offiziellen Euro-Wechselkurs in Euro umgestellt wurden, ohne dabei an Wert zu verlieren oder zu gewinnen. Seitdem sind die Währungen der Euro-Länder fest an den Euro gekoppelt, sie sind nur andere Rechnungseinheiten des Euro. Der Euro galt seit dem Jahr 1999 als Buchgeld; er wurde am 1. Januar 2002 als Bargeld eingeführt. Seit der Bargeldeinführung haben alle alten Währungen der Euro-Länder ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verloren. Die Praxis zeigt allerdings, dass diverse Staaten, wie z. B. Polen, Tschechien, Ungarn etc. ihre eigene Währung bis heute nutzen sowie manchmal auch die Verrechnungen nur in der nationalen Währung zulassen. Banknoten und Münzen wurden eingezogen und können in einigen Ländern (in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank gebührenfrei) auch noch unbefristet in Euro getauscht werden. Unbare Geldwerte wurden automatisch bis spätestens 1. Januar 2002 auf Euro umgestellt. Eine Reform des Geldwesens fand nur insofern statt, dass die nationalen Notenbanken ihre Eigenständigkeit verloren und stattdessen die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufgabe einer Notenbank übernommen hat. Die Deutsche Mark verlor damit ihre Rolle als europäische Leitwährung. Die Deutsche Mark wurde im Verhältnis von 1 € = 1,95583 DM umgetauscht.

2000

Vorstand Harro Meurer formulierte im Vorwort: „Die Zeiten werden härter, trotzdem verlieren wir den Optimismus nicht und werden alles daransetzen, unsere Marktposition zu halten bzw. auszubauen.“

In Deutschland war eine kräftige konjunkturelle Belebung zu beobachten, die Zahl der Arbeitslosen sank langsam.

Obwohl der Euro erst am 1. Januar 2002 als neues gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland eingeführt wurde, konnten die Kunden bereits entscheiden, ob sie im bargeldlosen Zahlungsverkehr mit DM oder Euro bezahlen möchten. Die Bilanzsumme der Volksbank Riesa war um 4,5 % auf 615 Mio. DM gewachsen. Sie gehörte damit weiter zu den Top-Ten der Genossenschaftsbanken in Sachsen. Für 311 Mio. DM wurden Kredite ausgereicht. Allerdings waren die Anforderungen an die Kapitaldienstfähigkeit und an Sicherheiten wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage hoch.

Die Bank richtete eine eigene Homepage ein, und die Kunden konnten den Zahlungsverkehr von zu Hause aus abwickeln.

Mit dem Eintritt von 926 neuen Mitgliedern stieg deren Gesamtzahl auf 6.257.

Die Volksbank förderte weiter das Bläserensemble Riesa, organisierte Baumessen in Riesa und Oschatz für ihre Kunden und gemeinsam mit ihren Kunden.

2001

Sinkende Kreditnachfrage, deutlich spürbare Veränderungen im Anlageverhalten der Kunden, Tierseuchen, die sich auf landwirtschaftliche Betriebe der Region auswirkten, zunehmende Insolvenzen, hohe Arbeitslosenzahlen, eine steigende Inflationsrate und der Terroranschlag in New York vom 11. September 2001 prägten die schwierige wirtschaftliche Lage. Vor allem der ostdeutsche Mittelstand litt unter Rezession und hartem Wettbewerb, die Baukonjunktur befand sich auf einer scheinbar endlosen Talfahrt.

2001 gab es eine wichtige Veränderung: die Fusion der Volksbank Riesa mit der Volksbank Oschatz. Diese wurde nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Volksbank Oschatz erforderlich. Die Mitglieder der Volksbank Oschatz stimmten in der Generalversammlung am 20. Juni 2001 mit nur einer Gegenstimme der Fusion mit der Volksbank Riesa zu. Die Vertreterversammlung der Volksbank Riesa beschloss einstimmig am 27. Juni 2001 die Verschmelzung mit der Volksbank Oschatz. Die Fusion wurde somit zum 1. Januar 2001 wirksam. Die technische Fusion der beiden Banken wurde am 4. August 2001 erfolgreich abgeschlossen. Die rechtliche Fusion erfolgte mit der Eintragung im Genossenschaftsregister Dresden am 15. August 2001. Die Organe beider Genossenschaften einigten sich auf den gemeinsamen Namen Volksbank Riesa eG mit Sitz in Riesa.

„So entstand eine eigenverantwortliche, ihrer Region verpflichtete Kreditgenossenschaft, die durch ihre zeitgemäßen Dienstleistungen die wirtschaftlichen Belange ihrer Mitglieder und Kunden fördert“, hieß es im Geschäftsbericht.

Die Fusion wurde unter dem genossenschaftlichen Gedanken „Ein Markt, eine Bank“ für die Wirtschaftsregion der Landkreise Riesa und Oschatz erfolgreich umgesetzt.

In Oschatz fanden Ergänzungswahlen zur Vertreterversammlung der übernehmenden Genossenschaft statt. Für je 50 Mitglieder wurde ein Vertreter gewählt, insgesamt 140. Es wurde das Ombudsverfahren eingeführt, um Streitigkeiten zu schlichten und die Kundenbindung zu optimieren.

Die Kundeneinlagen stiegen durch die Fusion mit Oschatz von 345 auf 437,4 Mio. DM. Das entsprach einem Zuwachs von 26,8 Prozent. 108.000 DM wurde in Software investiert und 257.000 DM in elektronische Archivierung sowie für den Zahlungsverkehr 72.000 DM.

Durch die Fusion und zahlreiche Neueintritte bekam die Volksbank Riesa im Jahr 2001 2.242 Mitglieder hinzu und hatte damit insgesamt 8.390.

Ab den 17. Dezember 2001 gab es die Starter-Pakete (Foto) mit 20 Euro- und Cent-Münzen im Wert von 10,23 Euro, was 20 DM entsprach. Mehrfach wurde bereits Euro-Bargeld angeliefert.

In der Geschäftsstelle Gröditz wurden die Beratungsmöglichkeiten erweitert. Dafür wurden 46.000 DM investiert.

Höhepunkte im Jahr 2001 waren auch der Neujahrsempfang mit dem Bläserensemble und die Ausstellungseröffnung des Künstlers Jochen Rohde.

Die Volksbanken Riesa, Großenhain und Meißen beteiligten sich an den Herstellungskosten von neuen Innungsfahnen der Handwerkerschaft.

Am 2. Advent fand das alljährliche Weihnachtskonzert mit dem Bläserensemble Riesa in der Kundenhalle statt, und mehrfach konnten Gewinne aus dem Gewinnsparen übergeben werden.

Foto: bigfm.de



2002

Im Vorwort zum Geschäftsbericht 2002 schrieb Harro Meurer: „Die Arbeitslosenzahlen steigen, die Insolvenzen, besonders im Osten, haben einen nie gekannten Höhepunkt erreicht, viele Betriebe kranken. Für einige stellt sich die Frage, werden sie das nächste Geschäftsjahr überstehen. Diese Risiken hat eine Bank einzuplanen, mit ihnen fertig zu werden. Auch wir als Bank bleiben von dieser Problematik nicht verschont, versuchen gegen zu steuern, was uns bisher mit einer konsequenten Geschäftspolitik auch gelang.“

Er ging aber auch auf die besonderen Leistungen ein, die die Mitarbeiter der Bank im Zuge der Währungsumstellung erbrachten. „Nie zuvor hat in unserer Bank mehr Geld gelagert.“ Mit der Euro-Einführung gab es einen Ansturm von Kunden auf die Geschäftsstellen. Firmen- und Privatkunden brachten ihre DM-Bestände zum Einzahlen oder Eintauschen. Massen von DM-Scheinen und Tonnen von DM-Münzen mussten gezählt, verpackt und zur Bundesbank transportiert werden.



Der Abtransport von DM-Münzen.
Foto: Voba

Ab dem 1. Januar 2002 wurde in den Filialen und an den Geldautomaten nur noch in Euro gehandelt. Bis 28. Februar 2002 konnte im Handel und bei Dienstleistungen noch in DM bezahlt werden, das Wechselgeld wurde jedoch in Euro ausgezahlt. DM-Restbestände können bis heute bei der Bundesbank getauscht werden.

Die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ hatte in einer Exklusiv-Umfrage ermittelt, dass „... der weitgehend reibungslose Ablauf der größten Geldtauschaktion der Geschichte“ von den Deutschen zu einem großen Teil auf die gute Vorbereitung und intensiven Arbeit der Banken zurückgeführt wurde.

Allerdings wartete die deutsche Wirtschaft weiter auf den Aufschwung. Zu Jahresbeginn gab es eine leichte Belebung der wirtschaftlichen Aktivität.

Ihr fehlte es aber an Kraft und Breite, um einen konjunkturellen Aufschwung zu bringen. Die Arbeitslosigkeit war weiter hoch.

Die Geschäftsstelle der ehemaligen Raiffeisenbank Oschatz in der Strehlaer Straße wurde zum 1. Juli 2002 geschlossen. Dort gab es nur noch vorübergehend Selbstbedienungstechnik. Die unter dem Namen Raiffeisenbank Oschatz, Zweigniederlassung der Volksbank Riesa eG, im Sinne von § 14 GenG eingetragene Zweigniederlassung wurde aufgegeben und am 13. Februar 2003 im Genossenschaftsregister gelöscht.

Die Zusammenlegung der Geschäftsstellen in Oschatz wurde am 23. Juni 2002 mit einem Tag der offenen Tür begangen, den viele Kunden der ehemaligen Raiffeisenbank nutzten, um ihre künftigen Bankräumlichkeiten in Augenschein zu nehmen.

Die Modernisierung der Geschäftsstelle Mügeln wurde begonnen. Sie erfolgte durch die 100-prozentige Banktochter, die Beteiligungsgesellschaft mbH der Volksbank Oschatz & Co. Verwaltungs- und Vermietungs-OHG. Es entstanden eine moderne Bankgeschäftsstelle und drei attraktive Wohnungen.

Mit der Jahreszahl 2002 untrennbar verbunden ist die Hochwasserkatastrophe im August. Es setzte eine ungeahnte Flut der Solidarität ein. Viele Mitarbeiter packten bei der Entladung des mit Sachspenden beladenen Lkw der Enztalbank eG Vaihingen an.

Ende 2002 hatte die Volksbank Riesa 121 Mitarbeiter, darunter 13 Auszubildende.

Beim Tag der offenen Tür in Oschatz.

Foto: Voba



Die ehemalige Raiffeisenbank Oschatz. Foto: H. Berthold

Die Volksbank in Mügeln.

2003

Das Raiffeisengebäude in Mügeln im Jahr 1998.

Foto: SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

Die Volksbank-Filiale in Dahlen.

Foto: H. Berthold

Auch für das Jahr 2003 konnte keine konjunkturelle Erholung konstatiert werden. In Riesa lag die Arbeitslosigkeit bei 24,5 Prozent, in Oschatz bei 24,2 Prozent. Das war einer der Gründe dafür, dass viele Menschen gezwungen waren, ihre Ersparnisse für den täglichen Bedarf anzugreifen. Das blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Volksbank. Die Schließung der Selbstbedienungs-Geschäftsstellen in Frauenhain und Oschatz, Strehlaer Straße 11, am 15. März 2003 sowie der Geschäftsstelle Prausitz im August gehörte zu den Konsequenzen.



Die Geschäftsstellen in Dahlen und Mügeln wurden jedoch erweitert, modernisiert und personell aufgestockt. Nach der Fusion mit der Volksbank Oschatz hatte es in Dahlen zwei Geschäftsstellen-Standorte gegeben, da die Volksbank dort die frühere Geschäftsstelle der Raiffeisenbank weitergeführt hatte. Die Entscheidung fiel zugunsten der Einrichtung im Einkaufszentrum, allerdings war deren Erweiterung unumgänglich. Es entstanden zwei weitere Beratungsräume sowie ein Aufenthaltsraum für die Mitarbeiter.

Das Volksbank-Gebäude an der Rudolf-Breitscheid-Straße im Mügeln, an der Ecke zum Markt, wurde mit viel Liebe zum Detail saniert. Nach achtmonatiger Bauzeit entstanden hier drei moderne Wohnungen und eine 180 Quadratmeter große Geschäftsstelle der Volksbank.

Auch hier gab es eine zweite Geschäftsstelle Am Markt. Das Mietverhältnis hier wurde beendet.

Dem Vorstandsvorsitzenden der Volksbank Riesa, Bankdirektor Harro Meurer, wurde für seine Verdienste um die genossenschaftliche Kreditwirtschaft in Sachsen, insbesondere als Vorstandsvorsitzender der Volksbank Riesa, am 10. Dezember 2003 vom Genossenschaftsverband Sachsen (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V. die Schulze-Delitzsch-Ehrenmedaille in Silber verliehen. Damit erkannte der Genossenschaftsverband Sachsen sowohl das besondere Engagement in der Gruppe der Volksbanken und Raiffeisenbanken als auch die Erfolge der Volksbank Riesa an. Harro Meurer engagierte sich darüber hinaus seit Jahren ehrenamtlich beim Genossenschaftsverband Sachsen, bei den Verbundpartnern Bausparkasse Schwäbisch Hall, der R+V-Versicherung Wiesbaden sowie der Rechenzentrale FIDUCIA IT AG Karlsruhe und auch beim genossenschaftlichen Zentralinstitut der DZ Bank Frankfurt (Main). Dabei vertrat er Riesa überregional und brachte seine Fähigkeiten im gesamten Genossenschaftswesen ein.

Zum Jahresende 2003 hatte die Bank 96 Mitarbeiter sowie 13 Azubis bzw. Studenten der Studienakademie. In diesem Jahr kamen 1.143 neue Mitglieder hinzu, insgesamt hatte die Volksbank Riesa damit 9.311 Mitglieder.



2004

Nach Jahren der Rezession war die deutsche Wirtschaft erstmals wieder auf Wachstumskurs. Auch die Volksbank Riesa konnte mit einer positiven Gesamtsituation aufwarten.

Nach der ersten Vertreterwahl im August 1999 standen nunmehr 170 Vertreter und sechs Ersatzvertreter zur Wahl. Die Listen lagen zwei Wochen lang in den Geschäftsstellen zur Einsichtnahme aus. Die aufgestellten Kandidaten fanden die Zustimmung der Mitglieder und wurden für vier Jahre gewählt. Am 7. September 2004 wurde das zehnte Jubiläum der Geschäftsstelle Gröditz gefeiert. Am 21. Mai 2004 fand in der Volksbank Riesa erstmals ein Immobilientag statt.



Die Eröffnung der Geschäftsstelle in Nünchritz 2005.

Foto: Voba

2005

Das Wirtschaftswachstum blieb vor allem in der ersten Jahreshälfte unter den Erwartungen. Allerdings deutete sich eine Erholung an. Die Lage am Arbeitsmarkt blieb aber weiter kritisch.

Am 23. Mai 2005 wurde die neue Geschäftsstelle in Nünchritz eröffnet mit einem Drive-In-Geldautomaten.

Am 5. November 2005 feierte die Bank ihr 150-jähriges Bestehen mit einer Festveranstaltung. Im Dezember wurde das 10.000 Mitglied aufgenommen.

Das Markenzeichen der Genossenschaftsbank wurde über die Jahre weiterentwickelt.



in den 30er Jahren



Anfang 1980



2001

2007

„15 Jahre nach meinem Dienstantritt in der Volksbank Riesa ist die Zeit gekommen, mich von Vertrautem zu lösen, den Stab weiterzugeben und mich mit einer neuen Lebensplanung intensiver zu befassen“, schreibt Harro Meurer im Juli 2008 im Vorwort zum Geschäftsbericht 2007. „Wir haben schwierige Zeiten gemeinsam gemeistert, die Börsenkrise überstanden, die Volksbank Riesa zu einem modernen Bankdienstleistungsunternehmen aufgebaut, in Ausbildung investiert, uns den Mitbewerbern am Markt gestellt und schwere Schläge durch Betrugsfälle verkraften müssen.“

Die Volksbank Riesa verstand es immer als ihren öffentlichen Auftrag, Kultur und Kunst, Sport und Denkmalschutz zu fördern. Im Jahr 2007 wurden ca. 90 Vereine, Schulklassen, Kindergärten mit Sachspenden und finanziell unterstützt. Sieben Vereine bekamen einen Anteil vom Zweckertrag des Gewinn-Spar Vereins mit insgesamt 28.700 Euro.

WICHTIGE

PERSÖNLICH- KEITEN DER VOLKSBANK



PERSÖNLICHKEITEN

An dieser Stelle möchten wir einige Persönlichkeiten vorstellen, die sich um die Volksbank Riesa verdient gemacht haben

Karl-Heinz Leuteritz
Leiter der Gewerbebank Riesa von 1971 bis 1991

Karl-Heinz Leuteritz übernahm nach der Fusion der Gewerbebank Dahlen mit der Gewerbebank Oschatz 1971 (s. Seite 65) die Leitung der Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Riesa, da sein Vorgänger Max Lehmann das Rentenalter erreicht hatte. Eine der Hauptaufgaben der Bank war natürlich die Unterstützung von Handwerk und Gewerbe. Da die Wirtschaft der DDR in hohem Maße von beschränkten Materialressourcen gekennzeichnet war, hatte es dieser Bereich meist nicht leicht. Das änderte sich mitunter, weil auf Phasen des regelrecht restriktiven Vorgehens gegen den privaten Wirtschaftssektor wieder Zeiten folgten, da Handwerk und Gewerbe gefördert wurden. Aber die meisten Betriebe konnten auf Grund von Planvorgaben bei Weitem nicht so arbeiten, wie sie wollten.

Bereits im zweiten Jahr seiner Tätigkeit in Riesa wurde Karl-Heinz Leuteritz mit der Tatsache konfrontiert, dass durch die DDR-Führung ein weiterer Schritt zur Schwächung der privaten und genossenschaftlichen Wirtschaft im Bau- und im produzierenden Gewerbe vollzogen wurde – durch die Überführung in Volkseigentum, die „Verstaatlichung“. Neben Privatbetrieben waren im Wirkungsbereich der Genossenschaftsbank Riesa allein 16 Produktionsgenossenschaften des Handwerks betroffen. Das führte zum Verlust vieler Kunden und zu einer verstärkten Neuorientierung auf Privatkunden. Die Bank konnte jedoch ihre Stabilität erhalten.

Diese Verstaatlichungsaktion hatte jedoch auch eine Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung mit handwerklichen Dienstleistungen zur Folge. Deshalb wurde bereits mit einem Ministerratsbeschluss vom 12. Februar 1976 auf die Neuvergabe von Gewerbe genehmigungen orientiert. „Wir hatten dadurch die Möglichkeit, mit steuer- und zinsbegünstigten Krediten die private Wirtschaft erneut zu unterstützen“, erinnert sich Karl-Heinz Leuteritz.

Die Riesaer Genossenschaftsbank bzw. -kasse hatte keine Zweigstellen, doch ihr Einzugsgebiet reichte bis Großenhain, wo es keine „Gewerbebank“ gab, und nach Südbrandenburg, vor allem nach Bad Liebenwerda und Elsterwerda. Es wurden sogar Bargeldtransporte aus diesen Bereichen nach Riesa organisiert.

Karl-Heinz Leuteritz
Foto: Voba





Auch nach Prag führte im Jahr 1972 ein Ausflug der Riesaer Mitarbeiter.
Foto: privat

Karl-Heinz Leuteritz und andere Mitarbeiter waren oft im damaligen Bezirk Cottbus unterwegs und hielten mit persönlichen Besuchen in den Betrieben und Geschäften und vielen Gesprächen guten Kontakt zu den Kunden.

Im Kreis Riesa bestand unter der Leitung des Abteilungsleiters Finanzen beim Rat des Kreises eine Finanzarbeitsgruppe, in der alle in Riesa ansässigen Banken vertreten waren, auch die Genossenschaftsbank. Die Aufgaben der einzelnen Kreditinstitute waren voneinander abgegrenzt. So konzentrierte sich die Genossenschaftsbank auf die private und genossenschaftliche Wirtschaft, auf Handwerk und Gewerbe.

Die Riesaer Bank, die seit 1974 Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe hieß (s. Seite 41), hatte sich im Bezirk Dresden einen guten Ruf erworben. Und so wurde Karl-Heinz Leuteritz bereits im Jahr 1979 durch den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Dresden zum Vorstandsmitglied der Bezirkshandwerkskammer Dresden berufen. Das ermöglichte ihm eine engere Zusammenarbeit mit dem Handwerk und dessen Unterstützung und führte später auch zur Auszeichnung mit der Ehrennadel des Handwerks in Gold.

Als Anerkennung für sein Wirken mit den anderen Genossenschaftskassen im Bezirk Dresden wurde Karl-Heinz Leuteritz durch den Verband der Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe Berlin zeitweilig mit Leitungsfunktionen gegenüber anderen Genossenschaftskassen im Bezirk betraut.

„Diese verantwortungsvollen Funktionen auch wahrzunehmen, war nur dank meiner Vertreterin im Innenbereich der Bank, Hanna Richter, und eines ausgezeichnet arbeitenden Mitarbeiterkollektivs möglich, das auch über eine sehr positive Resonanz bei den Bankkunden verfügte“, versichert Karl-Heinz Leuteritz.

Mit den Jahren wurde auch die Banktechnik in der DDR verbessert, und es wurden Geldautomaten in Betrieb genommen, wie sie heute selbstverständlich sind. Der erste Geldautomat in Riesa wurde in der Genossenschaftskasse installiert, was auch ein Zeichen der Anerkennung dieser Bank im Kreis Riesa war.

Viele gute Erinnerungen hat Karl-Heinz Leuteritz an den guten Kontakt zwischen den Mitarbeitern der Gewerbebank. Natürlich wurde gemeinsam gefeiert. Auch Betriebsfahrten und gemeinsame Feiern gehörten zu den Höhepunkten.



Karl-Heinz Leuteritz mit Charles ART, dem „Maler des Zeitwindes und Glücks“ aus Mannheim. Der Künstler übergab im Mai 1990 die Lithografie „Tanz auf der Mauer“ an die Bank. Das Original des Kunstwerkes erhielt George Bush sen.
Foto: Jürgen Müller

Die größten Anforderungen an die Bankarbeit ergaben sich natürlich in der Wendezeit. Die Banken hatten eine DM-Eröffnungsbilanz zu erstellen. Es ist sicher ein einmaliger Vorgang, dass die „Bauernbanken“ – die Banken für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft – Riesa und Großenhain keine eigene Eröffnungsbilanz erarbeiteten, sondern auf Anregung durch die Genossenschaftskasse Riesa ihr Geschäftsvolumen sofort auf diese übertrugen. Damit erweiterte sich der Tätigkeitsbereich des ab April 1990 wieder unter Volksbank firmierenden Geldinstituts deutlich.

Während der Währungsumstellung im Jahr 1990 wurde die Volksbank von Kunden regelrecht „überrieselt“. Deshalb wurden die im Erdgeschoss des Bankgebäudes befindlichen Verkaufsräume der HO wieder in eigene Regie übernommen. Dort wurde ein provisorischer Schalterraum hergerichtet, vor dem sich dann lange Schlangen bildeten.

Große Unterstützung bei der Bewältigung der Umstellungsaufgaben der Banken des DDR-Systems auf die Strukturen der Bundesrepublik erhielt die Volksbank Riesa durch Vereinbarungen von Karl-Heinz Leuteritz mit dem Vorstand der Volksbank Ludwigsburg, Werner Schaible. Dadurch konnten viele Probleme gemeistert werden. „Der Volksbank Ludwigsburg sei deshalb ganz besonders gedankt“, betonte Karl-Heinz Leuteritz. (s. Seite 166)

Kurt Hähnichen
PGH-Vorsitzender, Kreishandwerksmeister, Aufsichtsratsmitglied

„Wir waren uns sehr wohl darüber im Klaren, dass die Gewerbebank zu DDR-Zeiten eine Kontrollfunktion, sozusagen einen staatlichen Auftrag, hatte. Aber das war uns ziemlich egal, denn entscheidend war das gute Verhältnis zu deren Direktor Karl-Heinz Leuteritz“, erinnert sich Kurt Hähnichen, von 1979 bis 1990 Vorsitzender der Riesaer PGH „Gute Fahrt“, bis 2013 Geschäftsführer der Autohaus Gute Fahrt GmbH Riesa. „Leuteritz war Finanzexperte in Sachen Handwerk und uns immer ein guter Berater und darüber hinaus durch seine Funktionen und Ämter bestens vernetzt, so dass er manchen Tipp geben und uns dadurch auch Ärger ersparen konnte. Wir haben diese ‚Kontrolle‘ akzeptiert, weil sie auch in unserem eigenen Interesse war und absicherte, dass alles regelkonform lief. Sonst drohte möglicherweise mächtiger Ärger.“

Für Kurt Hähnichen stellt sich die Gewerbebank im Rückblick als „zentraler Umschlagplatz“ der Finanzen für Handwerk und Gewerbe dar. Auch alle Lohnkonten seiner Mitarbeiter wurden dort geführt. Das war in anderen PGH und Handwerksbetrieben nicht anders.

Karl-Heinz Leuteritz nahm als Vertreter der Gewerbebank an jeder Jahreshauptversammlung der PGH teil. Er erläuterte nach dem Rechenschaftsbericht des PGH-Vorsitzenden als neutrale Person ausgewählte finanztechnische Schwerpunkte der PGH und informierte über Erfolge und Reserven, legte aber auch „den Finger in die Wunde“, wenn es irgendwo klemmte.

Mit dem Gewerbebank-Direktor bzw. Vertretern seines Teams wurden alle Investitionen der PGH besprochen. Die Zusammenarbeit war geprägt von gegenseitigem Respekt und von einem Vertrauensverhältnis, das auch auf der Stabilität des Kollektivs – wie es damals hieß – beruhte, denn man kannte sich gut, benötigte keine langen Erklärungen.

Das war besonders wichtig, als in den 1970er Jahren von staatlicher Seite die Produktion von Konsumgütern für die Bevölkerung gefordert wurde. Was sollte eine PGH des Kfz-Handwerks noch mehr machen, als Autos reparieren und dafür sorgen, dass dieses damals kostbarste aller Konsumgüter gut lief? Um den Forderungen gerecht zu werden, bildete die PGH eine Abteilung, die Gummiformteile – Kfz-Ersatzteile und -Zubehör sowie Teile für Elektroanlagen – herstellte. Dieser Bereich bot 30 Arbeitsplätze für Rehabilitanten und brachte zusätzliche Einnahmen für die PGH. Auch in der zentralen Lehrwerkstatt, in der etwa 15 Lehrlinge aus der Berufsgruppe Kfz der Region ausgebildet wurden, entstanden Konsumgüter – z. B. Fahrradständer und Tubenroller, wobei die Jugendlichen die im Rahmen ihrer Ausbildung erworbenen handwerklichen Fähigkeiten anwenden konnten. Da musste man finanztechnisch natürlich akribisch darauf achten, dass man sich nicht „in die Nesseln“ setzte. So gab es immer auch viel Gesprächsbedarf mit der Gewerbebank. „Aber solange alles gut lief und Erfolge abgerechnet werden konnten, ließ man uns ziemlich in Ruhe“, weiß Kurt Hähnichen zu berichten. Eine große PGH mit rund 200 Mitarbeitern hatte sogar einige Freiräume.

Die Gewerbebank war dank Karl-Heinz Leuteritz und seiner Mitgliedschaft in vielen Gremien auch ein guter Fürsprecher für das Handwerk. Natürlich gab es Druck von oben, vor allem für kleinere Betriebe.

So hat auch die PGH „Gute Fahrt“ im Laufe der Jahre mehrere kleine Firmen übernommen, sie und ihre Beschäftigten so für das Handwerk erhalten.

„Leider setzte sich diese langjährige und vor allem vertrauensvolle Zusammenarbeit nach dem Weggang von Karl-Heinz Leuteritz Anfang der 1990er Jahre nicht fort. Die Führungsspitzen in der Volksbank wechselten häufig, von Stabilität konnte keine Rede mehr sein. Viele Volksbank-Kunden suchten gerade in dieser für alle Unternehmen schwierigen Zeit eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit einer Bank,“ berichtet Kurt Hähnichen. Die Sparkasse füllte die Lücke und auch andere Kreditinstitute, die sich zunehmend auf dem Markt etablierten.

Der Wechsel von Harro Meurer von der Sparkasse „auf die andere Straßenseite“ zur Volksbank sorgte damals für Unverständnis und Kopfschütteln. Das war für die „gelernten DDR-Bürger“ sehr ungewöhnlich und kam für viele geradezu einem Verrat gleich. Dabei war ein solcher Schritt im neuen Bankensystem westdeutscher Prägung nichts Ungewöhnliches. Und mit diesem Personalwechsel setzte eine längere Phase der Konsolidierung bei der Volksbank ein, denn ein Fachmann war Harro Meurer durch und durch und sorgte dafür, dass die Volksbank Riesa bald wieder einen guten Ruf in der Finanzwelt hatte.

Allerdings blieb für viele Kunden genau das auf der Strecke, was sie bei der Volksbank und zuvor bei der Gewerbebank so geschätzt hatten: die menschliche Nähe, das gegenseitige Vertrauen, das gute Miteinander.

Kurt Hähnichen kann sich noch gut an das Theater erinnern, als eine außerordentliche Generalversammlung am 24. Mai 1993 (s. Seite 45) geprägt war von Spielchen im Hintergrund und viel Gezänk. 1995 wurde er Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbank, verließ dieses Gremium aber zwei Jahre später wieder.

„In meinen Augen zog erst mit den Vorständen Markus Ziron und Kai-Uwe Schulz wieder Ruhe in der Volksbank ein und mit der Zeit auch das Vertrauen, das für eine gedeihliche Zusammenarbeit nötig ist“, resümiert Kurt Hähnichen.



Kurt Hähnichen
Foto: Voba

Harro Meurer
Vorstandsvorsitzender

Harro Meurer war vom 1. Mai 1993 bis zum 28. Februar 2009 als Vorstand für Kundengeschäft, Einlagen und Kredite sowie Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit und Facility Management bei der Volksbank Riesa tätig. Am 18. April 1995 wurde er zum Vorstandsvorsitzenden berufen.

Darüber hinaus war Harro Meurer Beiratsmitglied bei der BSH Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, bei der DZ-Bank, Deutsche Zentralgenossenschaftsbank AG, bei der R&V Raiffeisen und Volksbanken Versicherung AG sowie Mitglied im Prüfungsausschuss Bankkaufmann/-frau bei der IHK Dresden und Dozent und Prüfungsausschussmitglied bei der Berufsakademie Sachsen.

Seine wichtigste Aufgabe war der materielle und personelle Aufbau der Bank nach der politischen Wende. Dabei gehörte der Ausbau und die Erweiterung der Hauptstelle in Riesa mit einem Wertumfang von rund 20 Mio. DM bis zum Jahr 1997 zu den größten Herausforderungen, denn während der Bauzeit musste der Geschäftsbetrieb aufrechterhalten, Kosten und Bauzeiten mussten eingehalten werden. (s. Seite 48/49)

Dabei hat die Volksbank Riesa bis heute ein Alleinstellungsmerkmal in Riesa: Die tiefste Baugrube Riesas durch drei Etagen Tiefgarage mit Parkplätzen für den Bankbetrieb, Mitarbeiter, Mieter und Kunden!

Darüber hinaus wurden in dieser Zeit zahlreiche Geschäftsstellen neu gebaut, modernisiert und erweitert, um den Anforderungen eines modernen Bankbetriebes gerecht zu werden – so z. B. in Strehla, Nünchritz, Gröditz, Großenhain und Wernsdorf. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter zählten für Harro Meurer ebenfalls zu den Herausforderungen in den 1990er Jahren. Wichtige Ereignisse waren nach den Anfangsjahren die Fusionen mit der Raiffeisenbank Oschatz eG 1998 und im Jahr 2001 mit der Volksbank Oschatz eG.



Harro Meurer mit dem damaligen Oberbürgermeister von Riesa, Dr. Horst Barth (r.), bei der Neueröffnung der Volksbank im Jahr 1997.

1998 wurden erfolgreich die Sanierung und der Umbau des Wohnblockes Heinrich-Heine-Straße 11-17 (s. Seite 54/55) im ehemaligen Kasernengelände der Stadt abgeschlossen. In dem völlig umgestalteten und inzwischen sehr beliebten zentrumsnahen Wohngebiet entstanden 40 Eigentumswohnungen.

Ein prägendes Ereignis war für Harro Meurer nach der Einführung der DM in den neuen Bundesländern am 1. Juli 1990 die Einführung des Euro am 1. Januar 2002.

Zu den einschneidendsten Ereignissen seiner Riesaer Jahre gehören für ihn auch die Jahrhundertflut der Elbe im Jahr 2002 und die überwältigende Welle der Hilfsbereitschaft aus den Partnerbanken in den alten Bundesländern für die vom Hochwasser betroffenen Bürger, insbesondere in der Gemeinde Röderau, wo ein ganzer Ortsteil buchstäblich unterging. Die Bewohner wurden umgesiedelt, die erst in den Jahren zuvor neu errichteten Gebäude – Wohnhäuser und Firmengebäude – mussten abgerissen werden.

Gern erinnert sich Harro Meurer an viele engagierte Menschen, die sich für die Entwicklung und Stärkung der Volksbank einsetzten. Dazu gehört für ihn u. a. Oberbürgermeister Dr. Horst Barth, der einige Jahre Vorsitzender des Aufsichtsrates war. Auch die Zusammenarbeit mit dem damaligen Kreishandwerksmeister und Aufsichtsratsmitglied Kurt Hähnichen ist ihm in guter Erinnerung. Beeindruckt hat ihn darüber hinaus die Arbeit von Wolfgang Haufe, dem Leiter der Bläserensembles Riesa, das viele Jahre von der Volksbank gefördert und finanziell unterstützt wurde. „Im Übrigen waren wir als Genossenschaftsbank für alle Bürger, Institutionen und Firmen der Landkreise Riesa und Oschatz da. Eine besondere Nähe zur Politik und Politikern hat sich da nicht angeboten“, erinnert sich Harro Meurer.

Natürlich gab es in den Jahren seiner Tätigkeit in Riesa auch weniger schönen Ereignisse und Erlebnisse, aber „eine besondere Eigenschaft des Menschen ist es, alles Unangenehme der Vergangenheit vergessen zu können, deshalb möchte ich mich daran auch nicht erinnern“, schreibt Harro Meurer. „Aber viele schöne Ereignisse sind sehr wohl nach wie vor in meiner Erinnerung, wie zum Beispiel die hervorragende Zusammenarbeit mit meinem langjährigen Vorstandskollegen Rainer Schnell, die fleißigen und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das 150-jährige Bankjubiläum am 5. November 2005 und die vielen interessanten und tollen Bankreisen mit Kunden nach Malta, Ägypten, in die Türkei, nach Griechenland, Spanien, Schottland, in die USA, nach Mexiko, Norwegen, Italien, Israel, China und Thailand. Und last but not least bleiben mir viele schöne Veranstaltungen mit Kunden und Mitarbeitern, insbesondere die Weihnachtsfeiern und Konzertveranstaltungen mit dem Bläserensemble unvergessen.“

Sein persönlicher Dank geht insbesondere an die langjährigen Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Nitzsche aus Strehla und Gabriele Krause aus Oschatz sowie seine langjährige Sekretärin Andrea Förster.

Am 10. Dezember 2003 wurde Harro Meurer für seine Verdienste um die genossenschaftliche Kreditwirtschaft in Sachsen als Vorstandsvorsitzender der Volksbank Riesa eG durch den Vorstand des Genossenschaftsverbandes Sachsen e.V. die Schulze-Delitzsch Ehrenmedaille in Silber verliehen.



Harro Meurer
Foto: Voba

Gabriele Krause
Aufsichtsratsvorsitzende von 1998 bis 2018

Es waren schöne Jahre, aber sie waren auch anstrengend, und es ist unheimlich viel passiert in dieser Zeit. Die Wende erlebte ich als Hauptbuchhalterin der LPG Tierproduktion Naundorf. In dieser Funktion gehörte ich der Revisionskommission der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft Oschatz an. Mit der Wende änderten sich die Rechtsformen der Unternehmen. Es wurde dann ein gemeinsamer Aufsichtsrat der Warengenossenschaft und der Raiffeisenbank Oschatz gewählt. Ich stellte mich der Wahl, bekam ausreichend Stimmen und wurde Mitglied dieses neuen Aufsichtsrates.

Doch schon bald wurde uns klar, dass das so nicht funktionieren kann, und es wurden für die Warengenossenschaft und die Raiffeisenbank zwei getrennte Aufsichtsräte gebildet. Ich gehörte dann auch dem der Raiffeisenbank Oschatz an, war ab 1995 dessen Vorsitzende. Vieles änderte sich zu dieser Zeit – im öffentlichen, aber auch in meinem Privatleben. Im Rahmen meiner Weiterbildung zur Steuerberaterin konnte ich viele neue Erkenntnisse aus meiner Tätigkeit im Aufsichtsrat nutzen und ebenso mein neu erworbenes Wissen in die Aufsichtsratsarbeit einbringen.

Bereits wenige Jahre nach der Bildung der Raiffeisenbank Oschatz wurde es notwendig, über Veränderungen nachzudenken. Die ersten Fusionen von Genossenschaftsbanken standen auf der Tagesordnung.

Ich habe den Prozess der Fusion der Raiffeisenbank Oschatz mit der Volksbank Riesa mitgetragen und begleitet, wohl wissend, dass die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit zwei verschiedenen Regierungspräsidien nicht leicht werden würde. Aber die Entscheidung war und ist richtig. Ich blieb Aufsichtsratsmitglied der Volksbank Riesa und übernahm nach der Fusion im Jahr 1998 den Vorsitz des Aufsichtsrates in der fusionierten Bank.

Gabriele Krause



Der Aufsichtsrat überwacht und kontrolliert die Tätigkeit des Vorstandes. Alle Mitglieder standen im Berufsleben, mussten mehr oder weniger die Veränderungen der Wendejahre meistern. Da gelang die Zusammenarbeit nur mit einem ausgeprägten Vertrauensverhältnis zwischen Vorstand und Aufsichtsrat, was jedoch nicht bedeutete, dass man sich blind vertraut.

Mit der Zeit zeigte sich, dass eine gewisse Sachkenntnis für die Arbeit im Aufsichtsrat sehr nützlich ist, um den immer komplizierter werdenden betriebswirtschaftlichen Prozessen folgen und sie bewerten zu können. Die Verantwortung war und ist schließlich sehr hoch. Auch hier war meine Tätigkeit als Steuerberaterin sehr hilfreich, da die Verbindung zwischen Bank und Mandant sehr oft von unserem Berufsstand begleitet wird.

Der Focus der letzten Jahre lag im harten Kampf um die Eigenständigkeit der Bank.

Die Anforderungen an eine Bank werden vor allem zunehmend von der Digitalisierung in allen Bereichen und dem sich wandelnden Kaufverhalten der Bevölkerung geprägt. Das Bargeld wird immer mehr aus unserem Alltag verschwinden.

Über all die Jahre hat sich für mich ganz deutlich gezeigt, dass die genossenschaftliche Idee auch heute noch tragfähig ist. Die Zukunft der Volksbank Riesa sehe ich optimistisch, ich weiß aber auch, dass es in den kommenden Jahren kein leichter Weg wird.

Nach mehr als 20 Jahren habe ich mein Amt altersbedingt in jüngere Hände übergeben. Mein Nachfolger, der Rechtsanwalt Jens-Peter Huth, ist seit vielen Jahren Mitglied des Aufsichtsrates und kann seine Erfahrungen einbringen.

Ich bin überzeugt davon, dass der jetzige Vorstand mit Kai-Uwe Schulz und Markus Ziron die Volksbank Riesa in eine gute Zukunft lenkt. Und ich begrüße die Idee, die Geschichte der Volksbank Riesa und ihrer Vorgängereinrichtungen aufzuarbeiten. Vieles, was unsere Altvorderen dazu bewegte, sich genossenschaftlich zu engagieren, ist heute so aktuell wie damals. Deshalb ist es gut zu wissen, wo wir geschichtlich herkommen.

Nicht von langem Bestand: CREDITVEREIN OSCHATZ

Bekanntmachung.
Mit dem 1. Juni dieses Jahres soll der von dem hiesigen Gewerbeverein begründete Hilfsverein mit Vorschuß-Bank ins Leben treten. Indem wir nun solches hiermit bekannt machen, hoffen wir, daß diese von uns geschaffene Anstalt dem Zwecke, welchen der Gewerbeverein dabei im Auge gehabt, entsprechen und eben so segensreich empor blühen möge, als es bereits in der Stadt Chemnitz der Fall ist.
Oschatz, am 26. Mai 1853.
Der Gewerbe-Verein.
Adolph Baag sen., Rob. Fleischer,
Vorsitzender d. G. V. mit Vorsteher des G. V. Vorschuß-Bank.
Anton Berger,
Cassirer.
Statuten des Hilfsvereins sind bei Herrn Anton Berger zu haben.
Die Obigen.

Quelle: Stadtarchiv Oschatz

Das Decret vom 24. Mai 1860 bestätigte die Statuten.

Das Ministerium des Innern hat im Einverständnis mit dem Justiz-Ministerium den anliegenden Statuten des Creditvereins zu Oschatz die gebotene Befätigung mit der Wirkung ertheilt, daß den darin enthaltenen Bestimmungen genau nachgegangen werden soll.
In dessen Beurkundung ist gegenwärtiges
Decret
unter Siegel und Unterschrift des Ministers des Innern ausgefertigt worden.
Dresden, den 24. Mai 1860.
Ministerium des Innern.
Fehr. v. Neuff.
(L. S.)
Decret
wegen Befätigung der Statuten des Creditvereins zu Oschatz.

Wie in fast allen größeren und kleineren Städten Deutschlands entstand Mitte des 19. Jahrhunderts auch in Oschatz ein Gewerbeverein und in dessen Folge ein „Hilfsverein mit Vorschußbank“. Die Umstände, die zur Gründung führten, aber auch die Probleme, die mit der Genehmigung der Statuten durch die Landesregierung einhergingen, waren die gleichen wie in den anderen hier betrachteten Orten.

Der Hilfsverein hatte offenbar trotz geringer Mittel eine erstaunliche Wirksamkeit entwickelt. Mit 415 Talern Betriebsmitteln hatte er bei 409 Darlehen einen Umsatz von 6.643 Talern gemacht und einen Gewinn von 101 Talern erzielt.

Der dazu erforderliche Aufwand wuchs dem Gewerbeverein wahrscheinlich über den Kopf, so dass man sich entschloss, einen eigenständigen Creditverein zu gründen, „von welchem die Einrichtung einer sogenannten Vorschußbank für Gewerbetreibende“ organisiert werden sollte. Das geht aus einem

Schreiben an das Ministerium des Innern in Dresden hervor. Das Statut für den neu zu gründenden Creditverein zu Oschatz wurde mit Verweis darauf, dass es in Oschatz seit 1853 einen „Hilfsverein mit Vorschußbank“ als Abteilung des Gewerbevereins gibt, im August 1858 zur Genehmigung bei der Landesregierung eingereicht. Es ist in den meisten Punkten dem Statut des Creditvereins Meißen nachgebildet. Unterschrieben haben es die ca. 50 Mitglieder des „Hilfsvereins“.

In der Folgezeit wurden wie bei den anderen Creditvereinen in Briefwechseln Änderungen diskutiert. In erster Linie ging es um den Erlass der Stempelsteuer. Im Gegenzug forderte das Finanzministerium aber von den betroffenen Vereinen, in deren Schriften und Buchungen Einsicht nehmen zu dürfen. Aus diesem Grund wurde Regierungsrat Stimmel aus Leipzig zum Königlichen Kommissar bestimmt, der für die Kontrolle des Vereins zuständig war und auch an den Generalversammlungen teilnehmen sollte.

Am 24. Mai 1860 wurde das Dekret zur Bestätigung der Statuten endlich erlassen. Doch bereits zuvor hatte der Vorstand beschlossen, die Geschäfte aufzunehmen. Einen ersten Einblick erlaubt eine Veröffentlichung in den „Oschatzer Gemeinnützigen Blättern“ vom 6. April 1859, in der eine „Übersicht über die vom 19. September 1858, dem Tage der Eröffnung der Anstalt bis zum 31. März 1859 vorgenommenen Geschäfte“ gegeben wird. Der Verein hatte zu diesem Zeitpunkt 150 Mitglieder.

Paragraf 1 der Statuten umriss den Zweck des Vereins, wie wir es von den anderen Vereinen bereits kennen:

„Der Creditverein hat den Zweck, durch den gemeinschaftlichen Credit seinen Mitgliedern die zu ihrem Geschäftsbetriebe erforderlichen baaren Geldmittel zu verschaffen.“ Vorsitzender war Adolph Baetzsen.

Quelle: Stadtarchiv Oschatz

Mit Bezugnahme auf die Bestimmungen §§ 15, 27 und 30 der Vereinsstatuten wird hierdurch bekannt gemacht, daß
1. der Vereinsvorstand aus folgenden Mitgliedern besteht, als: dem unterzeichneten Rechtsanwalt und Stadtrath Ernst Adolf Schmorl, Director, Rittergutbesitzer, Stadtrath Robert Carl Wobegall, stellvertretender Director, Stadtrath Friedrich Wilhelm Lehmann, Cassirer, Kaufmann Eduard Gustav Kunze, Schriftführer, Rentier Ernst Cih, Rentier Karl Wochmann sen., Stadtrath Friedrich Hugo Bayer, Stabfahnen-Kontroleur Moritz Bernhard Wolf und Stadtgutsbesitzer Hermann Kriebel, insgesammt wirkliche Vorstandsmitglieder, Schneidermeister Heinrich Kretschmar, Kohlenvermesser Julius Hermann Wöbuck und Tuchfabrikant Johann Georg Fischer sen. stellvertretende Vorstandsmitglieder, und daß
2. die von der Generalversammlung festgesetzte Dividende nach 5%, vom Hundert auf das Jahr 1858 unter statutenmäßigem Abzug bei Stammanteilen über 300 Mark, von denjenigen Stammanteilen, welche 60 Mark und mehr betragen, bis mit 20. April d. J. auf Verlangen baar ausbezahlt, falls die Zahlung bis mit diesem Tage oder nicht verlangt werden sollte, am 21. April d. J., sowie den unter 60 Mark betragenden Stammanteilen zugeschrieben werden wird.
Oschatz, den 26. März 1859.
Der Vorstand des Creditvereins.
Stadtrath Schmorl.

Zwischen dem 1. Oktober 1859 und dem Jahresende 1860 hatte der neue Creditverein bereits ca. 70.000 Taler eingenommen. Am Ende seines ersten Geschäftsjahres gehörten ihm 205 Mitglieder an. Er machte 474 Taler Reingewinn, wovon 15 Taler an die gewerbliche Sonntags-

schule überwiesen wurden. Die Mitglieder erhielten 5 % Dividende. Das klingt nach einer Erfolgsgeschichte. 1867 konstatierte man eine „gedehliche und segensreiche Entwicklung des Vereins. Dieselbe ist zwar nicht so rapide erfolgt, wie in einigen unserer Nachbarstädte, aber in den vergangenen Jahren ohne den geringsten Verlust abgegangen, was in anderen Vereinen nicht immer der Fall war.“

Hier schien noch alles in bester Ordnung zu sein. Doch am 24. September 1889 wurde eine außerordentliche Generalversammlung durchgeführt, die die Auflösung des Creditvereins beschloss. Die Hintergründe sind unklar. Auch eine Festschrift zum 50. Jubiläum des Gewerbevereins Oschatz aus dem Jahr 1898 lasst völlig offen, wie es zur Auflösung des Creditvereins kam.

Auch die Festschrift zum 50. Jubiläum des Gewerbevereins Oschatz hüllt sich in Schweigen zu den Gründen der Auflösung.
Quelle: Staatsarchiv Leipzig

Die Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung zur Auflösung des Creditvereins.
Quelle: Stadtarchiv Oschatz

schließen wurden, jedoch man sich für die (1859) und Aufhebung von Verordnungen mit Beziehung (von 1861 an). Die oben angeführten in Oschatz und Oschatz wurden mit Rücksicht auf die Verhältnisse aus- gegeben.
Mit der Durchführung des neuen Vereinsstatuten (von 20. April 1859), welches die allgemeine Fortbildungsschule betrafte, wurde die Gewerbevereins im Jahre 1859 aufgelöst.
Der Zweck dieser Statuten ist sich nach dem Inhalt der Statuten zu richten, die im Jahre 1859 in Oschatz aufgestellt sind, mit welchen ebenfalls Statuten der Anstalt von ihr bestehen, und welche das hiesige Institut für das hiesige Institut.
Zur Ausführung der allgemeinen Fortbildungsschule wurde der Gewerbeverein zwar bei Eröffnung der Schule aufgelöst, doch ist die Anstalt für die hiesige Anstalt nicht aufgehoben, sondern ist nach dem Zweck, Zweck und Erfolg der allgemeinen Fortbildungsschule durch die hiesige Anstalt weiterzuführen. Im Jahre 1859 aber wurde nach einer Verfügung des Herrn Justiz-Commissioner die Auflösung einer
gewerblichen Fortbildungsschule
ausgeführt, welche jedoch in einem Bericht zu kommen. Der erstere Bescheid im Jahre 1859 wurde bei demselben Vorsteher, Herrn Baetzsen, der die Anstalt selbst mit demselben Vorsteher, wurde nach eingetragener Einweisung der hiesigen Anstalt an die Leitung einer gewerblichen Fortbildungsschule zu übertragen. Diese 1859 wurde in Erfüllung. Sie ist eine hiesige Anstalt, und werden bei Bescheid über die hiesige 2 Mitglieder des Gewerbevereins: Herrschaft Wobegall.
In dem ersten Absatz nach der Schule nicht ein gegründeter Verein, und die hiesige Anstalt ist ein Verein, der die hiesige Anstalt selbst mit demselben Vorsteher, Herrn Baetzsen, der die Anstalt selbst mit demselben Vorsteher, wurde nach eingetragener Einweisung der hiesigen Anstalt an die Leitung einer gewerblichen Fortbildungsschule zu übertragen. Diese 1859 wurde in Erfüllung. Sie ist eine hiesige Anstalt, und werden bei Bescheid über die hiesige 2 Mitglieder des Gewerbevereins: Herrschaft Wobegall.
Die der Gewerbevereins für die hiesige Anstalt hiesige Anstalt selbst mit demselben Vorsteher, Herrn Baetzsen, der die Anstalt selbst mit demselben Vorsteher, wurde nach eingetragener Einweisung der hiesigen Anstalt an die Leitung einer gewerblichen Fortbildungsschule zu übertragen. Diese 1859 wurde in Erfüllung. Sie ist eine hiesige Anstalt, und werden bei Bescheid über die hiesige 2 Mitglieder des Gewerbevereins: Herrschaft Wobegall.
Hilfsverein mit Vorschußbank
mit 63 Mitgliedern, in 3 Klassen, an welcher hiesige Anstalt im Jahre 1859 hiesige Anstalt selbst mit demselben Vorsteher, Herrn Baetzsen, der die Anstalt selbst mit demselben Vorsteher, wurde nach eingetragener Einweisung der hiesigen Anstalt an die Leitung einer gewerblichen Fortbildungsschule zu übertragen. Diese 1859 wurde in Erfüllung. Sie ist eine hiesige Anstalt, und werden bei Bescheid über die hiesige 2 Mitglieder des Gewerbevereins: Herrschaft Wobegall.
Creditverein,
welcher sich mit dem 26. März 1859 auflöste.

**Außerordentliche Generalversammlung
des hiesigen Creditvereins.**
Sämtliche Mitglieder des Creditvereins werden hierdurch zu einer außerordentlichen Generalversammlung, welche kommenden
24. September d. J., Nachm. 5 Uhr,
in dem unteren Sitzungszimmer des hiesigen Rathhauses abgehalten werden soll
ergebenst eingeladen.
Zur Vertretung und Beschlussfassung ist der vom Vorstande gestellte Antrag auf Auflösung des Creditvereins und die mit der Auflösung verbundene Regulierung zu bringen.
Oschatz, den 12. September 1889.
Der Vorstand des Creditvereins.
Rechtsanwalt Schmorl 1.

Bekanntmachung.
In der am 24. September 1889 abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Creditvereins zu Oschatz ist die Auflösung des Vereines beschlossen worden.
Der Vereinsvorstand ist beauftragt, die zur Liquidation erforderlichen Geschäfte zu erledigen.
Die Mitglieder des Creditvereins werden aufgefordert, sich beim Creditverein zu melden.
Oschatz, am 26. September 1889.
Der Vorstand des Creditvereins zu Oschatz
durch
Rechtsanwalt Schmorl 1,
der Zeit Director.

Die Auflösung des Creditvereins wurde beschlossen.
Quelle: Stadtarchiv Oschatz

Den Creditverein mit Vorschuß-Bank in Oschatz betr.
In Gemäßheit § 12 der Statuten des hiesigen Creditvereins wird hiermit bekannt gemacht, daß der unterzeichnete V. B. als Director, Herr Baetzsen als stellvertretender, Wob. Wobegall als Secretär,
• Stadtkassier Lehmann als Cassirer
erwählt worden sind und nunmehr diese und
Herr Friedrich August Wobegall,
• Vorstandsmitglied H. Baetzsen,
• Schriftführer Wochmann,
• Tuchfabrikant Cih jun.,
• Kupferschmidmeister Hoffmann
den Vorstand des Creditvereins bilden.
Zweiter hat nun beschloffen, die Wirksamkeit der Vorschußbank sofort von jetzt an beginnen zu lassen und werden die Herren Mitglieder ersucht, die Einzahlung der Einzahlungen und der Stammeinlagen nunmehr an den Cassirer, Herrn Lehmann, zu leisten, somit dabei aber Uellen des früheren Hilfsvereins in Durchführung gebracht werden sollen, diese Uellen mit abzugeben.
Gleichzeitig werden die Vereinsmitglieder aber auch ersucht, bei dem unterzeichneten Director anzumelden, ob und welchen Credit sie zu haben wünschen, und welche Uägen, soweit solche nöthig sind, sie für längere Zeit oder für einzelne Darlehne zu stellen, gebeten, damit die vorerwähnten Creditstoffe aufgestellt werden kann.
Entlich ist noch zu geben, daß die Summe der bis jetzt eingezahlten Stammeinlagen nahe an 2000 Thlr. — — — beträgt.
Oschatz, am 17. September 1889.
Der Credit-Verein,
H. Baetzsen, Vorstand.

Am 17. September 1859 wurden die Namen der Vorstandsmitglieder veröffentlicht.
Quelle: Stadtarchiv Oschatz

Die Einladung zur 30. Generalversammlung März 1889 wurde in den „Oschatzer Gemeinnützigen Blättern“ abgedruckt.
Quelle: Stadtarchiv Oschatz

**Die 30.
Generalversammlung
des hiesigen Creditvereins**
soll kommenden
25. März d. J., Nachm. 5 Uhr,
im Sitzungszimmer des hiesigen Rathhauses abgehalten werden. Sämtliche Mitglieder des Creditvereins werden hierdurch dazu ergebenst eingeladen.
Das Uokel ist von 1/2 Uhr an geöffnet und die Verhandlungen beginnen Punkt 5 Uhr. Die letzteren betreffen: den Vortrag der Jahresrechnung und deren Justifikation, die Wahl von Vorstandsmitgliedern an Stelle der als wirkliche und stellvertretende Vorstandsmitglieder auscheidenden Herren Stadtrath Lehmann, Kaufmann Kunze und Kohlenvermesser Julius Wöbuck, sowie des durch Tod ausgeschiedenen Herrn Kupferwarenfabrikant Heine und die Vertretung des Ringewinnes
Oschatz, den 8. März 1889.
Der Vorstand d. Creditvereins.
Stadtrath Schmorl.

VON DER MÜGELN-WERMSDORFER BANK ZUR VOLKSBANK OSCHATZ

Es ist ein glücklicher Umstand, dass die Protokollbücher der Sitzungen des Verwaltungsrates der Wermsdorf-Mügelner Bank über viele Jahre erhalten blieben. Diese konnten wir für dieses Buch auswerten.

Der Creditverein zu Mügeln

Der Creditverein wurde in Mügeln unter der Leitung des Gerichtsamtsactuars Feist und eines Mannes namens Nötzold gebildet. Ein genaues Datum dazu war nicht zu finden. Der Statutenentwurf stammt allerdings vom 17. November 1860. Dieser wurde wie in den anderen hier betrachteten Orten auch zur Bestätigung bei den Landesbehörden eingereicht, und es gab die gleichen Diskussionen dazu wie zum Beispiel beim Creditverein Riesa (s. Seite 8).

Strittige Punkte waren unter anderem die öffentliche Bekanntmachung der Wahl des Direktors, des Kassierers, des Schriftführers sowie deren Stellvertreter als Legitimation.

Am 11. Juli 1861 wurde ein neuer Entwurf eingereicht, ein weiterer im November 1861. Dieser ist von einem Johann Friedrich Ernst Fritsch und vielen Mitgliedern unterschrieben. Am 7. April 1862 gab es die Genehmigung für die Statuten des Creditvereins.

Der Spar- und Vorschußverein zu Wermsdorf

Im August 1865 wurden die Statuten des Spar- und Vorschußvereins zu Wermsdorf bei der Landesregierung Sachsens eingereicht. Die Diskussionen drehten sich um die gleichen Punkte wie bei allen anderen hier betrachteten Vereinen. Das Dekret, das die Vereinsgründung genehmigte, wurde am 27. November 1865 ausgestellt und unterschrieben von Freiherr v. Beust aus dem Ministerium des Innern (s. Seite ... Riesa).

Die weitere Aktenlage ist dürftig. Die entscheidenden Informationen liefert jedoch der Bericht „75 Jahre Mügeln-Wermsdorfer Bank e.G.m.b.H.“ aus dem Mügelner Tageblatt vom 8. Dezember 1934. Der Autor von damals hat dazu den Geschäftsbericht der Mügeln-Wermsdorfer Bank für das Geschäftsjahr 1934 verwendet und lediglich noch die Namen ergänzt.

In dem Text heißt es, dass das Jahr 1859 das gemeinsame Gründungsjahr des Kreditvereins zu Mügeln und des Spar- und Vorschussvereins zu Wermsdorf gewesen sei. Es ist aber davon auszugehen, dass seit dieser Zeit die Bemühungen um die Gründung dieser beiden Vereine liefen. Arbeitsfähig waren sie erst mit der Genehmigung durch die Behörden. Ungeachtet dessen berufen sich alle hier betrachteten Vereine quasi auf ihre „Ersterwähnung“ als Gründungsjahr. Wobei das bei der Würdigung ihrer Entwicklung sicher nicht die entscheidende Rolle spielt.

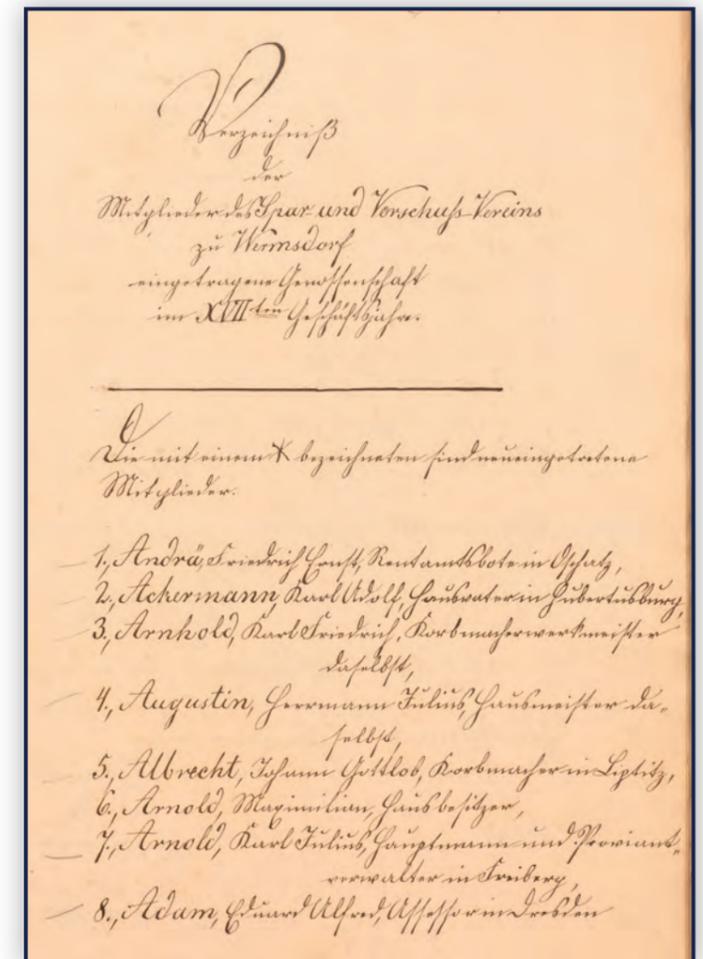
„Das deutsche Vaterland hatte damals große wirtschaftliche Nöte zu bestehen. Die Gedanken des hervorragenden Wirtschaftlers Schulze-Delitzsch, dass diese Wirtschaftsnot, die hauptsächlich den Mittelstand betraf, nur durch einen Zusammenschluss des Mittelstandes in Genossenschaften gelindert werden könne, fanden mehr und mehr Aufnahme. Die Lösung lautete: Einer für Alle, und Alle für Einen! Dieser lebendige Gedanke gelangte damals auch in Mügeln und in Wermsdorf zur Verwirklichung und es kam zu Genossenschaftsgründungen, an denen sich in Mügeln 69 und in Wermsdorf 23 Personen beteiligten, die je einen Geschäftsanteil zum Grundstock zeichneten. Der erste Gesamtverband des Kreditvereins zu Mügeln setzte sich aus folgenden Herren zusammen: Aktuar Feist, Kontrolleur J. L. Nötzold, Zimmermeister T. Grellmann, Seifensieder Kraft, Ökonom Stolze, Sattlermeister und Rathmann Hummitzsch, Schuhmachermeister Erfurth, Klempnermeister Nitzschke, Agent H. Thieme, Beutlermeister Nöbel, Eisenhändler J. G. Thiebig und Rathmann Gustav Strahmer.

In Wermsdorf bestand der erste Vorstand aus den Herren: Advokat Segnitz, Gemeindevorstand Kunath und Schuhmachermeister Wilhelm Höpping.“

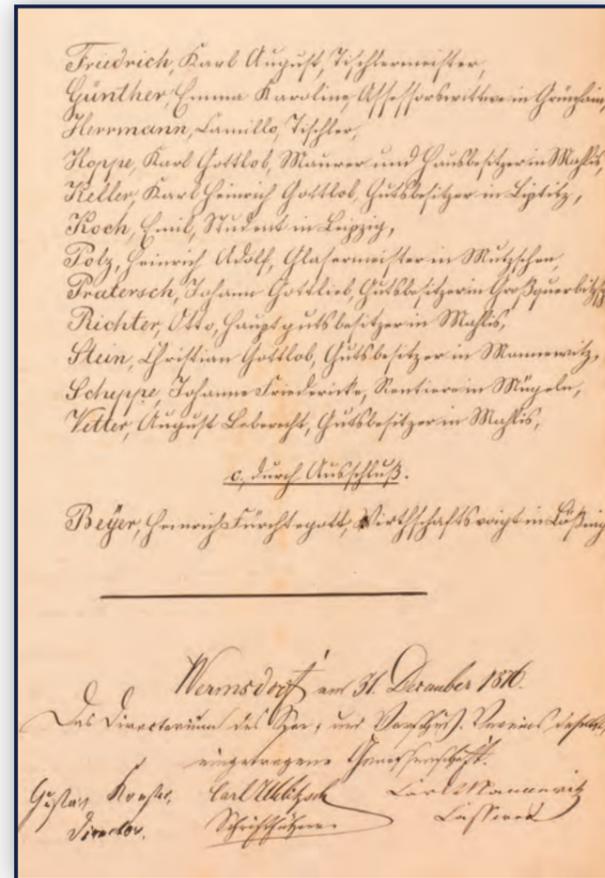
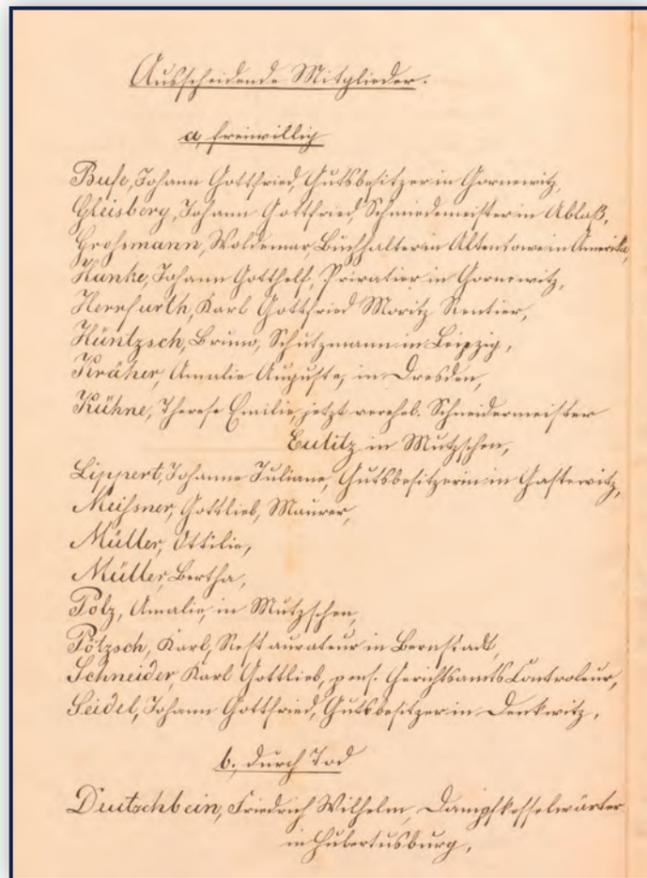
Beide Genossenschaften nahmen seit ihrer Gründung eine fast gleichmäßig gute Entwicklung. Die Mitgliederzahl wuchs in Mügeln von 69 im Jahre 1859 auf 379 im Jahre 1870 mit einem Geschäftsguthaben von 13.812 Talern.

In Wermsdorf stieg die Mitgliederzahl während der gleichen Jahre von 23 auf 554 mit einem Geschäftsguthaben von 10.711 Talern.

In dem Bericht wird betont, dass man den Hauptzweck der beiden Vereine darin sah, kreditbedürftigen Mitgliedern Gelder gegen Schuldschein zu einem niedrigen Zinssatz zu verschaffen. „Später wandte man sich besonders in Wermsdorf infolge vermehrten Eingangs von Spareinlagen mehr dem Hypothekengeschäft zu. Bei Ausleihung der Hypothekendarlehen wurde der Grundsatz geübt, die Gelder fast nur auf Grundstücke in Wermsdorf und Mügeln oder deren nächster Umgebung auszuleihen. Der allgemein übliche Zinsfuß für Hypothekendarlehen betrug damals 5 Prozent neben einer Provision für die Ausleihung.“



Die erste Seite der Mitgliederliste von 1877. Quelle: Staatsarchiv Leipzig



Die Liste der freiwillig ausgeschiedenen Mitglieder.

Quelle:
Staatsarchiv Leipzig

In den folgenden Jahren lief es wohl nicht ganz so gut. „Unglückliche Verhältnisse und Vorkommnisse in Vereinen benachbarter Orte brachten gegen Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Beunruhigung der Mitglieder der Genossenschaften, die eine Anzahl Mitglieder zum Austritt bewegte.“

Es wird jedoch nicht näher beschrieben, um was für „Vorkommnisse“ es sich handelte. Eine Mitgliederliste des Spar- und Vorschußvereins zu Wermisdorf zählt eine ganze Reihe von „freiwillig“ ausgeschiedenen Mitgliedern auf.

Allerdings erholte sich der Verein wohl recht schnell, denn trotz der Beunruhigung hatte er einen Zuwachs zu verzeichnen. In der Mitte der 80er Jahre betrug seine Mitgliederzahl über 700, während sie in Mügeln etwa auf die Hälfte hiervon zurückging und in späteren Jahren noch weiter sank.

Die Reserven konnten allerdings fast von Jahr zu Jahr erhöht werden und bildeten in Verlustfällen das nötige Rückgrat. Der steigende Umsatz wurde als Beweis dafür gewertet, dass die Bank durch die Mitglieder gern für ihre Geschäfte in Anspruch genommen wurde.

Im Jahre 1891 mussten laut Reichsgesetz vom 1. Mai 1889 beide Vereine ihre Statuten ändern und führten nun ihren Namen als „eingetragene Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht“. Zur Durchführung dieser Gesetzesverordnung schlossen sich beide dem Verband Sächsischer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften an und wurden von da ab alle zwei Jahre von einem vereidigten Bücherrevisor revidiert. Die Mügeln Generalversammlung beschloss außerdem am 10. Mai 1896, vom 1. Januar 1898 ab die „beschränkte Haftpflicht“ als gesetzliche Haftpflicht anzunehmen, während Wermisdorf hierin erst im Jahre 1920 nachfolgte.

„Die Verwaltungen der beiden Vereine ließen sich durch die wirtschaftlich ungünstigen Verhältnisse der 90er Jahre, die zu großer Vorsicht mahnten, nicht entmutigen, sondern arbeiteten für die genossenschaftliche Idee unentwegt weiter und das ihnen entgegengebrachte Vertrauen half über diese Zeiten hinweg.“

Durch den Zusammenschluss der deutschen Genossenschaften in Verbänden und durch das starke Ansteigen der Betriebskapitalien um die Jahrhundertwende entwickelten sich die beiden Vereine mehr in Richtung einer Bank, und es wurden der Scheck- und Überweisungsverkehr sowie der Effekten-An- und Verkauf aufgenommen. Ihre Tätigkeitsfelder dehnten sich immer weiter aus. Der Kontokorrent-Verkehr hatte schon einige Jahre vorher Eingang gefunden.

In der folgenden Zeit gab es weitere Fortschritte. Zum 50. Jubiläum im Jahre 1909 war in Wermisdorf das Bilanzkapital durch den Spareinlagenzuwachs auf 2.956.844,90 Mark angewachsen und erhöhte sich in den nächsten fünf Jahren bis zum Ausbruch des Krieges auf 3.593.073,94 Mark.

In Mügeln verlief der Aufwärtstrend etwas langsamer. Das Bilanzkapital betrug zur gleichen Zeit 1.685.263,35 Mark und im ersten Kriegsjahr 2.223.576,72 Mark. Die Kriegsjahre bis 1918 überstanden beide Banken trotz Kriegswirren und wirtschaftlicher Erschütterungen gut, da sie auch für diese Zeiten finanziell gerüstet waren. Verluste, die hauptsächlich durch das Absinken der Kurse auch bester Wertpapiere in diesen Jahren entstanden waren, konnten durch entsprechende Einnahmen ausgeglichen werden.

Die Jahre 1919 bis 1921 sind deshalb von Interesse, weil der Kreditverein zu Mügeln im Jahr 1919 neue Räume am Markt bezog, nachdem das bisherige Grundstück am Altmarkt an die Stadtgemeinde verkauft worden war. Zwei Jahre später wechselte die Wermisdorfer Bank ihre Räume durch den Erwerb des früheren Postgrundstückes.

Außerdem änderte der Spar- und Vorschussverein Wermisdorf 1920 seinen Namen in „Wermisdorfer Bank e. G. m. b. H.“, der Mügeln Kreditverein im Jahre 1921 in „Mügeln Bank e. G. m. b. H.“.

Das Jahr 1919 war auch dadurch wichtig, dass sich die Wermisdorfer Verwaltung entschloss, in Mutzschen eine Zweigstelle einzurichten, da sich die Geschäftsbeziehungen besonders dorthin ausgedehnt hatten. „Die Verwaltung hatte den Wunsch, den dortigen Mitgliedern und Geschäftsfreunden eine bequeme Zahlstelle einzurichten.“

Aus dem Buch „Wermisdorf – seine Schlösser, Wälder und Seen“ von Oberlehrer Hugo Krämer, Wermisdorf 1929 geht hervor, dass die Mügeln-Wermisdorfer Bank am 1. August 1921 ihr neues Heim an der Schloßstraße in Wermisdorf bezog.



**Zeitungsnotiz vom
12. Mai 1925: Die Wermsdorfer
Bank ist mit der Mügeln
Bank verschmolzen worden.
Die Firma lautet künftig:
Mügeln-Wermsdorfer Bank,
eingetragene Genossenschaft
mit beschränkter Haftpflicht.**

Der Autor der Jubiläumsschrift schreibt weiter: „In diesen Jahren stehen wir schon mitten in der Zeit der Inflation, in der Entwertung unserer guten deutschen Mark; Geld und Wertpapiere wurden vollkommen wertlos und die Zahlen der letzten Papiermarkbilanz 1923 der Mügeln und der Wermsdorfer Bank muteten phantastisch an; sie verfügten über eine Bilanzsumme von:

52.974.999.000.252.401,00 Mark in Mügeln und 46.343.369.264.296.064,00 Mark in Wermsdorf.

Das Jahr 1924 brachte mit der Eröffnung der ersten Goldmarkbilanz ein nüchternes Erwachen. Mügeln hatte jetzt nur noch Werte über 100.674,99 Goldmark und Wermsdorf über 171.159,64 Goldmark. Allerdings wurde die Arbeit mit dem Gefühl, wenn auch verarmt, so doch wieder festen Boden unter den Füßen zu haben, mit dieser kleinen Summe von neuem begonnen.

Am Ende des Jahres 1924 verfügte Mügeln schon wieder über ein Betriebskapital von 560.083,85 Reichsmark und Wermsdorf über 483.878,40 Reichsmark.

Das Jahr 1925 war von besonderer Bedeutung, weil die Mügeln und die Wermsdorfer Bank e. G. m. b. H. verschmolzen und seither als Mügeln-Wermsdorfer Bank e. G. m. b. H. mit Sitz in Mügeln ins Genossenschaftsregister eingetragen waren.

Es wurde auch die Satzung der Mügeln-Wermsdorfer Bank geändert. Paragraph 47 lautete jetzt:

„Infolge der Geldentwertung der vergangenen Jahre werden aus Anlaß der Umstellung auf Goldmark sämtliche, von einem Genossen erworbene Geschäftsanteile zu einem zusammengelegt.“

Zur gleichen Zeit wurde in Oschatz in Zusammenarbeit mit dem früheren Landbund Oschatz im Landbundhaus eine Zweigniederlassung der Mügeln-Wermsdorfer Bank errichtet, deren Entwicklung den Erwartungen entsprach. Die beiden verschmolzenen Banken wirkten nun gemeinsam im Interesse ihrer 1.593 Mitglieder und ihrer zahlreichen Geschäftsfreunde und Spareinleger aus dem Bezirk der Amtshauptmannschaft Oschatz und angrenzender Gebiete.

Das vereinigte Kapital betrug im Verschmelzungsjahr 1.709.393,60 RM. Es nahm in den nächsten Jahren deutlich zu, bis sich die große Wirtschaftskrise und die Bankenkrise im Jahre 1931 negativ auswirkten. „Nachteile entstanden auch durch das ungenossenschaftliche Verhalten einiger Beamter, was zu Verlusten führte, die zusammen mit den Einbußen durch die Wirtschaftskrise nur durch Abschreibung der vorhandenen Reserven und durch einen Zuschuss aus den von Reichsseite für Verluste bereitgestellten Mitteln voll gedeckt werden konnten.“

Worin dieses „ungenossenschaftliche Verhalten“ bestand, konnte leider nicht geklärt werden. Schuldige mussten abtreten, neue Männer wurden eingesetzt, die im genossenschaftlichen Geist für die Mitglieder und für die Wirtschaft wirkten und neu aufbauten. Die Mügeln-Wermsdorfer Bank arbeitete 1934 mit einem Bilanzkapital von rund 4,6 Mio. RM, das entsprach fast der Bilanz des Jahres 1932 und wurde als Erfolg gesehen.

Im Gegensatz zum Geschäftsbericht waren im „Mügeln Tageblatt“ vom 8. Dezember 1934 die Namen der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder angefügt. So bestand der Vorstand damals aus den Herren:

Oswald Stoehr, Direktor, Mügeln – seit 1932 hauptamtlich
Herbert Hennig, Wermsdorf – seit 1934 hauptamtlich
Kurt Heinke, Wermsdorf – seit 1927 hauptamtlich
Heinrich Kraft, Bauer, Remsa – seit 1918 ehrenamtlich, im Aufsichtsrat 1905–1917
Richard Stölzel, Direktor, Grauschwitz – seit 1931, 1927–1931 im Aufsichtsrat

Dem derzeitigen Aufsichtsrat gehörten folgende Herren an:

Bernhard Winkler, Bauer, Fremdiswalde – seit 1905
Woldemar Müller, Bauer, Töllschütz – seit 1912, derzeitiger Aufsichtsratsvorsitzender
Georg Gasch, Bauer – Döhlen seit 1918
Reinhold Ringpfeil, Teichpächter – Wermsdorf seit 1920
Paul Hennig, Bauer, Glossen – seit 1922, derzeitiger stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
Otto Flach, Kempnermeister, Mügeln – seit 1925
Rudolf Remke, Kaufmann, Mügeln – seit 1932
Max Thieme, Bauer, Schönnewitz – seit 1932
Bernhard Hahn, Landwirt, Ragewitz – seit 1934
Walter Matthes, Bauer, Gaunitz – seit 1934
Alfred Müller, Schmiedemeister, Wermsdorf – seit 1934
Paul Nietzschmann, Fleischermeister, Wermsdorf – seit 1934
Otto Schröder, Getreidehändler, Wermsdorf – seit 1934
Richard Schwarz, Kaufmann, Oschatz – seit 1934.

Als pathetischer Abschluss ist zu lesen: „75 Jahre lang haben die beiden jetzt verschmolzenen Banken zum Segen der schaffenden Stände gearbeitet und sie werden auch in Zukunft das Ideal Schulze-Delitzsch's Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Selbsthilfe weiterleben lassen.“

**Schaffende Stände haben die Bank gegründet!
Von schaffenden Ständen wird sie getragen!
Schaffenden Ständen will sie dienen!
nach dem Grundsatz: „Einer für Alle, Alle für Einen!“**

Das Geschäftsergebnis lag 1933 bei einem Reingewinn von 9.246,50 RM. Es wurden nur 2 Prozent Dividende gezahlt. Im Laufe des Jahres 1933 sank die Mitgliederzahl von 1.726 mit 2.327 Anteilen auf 1.625 mit 2.135 Anteilen. 137 Personen kündigten ihre Mitgliedschaft auf. Auch das war möglicherweise eine Folge der „Krise“. Die Mitglieder waren 550 selbständige Landwirte, 405 selbständige Handwerker, 240 selbständige Kaufleute, 240 Fabrikanten, 159 Angehörige freier Berufe, Staats- und Gemeindebeamte, 152 Angestellte und Arbeiter sowie 119 Privatpersonen.

Anfang 1934 schied Direktor Emil Odrich aus dem Vorstand und den Diensten der Bank aus, nachdem er 1932 sein 40. Dienstjubiläum gefeiert hatte.

Zu Ehren von Odrich wurde dieses kleine Plakat hergestellt.
Quelle: Voba



Die Mitarbeiter der „Centrale“ in Mügeln vor dem Gebäude, in dem die Volksbank heute noch ihre Filiale betreibt.

Fotos: Voba



Am 1. Januar 1934 übernahm Herbert Hennig aus Wermsdorf die Leitung der Niederlassung Wermsdorf.

1934 sah das Geschäftsergebnis mit 14.864,21 RM wieder deutlich besser aus. Allerdings sank die Mitgliederzahl weiter. Zum Jahresende waren es noch 1.580 mit 2.041 Anteilen. 69 Mitglieder hatten gekündigt.

Im Geschäftsjahr 1935 setzte sich der Aufschwung fort. 284 Kreditanträge mit einer Gesamtsumme von 923.170 RM wurden neu bewilligt, 433 Sparkonten neu eröffnet. Das spricht dafür, dass das Vertrauen in die Bank wieder wuchs. Bei einem Reingewinn von rund 30.000 RM wurden 2,5 Prozent Dividende gezahlt. In diesem Jahr wurde Johannes Henker aus Oschatz, der früher bei der Landesgewerbebank Sachsen in Dresden tätig war, in den Vorstand und zum Leiter der Niederlassung Oschatz gewählt.

Dieses Foto entstand etwa zur gleichen Zeit, denn bei dem hochgewachsenen Mann in der Mitte handelt es sich wieder um Emil Odrich.



1936 wurde der Umsatz um 16 Prozent gesteigert. Die Bilanzsumme wuchs von 4.437.313,63 RM 1935 auf 4.576.410,41 RM. Die Bank betreute 7.332 Konten. Verfügte sie Ende 1934 über 406.115,32 RM an liquiden Mitteln, waren es ein Jahr später 510.432,05 RM und Ende 1936 bereits 739.062,16 RM. Es ging also wieder deutlich aufwärts.

Auch 88 neue Mitglieder konnten aufgenommen werden. Dafür schieden jedoch 64 aus, 26 wurden ausgeschlossen. Ende 1936 hatte die Bank noch 1.467 Mitglieder mit 1.865 Anteilen.

Im Geschäftsbericht ist zu lesen: „Wir haben in den letzten Jahren zur Bereinigung des Mitgliederbestandes eine verhältnis-

mäßig hohe Zahl ausschließen müssen; wir werden diese Bereinigung auch noch fortführen, soweit auf Anteilkonten nur kleine Einzahlungen erfolgten und Mahnungen zur weiteren Auffüllung unbeachtet bleiben sollten. An Pflichteinzahlungen stehen 26.006,97 RM aus.“

Bei der Mitgliedschaft in der Mügeln-Wermsdorfer Bank wurde ein Eintrittsgeld in Höhe von 10 RM fällig. Als Geschäftsanteil waren 200 RM einzuzahlen. Als erste sofortige Zahlung waren 60 RM erforderlich, dann waren monatliche Raten von je 5 RM statthaft. Möglicherweise ließ eine ganze Reihe von Mitgliedern diese Zahlungen „schleifen“.

Ende 1937 verstarb plötzlich der Aufsichtsratsvorsitzende Woldemar Müller aus Wermsdorf, der sich 25 Jahre lang im Aufsichtsrat für die Entwicklung der Mügeln-Wermsdorfer Bank engagiert hatte. Im Vorstand wirkten Oswald Stoehr, Johannes Henker, Curt Heinke und Richard Stölzel. Der Aufsichtsrat hatte zwölf Mitglieder, von denen sechs Bauern bzw. Landwirte waren. Dazu kamen ein Teichpächter, ein Schmiedemeister, ein Fleischermeister, zwei Kaufmänner und ein Getreidehändler.

Die Bank verzeichnete Steigerungen auf allen Konten und begründete das insbesondere mit der „Einschaltung bei der Vorfinanzierung von Bau- und anderen Aufträgen“. Allein der Umsatz stieg um 12 Prozent. Die Bilanzsumme wuchs auf 4.730.871,68 RM.

Der Geschäftsbericht enthält einen Verweis auf die Zweigniederlassung Oschatz und die „Jahre zurückliegende Gewerbebankangelegenheit“ (S. Seite 101). Weiter heißt es, „damit ist unsere treuhänderische Abwicklungsaufgabe in Übereinstimmung mit dem Überwachungsausschuss aufgehoben“. Es ist anzunehmen, dass sich die Mügeln-Wermsdorfer Bank bei der Abwicklung der in Konkurs gegangenen Oschatzer Gewerbebank engagiert hat. Ende 1938 wird beispielsweise ein Posten in Höhe von 8.521,20 RM verbucht als Sondereinnahmen aus der Abwicklung der früheren Gewerbebank Oschatz.

Weiter heißt es: „Zu unseren beiden alten Grundstücken in Mügeln und Wermsdorf haben wir im Frühjahr 1937 für unsere Zweigstelle Mutzschen ein in vorteilhaftester Lage am Markt gelegenes Eckgrundstück erworben. Das Gebäude ist einem vollständigen Umbau durch Ausgestaltung der Bankräume und Einrichtung von drei Wohnungen unterzogen worden.“

In einer Vorstandssitzung Ende August 1938 kamen umfangreiche Mängel zur Sprache, auf die ein Revisionsbericht hingewiesen hatte. Es ging um die Bereinigung des Mitgliederstandes durch den Ausschluss von Mitgliedern, die trotz wiederholter Mahnung die Pflichteinzahlung nicht geleistet hatten. Mitglieder mit hohen Schulden sollten zur Übernahme weiterer Anteile veranlasst, neue Mitglieder geworben werden.



Im Hotel Goldener Hirsch Wermsdorf fanden gewöhnlich die Generalversammlungen der Bank statt.

Quelle: Deutsche Fotothek SLUB Dresden

Die Überschreitung der Höchstkreditgrenzen war auszuschließen. Durch Überwachung der Buchhaltung sollte Einfluss auf Schuldner gewonnen werden. Insgesamt zeigte die Revision 16 Kritikpunkte auf.

Gegenstand der Beratung war auch die schlechte Eigenkapitalrate von 7,53 Prozent. „Grund ist die Sanierung von 1932/33“ wurde angefügt. Das „un-genossenschaftliche Verhalten“ (s. o.) wirkte offenbar noch lange nach.

Intensiv befasste sich der Vorstand mit Kreditvergaben – wie beispielsweise für Emil H. in Klingenhain: Herr Henker aus dem Vorstand berichtete, dass von der Reichsstelle für Getreide über die Getreidekreditbank Dokumente vorgelegt wurden, die eine sofortige Kreditbereitstellung für Emil H. in Höhe von RM 3.000 bedingen. Da der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit vorher nicht gefragt werden konnte, wurde lediglich Herr Schwarz als Vertreter des Aufsichtsrates gehört, der erklärte, H. sei „ganz einwandfrei“. Ihm könne unbedenklich eine größere Summe in blanko ohne Weiteres eingeräumt werden. „Wir sollen daher diesen Kunden nicht vor den Kopf stoßen. Der Ordnung halber ist H. aufgefordert worden, noch einen Kreditantrag zu stellen.“ Außerdem wurde ein Rundschreiben der Sächsischen Landwirtschaftsbank, Brotgetreidelieferungsverträge und deren Bevorschussung betreffend, verlesen. Es heißt: „Vorläufig wird dies für uns keine praktische Bedeutung erlangen, es sei denn, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften wegen einer Finanzierung an uns herantreten.“

Hier wird zum wiederholten Male deutlich, dass die Geschäfte der Mügeln-Wermsdorfer Bank sehr von der Landwirtschaft geprägt waren.



*In dieser Riesaer Schule wurden die Lehrlinge ausgebildet.
Foto: Sammlung Berthold*

Beraten wurde auch die Lehrlingsausbildung im Bankgewerbe: „Wir kommen überein, dass Lehrlinge, die die Sekundarreife haben und danach nicht mehr die Berufs- oder Handelsschule zu besuchen brauchen, den Kursus für Lehrlinge, der jetzt in Riesa neu aufgezo-gen ist, besuchen. Die Semestergebühren von RM 30 sowie die halben Fahrtkosten trägt die Bank.“

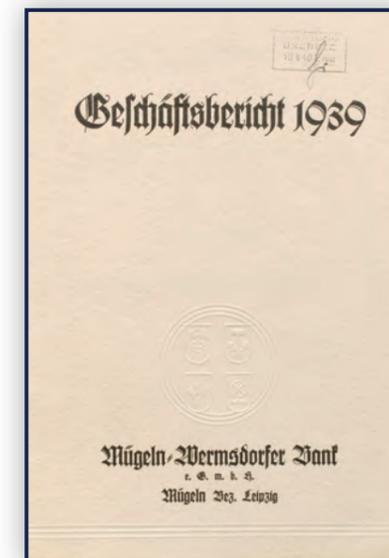
Eine wichtige Frage, die im Februar 1939 den Aufsichtsrat und den Vorstand beschäftigte, war die von der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse Berlin geforderte Entscheidung für einen der beiden genossenschaftlichen Verbände – den landwirtschaftlichen oder den gewerblichen. Es wurde eine klare Trennung angestrebt. Aus diesem Grunde setzten sich Vertreter beider Gremien persönlich mit den Verbandsleitungen in Verbindung. Dem landwirtschaftlichen Verband wurde auch eine angeforderte Mitgliederberufsstatistik ausgehändigt. Auf Grund des hohen Anteils von Mitgliedern, die in der Landwirtschaft tätig waren, hätte die Mügeln-Wermsdorfer Bank sicher kein Problem gehabt, dort aufgenommen zu werden. Und natürlich hatten auch die beiden Verbände ein Interesse daran, möglichst viele Banken an sich zu binden. So erwähnte, wie im Protokoll zu dieser Begegnung berichtet wird, der Direktor des landwirtschaftlichen Verbandes, dass bei Anschluss an seinen Verband „die z. Zt. über die landwirtschaftlichen Genossenschaften laufenden landwirtschaftlichen Gelder dann ausschließlich über die Mügeln-Wermsdorfer Bank fließen würden“. Das wäre für die Bank durchaus lukrativ gewesen.

Aber so richtig sicher war man sich wohl nicht, denn im Protokoll heißt es: „Entgegen der gestellten Forderung auf Absendung des Kündigungsschreibens an den gewerblichen Verband kamen wir unter uns überein, dass die Absendung unterbleibt...“ Man wollte abwarten, bis weitere Fragen „auf höchster Warte“ geklärt würden.

Im Geschäftsjahr 1939 stieg die Bilanzsumme auf 5.785.156,65 RM. Der Reingewinn betrug 13.085,36 RM.

Im Bericht des Vorstandes geht es erstmals um eine Namensänderung: „Das Geschäftsjahr 1939, das zugleich das achtzigste Jahr unseres Bestehens ist, brachte für die Mügeln-Wermsdorfer Bank eine umwälzende Veränderung. In der am 28. Dezember 1939 abgehaltenen Generalversammlung für das Jahr 1938 wurde unter eingehender Darlegung durch die Vertreter der Spitzenverbände den Mitgliedern eine grundlegende Neugestaltung vorgeschlagen, die durch die Generalversammlung einstimmige Billigung fand.“

Der Sitz und damit das Hauptgeschäft wurde in die Kreisstadt Oschatz verlegt. Die Abteilung Wermsdorf und die Zweigstelle Mutzschen wurden abgegeben an die Institutionen des landwirtschaftlichen Sektors, während in Mügeln eine Geschäftsteilung vorgesehen war.



Der Geschäftsbericht des Jahres 1939 lief noch unter Wermsdorf-Mügelner Bank.

Der Geschäftsbericht des Jahres 1940 firmierte schon unter Volksbank Oschatz und Mügeln.

Quelle: Staatsarchiv Leipzig

Am 21. Oktober 1932 wurde aus der Preußenkasse die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse Berlin, kurz die Deutschlandkasse, die nunmehr nicht länger dem Preußischen Staat unterstand, sondern dem Deutschen Reich.

Quelle: Die Geschichte der DZ-Bank: Das genossenschaftliche Zentralbankwesen vom 19. Jahrhundert bis heute; Timothy Guinnane u. a., herausgegeben vom Institut für bankhistorische Forschung, C.H. Beck, 2013

Schließlich wurde noch die Firma gemäß den Richtlinien des Deutschen Genossenschaftsverbandes, die eine einheitliche Namensänderung aller Kreditgenossenschaften für das Großdeutsche Reich vorsahen, mit einem Beschluss geändert in

Volksbank Oschatz e.G.m.b.H.	und	Volksbank Mügeln Zweigniederlassung der Volksbank Oschatz e.G.m.b.H.
Oschatz		Mügeln.

Unterschrieben wurde dieser Geschäftsbericht am 15. März 1940 noch als Mügeln-Wermsdorfer Bank. Ins Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Mügeln wurde am 18. Juli 1940 eingetragen:

„Veränderungen: Mügeln-Wermsdorfer Bank, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Mügeln. Die Firma lautet künftig: Volksbank Oschatz, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Der Sitz ist nach Oschatz verlegt worden.“

In Riesa wurde diese Namensänderung noch bis 1941 hinausgezögert (s. Seite 34).

Es gab eine Volksbank Oschatz e.G.m.b.H. Oschatz und eine Volksbank Mügeln, Zweigstelle der Volksbank Oschatz e.G.m.b.H., Mügeln.

Quelle: Staatsarchiv Leipzig



„Infolge Abtrennung der Landwirtschaftlichen Zentral-Genossenschaft von der Sächsischen Landwirtschaftsbank durch Neugründung und Überleitung der Geschäfte auf die Landesgenossenschaftsbank Sachsen haben wir anforderungsgemäß unsere Zustimmung zur Überführung unseres Rechnungssaldos erteilt. Depot haben wir dort keins unterhalten.“ Und dem Kornhaus wird „Unloyalität“ vorgeworfen, weil dessen Buchhalter einen Volksbank-Kunden, den Viehhändler Leuschner in Mügeln, wiederholt zur Kündigung seiner Mitgliedschaft bei der Volksbank bewegen wollte. Fazit im Protokoll: „Das Kornhaus versucht seinen Einfluss also einwandfrei auch auf Nichtbauern geltend zu machen, sodass anzunehmen ist, dass anderwärts in gleicher Weise verfahren wird.“

Am 4. März 1940 fassten Vorstand und Aufsichtsrat den Beschluss, dass Herr Stoehr – nicht mehr „Herr Direktor Stoehr“ – aus dem Vorstand ausscheidet. Der Hintergrund für diese Entscheidung konnte nicht geklärt werden.

Stoehr arbeitete bald darauf bereits bei der Zentralkasse der Landwirtschaftlichen Genossenschaften in Radom (heute Polen), wohin ihm die Kündigung seiner Mitgliedschaft geschickt wurde.

Am 8. April 1940 tagte der Vorstand und notierte im Protokoll:

Als Metallspende zum Geburtstag des „Führers“ liefert Oschatz 16 kg aus Beständen einer alten Druckerei und Mügeln 6,5 kg alte Münzen ab. Es wurde auch eine Satzungsänderung beschlossen. So konnte jetzt durch Beschluss des Vorstandes und des Aufsichtsrates bei Neumitgliedern von der Berechnung des Eintrittsgeldes abgesehen werden, was sicher dazu beitragen sollte, neue Mitglieder zu gewinnen.

Und es kam das Thema Stoehr auf die Tagesordnung. Er hatte 1939 Urlaubsbezahlungen veranlasst, ohne den übrigen Vorstand zu befragen. Die Revision bemängelte die hohe Summe von knapp 4.000 RM als Aufwendungen für Überstunden im Jahr 1939. Es wurde festgestellt, dass diese Mehrarbeit zum größten Teil auf die organisatorischen Anordnungen von Herrn Stoehr zurückzuführen war. So veranlasste er „dauernde Erhebungen und Statistiken nach verschiedensten Gesichtspunkten usw. usw. wegen der Geschäftszusammensetzung für die schwebende Verbandsgruppe“. Im Jahr 1940 dagegen konnten Überstunden fast gänzlich vermieden werden.

1940 zeichneten sich auch weitere Schwierigkeiten durch den Krieg ab. Das betraf vor allem die Zeichnungsberechtigung gegenüber anderen Banken. Auch mit Schuldnern gab es zunehmend Schwierigkeiten, „weil sie im Felde sind und mit ihnen nichts geklärt werden kann“. „Zum Zwecke der Geschäftsvereinfachung und insbesondere im Hinblick auf die durch Einberufungen notwendige Arbeitseinsparung ist von der vom Gesetzgeber zugelassenen Schätzung der Zinsen und Provisionen weitgehendst Gebrauch zu machen“, heißt es in einem Protokoll.

Entgegen der im Zusammenhang mit der Verlegung des Hauptgeschäftes nach Oschatz angekündigten Abgabe der Abteilung Wermsdorf und der Zweigstelle Mutzschen passierte in dieser Hinsicht vorerst nichts. „Wegen der Filialabgabe ist noch immer nichts bekannt.“ Lediglich Revisor Klamt stellte Erhebungen über die Wermsdorfer Rendite an und „kam angeblich zu einem günstigen Ergebnis“.

Im Mai 1940 wurde angeordnet, dass in Mügeln – „und solange die Niederlassungen Wermsdorf und Mutzschen zu uns gehören, auch dort“ – von jedem Verwaltungsbeschluss sofort Abschriften in die Kreditakten zu bringen sind zwecks einheitlicher Ausrichtung nach den „Oschatzer Gepflogenheiten“ und mit dem Ziel, Kontrollmöglichkeiten für die Aufsichtsorgane über die ordnungsgemäße Durchführung der Beschlüsse zu haben. Die Revision hatte bemängelt, dass sich 38 Schuldner nicht an Vereinbarungen hielten, Abzahlungen nicht geleistet wurden usw.

Außerdem zeigten sich angesichts der Unsicherheiten über die Zukunft der Filialen zunehmend Probleme. So wurde u. a. festgestellt, dass das Verrechnungskonto Mutzschen monatelang weder aufgerechnet noch mit Salden versehen war. Es gab „schwerste Bemängelungen der Mügeln Buchführungsmethode durch den Revisionsverband“. Deshalb wurde „Herr Seiler beauftragt, am 4. Pfingstfeiertag, dem 15. Mai 1940, die Verrechnungskonten mit Mutzschen und Wermsdorf zu beordnen und gleichzeitig auch das Oschatzer Verrechnungskonto in Mügeln auf den richtigen Stand zu bringen, nachdem dies trotz Oschatzer Betreiben stets durch Herrn Stoehr verhindert worden war.“

1936. ✓	Bum 27. Dezember 1936	1936.	
16. Sep. 1940	am 10. 7. 1940 an Landbank Mügeln überföhrt	Ausschluss p. 31.12.40	Wermstd
28. Sep. 1940		Ausschluss p. 31.12.40	Wermstd
29. Okt. 1936. ✓	Aufkündigung Bum 27. Dezember 1937	27. Okt. 1937. ✓	
6. Sep. 1940		Ausschluss p. 31.12.40	
20. Sep. 1940		Ausschluss p. 31.12.40	Wermstd

Ausschlussvermerke in der Liste der Genossen der Bank für Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft Oschatz.
Quelle: Voba Oschatz

Es kam einiges an Schlamperei zutage, Unterlagen waren verschwunden, nachdem sie zwischen den einzelnen Filialen hin- und hergereicht worden waren. Die Mitarbeiter sollten jetzt versuchen zu retten, was zu retten war und seit Januar getätigte Zahlungen durch die genaue Prüfung der Zahlen in Mügeln und den Filialen rekonstruieren, um beweiskräftige Unterlagen für die Gesamtbilanzen zu schaffen. Die ordnungsgemäße Verwaltung der einzelnen Filialen machte offenbar große Probleme.

In den Nachmittags- und Abendstunden des 17. Mai 1940 führten die Herren Henker und Seiler „die Rekonstruierung einer Saldenbilanz sowohl für das Gesamtinstitut als auch für die einzelnen Filialen unter schwierigsten Umständen“ durch. Damit standen zunächst die Verrechnungssalden fest per 31.1.1940. Einen Tag später stimmten sie dann die Buchführung mit den Filialen in Mutzschen und Wermstdorf ab. „Die bestehenden Abweichungen sowie die richtigen Zahlen werden durch protokollarische Übereinstimmungserklärungen auf den Hauptbuchkarten festgelegt, die zur Wiedererstellung einer Hauptbuchhaltung für das Gesamtinstitut am 18.5.40 rekonstruiert werden müssen.“

Am 8. Juni 1940, einem Sonnabendnachmittag, fanden nacheinander in Mutzschen und Wermstdorf zwei Beratungen statt. Das belegen die beiden Niederschriften „über sofort durchzuführende Vorarbeiten“ für die Abgabe der Filiale Mutzschen und der Abteilung Wermstdorf. Johannes Henker verlas in beiden Fällen das am gleichen Tag eingegangene Schreiben des Sächsischen Genossenschaftsverbandes mit einem beigefügten Schriftstück des landwirtschaftlichen Revisionsverbandes an den gewerblichen Revisionsverband vom 4. Juni 1940. Darin ging es um einzelne Konten, die bei der hier schon als künftige Volksbank Oschatz bezeichneten Mügeln-Wermstdorfer Bank verblieben, um den Ausgleich der Mitgliederkonten, um Geschäftsguthabekonten, um die Verrechnung von Revisionskosten, Werbekosten, Rechtsanwaltskosten und die Verrechnung des Inventars der beiden Einrichtungen. Zum Nachweis für den Gesamtaufsichtsrat sowie zur Verlautbarung im Genossenschaftsregister gab das geschäftsführende Wermstdorfer Vorstandmitglied Curt Heinke zu Protokoll: „Mit der Abtrennung der Abteilung Wermstdorf von der Mügeln-Wermstdorfer Bank lege ich meinen Vorstandsposten nieder und scheidet am gleichen Tage aus den Diensten dieser Institution.“ Später stellte sich heraus, dass Heinke zur Landbank Mügeln wechselt.

Die Lostrennung war zum 1. Juli 1940 vorgesehen. Als genauer Stichtag gilt der Unterzeichnungstag des Überleitungsvertrages an die Landbank Mügeln. Im Genossenschaftsregister des Amtsgerichtes Oschatz wurde am 27. Juli 1940 vermerkt, dass durch die Aufgabe der Filialen Mutzschen und Wermstdorf und die Überleitung der Geschäfte auf die landwirtschaftliche Organisation die Genossen dieser Filialen zum Ende des Geschäftsjahres 1940 auszuschließen seien. Das betraf in Mutzschen 198 Mitglieder mit Anteilen in Höhe von 40.538,55 RM und in Wermstdorf 385 Mitglieder mit Anteilen in Höhe von 84.588,30 RM – ein schmerzlicher Verlust für das Unternehmen.

Einige Mitglieder kündigten unmittelbar im Anschluss an die Generalversammlung vom 28. Dezember 1939, als der Beschluss bekanntgegeben wurde, auch gleich selbst. So schrieb Verwaltungsinspektor Walther Schütze: „Ich bin jederzeit gern Mitglied der Bank gewesen, die Verhältnisse aber zwingen mich, jetzt die nötige Konsequenz zu ziehen.“ Natürlich wurden nach dieser Kündigungswelle auch wieder neue Mitglieder aufgenommen – darunter waren auffällig viele Bauern, Landwirte und anderweitig in der Landwirtschaft beschäftigte Personen.

Ins Protokollbuch eingeklebt ist ein Schreiben mit dem Briefkopf der Mügeln-Wermstdorfer Bank vom 5. Juli 1940. Darin heißt es: „In der Generalversammlung der Mügeln-Wermstdorfer Bank e.G.m.b.H. vom 28. Dezember 1939 ist für Mügeln die Trennung des landwirtschaftlichen Geschäftes von dem des gewerblichen beschlossen worden.

Im Verfolg dieses Beschlusses sind bei der Mügeln-Wermstdorfer Bank seitens des Sächsischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e.V., Dresden und des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Sachsen e.V. Dresden die notwendigen Feststellungen getroffen worden. Die im Interesse der Rationalisierung des Genossenschaftswesens durchgeführten Verhandlungen sind unter Mitwirkung des Direktoriums der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse in Berlin in gutem Einvernehmen zwischen dem Sächsischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V. als Prüfungsverband der Mügeln-Wermstdorfer Bank und dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Sachsen e.V. als Prüfungsverband der Landbank Mügeln e.G.m.b.H. zum Abschluss gekommen.

Im Zuge der getroffenen Vereinbarungen wird Ihr Konto, Wert 1. Juli 1940, auf die Landbank Mügeln e.G.m.b.H. übertragen werden. Wir bitten Sie, im Interesse der reibungslosen Durchführung der getroffenen Vereinbarungen mit der Übertragung Ihres Kontos bzw. Ihres Depots an die Landbank Mügeln e.G.m.b.H. sich einverstanden zu erklären.

Sollten Sie bis zum 10. Juli d. J. keinen Widerspruch bei der Mügeln-Wermstdorfer Bank in Mügeln erheben, so setzen wir voraus, dass Sie mit der Übertragung Ihres Kontos bzw. Ihres Depots an die Landbank Mügeln e.G.m.b.H. einverstanden sind.“ Es folgten diverse Unterschriften der Vertreter aller beteiligten Verbände und Banken.

Das Direktorium der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse fügte an: „Die vorstehend vorgeschlagene Regelung ist in Verhandlungen, an denen wir teilgenommen haben, zustande gekommen. Sie entspricht nach unserer pflichtmäßigen Überzeugung den Geboten einer zweckmäßigen Regelung der genossenschaftlichen Organisation für den Bezirk Mügeln.“

Das war die Vorlage für ein Rundschreiben, dass an die Mitglieder gesendet wurde, die zur Landbank Mügeln wechseln sollten. Es ist nicht nachvollziehbar, was der Maßstab für diese Wechselempfehlung war, denn nach wie vor blieben bei der Mügeln-Wermstdorfer Bank viele Mitglieder, die ihren Broterwerb in der Landwirtschaft fanden. Im Juli 1940 berichtete Johannes Henker über einen Anruf des Herrn Ackermann von der Oschatzer Bank. Danach war beabsichtigt, eine Angleichung der Spareinlagen-Zinssätze vorzunehmen, um gegenseitige Konkurrenz auszuschalten und das Zinsvoraus in weitgehendem Umfange einzusparen – schon aus Gründen der großen Flüssigkeit am Geldmarkt. Herr Ackermann berichtete hierzu, dass mit Wurzeln und mit der Rieser Bank bereits Übereinstimmung herrsche.

Herr Henker nahm das zum Anlass, die gleichen Fragen mit Herrn Isemann von der Landbank Mügeln zu klären, der sich ebenfalls mit der Regelung einverstanden erklärte.

Herr Isemann machte jedoch kurz darauf insofern einen Rückzieher, dass er an die Beschlüsse seines Vorstandes gebunden sei und erst prüfen müsse, ob diese einer Angleichung zustimmen. Im Übrigen führe die Landbank nur Spareinlagen.

Mit Vertrag vom 12. Juli 1940 gehörte die Filiale Mutzschen nicht mehr zur Volksbank Oschatz. Aus dem Protokoll vom 18. September 1940 geht hervor, dass die Mügelnauer Außenstelle – es ist hier von der Volksbank Mügeln die Rede – modernisiert wurde. Sie hatte jetzt drei Schalter, die durch Glaswände in Leichtmetallfassung voneinander getrennt waren.

Die in den Postämtern Wernsdorf und Mutzschen angebrachte Reklame wurde gekündigt, da die Landbank sie bzw. die Abonnements nicht übernehmen wollte. Die Reklame verschwand auch aus den Postämtern Oschatz und Mügeln, „umso mehr, als die Postsparkasse als Konkurrenz von uns unsere Werbetexte wesentlich eingeschränkt hat“. Daraus wird auch die Konkurrenzsituation in der damaligen Zeit deutlich.

Zwischen dem September 1940 und dem nächsten Eintrag vom 3. März 1942 klafft im Protokollbuch eine große zeitliche Lücke, für die es keine Erklärung gibt. Aber man konstatierte mit der Bilanz für das Jahr 1941 eine „recht erfreuliche Entwicklung“. Der Reingewinn betrug 35.110,19 RM. Davon wurden 11.707,67 als 5-prozentige Dividende ausgezahlt, 17.890 RM flossen in die gesetzliche Rücklage, 2.110 RM in sonstige Rücklagen, 3.402,52 RM wurden aufs nächste Jahr vorgetragen.

Im Geschäftsbericht heißt es: „Der Scheckverkehr steigert sich von Jahr zu Jahr. Deshalb sei auch an dieser Stelle auf die Benutzung des Postkartenschecks als billigstes und bequemstes Zahlungsmittel hingewiesen. Der Postkartenscheck erspart Arbeit und Kosten und der durch die Laufzeit entstehende Zinsgewinn im Laufe der Zeit ist ganz beachtlich.“

Aus dem Revisionsprotokoll geht zum wiederholten Mal hervor, dass die Prüfung der Geschäftsabläufe durch den Aufsichtsrat nicht ausreichend sei und er diese Aufgabe besser wahrnehmen müsse.

Am 16. Februar 1942 starb Johannes Henker.

Im Mai berichtete Herr Seiler, dass im Monat April 1942 insgesamt für 26.000 RM Bausparverträge abgeschlossen worden sind, was für die Kriegszeit erstaunlich ist.

Da in der Generalversammlung der Zentralkasse sächsischer Volksbanken im Besonderen auf die Wichtigkeit dieses Geschäftsteiles hingewiesen worden ist, wurde beschlossen, am 6. und 7. Juni 1942 eine Eigenheim-Werbeschau der Bausparkasse der deutschen Volksbanken in Oschatz zu veranstalten.

Eine Anfang des Jahres durchgeführte Filmwerbung zu diesem Thema war ein Erfolg. Die Volksbank Leipzig hatte Werbefilme „Besuch am Abend“ zur Kreditwerbung und Bausparkasse und „Was geht hier vor?“ zur Sparwerbung zur Verfügung gestellt. Es wurde beschlossen, diese Art der Werbung nach Möglichkeit weiterzuführen.

Das Arbeitsamt Riesa erteilte der Volksbank den Auftrag, für den Monat Juni zwei „Gefolgschaftsmitglieder“ über das Sozialerholungswerk zu einem 14-tägigen kostenlosen Kuraufenthalt zu entsenden, wofür der Betrieb das Fahr-geld sowie 10 RM Taschengeld übernehmen sollte. Es wurden zwei „Fräuleins“ zur Kur geschickt.

Bei einer Vorstandskonferenz im Mai 1942 in Leipzig wurde vor allem über die Beschränkung der Kreditgewährung auf den Mitgliederkreis gesprochen. Es heißt im Protokoll dazu, dass man sich nach der Aufgabe von Mutzschen und Wernsdorf seit 1. Januar 1941 in Oschatz und Mügeln bei Kreditgeschäften aller Art auf den Mitgliederkreis beschränkt habe. Gemäß einer Anregung der Zentralverbände würde man alle Sachbearbeiter entsprechend aufklären und eine Erklärung unterschreiben lassen. In der heißt es: „Es ist mir bekannt, dass sich unser Institut gemäß Erklärung vom 22. Juli 1941 gegenüber dem Finanzamt Oschatz bei Kreditgewährung jeder Art auf den Mitgliederkreis beschränkt hat. Demnach sind alle Kreditgeschäfte mit Nichtmitgliedern strengstens untersagt. Über alle vorkommenden Geschäftsvorfälle dieser Art am Schalter und in der Buchhaltung bin ich durch den Vorstand auf das Genaueste unterrichtet.“

Ich verpflichte mich ausdrücklich – nach genauester Kenntnis der Auswirkung im Nichteinhaltungsfalle – alle Geschäftsvorgänge mit Nichtmitgliedern besonders zu prüfen und nach der bestehenden Vorschrift zu handeln.“

Die Geschäftslage scheint gut gewesen zu sein, denn nachdem das Festgeldkonto der Bank bei der Zentralkasse sächsischer Volksbanken in Dresden derart gefüllt ist, dass jederzeit ausreichende Mittel zur Verfügung standen, wurde beschlossen, für weiterhin anfallende flüssige Mittel möglichst gut verzinsliche andere Anlagen zu suchen. So wurde zunächst versucht, von der neu aufgelegten 4-%-Obligation der Sudetenländischen Treibstoff AG 100.000 RM zu bekommen. Die Zuteilung war jedoch sehr gering. Deshalb wurden für weitere 100.000 RM 3,5-%-Deutsche Reichsschatzanweisungen von 1942 (Liquiditätsanleihe) zu 98,5 % und für 100.000 RM 3,5-%-Deutsche Reichsschatzanweisungen von 1942 Folge 1 zu 99 % bei der Zentralkasse gekauft.

Im Juni 1942 wurde die Durchführung eines Betriebsausfluges im Sommerhalbjahr beschlossen, der angesichts der Kriegslage aber nur in die nächste Umgebung – nach Schmannewitz – führen sollte. Nach Möglichkeit sollte Bankkunde Arthur Wehner, Inhaber der Pension „Olga“ in Schmannewitz, die Verpflegung übernehmen. Einen interessanten Einblick in das Thema Werbung gestattet das Vorstandsprotokoll vom 29. September 1942. „Der Deutsche Genossenschaftsverband will im ganzen Großdeutschen Reich einheitliche Werbung (Emailleschilder) aller Volksbanken bei der Reichsbahn anbringen. Banken zahlen im Jahr nur 16 RM Miete pro Schild.“ Die Oschatzer schlugen den Hauptbahnhof Oschatz, den Bahnhof Oschatz-Süd und den Bahnhof Mügeln für die Werbung vor. Darüber hinaus liefen in den UT-Lichtspielen Oschatz und im Central-Theater Mügeln zwei Werbefilme „Der richtige Weg“ zur Kreditwerbung sowie „Immer und überall“ zur Sparwerbung. Am 10. Oktober 1942 feierte der langjährige Aufsichtsratsvorsitzende Paul Hennig seinen 60. Geburtstag. Angesichts seiner Verdienste für die Bank sollte er 100 RM in bar bekommen, „da es im Hinblick auf die Kriegswirtschaftsverhältnisse unmöglich ist, ein passendes Geschenk zu erhalten“.

Außerdem meldet das Protokoll: „In der Auszahlung der Lohngelder für Kriegsgefangene ist insofern eine Änderung eingetreten, als die Auszahlung des Lagergeldes nicht mehr durch das Stalag oder deren Beauftragten zu erfolgen hat, sondern durch die Unternehmer selbst. Zwecks Wahrnehmung der damit verbundenen Werbung haben wir uns selbstverständlich in diese Aktion eingeschaltet und die davon betroffenen Kundenkreise entsprechend benachrichtigt.“

Bei der Besprechung der größten Debitoren und der entsprechenden Sicherheiten wurde deutlich, dass einige der Betriebe bereits kriegsbedingt stillgelegt waren, so z. B. das Klinkerwerk Mahlis.

Der Rückblick auf das Geschäftsjahr 1942 fällt positiv aus. Die Bilanzsumme für Oschatz konnte gegenüber dem Vorjahr um 1.162.000 RM auf 4.430.000 RM gesteigert werden. Für Mügeln wurde eine Steigerung um 550.000 RM auf 2.466.000 RM registriert. Die Umsätze stiegen in Oschatz um 9 Mio. RM auf 47.938.000 RM, in Mügeln um 6 Mio. RM auf 18.726.000 RM. Der Anstieg der Bilanzsumme wurde durch den erhöhten Zufluss fremder Gelder erreicht. Vom Reingewinn in Höhe von 37.299,72 RM wurden 13.992,50 RM als 5-prozentige Dividende ausgezahlt, 14.890 RM flossen in den gesetzlichen Reservefonds, 5.000 M in sonstige Rücklagen, 2.000 RM in Sonderrücklagen, 1.000 RM dienten der Vergütung von acht Verwaltungsratsmitgliedern, 417,11 RM wurden aufs neue Jahr vorgetragen.

Damit erhielten die Verwaltungsratsmitglieder nach langen Jahren erstmals wieder eine Vergütung. Die Generalversammlung fand am 17. Februar 1943 zum ersten Mal in Oschatz statt.

Die Geschäfte liefen weiter gut. Kreditanträge wurden sorgfältig beraten, wobei immer auf die Absicherung der Kredite geachtet wurde. Die Summen überstiegen selten 1.000 RM, nur bei Geschäftskunden wurden bis 10.000 RM vergeben, selten mehr.

Eine solche Ausnahme war Bettenbauer J. aus Oschatz. Er bekam einen Sonderkredit in Höhe von 20.000 RM für Wehrmachtsaufträge. Das Geld wurde zur Herstellung von patentierten Holzbettstellen für die Wehrmacht bzw. für Bombengeschädigte benötigt. Auftraggeber war der Reichsinnungsverband für das Baugewerbe.

Am 9. Mai 1943 organisierte die Volksbank eine Eigenheim-Modellschau in Oschatz. Man zeigte sich zufrieden mit dem Besuch, allerdings wurden nicht so viele ernsthafte Interessenten festgestellt wie im Jahr zuvor. Allerdings wurde konstatiert, dass die Schau ein zugkräftiges Werbemittel für die Bank war. Beim Abschluss von Bausparverträgen erreichte Oschatz im 1. Vierteljahr 1943 den dritten Platz aller sächsischen Volksbanken.

Im Juni berichtete Herr Seiler über die bisherigen Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat des Darlehns- und Sparkassenvereins Sornzig. Die Mitgliederzusammensetzung sowie die Entwicklung der Sornziger Genossenschaft und ihre Bilanz per 31.12.1942 wurden besprochen. „Falls uns die Verhältnisse zu einer schnellen Handlungsweise zwingen sollten, erklärt sich der Gesamtverwaltungsrat einstimmig damit einverstanden, dass wenn nötig zwischen den Vorständen des Darlehns- und Sparkassenvereins e.G.m.b.H. Sornzig und unseres Institutes ein Verschmelzungsvertrag vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung abgeschlossen wird.“

Im Dezember 1944 sollte der Darlehenskassenverein Sornzig lt. Reichsstatthalter für Sachsen mit der Landbank Mügeln verschmelzen. Das lehnte der Sornziger Verwaltungsrat aufgrund der Zusammensetzung seines Mitglieder- und Kundenkreises ab und plädierte ausschließlich für ein Zusammengehen mit der Oschatzer Volksbank. Auch bei einer Abstimmung der Generalversammlung zum Jahresende 1944 waren 90 Prozent gegen die Verschmelzung mit der Landbank Mügeln. Dieses Ergebnis wurde jedoch vom Reichsstatthalter missachtet, der trotz allem genau das anordnete. Die Oschatzer wollten sofort eine Eingabe an die Landesregierung machen, aber die Verbandsstelle, die zunächst kontaktiert wurde, erklärte, „zufolge der guten Verbindung des Landwirtschaftlichen Genossenschaftssektors bzw. Reichsnährstandes zur Landesregierung bzw. zum Gauleiter in der Angelegenheit nichts mehr tun zu können.“

Wegen des Krieges machte sich Personalmangel bemerkbar. Die drei Lehrlinge, die ihre Ausbildung bei der Volksbank abgeschlossen hatten, wurden sofort zum Kriegsdienst eingezogen, darunter auch eine junge Frau.

Und doch musste noch mehr personeller Aufwand betrieben werden. So wurde die Buchführung des Sozialwerkes Oschatzer Handwerker eGmbH bisher von einem Aufsichtsratsmitglied dieser Gesellschaft geführt, was nicht satzungsgemäß war. Der Sächsische Genossenschaftsverband Dresden machte den Vorschlag, die Buchführung der Volksbank zu übertragen. Dazu heißt es zähneknirschend: „Aus Prestige Gründen müssen wir – trotz der schwierigen Personallage – den Antrag annehmen und diese Buchführung übernehmen.“ Aus ganz ähnlichen Gründen übernahm die Volksbank die „büromäßige und finanzielle Geschäftsführung“ der neugegründeten Einsatzgenossenschaft des Malerhandwerks Oschatz eGmbH.

Die Sparguthaben der Volksbank-Kunden stiegen weiter an. Deshalb wurden immer wieder größere Summen als Festgeld bei anderen Banken angelegt. Die Zweigniederlassung in Mügeln machte Sorgen. Es war nicht gelungen, einen Filialleiter zu finden. Die anderen in Mügeln ansässigen Banken machten offenbar massiv Werbung zum Nachteil der Volksbank. Ein früheres Vorstandsmitglied wurde dafür gewonnen, in Mügeln persönliche Kontakte zu pflegen und für die Volksbank zu werben.

Zum 10. September 1943 wurde Vorstand Werner Seiler einberufen. Nach einer Verhandlung mit Direktor Dechert von der Volksbank Riesa erklärte sich diese erklärt, den Oschatzern für die Dauer des Krieges ihren langjährigen Bevollmächtigten Heilmann (Jg. 1896) als Vorstandsmitglied zur Verfügung zu stellen. Die Oberleitung übernahm Direktor Dechert selbst. Diese Regelung galt allerdings unter dem Vorbehalt, dass in Riesa keine weiteren Einberufungen erfolgen. Da jedoch auch diese Möglichkeit bestand, wurde vorgesehen, das frühere Vorstandsmitglied Esperstedt einzusetzen. Der Mann war allerdings fast 70 Jahre alt und engagierte sich in der Zweigniederlassung Mügeln.

In Oschatz war bereits seit Jahren die Einrichtung einer großen Viehverteilungsstelle geplant. In Vorbereitung darauf wurde die Volksbank Oschatz von der Bank für Landwirtschaft in Berlin mit der Auszahlung der Schweineausgleichsbeträge für den Kreis Oschatz beauftragt.

Das nutzte die Volksbank dazu, mit Unterstützung des Viehwirtschaftsverbandes und des Fleischerobermeisters, die Fleischereibetriebe des Kreises Oschatz als Kunden zu gewinnen. Diese Aktion war im Oktober 1943 abgeschlossen mit dem Ergebnis, das alle noch bestehenden 46 Fleischereibetriebe bei der Volksbank teils Mitglieder- und teils Nichtmitgliederkonten eröffnet hatten.

Immer wieder stand die Schließung der Zweigniederlassung Mügeln auf der Tagesordnung. Ende Januar stand fest, dass die Zweigstelle bis zum 28. Februar 1944 geöffnet bleiben darf. Aber auch nach diesem Termin gingen die Geschäfte in Mügeln offenbar unbeirrt weiter. Am 12. Juli gab es dazu in Dresden ein Gespräch von Herrn Seiler mit dem Verbandsdirektor, dem Direktor der Zentralkasse sächsischer Volksbanken und dem Leiter des Sächsischen Genossenschaftsverbandes. Im Vorfeld hatte der Präsident des Direktoriums der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse Berlin vorgeschlagen, die Zweigniederlassung Mügeln dem ländlichen Genossenschaftssektor zuzuordnen. Als Ausgleich sollte die Volksbank Oschatz die Niederlassungen der Landbank Stauchitz sowie der Landbank Strehla in Oschatz übernehmen. Das wurde in Übereinstimmung mit dem Sächsischen Genossenschaftsverband und der Zentralkasse rundweg abgelehnt. Im Protokoll heißt es dazu: „Es wird festgestellt, dass dieses Angebot für uns absolut nichts Neues darstellt, da schon bereits seit zwei Jahren seitens des landwirtschaftlichen Verbandes wiederholt damit an uns herangetreten wurde.“ Weitere Verhandlungen dazu beim Deutschen Genossenschafts-Verband zerschlugen sich. Einige Vertreter der Volksbank Oschatz sollten daraufhin im Juni zur Deutschen Zentralgenossenschaftskasse Berlin fahren, um dort persönlich eine Klärung der Angelegenheit zu versuchen.

Im Juli wurde die Genehmigung zum Betreiben der Zweigniederlassung Mügeln bis zum 31. August 1944 verlängert.

Neue Verhandlungen mit der Zentralkasse wurden im Juli geführt. „Das Ergebnis ist für uns als außerordentlich befriedigend zu bezeichnen.“ Worin das Ergebnis bestand, geht aus dem Protokoll nicht hervor. Die Übernahme der Landbank-Niederlassungen war aber vom Tisch.

Im August folgten weitere Gespräche mit der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse. Deren Vorschläge hielt der Verwaltungsrat für praktisch nicht durchführbar. Deshalb wurde der Verlängerungsbescheid der Landesregierung Sachsen bis 31. Dezember 1944 begrüßt, „und es wurde beschlossen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen“.

Das nächste Mal wurde dieses Thema am 24. Februar 1945 diskutiert, vier Tage vor dem nunmehr nächsten von der Landesregierung vorgegebenen Schließungstermin. Angesichts der äußeren Umstände sah man diesen Termin als überholt an und beschloss, die Volksbank Mügeln nach wie vor geöffnet zu lassen.

Im Mai 1944 beantragte die Einsatzgenossenschaft des Malerhandwerks eGmbH Oschatz einen Kredit. Bei Gründung dieser Genossenschaft im Jahr 1943 war ihr bereits ein Anlaufkredit bewilligt worden – befristet bis Ende April 1944. Da die Feuerschutzmittelaktion 1943 – das Imprägnieren von Dachstühlen, Fachwerk usw. mit brandhemmenden Mitteln – inzwischen auf das gesamte Stadtgebiet Oschatz ausgedehnt worden war, mussten weitere Mittel in mehrfacher Höhe als Betriebskredit in Anspruch genommen werden, zumal sich die Zahlungen durch das Kriegsschädenamt verzögerten.

Der Kredit wurde genehmigt. „Die Arbeiten ... stehen völlig unter unserer Kontrolle, da wir die Verrechnung mit dem örtlichen Kriegsschädenamt selbst vornehmen.“

Einen Sonderkredit bekam auch der Besitzer der Kantine im Reserve-Lazarett Oschatz. Er erhielt einen Waggon mit bulgarischem Traubenmark. Die Volksbank übernahm die Finanzierung. Von einer Sicherungsübereignung wurde im Hinblick auf die Kurzfristigkeit des Kredites abgesehen

Vom Sächsischen Genossenschaftsverband traf ein Rundschreiben ein, das sich mit möglichen Schäden durch Fliegerangriffe befasste. Allerdings hatte die Volksbank Oschatz zu diesem Zeitpunkt bereits Vorkehrungen getroffen. Sowohl in Oschatz als auch in Mügeln wurden sämtliche Kontokarteien sowie Kundenverzeichnisse, Jahresrechnungen, Kreditkarten, Maschinen aller Art sowie notwendiges Büromaterial täglich bei Dienstschluss bzw. bei Fliegeralarm in den Tresoranlagen untergebracht. Vorsichtshalber wurde die ehemalige Gaststube des Aufsichtsratsmitgliedes Fleischerobermeister Friedrich Kittel an der Strehlaer Straße in Oschatz als Ausweichstelle für den Ernstfall bestimmt.

Die Ergebnisse der Halbjahres-Rohbilanz 1944 wiesen deutliche Steigerungen auf. In Mügeln stieg die Bilanzsumme um 340.000 RM, in Oschatz um 780.000 RM auf 3.348.000 bzw. 6.233.000 RM. Auch die Umsätze wurden deutlich gesteigert: in Mügeln auf 9.514.000 RM, in Oschatz auf 33.547.000 RM.

Die Bilanzsummensteigerung wurde durch den anhaltenden Zufluss weiterer flüssiger Mittel der Kunden erklärt, wobei auch im Zusammenhang mit der Umsatzsteigerung das Engagement für das Fleischerhandwerk, den Viehwirtschaftsverband, die Einsatzgenossenschaft des Malerhandwerks und das damit verbundene Malerhandwerk sowie für das Sozialwerk für Handel, Handwerk und Gewerbe erwähnt wurde.

Im August 1944 musste sich der Verwaltungsrat mit einem recht speziellen Kreditantrag befassen. Büromaschinenhändler R. aus Oschatz, zurzeit bei der Wehrmacht, benötigte für einen Ehescheidungsprozess eine Abfindungssumme in Höhe von 1.000 RM, die einstimmig bewilligt wurde.

Es gab Ärger mit politischem Hintergrund:

Am 2. Oktober 1944 wurde in Oschatz eine Verwiegstelle für Vieh errichtet. Das Protokoll enthält die Bemerkung: „Zur evtl. späteren Verwendung wird von den Ausführungen von Vorstandsmitglied Seiler Folgendes festgehalten: Die in Aussicht genommene Agentur sollte im Einvernehmen mit dem Viehwirtschaftsverband, der Kreisbauernschaft und der Fleischerinnung – vor allem um einen reibungslosen Ablauf und die Lieferung von Qualitätsvieh zu gewährleisten – dem Viehkaufmann Herbert Thomas, Mügeln, übertragen werden.“

Der Kreisleiter lehnte den Vorschlag mit der Begründung ab, dass Thomas kein Parteigenosse wäre und wahrscheinlich eingezogen würde. Nach unseren Feststellungen erfolgte die Ablehnung aber deshalb, weil Thomas sich gegenüber den Herren Taube und Hoyer, die ihm im Auftrage des Bürgermeisters zu Oschatz – der gleichzeitig Kreisleiter ist – besuchten, weigerte, die Viehmarktumsätze über die Kreisspar- und Girokasse zu tätigen.

Desweiteren wurde Thomas anschließend von den Herren Porstmann und Baßler von der Kreisspar- und Girokasse besucht. Er hielt seinen Standpunkt mit der natürlichen Begründung aufrecht, dass die Volksbank sämtliche Fleischereibetriebe betreue, und dass auch der größte Teil der Erzeuger sowie der Viehkaufleute mit unserer Bank arbeite, obwohl ihm kategorisch erklärt wurde, der Kreisleiter und Bürgermeister wünsche als Bankverbindung für die Agentur nur die Girokasse. Thomas antwortete darauf mit Recht, dass nach seiner Auffassung er ja bestimmen könne, mit welcher Bank seine Umsätze getätigt würden.“ Auch ein zweiter Vorschlag wurde auf Verlangen des Kreisleiters abgelehnt.

Eingesetzt wurde im Einvernehmen mit dem Kreisleiter sowie nunmehr auch mit dem Kreisbauernführer Schmidt der Viehkaufmann P. aus Bornitz.

Der sofortige Protest der Fleischerinnung gegen diese Wahl wurde zurückgewiesen.

„In diesem Zusammenhang bestellte der Kreisleiter Albrecht den Obermeister Kittel ins Amt und erklärte ihm in schärfster Art und Weise, dass nur die Girokasse auf dem Viehmarkt im städtischen Schlachthofgebäude etwas zu suchen habe, andere Banken würde er persönlich hinauswerfen. Da Obermeister Kittel mit diesem Standpunkt nicht einverstanden war und darauf hinwies, dass sich ja die Girokasse früher nie um die Belange der Fleischer und Viehhändler gekümmert habe, fuhr der Kreisleiter hoch und machte Kittel den Vorwurf, dass die Schwierigkeiten nur an ihm persönlich lägen, da er einen Aufsichtsrats-Posten bei der Volksbank hätte und wahrscheinlich Provision bekäme.“

Die berechtigten und nachgewiesenen Einwände Kittels gegen P. als Agenten wegen Unzuverlässigkeit bei der Lieferung und der Zahlung sowie der Berechnung zu hoher Provisionen ließ der Kreisleiter nicht gelten.

„Wie aus all diesen Vorfällen angenommen werden muss, wurde P. als Agent nur deshalb eingesetzt, weil er sich sofort bereit erklärte, mit der Girokasse Oschatz zu arbeiten. Wir haben festgestellt, dass P. vorher – sogar nach seiner eigenen Aussage gegenüber dem Vorstandmitglied Seiler – nur mit der Landbank in Laas arbeitete. Bei der Girokasse Oschatz hatte er nachweislich kein Konto... Trotzdem P. nachweislich kein Kunde der Girokasse Oschatz war, wurde er von Direktor Porstmann und Inspektor Hoyer nach Großenhain eingeladen und dabei als Kunde geworben. Auch haben wir weiterhin festgestellt, dass die Girokasse Versuche unternommen hat, uns als Zahlstelle für die Ausgleichsbeträge zu verdrängen.“

Infolge der „totalen Kriegsmaßnahmen“ wurde die Arbeitszeit ab 1. Oktober 1944 auf 56 Stunden erhöht. „Aufgrund der allgemeinen Kriegswirtschaftsverhältnisse und vor allem deshalb, dass wir durch einen Terrorangriff auf Dresden evtl. auf Tage geldlich von der Zentralkasse abgeschnitten werden können, wird die Eröffnung eines Lombardkontos und Aufnahme eines Lombardkredites bei Bedarf bis zur Höhe von RM 150.000 gegen hinterlegte Lombardbescheinigung von der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse Berlin über RM 200.000 Dt. Reichsanleihe von 1944 (Li-Anleihe) beschlossen.“

Der Deutsche Genossenschaftsverband Berlin empfahl, keine flüssigen Mittel mehr in Wertpapieren anzulegen.

Obwohl hier düstere Vorahnungen deutlich werden, ging der Betrieb erstaunlich gelassen weiter. Unter anderem wurden „um den Bauspargedanken weiter zu forcieren und um uns vor allem in das Nachkriegsbauprogramm mit einzuschalten“ verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, so zum Beispiel eine Bild- und eine Modellschau in Oschatz sowie eine Modellschau in Mügeln. Insgesamt wurden für 528.000 RM Abschlüsse getätigt.

Bekamen die „an verschiedenen Fronten stehenden Arbeitskameraden“ bisher zum Weihnachtsfest Sachspenden wie Zigaretten oder Rasierklingen geschickt, war das 1944 nicht mehr möglich. Als Ausgleich bekamen die acht Personen je 50 RM auf ihr Konto gutgeschrieben.

Am 8. Dezember 1944 hätte die Volksbank Oschatz anlässlich ihres 85-jährigen Bestehens eigentlich Grund zum Feiern gehabt, aber „durch die bestehenden Kriegswirtschaftsverhältnisse musste davon abgesehen werden, mit einem entsprechenden Hinweis an die Öffentlichkeit zu treten.“

Trotz der Warnung des Genossenschaftsverbandes kaufte die Volksbank Oschatz für 500.000 RM im Januar 1945 Wechsel der Dt. Golddiskontbank, die am 10. April 1945 fällig wurden.

Zur Energieeinsparung wurden die Arbeitszeiten auf montags bis freitags von 8 bis 16.30 Uhr und sonnabends auf 8 bis 14 Uhr festgelegt – mit der Maßgabe, dass die Arbeitszeit und die Kassenstunden bei fortschreitendem Tageslicht wieder geändert werden. Und man sorgte im Februar 1945 vor: „Infolge der besorgniserregenden Entwicklung an der Ostfront sowie des verschärften Bombenterrors beschließt der Vorstand, die Kassenbestände in Oschatz auf rd. RM 200.000 und in Mügeln auf rd. RM 75.000 zu erhöhen, da es im Bereich der Möglichkeit liegt, dass wir eines Tages von allen Außenverbindungen abgeschlossen werden können.“

Dieser Fall traf wenige Tage später ein. Das Gebäude der Deutschen Zentralgenossenschaft Berlin wurde bis auf die Tresoranlagen vollkommen zerstört. Die Institution wich nach Gotha aus. Beim Luftangriff auf Dresden am 13. Februar 1945 traf die Zentralkasse der sächsischen Volksbanken in Dresden das gleiche Schicksal. Sie zog nach Pirna um, war telefonisch überhaupt nicht, auf dem Postweg nur schwer zu erreichen. Auch die Landesgenossenschaftsbank Sachsen in Dresden wurde vernichtet.

Dennoch befasste man sich in der Vorstandssitzung am 24. Februar 1945 auch mit solch vergleichsweise lapidaren Dingen wie einer Restschuld in Höhe von 55 RM. Die Bank hatte wohl verschiedene Vorschläge dazu unterbreitet, aber weder der Schuldner, der sich „im Felde“ befand, noch dessen Ehefrau, die wie ihr Kind an Tuberkulose erkrankt und nicht mehr arbeitsfähig war, reagierten darauf. Man wandte sich an den Schwiegervater, der sich bereit erklärte, 40 RM zu bezahlen. Die restlichen 15 RM wurden großzügig erlassen.

Der Verwaltungsrat tagte am 26. März 1945 und befasste sich wie immer mit der Neuaufnahme von Mitgliedern und diversen Kreditvergaben. So hatte das Sozial-Gewerk der Deutschen Arbeitsfront DAF (Handwerk, Handel und Gewerbe) Oschatz veranlasst, dass das Sozial-Gewerk in Mügeln ein „Lager für fremdländische Arbeiter“ übernimmt.

Die Baracke und sämtliche Einrichtungsgegenstände wurden in bar bezahlt. Vorstandsmitglied Seiler hatte die Rentabilitätsberechnung geprüft, woraufhin die Volksbank einen Zusatzkredit in Höhe von 10.000 RM in blanko bis zum 31. August 1945 bewilligte.

Durch den Luftangriff auf Dresden war auch die Landesbauernschaft Sachsen total zerstört worden. Da der Geldverkehr dadurch ins Stocken kam, hatte die Landesbauernschaft den Kreisbauernführer angewiesen, vorübergehend Sonderkredite in Anspruch zu nehmen. Es wurden einstimmig – befristet bis Ende Juli 1945 – 20.000 RM in blanko bewilligt.

Selbst ein Oschatzer Modehaus bekam noch 8.000 RM Sonderkredit „zwecks Beschaffung von Ostarbeiterkleidung“.

Die Besprechung der Bilanz zum 31. Dezember 1944 zeigte erstaunliche Ergebnisse. Die Bilanzsumme war um 28 Prozent auf 11,1 Mio. RM gestiegen, die Umsätze hatten die 100 Mio. überschritten. Der Gesamtertrag war gegenüber dem Vorjahr um mehr als 40 Prozent auf rd. 70.000 RM gestiegen. Allerdings wurde die Herausgabe des sonst üblichen Druckberichtes in diesem Jahr „aufgrund der augenblicklichen Kriegswirtschaftsverhältnisse“ untersagt. Auch eine Generalversammlung fand nicht statt.

Der Verwaltungsrat tagte noch einmal am 26. Juli 1945. Hinter zwei entschuldigt fehlenden Mitgliedern steht als Begründung einmal „Volkssturm“, einmal „Wehrmacht“. Dabei war der Krieg doch eigentlich Geschichte!

Es wurden 16 neue Mitglieder aufgenommen – darunter vier Bäuerinnen, Händler, Handwerksmeister. Und es wurden Kredite bewilligt, wie zum Beispiel 15.000 RM für das Freigut Striesa.

Die Aussagen zur Bilanz per 30. Juni 1945 zeigen, dass der Umsatz mit reichlich 42 Mio. RM nur wenig niedriger war als im Vorjahr, „obwohl zwischen 20. April und Ende Mai 1945 eine fast vollkommene Umsatzstockung eingetreten ist“.

Als erfreulich wurde die „trotz der Zeitverhältnisse“ erzielte Bilanzsummensteigerung von 9.582.000 RM Ende Juni 1944 auf 12.241.000 RM Ende Juni 1945 bezeichnet, und es wurde festgestellt, dass seit Juni dieses Jahres die Einzahlungen auf laufenden und auf Sparkonten die Auszahlungen bedeutend überstiegen.

Herr Seiler berichtete „ausführlich über die Zeitereignisse und Maßnahmen unseres Institutes, die in Anpassung an die Zeitverhältnisse nötig waren. Entsprechende Rundschreiben von der Zentralkasse, des Beauftragten für Finanzierung sowie der Reichsbank werden verlesen“.

Und es heißt: „Einig sind sich sämtliche Herren der Verwaltung darüber, dass aufgrund der hinterlassenen Misswirtschaftsverhältnisse der vorangegangenen Naziregierung die größte Sparsamkeit am Platze ist. Vom Sächsischen Genossenschaftsverband haben wir bisher noch nichts wieder gehört. Die Prüfung des Jahresabschlusses 1944 steht also noch aus. Wegen der Gewinnverteilung weist Vorstandsmitglied Seiler im Besonderen auf die augenblicklichen Wirtschaftsverhältnisse hin, und der Verwaltungsrat erklärt sich z. Zt. damit einverstanden, von einer Gewinnverteilung Abstand zu nehmen.“ Das waren ganz neue Töne.

Zum Sparen gehörte, dass zwei als Hilfskräfte eingestellte Frauen entlassen wurden. Die an sich zu starke Oschatzer Belegschaft wurde so aufgeteilt, dass die eine Hälfte von Montag bis Mittwoch arbeitet, während die andere Hälfte von Donnerstag bis Sonnabend tätig war.

In der damit gewonnenen Freizeit bemühten sich die Gefolgschaftsmitglieder – von solchen Formulierungen konnte man sich noch immer nicht trennen – bei der Einbringung der Ernte mitzuhelfen.

An dieser Stelle klafft eine große zeitliche Lücke zur nächsten Sitzung des Vorstandes, der erst am 11. Januar 1946 wieder tagte. Es ging weiter, als wäre nichts gewesen. Kein Wort zu geänderten politischen Verhältnissen, zur Bankenschließung – nichts.

SMAD-Befehle

Mit Befehl Nr. 10 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 23. Juli 1945 wurden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands alle privaten Banken und Versicherungen geschlossen. Durch Befehl Nr. 14 vom 15. Januar 1946 ordnete die SMAD die systematische Wiedereröffnung der Banken für Handwerk und Gewerbe, der früheren Volksbanken, an.

Als Rechtsgrundlage wurde ein Musterstatut erarbeitet, dass sich an das Genossenschaftsgesetz von 1889 (s. Seite 19) anlehnte.

Die alten Konten mit den bis 8. Mai 1945 eingezahlten Einlagen wurden gesperrt, während danach eingezahlte Gelder abgehoben werden konnten.

Bei der Vorstandssitzung am 11. Januar 1946 anwesend waren Direktor Klubescheidt, von dem man lange nichts gehört hatte, Herr Schwartz, Herr Seiler sowie der Aufsichtsratsvorsitzende Hennig. Thema der Beratung war die „Zusammenlegung des Genossenschaftswesens im Kreise Oschatz“. Herr Seiler fungierte als Verbindungsmann für das Genossenschaftswesen beim Landrat zu Oschatz und berichtete ausführlich dazu. Allerdings bleibt unklar, worum es im Detail ging. Wir können nur vermuten, dass es um die Wiedervereinigung der vor wenigen Jahren getrennten landwirtschaftlichen und gewerblichen Bereiche ging. Dazu fanden auch – allerdings bisher ergebnislose – Gespräche bei den beiden Genossenschaftsverbänden in Dresden statt.

Außerdem lagen dringende Kreditwünsche vor, die im Einvernehmen mit dem kommissarischen Aufsichtsratsvorsitzenden beraten und beschlossen wurden.

So gingen „im Zuge des Neuaufbaus“ sofort 100.000 RM an die Zuckerfabrik Oschatz zur Auszahlung der Zuckerrübelgelder an die Bauern und Neubauern; 20.000 RM Sonderkredit an eine Oschatzer Firma zum Einkauf von 600.000 Zigaretten zur Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Oschatz; 20.000 RM Sonderkredit an die Samengroßhandlung Oschatz zur Beschaffung von Saatgut gemäß Anordnung der Landesverwaltung Sachsen.

Bei der Vergabe eines Kredites an eine andere Oschatzer Firma zur Bezahlung eines Kohlenzuges wurde auf die Bankenschließung am 18. August 1945 Bezug genommen. Genau an diesem Tag hatte diese Firma einen Kredit in Höhe von rd. 25.000 RM in Anspruch genommen, der noch unbewilligt war. Er wurde nun nach der Wiedereröffnung nachbewilligt und auf 30.000 RM aufgestockt gegen entsprechende Absicherung.



Die Sporerstraße 9 (unten) und die Lutherstraße 22 heute.
Fotos: H. Berthold



Ende Januar 1946 beschäftigte sich der Vorstand mit dem Bank-Grundstück Lutherstraße 22, das Ende August 1945 von der sowjetischen Kommandantur im Erdgeschoss als Offizierskasino sowie in den oberen Etagen als Wohnräume für Offiziere beschlagnahmt worden war. Es wurde berichtet: „Bei einer Lokalbesichtigung durch die Herren Klubescheidt und Seiler – soweit die allerdings möglich war – wurden arge Mißstände festgestellt. Herr Klubescheidt sprach demzufolge beim Bürgermeister vor, schilderte die Verhältnisse und wir haben daraufhin eine Aufstellung unserer Mietausfälle sowie der bisher entstandenen Grundstückslasten zur Bezahlung eingereicht. Desgleichen hat Herr Klubescheidt unsere Kostenforderung für eine spätere Instandsetzung geltend gemacht.“ Wegen der Beschlagnahme des Gebäudes Lutherstraße 22 wurde das Bankengeschäft in die früheren Räume der ADCA (s. Seite 99) in der Sporerstraße 9 verlegt. Noch genutzt wurden in der Lutherstraße allerdings der Tresorraum sowie die Archivräume.

Als durch den Umzug entstandene Kosten wurden im Geschäftsjahr 1945 insgesamt 931,74 RM veranschlagt – u. a. auch 5,70 RM für Bohnerwachs und Scheuertücher. Seiler berichtete über die Gründungsversammlung der Konsumgenossenschaft Oschatz e.G.m.g.H. Deren Verwaltungsrat wählte die Volksbank als Hauptbankverbindung und verband damit den Wunsch, der neu gegründeten Genossenschaft zumindest vorübergehend die nötigen Mittel – höchstens jedoch 100.000 RM – zur Verfügung zu stellen. Erfreut zeigte man sich darüber, dass die Volksbank entsprechend eines Rundschreibens des Sächsischen Genossenschaftsverbandes ihren Namen behalten durfte.

Bei einer Vorstandssitzung Anfang Februar 1946 beantragte Werner Seiler, „auf Grund seiner früheren Parteizugehörigkeit“ aus dem Vorstand der Bank auszuscheiden. Diesem Antrag wurde entsprochen. Bei der darauffolgenden Verwaltungsratssitzung war Seiler – wie auch bei allen weiteren Beratungen – allerdings immer dabei. Am 22. November 1948 wurde er schließlich von der Generalversammlung wieder offiziell in den Vorstand gewählt.

Im Februar wurden 30 Neumitglieder aufgenommen. Sie waren Friseurmeister, Kaufmann, Leiter der Finanzabteilung im Kreis Oschatz, Baumeister, Bäuerin, Landwirt, Maßschneiderin, Uhrmachermeister, Neubauer... Auch Kreditanträge wurden wieder bearbeitet.

Herr Seiler berichtete schließlich über das Geschäftsjahr 1945. Festgehalten wurden lediglich folgende Zahlen: Gesamtumsatz 40.056.145,88 RM. „Dabei muss berücksichtigt werden, dass unser Institut fast 5 Monate geschlossen war.“ Die Bilanzsumme betrug 12.108.884 RM. Bei der Wiedereröffnung verfügte die Volksbank Oschatz über anerkannte Neuguthaben in Höhe von rd. 1,2 Mio. RM.

Alein in Oschatz wurden im Januar 1946 21 Mitgliederkonten, 85 Nichtmitgliederkonten und 139 Sparkonten eröffnet.

Die Zweigniederlassung Mügeln arbeitete nach wie vor. Sie hatte von Mai 1945 bis Juni 1946 aufgrund der Belegung des Mügeln Rathauses durch die Besatzungsmacht sogar freiwillig die Stadtkasse und die Spar- und Girokasse in ihre Geschäftsräume aufgenommen.

Der bisher nur noch kommissarisch tätige Aufsichtsrat stellte am 11. Februar 1946 seine Tätigkeit ein. An seine Stelle trat ein Organisationsausschuss, dessen Mitglieder „im Einvernehmen mit der örtlichen Selbstverwaltung“ berufen worden waren. Ihm gehörten Hans Hauschild, Arno Ferl sowie die Vorstandsmitglieder Richard Schwartz und „Industriedirektor“ Carl Ludwig Klubescheidt an, alle aus Oschatz. Die Arbeit des Organisationsausschusses endete nach den Wahlen der Verwaltungsorgane in der nächsten Mitgliederversammlung.



Die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt (kurz ADCA) war ein 1856 in Leipzig in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft gegründetes Kreditinstitut und gehörte bereits 1870 zu den größten Banken Deutschlands. Bis 1945 unterhielt das Institut außer der Hauptniederlassung in Leipzig 130 Niederlassungen, davon 109 in Mitteldeutschland, 20 im Sudetenland und eine in Berlin.

1946 wurde der Hauptsitz von Leipzig nach Berlin (West) verlegt, 1969 nach Frankfurt am Main, Berlin wurde als Zweigniederlassung geführt. Nach der Verschmelzung mit der Norddeutschen Kreditbank AG, Bremen, im Jahre 1973 erhielt die Bank den Namen ADCA-Bank AG – Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. 1983 wurde das Geldhaus von der Rabobank-Gruppe übernommen.

(Quelle: Wikipedia)

Ein Blick in den Schalterraum der Sparkasse Mügeln. Vorübergehend nahm die Volksbank die Sparkasse in ihren Räumen auf.

Im März konstatierte der Vorstand eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung der Bank in den zurückliegenden zwei Monaten. Ihr wurden von ihren Kunden rd. 2 Mio. RM anvertraut, während an neuen Krediten rund 180.000 RM ausgereicht wurden. Auch der Umsatz in Höhe von 13,5 Mio. RM wurde als Grund zur Freude gesehen.

Aus einer Notiz, dass ein Lehrling für die Volksbank Mügeln gesucht wird, wird deutlich, dass es diese Zweigniederlassung noch immer gab und sie auch für die Zukunft plante.

Aus einem Rundschreiben des Organisationsausschusses der Volksbank für das Bundesland Sachsen im März geht hervor, dass die „Umfirmierung“ den noch in diesem Jahr stattfindenden Generalversammlungen für das Geschäftsjahr 1944/1945 vorbehalten bleiben sollte.

Zunächst fand aber am 10. April 1946 im Oschatzer Hotel „Zum Schwan“ eine außerordentliche Generalversammlung statt, um die sechs Mitglieder des Aufsichtsrates für Oschatz und drei für Mügeln neu zu wählen. Die vorgeschlagenen künftigen Mitglieder wurden jedoch erst auf „politische Unbedenklichkeit“ geprüft. Kurz darauf wurde auch der Vorstand „personell bereinigt“.

Gemäß Verordnung der Landesverwaltung Sachsen vom 20. März 1946 wurde die erste verzinsliche Anleihe des Bundeslandes Sachsen zu 3 % frei von Vermögenssteuer und die Zinsen frei von Einkommenssteuer aufgelegt. „Aufgrund unserer großen Liquidität wird beschlossen, eine Zeichnung von 300.000 RM in Stücken zu 5.000 RM vorzunehmen.“

Da bei vielen Firmen durch die Bankenverordnung (s. Seite 97) Betriebsmittel eingefroren waren, benötigten sie Kredite, um ihre Geschäfte fortsetzen zu können. So wurden vom Verwaltungsrat immer wieder Kredite bis zu einer Höhe von 20.000 RM genehmigt, was als Höchstgrenze festgelegt war. Für alles andere war eine Sondergenehmigung erforderlich.

Endlich erfolgte durch den Bürgermeister eine Reaktion auf die Anfragen zur Lutherstraße 22. Die Anträge auf die Erstattung der Mietausfälle seit 1. Dezember 1945 waren bei der Kommandantur einzureichen, für die Monate September bis November 1945 beim Bürgermeister.

Dafür gab es bereits neue Probleme mit dem jetzigen Bankensitz in der Sporerstraße, auf den die Sächsische Landesbank für ihre künftige Filiale in Oschatz ein Auge geworfen hat.

Im Juni war die „personelle Bereinigung der Genossenschaften“ erneut ein Thema im Vorstand. Es gab dazu ein Rundschreiben des Organisationsausschusses vom 11. Juni 1946, gegen dessen Inhalt aber in Dresden bereits interveniert wurde. Es heißt dazu: „Bei uns ist folgende Regelung getroffen worden: Herr Seiler ist bereits im Februar 1946 auf eigenen Wunsch hin aus dem Vorstand ausgeschieden und hat zunächst auf einen erheblichen Teil seiner Bezüge freiwillig verzichtet. Fr. T. hat ebenfalls sämtliche Vollmachten von sich aus seit Januar 1946 abgegeben und wird – im Einvernehmen mit dem ‚Antifa-Block‘ – als Angestellte weiterbeschäftigt.“

Zwei Mitarbeiter in Mügeln wurden als Mitglieder der NSDAP auf Veranlassung des damals amtierenden örtlichen Bankbeauftragten entlassen. „Es wird beschlossen, es bei dieser Regelung zu belassen.“

Die Kreditvergabe erfolgte oft nach der Maßgabe, dass der Antragsteller der Bank gut bekannt war, in der Stadt einen guten Ruf genoss, aus einer angesehenen Familie stammte, man eine Kunstgewerblerin aus Casabra beispielsweise „als sehr tatkräftige und tüchtige Geschäftsfrau kennen gelernt“ habe oder ein Gerbermeister als „äußerst tüchtiger und beweglicher Geschäftsmann“ bekannt sei.

Das Tagesgeschäft der Bank wurde durch eine Vielzahl von Befehlen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) geregelt, aber nicht gerade erleichtert. So waren Geldbestände aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 – bezeichnet als Altgeschäft – eingefroren. So konnten – wie oben bereits dargelegt – viele Geschäfte nicht über ihre auf Banken lagernden Gelder verfügen. Auch ausscheidende Genossen bekamen ihre Geschäftsguthaben nicht ausgezahlt. Außerdem unterlagen Kontoguthaben bei Kreditinstituten, deren Inhaber gemäß Befehl 124 SMAD sowie durch den Volksentscheid vom 30. Juni 1946 enteignet worden waren, nach wie vor der Beschlagnahme. Guthaben, die nach dem 30. Oktober 1945 entstanden waren, unterlagen der Beschlagnahme nicht, soweit gegen die Kontoinhaber kein Gerichtsverfahren anhängig war.

Im August 1946 nahmen Vertreter der Bank an einer Konferenz in Leipzig teil, bei der die geplante Umfirmierung der Volksbanken in „Bank für Handwerk und Gewerbe“ zur Sprache kam. Es wurde explizit darauf hingewiesen, dass die Einführung des Wortes „Handel“ unzulässig sei.

Der Verwaltungsrat entschied dazu: „Ehe wir die Umfirmierung vornehmen, soll im Hinblick auf die in Oschatz seinerzeit pleite gegangene Gewerbebank und das bei uns sehr stark verankerte landwirtschaftliche Geschäft versucht werden, für unser Institut doch einen anderen Namen zu finden, falls das Wort ‚Volksbank‘ abgelegt werden müsste.“

Das Ministerium für Finanzen der Landesregierung Sachsen forderte schließlich die Namensänderung bis zum 30. April 1947. Diese Forderung kam als erster Punkt auf die Tagesordnung der Generalversammlung. Der größte Teil der Verwaltungsratsmitglieder sprach sich erneut gegen den Namen „Bank für Handwerk und Gewerbe e.G.m.b.H.“ aus mit dem wiederholten Verweis auf die vor Jahren in Oschatz in Konkurs gegangene Gewerbebank. Sie fürchteten, dass sich diese Bezeichnung geschäftsschädigend auswirken würde. Der Vorstand wurde beauftragt, diese Auffassung den Verbandsspitzen vorzutragen, um eventuell eine Sonderregelung zu erreichen. Von dieser Seite wurde regelrecht damit gedroht, dass seitens der SMAD bzw. Landesregierung bereits Schließungsbescheide für Kreditgenossenschaften ergangen seien, die die geforderte Umfirmierung noch nicht durchgeführt hätten.

Ein neuer Vorschlag lautete „Spar- und Kreditbank für Handwerk und Gewerbe e.G.m.b.H.“.

Damit verschwand das Thema wieder für einige Zeit aus den Protokollen, obwohl das Ultimatum 30. April 1947 abgelaufen war.

Im Oktober berichtete Seiler über in Dresden mit dem Genossenschaftsverband geführte Verhandlungen.

Die Gewerbebank Oschatz von 1928

Am 4. Dezember 1928 wurde im Hotel „Zum Weißen Roß“ in Oschatz von 16 Oschatzern die Gewerbebank Oschatz als eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht gegründet. Die Eintragung ins Genossenschaftsregister erfolgte am 28. März 1929. Mit Eröffnung des Geschäftsbetriebes gab die Bank öffentlich bekannt, dass der Geschäftskreis sich erstreckte auf „Annahme von Bareinlagen und Spargeldern von Mitgliedern und Nichtmitgliedern bei bestmöglicher Verzinsung“. Diese Formulierung wurde vom Prüfer als unzulässig moniert, weil im Statut festgehalten war, dass der Geschäftsbetrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt werde. Als im Jahr 1929 ein Vorstandsmitglied starb, kam dafür Georg Schreiber von der Gewerbebank Riesa als Bankbevollmächtigter in den Vorstand. Schreiber löste sein Arbeitsverhältnis in Riesa auf und wurde mit Jahresbeginn 1930 Leiter der Gewerbebank Oschatz. Allerdings verließ er das Unternehmen bereits zum 12. Juni 1931. Die Bank wurde Mitglied im Landesverband gewerblicher Genossenschaften Sachsen. Zum Jahresende 1929 hatte die Gewerbebank Oschatz 115 Mitglieder mit 147 Anteilen.

Am 25. Juni 1931 fand im Landbundhaus Oschatz eine ordentliche Generalversammlung statt. Dort wird berichtet: Die „Zahlungseinstellung der Bank ist auf schuldhafte Geschäftsführung von Geschäftsführer Schreiber zurückzuführen.“ Er hatte Kredite vergeben, die nicht vom Aufsichtsrat und den beiden anderen Vorstandsmitgliedern genehmigt worden seien. Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder hätten von alledem nichts mitbekommen.

Schreiber wurde seines Amtes enthoben, da er sich „ohne Angabe seines Aufenthaltes entfernt hat“. Er wurde von der Polizei gesucht.

Am 4. Juli 1931 vermerkt das Genossenschaftsregister, dass über das Vermögen der Genossenschaft am 29. Juni 1931 das Vergleichsverfahren eröffnet wurde. Am 5. Oktober 1933 wurde notiert, dass die Genossenschaft aufgelöst ist, am 9. März 1937 wurde sie gelöscht.

Die Mügeln-Wermsdorfer Bank erklärte sich bereit, einen Teil der Kredite zu übernehmen und wurde nach einer außerordentlichen Generalversammlung am 15. Mai 1933 Treuhänder. Durch dieses Geschehen war der Name „Gewerbebank“ in Oschatz regelrecht „verbrannt“.

Nach längerer Debatte beschloss der Gesamtverwaltungsrat einstimmig, dem Sächsischen Genossenschaftsverband folgenden Firmierungsvorschlag zur Genehmigung zu unterbreiten:

1. Bank für Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft Oschatz e.G.m.b.H.
2. Bank für Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft Oschatz e.G.m.b.H., Zweigniederlassung Mügeln.

Im März 1948 war die Volksbank Oschatz nach Informationen des Verbandes fast das einzige Institut, das noch unter der alten Firmenbezeichnung „Volksbank“ lief. Es wurde deswegen ständig mit dem Verband verhandelt. Schließlich versuchte man, mit persönlichen Gesprächen bei der Deutschen Zentralfinanzverwaltung in Berlin eine Klärung zu erreichen.

Wann genau die Umbenennung erfolgte, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

Im Januar 1961 wurde durch den Genossenschaftsverband empfohlen, aus dem Namen der Bank den Zusatz „und Landwirtschaft“ zu streichen. Es wurde beschlossen, dieser Empfehlung zu folgen, aber „den Verband auf die Tatsache hinzuweisen, dass ein erheblicher Teil unseres Passivgeschäftes aus der Landwirtschaft resultiert“.

Die Volksbank Oschatz wollte wieder in ihr Stammhaus Lutherstraße 22 zurück. In der Sporerstraße zahlte sie monatlich 150 RM Miete. Eine Besichtigung des Gebäudes durch die Vorstandsmitglieder ergab, dass fast alle Räumlichkeiten vom Keller bis zum Boden unter der letzten Nutzung gelitten hatten und ihr Zustand außerordentlich schlecht war. Der ursprünglich geplante Umbau des Gebäudes konnte wegen Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung nicht durchgeführt werden. Es sollte trotz der schwierigen Zeitverhältnisse versucht werden, die Mängel im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zu beseitigen, wobei fast alle Sparten des Handwerks herangezogen werden müssten. Auch die eigentlich erforderlichen Sicherungsmaßnahmen konnten nicht erfolgen. Deshalb durften die weiter vorhandenen Wohnräume nur von Angestellten der Bank belegt werden. So lebten vom Souterrain bis unters Dach drei Familien mit 13 Personen.

Am Dienstag, 24. Oktober 1946, zog die Volksbank Oschatz wieder in ihr angestammtes Haus Lutherstraße 22 ein.

Laut SMAD-Befehl Nr. 14 hatten die Kreditgenossenschaften von allen Mitgliedern, deren Geschäftsguthaben aus der Zeit von vor dem 8. Mai 1945 stammte, eine Ergänzungseinzahlung in Höhe von 50 % des Geschäftsanteils – also pro Anteil Geschäftsguthaben 100 RM – zu erheben. Das unterstützte auch der Genossenschaftsverband, um in der Neubilanz eine entsprechende Eigenkapitalbildung nachweisen zu können.

Zur Verwaltungsratsitzung am 20. Dezember 1946 wurden 25 neue Mitglieder aufgenommen. Darunter waren 17 Neubauern, Landwirte und Bauern.

Die Bilanz für 1946 zeigt eine weitere positive Entwicklung der Bank. Allerdings deutete sich bereits das nächste große Problem an. Der Winter 1946/47 entwickelte sich zum kältesten Winter des 20. Jahrhunderts! Infolge der schwierigen Ernährungslage bemühte sich die Betriebsleitung, für die Belegschaft aus freien Beständen ihrer bäuerlichen Kundschaft Essbares aufzukaufen: 6 Zentner Kartoffeln, 4 Zentner Möhren, 1,80 Zentner Rosenkohl. Alles wurde gleichmäßig an die Mitarbeiter verteilt.



Auf diesen alten Ansichtskarten von Mügeln, hergestellt in den 1960er Jahren, ist am Gebäude links die Bezeichnung „Bank für Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft Oschatz e.G.m.b.H., Zweigniederlassung Mügeln“ zu lesen.

Quelle: Sammlung Berthold

Kältester Winter des 20. Jahrhunderts

Zwischen November 1946 und März 1947 durchlebten die Menschen einen der kältesten Winter des 20. Jahrhunderts. Schon im November sanken die Temperaturen unter den Gefrierpunkt. In Deutschland kämpften vor allem die Bewohner der zerbombten Städte mit dem Hunger. Nach Schätzungen von Historikern starben mehrere Hunderttausend Menschen an den Folgen von Frost und Mangel.

Das tägliche Leben war geprägt von der Anstrengung, das Allernötigste heranzuschaffen. Das hieß: stundenlanges Anstehen, weite Hamsterfahrten, Tauschen, aber auch gelegentlicher Diebstahl. Im Hungerwinter schränkten Kälte, Brenn- und Treibstoffmangel den Eisenbahnverkehr ein. Auch wichtige Wasserstraßen froren zu. In vielen Fabriken kam die Industrieproduktion gänzlich zum Erliegen. Nicht selten geschah es, dass frostempfindliche Lebensmittel, zum Beispiel Kartoffeln, verdarben.

Angesichts grassierender Obdachlosigkeit in den Städten – in Deutschland waren bei Kriegsende rund 20 Prozent des Wohnraums zerstört – waren viele Menschen selbst über eine Unterkunft in beschädigtem Wohnraum froh. Im April 1947 kam der ersehnte Frühling und mit ihm das Ende der großen Kälte. Erst im Sommer des Jahres 1948 stabilisierte sich in ganz Deutschland die Versorgung wieder.

(NDR.de)

1947

Im Februar heißt es: „Durch die anhaltende Kälteperiode und den Mangel an Heizmaterial ist es z. Zt. nur unter schwierigsten Umständen möglich, das laufende Geschäft durchzuführen, während wir aufgrund der Verhältnisse gezwungen sind, die langwierige Bearbeitung diffiziler Abwicklungsgeschäfte bis zum Eintritt der wärmeren Jahreszeit zurückzustellen.“

Im März 1947 kam es zu einer Übereinkunft der Oschatzer Banken, die Arbeitszeit wegen der Kälte und nicht mehr zu beschaffenden Heizmaterials einheitlich von 7.30 bis 13 Uhr festzulegen. Wenn es wärmer würde, solle sofort wieder auf die alten Arbeitszeiten umgestellt werden. Darüber hinaus kaufte die Bank für jeden Mitarbeiter ein paar warme Filzschuhe, die ein Kunde aufgrund einer Bezugsanweisung lieferte.

Aber auch als die Kälte auf dem Rückzug war, häuften sich die Probleme bei Kunden durch die Sperrung der Guthaben vor dem 8. Mai 1945, mit Steuerzahlungen und -nachzahlungen, durch schleppende Zahlungseingänge für Lieferungen an die Besatzungstruppe und durch längst fällige Mietzahlungen der Besatzungsmacht.

Alle benötigten Kredite, damit das normale Leben wieder in Gang und die Wirtschaft in Schwung kommt. Da war zum Beispiel der Besitzer eines Gemüse- und Gartenbaubetriebes aus Strehla, dessen Hausgrundstück durch Kämpfe im Mai 1945 völlig zerstört worden war. Es war ihm gelungen, sein Hausgrundstück und zusätzlich noch ein sehr umfangreiches Betriebsgrundstück mit moderner Technik wieder aufzubauen und benötigte noch einen Restkredit. Eine Stahlwarenhandlung in Oschatz hatte die Möglichkeit, über Berlin aus der amerikanischen Zone Eggen und Pflüge sowie dringend benötigte Geräte für die Landwirtschaft zu kaufen. Auch ihm wurden 3.000 RM Zusatzkredit bewilligt.

Ein Oschatzer Steinsetzmeister war aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt und hatte seinen Betrieb wieder aufgenommen. Durch die Guthabensperre waren auch seine Betriebsmittel fast ausschließlich eingefroren. „Er ist uns seit vielen Jahren als vorsichtiger und solider Geschäftsmann bekannt“ – mit dieser Anmerkung wurde ihm ein Betriebskredit bis zur Höhe von 1.500 RM in blanko zum Zwecke des Wiederaufbaus seines Betriebes einstimmig bewilligt.

Am 4. Juni 1947 hatte in Dresden eine Konferenz stattgefunden, bei der die Gesamtentwicklung der gewerblichen Kreditgenossenschaften in der sowjetischen Zone zum Ende März 1947 dargelegt wurde.

Die Gesamtbilanzsummen betragen in

Sachsen	130 Mio. RM
Thüringen	94 Mio. RM
Provinz Sachsen	76 Mio. RM
Brandenburg	68 Mio. RM
Mecklenburg	27 Mio. RM

Und noch immer gab es keine endgültigen Bilanzierungsvorschriften für Kreditgenossenschaften, so dass hier wie in vielen anderen Bereichen große Unsicherheiten bestanden.

Im Juni war auch erstmals von einer möglichen Währungsreform die Rede.

Durch Beschluss des Aufsichtsrates vom 23. Juni 1947 wurde Richard Mierisch, Geschäftsführer der Handwerkskammer Oschatz, zum Vorstand der Volksbank bestellt. Einen Tag später entsprach der Aufsichtsrat dem Ersuchen des bisherigen Vorstandsmitgliedes Klubescheidt, aus dem Vorstand auszuscheiden. Im August 1947 berichtete Seiler, der in der Geschäftsleitung immer noch eine wichtige Rolle spielte, über den Verbandstag in Leipzig. Dort wurde bekanntgegeben, dass von den 82 zu diesem Zeitpunkt in Sachsen bestehenden früheren Volksbanken – jetzt Banken für Handwerk und Gewerbe – im Jahr 1946 1,2 Mrd. RM umgesetzt worden waren. Die Gesamtbilanzsumme belief sich auf 142,5 Mio. RM. Ende 1946 hatten elf Kreditinstitute mit einem Gesamtgewinn von 45.000 RM abgeschlossen, während der Gesamtverlust der übrigen 71 früheren Volksbanken rd. 1 Mio. RM betrug.

Ende September 1947 erschien ein Ordnungsblatt mit einer Mustersatzung. Dadurch wurden bei der nächsten Mitgliederversammlung Änderungen im Vorstand und im Aufsichtsrat erforderlich.

Im November 1947 lag eine Einladung zur Generalversammlung des Deutschen Genossenschaftsverbandes Berlin vor. Das Problem: Veranstaltungsort war Wolfenbüttel. „Da es sich um eine interzonale genossenschaftliche Zusammenkunft handelt, wurde beschlossen, dass sämtliche Herren des Vorstandes sowie Herr Seiler an dieser Veranstaltung teilnehmen. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich, dass uns von der hiesigen Kreiskommandantur die Interzonen-Passierscheine ausgehändigt werden.“ Um die Reise abzukürzen, sollte versucht werden, eine Autofahrgelegenheit zu organisieren.

Obwohl vom Verband und auch von der SMAD verstärkt auf die Abtragung von Schulden gedrungen wurde, erwiesen sich manche Forderungen aus unterschiedlichen Gründen als uneinbringbar.

1948

Fast schon eine Anekdote ist die Geschichte um die Schreibmaschine der Mitarbeiterin Frau Henker: Auf Grund eines Befehls der Besatzungsmacht im Mai 1945 waren sämtliche Schreib-, Buchungs-, Rechenmaschinen und Vielfältigungsapparate zur registrieren und abzugeben. Eine Ausnahme bildeten lediglich die im Beisein vom Landrat und Bürgermeister aufgestellten Listenbetriebe wie Behörden, Industrie- und Gewerbebetriebe, denen seinerzeit von der Kommandantur die Ausnahmegewilligung erteilt worden war, ihre registrierten Maschinen bis auf weiteres zu benutzen. Auf Grund dieser Tatsache war Frau Henker als Privatperson eigentlich zur Abgabe ihrer Maschine verpflichtet. Da es sich um eine neuwertige Conti-Maschine handelte, erklärte sich die Volksbank bereit, diese Maschine zu übernehmen und an ihrer Stelle eine Maschine aus dem Bankenbestand auf den Namen Henker abzugeben. Frau Henker hat dafür dann auch eine Ablieferungsquittung erhalten. Da für die Bank damit eine „gewisse“ Wertverbesserung verbunden war, wurde ein Vorstandsmitglied beauftragt, Frau Henker 300 RM als Abfindungssumme auszuzahlen. „Dabei ist ausdrücklich festzustellen, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt und ein Rechtsanspruch oder eine Verbindlichkeit nicht besteht.“

Währungsreform 1948

Die Währungsreform von 1948 trat am 20. Juni 1948 in der Trizone, den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, in Kraft. Ab 21. Juni 1948 war dort die Deutsche Mark („DM“, auch „D-Mark“) alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Die beiden bisher gültigen Zahlungsmittel Reichsmark und die (zu ihr fest im Verhältnis 1:1 notierende) Rentenmark (beide abgekürzt als „RM“) wurden zwangsumgetauscht und dabei mehr oder weniger im Nennwert herabgesetzt. Die Währungsreform von 1948 gehört zu den bedeutendsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Am 28. Mai 1948 kündigte auch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Einrichtung der Deutschen Notenbank als Zentralbank für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) an.

Der allgemeine Tauschkurs von 100 RM:10 DM galt gewissermaßen nur für Schuldforderungen. Bargeldreserven und Bankguthaben wurden letztlich im Verhältnis 100 RM:6,50 DM umgetauscht. Die öffentlichen Anleihen an Privatpersonen wurden für wertlos erklärt. Für Preise und Löhne wurde das Verhältnis 1:1 festgesetzt. Wer Waren bis zur Umstellung ungesetzlicherweise gehortet hatte, der war Gewinner. Die Sparer und Arbeitslosen waren die Verlierer. Besitzer von Sachwerten (Betriebe, Immobilien und Waren) wurden bevorzugt.

Am 20. Juni 1948 wurden in den drei westlichen Besatzungszonen wertlos gewordene Reichsmarkbestände in größeren Mengen in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands gebracht, in der die Reichsmark noch gesetzliches Zahlungsmittel war. Dies verursachte eine plötzliche Inflation, durch die alle privaten Bargeldbestände in Ostdeutschland über Nacht praktisch wertlos wurden. Als Notmaßnahme wurde vom 24. Juni bis 28. Juni 1948 ein Bargeldumtausch durchgeführt. Pro Person konnten Reichsmarknoten im Wert von maximal 70 Reichsmark 1:1 umgetauscht werden.

Das galt auch für Spareinlagen im Betrag bis zu 100 Reichsmark. Spareinlagen im Betrag von über 100 bis 1000 Reichsmark wurden im Verhältnis 5:1 umgetauscht bzw. umgewertet. Die Guthaben der volkseigenen Betriebe und der Haushaltsorganisationen wurden im Verhältnis 1:1 umgewertet. Bei allen übrigen Bargeldbeständen und Guthaben vollzog sich der Umtausch bzw. die Umbewertung grundsätzlich im Verhältnis 10:1.

Da zum Zeitpunkt der notwendig gewordenen Umtauschaktion keine neuen Banknoten zur Verfügung standen, musste der Umtausch des Bargeldes zunächst mit den noch im Umlauf befindlichen Ausgaben von Reichs- und Rentenmarknoten durchgeführt werden. Dazu wurden diese Banknoten mit entsprechenden Kupons an genau vorgeschriebenen Stellen beklebt. Innerhalb des Zeitraumes zwischen der Verkündung der Währungsreform in den Westzonen und dem Beginn der Umtauschaktion in der sowjetischen Besatzungszone wurden bereits durch Tausende von Mitarbeitern der Kreditinstitute die noch in den Tresoren befindlichen Bargeldbestände der Emissions- und Girobanken der Länder mit Kupons versehen. Die mit einem Kupon versehenen Geldzeichen wurden ab 24. Juni 1948 in Umlauf gesetzt. Im Volksmund hießen die Geldscheine daher auch „Klebemark“. Geldzeichen ohne Kupon waren ab 26. Juni 1948 kein gesetzliches Zahlungsmittel, konnten jedoch noch am 27. und 28. Juni 1948 in den Umtauschstellen zu den geltenden Bestimmungen gegen Geldzeichen mit Kupons umgetauscht werden.

Die Währungsbezeichnung war nun „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ (DM) bzw. „Deutscher Pfennig“.

(Quelle:Wikipedia)

Ausgerechnet zu der Zeit, als das Thema Währungsreform akut wurde, klafft im Vorstandsprotokollbuch eine sonst nicht übliche Lücke von zwei Monaten. Die Reform stand zu diesem Zeitpunkt bereits vor der Tür. Am 21. Juni 1948 wurde beschlossen, für die Durchführung der Währungsreform Aushilfskräfte einzustellen, die mit maximal 12 RM pro Tag entlohnt werden. Bei der Handwerkskammer wurde ein Sonderumtauschschalter eingerichtet.

An der Angabe der Summen in Reichsmark änderte sich bis Oktober jedoch nichts. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, als mogele sich der Protokollführer regelrecht um die Währungsbezeichnung herum bzw. vermeide sie in seinen Texten.

Die neue Bezeichnung Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM) galt vom 24. Juli 1948 bis 31. Juli 1964.

Die Währungsreform führte auch bei der Volksbank Oschatz zu einer „außerordentlichen Verknappung“ von Liquiditätsmitteln. Deshalb wurde beschlossen, die sich in Besitz der Bank befindlichen Bundeslandanleihen in Höhe von 250.000 RM zu 99 % zu verkaufen.

Im August 1948 wurden alle Mitarbeiter und Kunden darüber informiert, dass der Bargeldverkehr eingeschränkt wird. Außerdem gab es eine Neuregelung über den Geschäftsverkehr mit Stellen außerhalb der sowjetischen Besatzungszone. Danach durften Auskünfte aller Art – ob an Militärmissionen oder Angehörige der Vereinten Nationen oder an Bewohner anderer Zonen – nur noch über die für die Volksbank Oschatz zuständige Genossenschafts-Abteilung bei der Landesbank erteilt werden.

Wie die Versorgung in dieser Zeit funktionierte, wird bei der Vorbereitung der Weihnachtsfeier 1948 deutlich, die geplant wurde, weil durch den erhöhten Arbeitsaufwand rund um die Währungsreform keine Betriebsfeier stattfinden konnte. Es heißt: „Auf Kosten der Bank soll gegen Abgabe von 50 Gramm Fleischmarken und Naturalien ein kleines Abendessen mit späterem Kaffeetrinken veranstaltet werden. Für die Getränke sollen Marken ausgegeben werden und zwar pro Teilnehmer 3 Starkbiermarken und 4 Likörmarken.“ Es gab auch kleine Geschenke, die vom Genossenschaftsverband zugewiesen wurden. Diese sollten kostenlos verteilt werden. Mit einer Einschränkung: „Der wertvollste Gegenstand, der Anzugsstoff, soll durch Los zur Verteilung kommen.“

Der „Fall“ Zsch.

Am 26. Februar 1948 berichtete Herr Seiler erstmals über den über die Volksbank Leipzig laufenden Kredit für Zsch., Leipzig, der durch Sicherungsübereignung von der Volksbank Oschatz direkt zur Verfügung gestellt worden war. Dieser Fall beschäftigte die Bank noch lange.

Am 19. Juli 1948 hatte Zsch. bei der Volksbank Oschatz 124.224 RM Schulden. Als Sicherung dafür wurden ihr jedoch von Zsch. Gemälde im Wert von 200.000 RM übereignet – darunter ein Ölgemälde von Lovis Corinth. Da diese Bilder im Zusammenhang mit der zu erwartenden Währungsreform von der Bank nicht mehr als voll beleihbar angesehen wurden, verhandelte Seiler Mitte Juni in Berlin. Es gelang ihm, eine Zusatzsicherung als Faustpfand zu erhalten: rund 3 Mio. Stahlrollen, lagernd bei einer Spedition in Berlin-Charlottenburg, sowie rd. 1 Mio. Stahlrollen, eingelagert offenbar in Oschatz. Diese Stahlrollen kamen wohl als Lagerrollen im Autobau zum Einsatz.

Vorstandsmitglied Schwartz schätzte als „Fachmann“, dass der Verkaufserlös nach der Währungsreform 150.000 RM erreichen könnte, womit die Schuldendeckung gesichert sei. Dass auch die Gemälde Geld bringen könnten, lag – vielleicht auch der damaligen Zeit geschuldet – außerhalb der Vorstellungskraft.

Die deutsch-russische Exportgesellschaft hatte die Absicht, rd. 30 Mio. Stahlrollen – einschließlich der der Bank als Faustpfand überlassenen – im Kompensationsweg an die Schweiz zu verkaufen. Allerdings konnte „durch die interzonalen Schwierigkeiten“ im Moment das Transportproblem nicht gelöst werden. Da die Lagergebühren jedoch in D-Mark bezahlt werden mussten, wurde beschlossen, dass Herr Seiler nach Berlin fahren solle, um die Angelegenheit zu regeln und um mit der deutsch-russischen Exportgesellschaft und Zsch. wegen des Verkaufs zu verhandeln.

Im März 1949 wurde über den Versand des Warenlagers Zsch. in Berlin-Charlottenburg berichtet. Sämtliche Lagerbestände wurden formgerecht verpackt und sicherheitshalber mit Kupferdraht verschnürt – Voraussetzung für den Abschluss einer Transportversicherung. Die Volksbank musste die Transportkosten ab dem Lager Kantstraße zum Flugplatz Gadow, für das Verladen und den Lufttransport bis „Flughafen West“ zum Preis von 25 DM (West) pro 100 Kilo übernehmen. Der Umrechnungskurs lag zu diesem Zeitpunkt bei 5,50 DM Ost für 1 DM West!

Nun lagerte das gesamte Pfandgut Zsch. in Braunschweig. Der Verbandsprüfer bevollmächtigt Ende Juli 1949 Dr. Andreas aus Chemnitz vom Sächsischen Genossenschaftsverband und Bankdirektor Menzel aus Sohland/Spree, „in jeder Weise“ über das Pfandgutlager in Braunschweig zu verfügen und über eventuelle Verkaufserlöse zu ihren Gunsten oder von ihnen genannten dritten Personen zu disponieren. Werner Seiler lehnte die Verantwortung für diesen Vorgang ab, da er nicht in die Absprachen einbezogen wurde.

Bankdirektor Menzel aus Sohland nutzte die Chance und kam nicht in die sowjetische Zone zurück, verfügte aber über alle Vollmachten. Im August wurden Seiler und Dr. Andreas auf dem schnellsten Weg nach Braunschweig beordert, um die Angelegenheit zu klären.



Das strittige Gemälde „Johannes der Täufer“ von Lovis Corinth.

Quelle: bpk/Museum der bildenden Künste Leipzig/Michael Ehrhrt

Die beiden prüften das Lager. Einige Pakete waren verlorengegangen, drei lagerten noch in Berlin. Es zeigte sich, dass der Absatz bei der derzeitigen Wirtschaftslage schwer und langwierig werden würde.

Es wurden sämtliche Kraftfahrzeugwerke in Westdeutschland angeschrieben – von Borgward bis Opel – ohne Erfolg. Andere Firmen hatten meist keine Verwendungsmöglichkeit für die Stahlrollen, die während des Krieges speziell im Flugzeug- und Panzerbau eingesetzt worden waren.

Schließlich fand sich die Firma Salzmann und Co. München, die nur Auslandsgeschäfte machte. Sie verlangte einen einwandfreien Eigentumsnachweis, die Bestätigung über das tatsächliche Vorhandensein des Lagers, das auch noch in der Westzone liegen musste, und den Nachweis, dass die Bestände aus der Zeit vor der Währungsreform stammen, denn dann unterlagen sie nicht den Wirtschaftsbestimmungen und konnten offiziell ins Ausland verkauft werden. Alles schien geklärt. Der Ausgang der Aktion ist nicht bekannt. Im April 1962 entspann sich in einer Sitzung des Verwaltungsrates eine rege Diskussion u. a. zum „Entzug eines Sicherungsgutes“ durch den Rat des Kreises. Hier könnte es sich um eines der Gemälde handeln. Der Aufsichtsratsvorsitzende nahm kritisch Stellung zu der Art und Weise des Entzuges des aus dem Kreditverhältnis Zsch. von der Bank übernommenen Ölgemäldes von Lovis Corinth und verlangte, dass das Bild nunmehr baldmöglichst in das Eigentum der Bank zurückgeführt werde.

Woher das plötzliche Interesse an diesem Bild gerade zu dieser Zeit kam, ist heute nicht mehr nachvollziehbar. Im September 1962 wurde jedenfalls beschlossen, „wegen der durch den Rat des Kreises Oschatz verfügten Konfiskation des aus dem Engagement Zsch., Leipzig, stammenden Bildes von Lovis Corinth“, mit dem Leipziger Rat des Stadtbezirkes Mitte, der jetzt das Bild verwahrte, Kontakt aufzunehmen. Ziel war es, die Rückgabe des Bildes, das der Bank vor acht Jahren – also 1956 entzogen worden war – zu erreichen, „da weder der Rat des Kreises Oschatz noch der Stadtbezirk Mitte Leipzig legitimiert sind, dieses Gemälde aus dem Eigentum der Bank zu entnehmen“.

Zum Hintergrund: Das Gemälde wurde mit Hinweis auf die später aufgehobene Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17. Juli 1952 durch den Rat des Kreises Oschatz konfisziert.

Die Volksbank Oschatz bemühte sich um die Rückgabe des Bildes. Aus einem Vorstandsprotokoll geht hervor, dass man sich in dieser Rechtsfrage an den Oberrichter Eildermann beim Bezirksgericht Leipzig und einen Prof. Jahn vom Stadtbezirk Mitte Leipzig wegen eines Sachverständigengutachtens wenden wollte.

Die Volksbank war durchaus bereit, das Bild für eine dem Wert des Gemäldes entsprechende Summe „abzugeben“. Sollte es zu keiner Einigung kommen, war man auch geneigt, das Bild als Leihgabe einer staatlichen Kunstsammlung zu übergeben.

Im November wurde nach weiteren Gesprächen mit Oberrichter Eildermann und der Aufsichtsinstanz beim Rat des Bezirkes Leipzig, Referat Staatliches Eigentum, das Einverständnis gegeben, das Gemälde zu „verwerten“.

Der Rat des Stadtbezirkes Mitte Leipzig ging darauf nicht ein, schickte aber im Dezember 1962 einen Feststellungsbescheid gemäß Verordnung vom 17. Juli 1952 – Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten - und Gesetz vom 2. November 1956 in Höhe von DM 3.500 und sendete gleichzeitig eine von ihm bestätigte Abschrift des Schreibens des Ministeriums für Kultur, Abt. Bildende Kunst und Museen, vom 3. Dezember 1962, mit dem die Bewertung der Ölstudie von Lovis Corinth und auch die Ankaufserlaubnis durch das Museum der Bildenden Künste zu Leipzig bestätigt wurden. Der Gegenwert von 3.500 DM war zwischenzeitlich eingegangen. 3.000 DM wurden dem Schuldnerkonto gutgeschrieben, während 500 DM dem Konto der Betriebs- und Geschäftsausstattung zugeführt wurden – „so dass der Vorgang hinsichtlich des Ölgemäldes von Lovis Corinth seine Erledigung gefunden hat“. Das Gemälde gehört heute noch zum Bestand des Museums der bildenden Künste Leipzig, das uns auch bestätigte, dass es sich um das Gemälde „Johannes der Täufer“ handelt.

Lovis Corinth
Lovis Corinth (eigentlich Franz Heinrich Louis Corinth), geboren am 21. Juli 1858 in Tapiau, Ostpreußen, gestorben am 17. Juli 1925 in Zandvoort, Niederlande, war ein deutscher Maler. Er zählt neben Max Liebermann, Lesser Ury und Max Slevogt zu den wichtigsten und einflussreichsten Vertretern des deutschen Impressionismus. Seine späten Werke werden häufig als eine Synthese aus impressionistischem und expressionistischem Schaffen angesehen.

(Quelle: Wikipedia)

1949

Im Januar verwies der Vorstand auf eine erfreuliche Rohbilanz für das Jahr 1948, nannte aber keine Zahlen. Allerdings musste auf Grund der Verordnung über die Währungsreform ein „passiver Umwertungsdifferenzsaldo in Höhe von 528.468,73 DM“ über den Sächsischen Genossenschaftsverband auf ein Sonderkonto abgeführt werden. „Infolge der allgemeinen Illiquidität der Bankinstitute kann eine Stundung dieser Beträge bis spätestens 31.3.49 erfolgen“. Die Volksbank Oschatz hatte solche Probleme offenbar nicht, denn angesichts ihrer günstigen Liquiditätslage wurde der volle Betrag abgeführt. Die gute Lage zeigte sich auch darin, dass im Einvernehmen mit dem Sächsischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V. Dresden, der Vereinsbank für Handwerk und Gewerbe e.G.m.b.H. Dresden 500.000 DM auf ein Anlagekonto mit einer Verzinsung von 5 % p. a. bis zum 15. April 1949 zur Verfügung gestellt wurden, „damit dieses Institut in die Lage versetzt wird, ihren Umwertungsdifferenzsaldo abzuführen“.

Damit endet dieses Protokollbuch. Das nächste führt über den Zeitraum von 1956 bis 1973.

1956/57

Auffällig dominant sind bei den Beratungen Umbauten im Bankgebäude bzw. neue Einrichtungsgegenstände. Es ging um den Einbau einer Dampfheizung im Oschatzer Gebäude, der aber verschoben wurde, weil für das darauffolgende Jahr ohnehin der Umbau der Bankräume geplant war. Alte Schreibtische wurden ersetzt, neue Stühle fürs Sitzungszimmer und neue Tischleuchten gekauft, die Klärgrube wurde stillgelegt. Der geplante Kauf einer Buchungsmaschine scheiterte daran, dass solche Buchungsmaschinen bereits für das nächste Jahr – also 1957 – ausverkauft waren.

Das Eingangstor wurde im Einvernehmen mit der Bäckereigenossenschaft, die Eigentümer des Tores war, verlegt. Die Bank übernahm jedoch die Kosten. Auch in Mügeln wurden Reparaturen am Dach ausgeführt und zwei Armlehnstühle gekauft.

Kreditgenehmigungen wurden nur noch kurz erwähnt. Sie bewegten sich meist in Höhen zwischen 300 und 2.000 DM.

1958

Am 25. April wurde der Kauf eines Fahnenmastes und einer Fahne zur würdigen Gestaltung des 1. Mai, des „Kampf- und Feiertages der Arbeiterklasse“ beschlossen. Offenbar war der Heizungseinbau abgeschlossen, denn die freigewordenen Öfen sollten zum Verkauf angeboten werden.

1960/61

Die Revision hatte kaum etwas zu beanstanden. Es wurden Kredite in unterschiedlichen Höhen genehmigt. Alles ging offenbar seinen „sozialistischen Gang“. Neu war jedoch, dass der Verwaltungsrat seine Sitzung am 16. Mai 1960 für 30 Minuten unterbrach, „um dem Gesamtgremium Gelegenheit zu geben, die triumphale Endphase der diesjährigen Friedensfahrt durch Gemeinschaftsempfang mitzuerleben.“

Bedeutend war in diesem Jahr die Anschaffung von zwei Buchungsmaschinen für zusammen rund 25.000 M.

Der Gesamtumsatz 1960 in Höhe von 218.502.504,24 Mark bedeutete eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr, in dem 185.310.570,42 Mark umgesetzt worden waren. Die Giroeinlagen erreichten 1960 1.502.915,25 Mark gegenüber 1.567.888,37 Mark im Vorjahr. Auch die Spareinlagen wuchsen von 6.609.454,70 Mark auf 8.136.482,05 Mark im Jahr 1960. Der Reingewinn lag 1960 bei rund 30.000 M und damit rund 5.000 Mark höher als im Jahr zuvor. Die Erhöhung des Reingewinns wurde begründet durch ein erhöhtes Kreditgeschäft und durch verbesserte Anlagemöglichkeiten für die freien Mittel der Bank. Für die Geschäftsanteile in Höhe von 136.600 DM gab es 5 % Zinsen.

Im Januar 1961 wurde durch den Genossenschaftsverband empfohlen, aus dem Namen der Bank den Zusatz „und Landwirtschaft“ zu streichen. Es wurde beschlossen, dieser Empfehlung zu folgen, aber „den Verband auf die Tatsache hinzuweisen, dass ein erheblicher Teil unseres Passivgeschäftes aus der Landwirtschaft resultiert“. (s. S. 116)

Die Jahreshauptversammlung am 27. Juni 1961 im Oschatzer „Schwan“ fasste einen Beschluss zur Satzungsänderung. Die Jahreshauptversammlung war nur beschlussfähig, wenn 50 % der Mitglieder anwesend sind. Diese Quote wurde nie erreicht, also wurde Paragraph 20 geändert: „Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.“

Wieder standen umfangreiche Reparaturen und Umbauten an den Grundstücken in Oschatz und Mügeln auf dem Plan. So sollten in Oschatz an den Außenfronten alle Simse und überflüssigen Verzierungen entfernt werden. Vorgesehen war ein ockerfarbener Edelputz. Auch eine etwa drei Meter lange Neonröhrenbeleuchtung mit der Bezeichnung „Gewerbebank“ sollte angebracht werden. 30.000 DM durften in den beiden Jahren 1961 und 1962 dafür ausgegeben werden.

Friedensfahrt

Die 13. Internationale Friedensfahrt (Course de la paix) fand vom 2. bis 16. Mai 1960 statt. Die Rundfahrt bestand aus 13 Einzeletappen und führte auf einer Gesamtlänge von 2.290 Kilometern von Prag über Warschau nach Ost-Berlin, das zum ersten Mal Zielort war. Die Einzelwertung gewann Erich Hagen aus der DDR, die Mannschaftswertung gewann ebenfalls die DDR. In Prag waren 120 Fahrer an den Start gegangen, von denen 85 das Ziel erreichten.

Das Rennen stand ganz im Zeichen der DDR-Mannschaft, deren Fahrer zehn der dreizehn Etappen gewannen, wobei Ersatzmann Manfred Weißleder allein viermal bei der Tageswertung vorn landete. Vorjahressieger Gustav Adolf „Täve“ Schur, diesmal nur 16. im Endklassement, und Erich Hagen waren zweimal Etappensieger. Es gab nur DDR-Fahrer im gelben Trikot, und das blaue Trikot der Mannschaftswertung trugen die DDR-Aktiven von der ersten bis zur letzten Etappe. Der Kampf um den Einzelsieg blieb trotzdem bis zum Ende spannend. Vor der 13. und letzten Etappe hatte Spitzenreiter Egon Adler nur einen Vorsprung von 38 Sekunden auf seinen Mannschaftskameraden Hagen und eine Minute vor dem Belgier Jean Baptiste Claes. Durch einen Sturz verlor Adler über acht Minuten, doch bei der Massenankunft in Berlin spurtete Hagen als erster über den Zielstrich und rettete damit den Einzelsieg für die DDR.

(Quelle: Wikipedia)

Ministerium des Innern (Mdi)
Das Ministerium des Innern zählte zu den Ministerien der bewaffneten Organe und war unter anderem für die Volkspolizei und die Kampfgruppen zuständig. Zu den Aufgaben des Mdi zählten auch die Feuerwehren, der Strafvollzug, das Pass- und Meldewesen sowie die Zulassung von Kraftfahrzeugen und die Ausgabe von Fahrerlaubnissen. Der Staatssekretär für Kirchenfragen unterstand fachlich und politisch ebenfalls dem Ministerium des Innern.

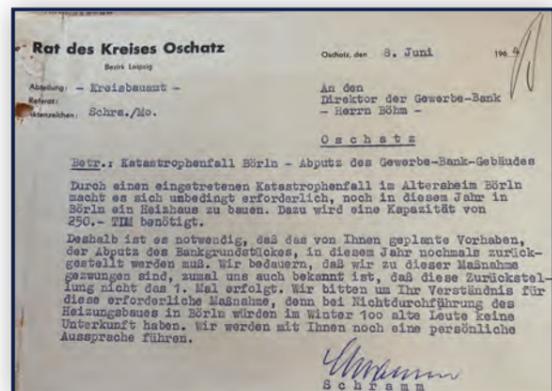
(Quelle: Wikipedia)

1962

Aber wie so oft tat sich nichts. Im Juni 1962 musste der Vorstand zur Kenntnis nehmen, dass das Kreisbauamt Oschatz der PGH Bau Wermsdorf das Abputzen des Oschatzer Bankgebäudes wegen dringender Mdi-Bauten nicht erlaubte. Lediglich das Neudecken des Daches und die Reparatur der Dachrinnen sollten erledigt werden.

Im April wurde festgestellt, dass der früher doch sehr starke Zufluss an Spareinlagen aus den Betrieben der Einzelhandwerker und Einzellandwirte nicht mehr gegeben sei. Auch durch Werbung und die Bildung von Sparkomitees in den PGH und in den LPG kamen keine deutlich größeren Summen zustande.

Endlich sollten die Bauarbeiten am Haus starten. Doch kurz vor deren Beginn tauchte der Kreisbaumeister auf mit der Erklärung, „dass das Abputzen des Bankgebäudes insofern um ein weiteres Jahr verschoben werden müsse, als die von uns mit diesen Arbeiten betraute PGH Bau Wermsdorf für wichtige Mdi-Bauten verpflichtet worden sei und wir unseren Antrag sowohl beim Rat der Stadt als auch beim Rat des Kreises für 1963 erneut einreichen möchten“. Inzwischen war man vorsichtig geworden. Da es fraglich war, ob der Hausabputz 1963 durchgeführt werden könnte, wurde beschlossen, den Außenanstrich der Fenster, des Gartenzaunes und der Vergitterung auch ohne neuen Putz ausführen zu lassen.



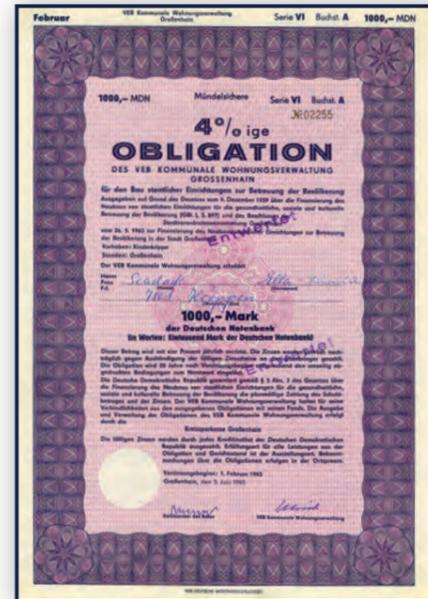
1963

Vorstandsmitglied Böhme informierte darüber, dass er am 7. Juni von Kreisbaumeister Schramm angesprochen worden sei mit dem Ergebnis – man hat es bereits geahnt – dass der Hausabputz erneut wegen anderer dringender Aufgaben um ein weiteres Jahr zurückgestellt werden müsse. Auch die Reparatur des Daches und der Dachrinnen war trotz Ankündigung noch nicht erfolgt, sollte aber jetzt ausgeführt werden.

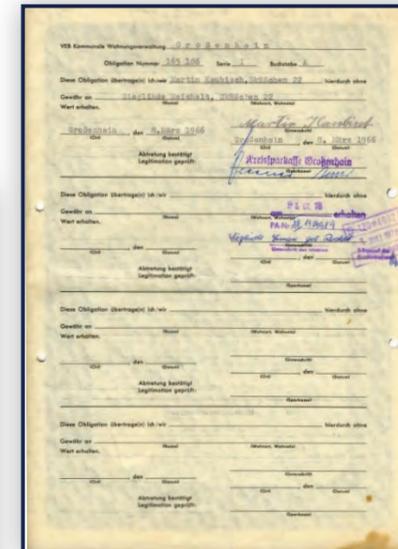
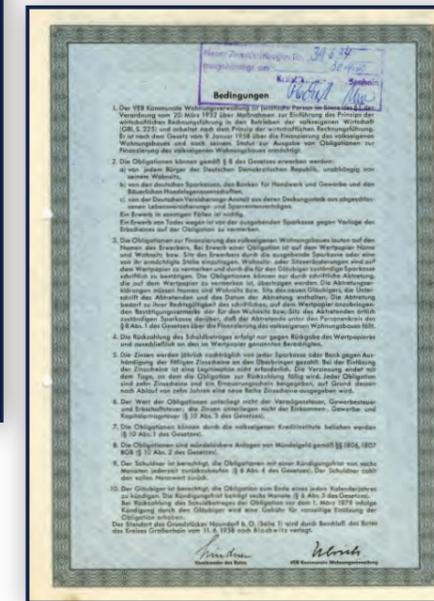
Im November wurden 70 Mitglieder zum Jahresende ausgeschlossen, weil sie das Gebiet der DDR verlassen hatten. Darunter waren auch Personen, die früher in leitenden Funktionen für die Gewerbebank gearbeitet hatten.

1964

Im April informierte Bankleiter Böhme den Verwaltungsrat, dass er bei einer Begegnung mit dem Leiter der Kreissparkasse Riesa erfahren habe, dass die Bank bis zu 2 Millionen DM Obligationen des VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Riesa durch die Kreissparkasse Riesa zugeteilt bekommen könne. Weil mit dem Erwerb der Obligationen für die Bank eine Steuervergünstigung verbunden war, wurde beschlossen, das Angebot der Kreissparkasse anzunehmen. Es folgten weitere Ankäufe solcher Obligationen.



So sahen derartige Obligationen – hier für die kommunale Wohnungsverwaltung Großenhain – aus. Quelle: Hans-Georg Glasmann



Es wundert inzwischen wohl niemanden mehr: Der Kreisbaumeister informierte die Bank Mitte des Jahres, dass deren Gebäude auch im Jahr 1964 keinen neuen Putz bekommen kann, „da die hierfür vorgesehenen Baukapazitäten im Altersheim Börlin zum Einsatz kommen müssten“.

Immer wieder wurden auch Fragen zur Sicherheit des Gebäudes – zum Beispiel der Einbau von Eisengittern anstelle von Rolläden – diskutiert, aber die Umsetzung scheiterte an Material- und Kapazitätsfragen.

Bankleiter Böhme berichtete, dass er im September von der Kreistagsabgeordneten Rosemarie O. angesprochen worden sei. Sie informierte ihn über das Ansinnen der Direktion des HO-Kreisbetriebes, die bankeigenen Gewerberäume der in Mügeln, Markt 3, gelegenen Imbissstube zur Verfügung zu stellen, weil die Imbissstube so beengt sei. Böhme wies darauf hin, dass die Zweigstelle mit einer Stahlkammer ausgestattet sei, in der neben vermieteten Schließfächern auch Werte der Hauptstelle eingelagert seien, weil Oschatz solche Möglichkeiten nicht habe. Eine Verlegung der Bankräume sei nur in Erwägung zu ziehen, wenn in den neuen Räumen die sicherheitstechnischen Voraussetzungen für eine Bank den gesetzlichen Erfordernissen entsprächen und die mit einer Verlegung entstehenden sehr hohen Kosten vom Antragsteller übernommen werden würden. Seines Wissens kämen als möglicherweise geeignete Räume in Mügeln nur die früher von der Deutschen Notenbank genutzten Räumlichkeiten in Frage. Der Kreistagsabgeordneten war jedoch nicht bekannt gewesen, dass die Gewerbebank Eigentümer des Gebäudes war. Aus dieser Episode wird deutlich, welche Bedeutung die Kreistagsabgeordnete der Gewerbebank beimaß. Der Imbiss war ihr offenbar wichtiger. Eine Bank kann da schnell mal umziehen.

Im November 1964 wurde auch beschlossen, einen gebrauchten PKW – möglichst einen Trabant – anzukaufen über das Staatliche Vermittlungskontor für Materialwesen. Dabei sollte der Vorsitzende der PGH des Kraftfahrzeughandwerks behilflich sein. Man benötigte dafür aber auch noch die Genehmigung der Abteilung Finanzen des Rates des Kreises.

Von DM (DDR) über MDN zur M
Am 13. Oktober 1957 erfolgte in der DDR ein zweiter Geldschnitt, um den Bargeldüberhang zu reduzieren. Nur 300 DM (DDR) durften getauscht werden, der Rest konnte bei der Deutschen Notenbank gutgeschrieben werden. 267,5 Millionen DM wurden dadurch dem Geldumlauf entzogen. 1964 erfolgte dann eine Umbenennung der Währung in Mark der Deutschen Notenbank (MDN). Am 1. Januar 1968 wurde die MDN mit Gründung der Staatsbank der DDR in Mark der DDR umbenannt. Die Abkürzung lautete M.

(Quelle: Wikipedia)

1965

In der Nacht vom 17. auf den 18. Februar 1965 wurde der neue Fahnenmast vor dem Bankgebäude entwendet. Es wurde Anzeige bei der Volkspolizei erstattet. Das Thema Umzug der Zweigstelle Mügeln zwecks Imbissvergrößerung war noch nicht vom Tisch, denn am 11. Februar 1965 fand eine Besprechung mit dem Direktor des HO-Kreisbetriebes und den Stadtverordneten von Mügeln statt. Böhme schilderte ihnen die Situation der Bank erneut und ging vor allem auf die Bedeutung der Stahlkammeranlage ein. Nun kamen die „Verhandlungspartner“ endlich zu der Einsicht, dass die Übernahme der Räume durch die HO als Imbisshalle zunächst nicht in Frage käme.

Im April 1965 geht aus den Protokollen erstmals hervor, dass die Oschatzer Gewerbebank die Arbeit aller PGH, deren Konten sie führt, genauestens analysiert. Diese Analyse wurde aufgebaut auf den Inventurbeständen vom 31. Dezember 1964 und der Erfolgsrechnung 1964. Es ging um überhöhte Bestände, Disproportionen in einzelnen Bereichen oder ähnliche Erscheinungen. Diese wurden künftig nicht mit der Abteilung Finanzen, sondern mit dem Abteilungsleiter bzw. Betriebswirt der Abteilung Örtliche Versorgungswirtschaft beim Rat des Kreises erörtert.

Die Gewerbebank verlor in dieser Zeit bedeutende Kunden wie z. B. die Fa. Rudolf Näser, Filze und Filzwaren Oschatz, weil diese Betriebe zur Aufnahme Staatlicher Beteiligung gezwungen wurden und zur Deutschen Notenbank Oschatz wechseln mussten.

Am 19. August 1965 informierte Bankleiter Böhme über ein Schreiben des Deutschen Genossenschaftsverbandes Berlin vom 3. Juli 1965. Er erklärte, dass sich aus den Umsätzen der Bankkonten nicht mit Sicherheit die Finanzbeziehungen der PGH erkennen ließen. Um solche Schlussfolgerungen zu ziehen, müsse man mit den PGH zusammenarbeiten bzw. sogar Einsicht in deren Buchführung haben. Auf dem von den wirtschaftsleitenden Organen eingeschlagenen Weg seien die gewünschten Kenntnisse nicht zu erzielen. Hier stellt sich die Frage, ob die Gewerbebanken ihre PGH-Kunden regelrecht bespitzeln sollten! Misstrauten sie deren Angaben?

„Die Beurteilung über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ist nur dann möglich, wenn man die von den Produktivkräften tatsächlich geleisteten Produktivstunden kennt“, erläuterte Böhme. „Wenn die von uns gewünschte Analysetätigkeit Disproportionen in Arbeitsproduktivität, Leistungsergebnissen, Preisen, Gewinnbildung pp. aufzuspüren zum Gegenstand haben soll, dann müssen die Unterlagen – auch bei der Ermittlung von Tendenzen – einigermaßen exakt sein. Die Weitergabe nicht konkret zu beweisender Feststellungen kann weder einer PGH noch einem wirtschaftsleidenden Organ von Nutzen sein.“

Im November wurde die Einführung der Finanzplanung besprochen und der im Entwurf vorgelegte und auch vom Abteilungsleiter Finanzen des Rates des Kreises anerkannte Plan angenommen, nachdem dieser im Vorstand in seinen einzelnen Positionen diskutiert worden war.

Im Zuge der Rationalisierung wurde die Zweigstelle Mügeln zum 1. Oktober 1965 in eine Zahlstelle umgewandelt. Die Kontoführung erfolgte nun auch für Mügelner Kunden in Oschatz.

1966

Im September hatte die Bank ein akutes Arbeitskräfteproblem durch einen Unfall des Kassierers und drei schwangere Mitarbeiterinnen. Diese Tatsache zwang – zumindest vorübergehend – zu einer Reduzierung der Schalterstunden. Es wurde beschlossen, die Nachmittagsschalterstunden, die ohnehin schwach besucht waren, ab 15. Oktober wegfällen zu lassen und diese Neuerung den Kunden im Gespräch und durch einen Aushang im Schalterraum zu erläutern. Neue Arbeitskräfte mit der erforderlichen Qualifikation waren nur schwer zu finden. Das führte zu Überstunden.

Diese wiederum duldeten der Ehemann einer anderen Mitarbeiterin nicht, die daraufhin auch noch ging. Eine andere Kollegin kündigte, weil sie eine besser bezahlte Arbeit bei der LPG in ihrem Heimatort gefunden hatte, eine andere verdiente im Kaolinwerk Kemmlitz mehr. Eine Frau zog weg, weil ihr Mann in einem anderen Ort eine Wohnung bekommen konnte. Die Fluktuation der Mitarbeiter war groß. Es wurden zum Teil sogar ungelernete Kräfte eingestellt. Der Prüfer vom Genossenschaftsverband forderte die Ausbildung eigener Lehrlinge, um dem Arbeitskräftemangel entgegen zu wirken.

1967

Zum Ende eines jeden Jahres musste die Gewerbebank Wertberichtigungen vornehmen, die sich auf Schulden von Personen bezogen, die in Westdeutschland, Westberlin oder im sonstigen Ausland lebten und für die Bank nicht erreichbar waren.

Bankdirektor Böhme erläuterte, dass nach einer neuen Richtlinie für das Rechnungswesen die Möglichkeit bestand, in Ausnahmefällen mit Genehmigung des Deutschen Genossenschaftsverbandes die Ausbuchung solcher Forderungen vorzunehmen. Da drei prominente Schuldner in Westdeutschland verstorben waren, wurde erwogen, in diesen Fällen von dieser neuen Möglichkeit Gebrauch zu machen. Auffällig ist, dass zwei dieser Schuldner viele Jahre lang für die Volks- bzw. Gewerbebank Oschatz gearbeitet hatten.

Im Oktober wurden Satzungsänderungen angekündigt, die zur Erhöhung der Vollmachten des Bankleiters führten. Zu dessen Unterstützung sollte ein Genossenschaftsrat etabliert werden, zu dem auch ein Mitglied des Rates des Kreises berufen wurde. Als Kontrollorgan wurde der bisherige Aufsichtsrat in Revisionskommission umbenannt. Diese wurde in der Folgezeit immer wieder aufgefordert, ihre Prüfungstätigkeit ernster zu nehmen und zu verstärken.

Das Jahr schloss mit einem Reingewinn von 57.100 Mark ab.

1968/69

Die Gewerbebank verlor viele Mitglieder durch Tod, aber auch durch Kündigung. Bankdirektor Böhme suchte inaktive Mitglieder und deren Erben auf, um das Genossenschaftsleben wieder zu aktivieren. Es wurden lang- und kurzfristige Kredite in Höhe von 3.000 bis 216.000 Mark an Betriebe vergeben, u. a. an die PGH Bau Wermsdorf.

Die Protokolle wurden immer kürzer und weniger aussagefähig, so dass Rückschlüsse auf die Arbeit der Bank nur schwer möglich sind.

Beim Verbandstag in Magdeburg im Dezember 1969 wurden die neuen Statuten der Genossenschaftsbanken gebilligt. „Damit zählt auch die Banksäule der Genossenschaftsbanken zu den sozialistischen Rechtsträgern.“

Erich Rost, der stellvertretende Minister der Finanzen, würdigte beim Verbandstag die bisherige Arbeit der Genossenschaftsbanken und ihres Prüfungsverbandes. Er orientierte die Versammlungsteilnehmer u. a. darauf, „die Leistungen der Geschäftspartner nicht in dem Kriterium ihrer steigenden Gewinne zu sehen, sondern aus politischer Verantwortung in dem Bemühen der besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung mit Reparaturen und Dienstleistungen. Das Handwerk habe diesen Interessen in erster Linie zu dienen. Insofern sollen die Genossenschaftsbanken bei der Erstellung der Betriebspläne diese einer kritischen Kontrolle unterziehen und im Zusammenwirken mit den Abteilungen des Rates des Kreises unduldsam einschreiten, wenn Geschäftspartner nur aus gewinnstrebender Sicht den Erfordernissen der Gesellschaft entgegenstehenden Zielen den Vorzug geben. Auch soll die Genossenschaftsbank unduldsamer als bisher gegen das Halten von Planüberbeständen und gegen Vernachlässigungen im Zahlungsverkehr einschreiten. Darüber hinaus sollten im Bereich der Investitionen die Nutzungskriterien und der Kreditrücklauf einer strafferen Kontrolle unterzogen und ein strenger Maßstab für die vertragliche Sicherung der Fertigstellung von Baumaßnahmen angewendet werden.“

1970

Im Januar 1970 wurde beschlossen, die durch den Verband im Rahmen der neuen Mustersatzung erlaubte individuelle Fassung des Firmennamens zu nutzen. Der Name lautete nun Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Oschatz e.G.m.b.H. mit Sitz in Oschatz. Der Wirkungsbereich erstreckte sich insbesondere auf das Kreisgebiet Oschatz. Der Genossenschaftsanteil betrug 100 M. Jedes Mitglied konnte sich mit maximal 20 Anteilen beteiligen. Im Februar wurde beschlossen, von der PGH Blechbearbeitung Babelsberg ein Angebot für eine Schließfächeranlage mit ca. 150 bis 180 Fächern zur selbständigen Entnahme der Tagesauszüge einzuholen. Die Anlage sollte durch Einwurfkästen für Schecks und Überweisungen ergänzt werden, um den Schalterverkehr zu reduzieren und flüssiger zu gestalten.

Am 26. Mai 1970 konstituierte sich der Genossenschaftsrat. Seine zur Jahreshauptversammlung gewählten Mitglieder waren die Herren Albert, Reif, Schulze und als delegierter Vertreter des Rates des Kreises Oschatz Heinz Schmidt. Es wurden bestellt zum Vorsitzenden Müllermeister Reif, zum stellvertretenden Vorsitzenden der PGH-Vorsitzende Schulze, zum Schriftführer Elektromaschinenbauermeister Albert.

Gemäß § 22 des Statuts wurde auf Vorschlag von Direktor Böhme beschlossen, Charlotte Theile zum Direktor-Stellvertreter zu berufen.

Über Kreditbereitstellungen, die sich natürlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu bewegen hatten, konnte der Direktor künftig eigenverantwortlich entscheiden. Über alle Gesamtverbindlichkeiten eines Schuldners über 50.000 M beschloss allerdings der Genossenschaftsrat.

1971

Am 22. Juni 1971 trat der Genossenschaftsrat zusammen, um über die ab dem 1. August 1971 nicht mehr mögliche Aufrechterhaltung des Betriebes zu beraten, nachdem erneut eine Mitarbeiterin wegen ungenügender Bezahlung ausschied und damit die erforderlichen 12,5 VBE (vollbeschäftigte Einheiten) auf 6,6 zurückging. Die Beratung endete mit dem Ergebnis, dass sich ein Ratsmitglied mit zwei Schwestergenossenschaften in Verbindung setzen sollte, um im Rahmen der „sozialistischen Hilfe“ die befristete Überlassung von Arbeitskräften zu erreichen. Außerdem sollte auf Anraten des Vertreters des Rates des Kreises der Stellenplan, der wegen des Arbeitskräftemangels ohnehin nicht ausgeschöpft wurde, reduziert werden und der damit eingesparte Betrag die Qualität der übrigen Planstellen verbessern nach dem Motto: weniger Leute = mehr Geld.

Am 11. November 1971 wurde über das Fusionsersuchen der Gewerbebank Dahlen berichtet. Wegen der sehr ungünstigen Verkehrsverhältnisse hatten die dort im technischen Bereich tätigen Arbeitskräfte aber kein Interesse daran, nach Oschatz zu wechseln.

Ein Vergleich zwischen Mügeln und Dahlen zeigt, dass in Dahlen 737 Einzahlungen bearbeitet wurden, in Mügeln 781. Viele Belastungen waren in beiden Einrichtungen fast gleichwertig. Allerdings war das Spargeschäft in Dahlen umfangreicher, wodurch auch der Arbeitsaufwand durch das Nachtragen der Sparbücher höher war.

Es wurde genau abgewogen, welche Mehrbelastungen oder Entlastungen durch die Übernahme von Dahlen in Mügeln und Oschatz entstehen könnten. Resultat: „Sofern das Arbeitskräfteproblem gelöst wird, bestehen bis auf die Tatsache, dass die Kontoauszüge den Dahlemer Kunden – wie auch für unsere Zahlstelle Mügeln – erst einen Tag später zur Verfügung stehen, keine die Verschmelzung beeinflussenden Hindernisse.“

Wieder hatte ein Verbandstag stattgefunden, auf dem neben dem Verbandsdirektor auch der stellvertretende Finanzminister „richtungsweisende“ Referate hielten. Insbesondere wurde dazu aufgerufen, jede Möglichkeit der Genossenschaftsbanken zu nutzen, um das Handwerk entsprechend der ihm zukommenden Aufgaben auf die verstärkte Leistung auf dem Gebiet des Reparaturwesens hinzuweisen und darüber hinaus – da bewiesenermaßen in der gemeinschaftlichen Produktion eine höhere Leistung erzielt wird – den Zusammenschluss in PGH zu fördern. Die Präsenz der Genossenschaftsbank sollte nicht schlechthin durch Repräsentationsbesuche anlässlich der Hauptversammlungen, sondern durch leistungssteigernde Einflussnahme bei Planberatungen usw. erfolgen. Auch die Analysetätigkeit und die Zusammenarbeit mit den Staatsorganen sollte verbessert werden. Bedingt durch verschiedene negative Erscheinungen war den Sicherheitsprinzipien größte Beachtung zu schenken.

Verstaatlichung
Mitte 1972 wurde in der DDR die große Verstaatlichungskampagne abgeschlossen, bei der aus den letzten privaten, halbstaatlichen und industriell produzierenden genossenschaftlichen Betrieben in Volkseigene Betriebe (VEB) wurden. Für einen symbolischen Preis wurden sie vom Staat aufgekauft und in Volkseigentum umgewandelt. Eine Ausnahme bildeten kleine Handwerksbetriebe. In der Industrie verloren mehr als 2.500 Privat- und etwa 5.600 halbstaatliche Betriebe ihre ohnehin bereits stark eingeschränkte Selbständigkeit. In der Bauwirtschaft wurden 182 private und etwa 800 halbstaatliche Betriebe verstaatlicht. Darüber hinaus wurden rund 1.700 Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) in Volkseigene Betriebe umgewandelt.

(Quelle: mdr.de)

1972

Bei der Jahreshauptversammlung am 22. Februar 1972 wurde die Verschmelzung mit der Gewerbebank Dahlen beschlossen. Im August war die Überleitung beendet.

Am 30. Mai 1972 berichtete der Direktor über eine Besprechung mit dem Direktor der IHB-Kreisfiliale (IHB = Industrie- und Handelsbank), wonach die Kontenführung von PGH und AGP (Arbeitsgemeinschaft der Produktionsgenossenschaften), die in volkseigene Betriebe „umgewandelt“ werden, an die IHB abzugeben ist. Das betraf u. a. die PGH Gutenberg Oschatz, PGH Straßen- und Tiefbau Oschatz, PGH Bau Wermsdorf, PGH Bau Luppä, PGH des Bau- und Holzhandwerks Borna, PGH Getränke Oschatz, PGH Oschatzer Möbelwerkstätten Oschatz, PGH des Holzverarbeitenden Handwerks „Voran“ Oschatz, AGP des Bau- und Baunebenhandwerks Oschatz und bedeutete einen herben Verlust für die Gewerbebank. Die betroffenen PGH traten nach ihrer Umwandlung in Volkseigentum natürlich auch als Mitglieder aus. Auch im Raum Dahlen kündigten viele Kunden ihre Mitgliedschaft auf.

In einem Bericht über ein Bankdirektoren-Seminar in Barsinghausen wird erklärt, dass die Kreditinstitute der einheitlichen Leitung der Staatsbank der DDR unterstellt sind. Deren Präsident war Mitglied der Regierung. In der gesamten DDR wurde der Zusammenschluss von Gewerbebanken angestrebt. In jedem Kreis sollte es nur noch eine Gewerbebank geben. Das war bis zum Jahresende 1973 zu verwirklichen. Weitere Zusammenschlüsse seien wünschenswert zur Schaffung leistungsstarker Gewerbebank-Einheiten. Ein Vertreter des Ministeriums für bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie verlangte, dass die Banken die Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und die Produktion von Konsumgütern unterstützen. Gewerbescheine würden nur noch erteilt, wenn die zugrundeliegenden Aufgaben nicht von einer genossenschaftlichen bzw. volkseigenen Organisation erfüllt werden könnten.

Auf einer Direktorentagung wurden die Genossenschaftsbanken aufgefordert alles zu tun, was der Verbesserung der Dienstleistungen für die Bevölkerung dient. Das Handwerk müsse mit Nachdruck an die Basis seiner handwerkstypischen Arbeiten herangeführt werden mit dem Ziel, die Dienstleistungen für die Bevölkerung auf allen Gebieten zu steigern und eine gleiche Entwicklung auch für die Befriedigung der Bevölkerung in den Landgemeinden herbeizuführen. Das Profil des Handwerks sei in seiner Gesamtentwicklung zugunsten der Reparatur- und Dienstleistungen zu fördern mit der Maßgabe, diese proportional zu erhöhen und das Tempo der Rationalisierung der Dienstleistungen ausführender Betriebe zu beschleunigen. Was vom Handwerk nicht erbracht werden könne, sei bis 1980 vom volkseigenen Sektor zu übernehmen. Um diese Aufgabenstellung zu erreichen, wird angestrebt, Kooperationsbeziehungen des Handwerks einzuschränken bzw. zu unterbinden und den Bestrebungen des privaten Handwerks entgegenzuwirken, in die Serienproduktion einzusteigen. Damit enden die Protokollbücher des Vorstandes bzw. des Genossenschaftsrates der Genossenschaftsbank Oschatz.

Am 23. Mai 1990 wurde die Volksbank Oschatz eG gegründet.

1973

Im Ergebnis der Analysetätigkeit der PGH wies die Genossenschaftsbank wiederholt auf die als kritisch betrachteten Disproportionen in der Entwicklung von Arbeitsproduktivität, Materialbevorratung und in der zwischen Betriebsleistung und Gesamtlohnsumme bestehenden Diskrepanz hin, „was aber bisher noch nicht die erforderliche Beachtung gefunden hat“. „Um mitzuhelfen, das Missverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenfonds abzustellen, betrachten wir die Erfüllung dieses Erfordernisses als unabdingbar“, heißt es im Protokoll.

Für die HO-Gaststätte „Grüne Tanne“ in Dahlen waren 22.000 M für Wertehaltung und Verbesserungen vorgesehen. Allerdings sollte die HO als Pächterin Schönheitsreparaturen an den Türen selbst durchführen. Die Klärgrubenabdeckung und die Parkettausbesserung übernahm die Genossenschaftsbank. Allerdings musste die Neugestaltung des Fußbodens der Galerie in HOG Tanne unterbleiben, da der VEB (K) Hochbau und Rekonstruktion Grimma überlastet war.

Der nach einer neuen Normative aufgestellte Arbeitskräfte-Plan für 1974 enthielt 13,6 Arbeitskräfte (AK). Der Ist-Zustand betrug z. Z. 15,5 AK. Die Zahlstelle Dahlen wurde ab 1974 als Einmannstelle geführt, eine Mitarbeiterin wurde entlassen, in Oschatz wurden 0,4 AK entlassen. Der Verbandstag forderte, die Bildung weiterer PGH zu fördern.

Außerdem waren die Genossenschaftsbanken in „Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe der DDR“ umzubenennen. In Oschatz geschah das in der Mitgliederversammlung vom 18. Juni 1974. Der „offizielle“ Name lautete nun „Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Republik Oschatz“.

[Zum Bankenbegriff in der DDR siehe Seite 40.](#)

Nach der Wende

Im Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Leipzig findet sich folgender Eintrag:

Die „Raiffeisenbank Oschatz eG“ mit Sitz in Oschatz ist aufgrund des Verschmelzungsvertrages vom 24. Juni 1998 und des Beschlusses der Generalversammlung vom 23. Juni 1998 sowie des Beschlusses der Generalversammlung der übertragenden Genossenschaft vom 16. Juni 1998 mit der Volksbank Riesa eG verschmolzen.

Früher eingetragen unter dem Namen „Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Republik“ (Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Riesa (alt) GnR2)

Die „Volksbank Oschatz e.G.“, Sitz Oschatz (AG Leipzig GnR358) ist aufgrund des Verschmelzungsvertrages vom 28. Juni 2001 und des Beschlusses ihrer Generalversammlung vom 20. Juni 2001 sowie des Beschlusses der Vertreterversammlung der übernehmenden Genossenschaft vom 27. Juni 2001 mit der Volksbank Riesa eG verschmolzen.

(Amtsgericht Leipzig GnR 260)

Ingrid Wittig

Ingrid Wittig begann im Jahr 1962 ihre Ausbildung zum Bankkaufmann bei der „Bank für Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft Oschatz“. Es war zwar bereits 1961 beschlossen worden, den Zusatz „und Landwirtschaft“ aus dem Namen der Bank zu streichen, aber bis zum Ausbildungsbeginn von Ingrid Wittig war das offenbar noch nicht geschehen.

„Meine Lehrzeit absolvierte ich unter dem damaligen Direktor Erhard Böhme. Das war ein fachlich sehr versierter Lehrmeister, und ich habe viel von seinem Wissen profitiert. Ich habe mit nur sehr kurzen Unterbrechungen immer bei der Gewerbebank gearbeitet. Die Arbeit dort hat mir stets Freude bereitet. Ich kann heute sagen:

Das war meine berufliche „Erfüllung“, erinnert sie sich. Gewerbebank, Genossenschaftsbank, Genossenschaftskasse – die Namen änderten sich, aber die Aufgaben blieben weitgehend gleich.

Sieben oder acht Kolleginnen waren sie damals noch in der Lutherstraße 22. Direktor war Erhard Böhme aus Dresden, Charlotte Theile dessen Stellvertreterin. Nach krankheitsbedingtem Ausscheiden der Stellvertreterin wurde die damals 27-jährige Bilanzbuchhalterin Ingrid Wittig zum 10. Oktober 1973 Stellvertreterin des Direktors. Dessen Nachfolger wurde 1976 Rainer Schröter. Gemeinsam bildeten sie die Führungsebene bis zur Wende.

Die Gremien einer genossenschaftlichen Bank bildeten zu DDR-Zeiten der Genossenschaftsrat und die Revisionskommission. Ein zusätzliches Mitglied des Genossenschaftsrates war immer ein Delegierter vom Rat des Kreises. Dieser hatte wahrscheinlich die Aufgabe, die politische Ausrichtung der Bank zu überwachen. Er hatte ein beratendes Stimmrecht.

Die Zusammenarbeit zwischen der Bank und dem Rat des Kreises war anfangs nicht besonders gut, erinnert sich Ingrid Wittig. Das resultierte sicherlich aus der konservativen Einstellung der beteiligten Personen. Direktor und Stellvertreter waren parteilos – ebenso wie viele Kunden der Bank, die dem Mittelstand angehörten. Das waren private Handwerker, PGHs und einzelne Einkaufs- und Liefergenossenschaften (ELG), die ebenfalls Mitglieder der Genossenschaftsbank waren. Sie bekamen Kredite, wickelten ihre Geldgeschäfte über die Gewerbebank ab und hatten auch privat ihre Sparkonten bei der Bank. Mitglieder der Bank bekamen natürlich auch damals schon eine Dividende für ihre Anteile.

Finanzierungen für die Landwirtschaft erfolgten über die damalige Bauernbank. Privatkredite gab es nicht, auch keine Dispokredite. Das Handwerk wurde von Seiten des Staates gefördert, damit die Versorgung der Bevölkerung gesichert werden konnte.

Die Gewerbebank wurde aber auch als Kontrollorgan für die PGH genutzt. Lohnauszahlungen, Gewinnausschüttungen, Umsätze – alles musste in vierteljährlichen Berichten an die Bezirksstelle des Genossenschaftsverbandes in Leipzig und an den Rat des Kreises Oschatz gemeldet werden.

Zwar führte die Gewerbebank auch private Konten – Gehalts- und Sparkonten, jedoch überwiegend für Mitarbeiter von Handwerksbetrieben und PGHs. Offiziell konnte jeder ein privates Konto bei Gewerbebanken eröffnen, aber dafür durfte nicht geworben werden. Es war nur „Insidern“ – Verwandten und Freunden – bekannt. Zur Wende führte die Gewerbebank in Oschatz immerhin rund 1.200 Gehaltskonten. Beim Zahlungsverkehr dominierte die Handarbeit. Der Schalterverkehr spielte eine wichtige Rolle, alle Belege wurden von Hand bearbeitet. Kartenautomaten gab es nicht, die Bankmitarbeiter hatten somit guten Kontakt zu den Bankkunden. Man kannte sich persönlich, manche Mitarbeiterin hatte sogar die Kontonummern der einzelnen Kunden im Kopf – mitunter eher als den Namen.

Den ersten Geldautomaten bekam die Gewerbebank Oschatz erst ein reichliches Jahr vor der Wende. Die Verantwortlichen hatten sich dafür stark gemacht, weil sie die Hoffnung damit verbanden, dass dann auch im täglichen Bankgeschäft Computer eingesetzt werden müssten. Aber erst mit der Wende kam die Technik, von der sie geträumt hatten, zum Einsatz.

Ursprünglich verfügte die Bank über eigene Buchungsmaschinen. Später gab es eine zentrale Datenerfassungsstelle. Alle Buchungsbelege wurden dorthin geliefert und kamen als EDV-erfasstes Buchungsgut zurück.

Gern denkt Ingrid Wittig an den Geldumtausch im Jahr 1990 zurück. Die Bank hatte zwar einen großen alten Geldschrank für das Westgeld, das alte DDR-Geld lagerte beim Umtausch in Wäschekörben unterm Schreibtisch. Es ist eigentlich erstaunlich, dass damals nichts passiert ist.

„Die Wende war ein Glücksfall für mich und meine Kollegen“, erinnert sich Ingrid Wittig. „Alle Mitarbeiter waren sehr engagiert und einsatzbereit. Wir mussten unheimlich viel dazulernen und das in kürzester Zeit.“

Aber diese „wilde“ Zeit brachte natürlich auch für die Kunden jede Menge Neuerungen. „Viele Ältere waren skeptisch. Sie hatten schon einige Währungsumstellungen erlebt“, weiß Ingrid Wittig noch.

Auch der Bankalltag sah jetzt anders aus. Zu DDR-Zeiten wurde alles irgendwie reglementiert – von der Zahl der Arbeitskräfte bis zu Plananteilen für die Lehrlingsausbildung. Nun musste der Vorstand die Entscheidungen treffen.

Nach der Wende wuchs die Belegschaft auf bis zu 30 Mitarbeiter an. Die neue Volksbank Oschatz entwickelte sich zur Universalbank. Sie machte Wertpapiergeschäfte, bot verschiedene Sparformen an, übernahm Bürgschaften, Goldhandel, reichte Investitionskredite aus – das volle Programm.

Das war natürlich auch für die Mitarbeiter eine große Herausforderung. Die tägliche Arbeit bot viele Facetten. Aber dafür musste viel Neues gelernt werden. Zahlreiche Lehrgänge wurden absolviert.

„Der Vorstand musste seine Qualifizierung nach dem Kreditwesengesetz nachweisen. Viele Mitarbeiter bildeten sich weiter oder machten den Abschluss zum Bankkaufmann. Die Leute – Mitarbeiter und Kunden – waren euphorisch und zu allem bereit. Es war eine tolle Zeit, die aber auch ein enormes Umdenken erforderte“, so Ingrid Wittig.

Anfängliche Hilfe bekamen die Oschatzer von der Volksbank Weinheim. Aber es gab keinen dauerhaften Kollegenwechsel, worauf sie sehr stolz waren. Zur Währungsunion kam ein Kassierer, auch der Kreditvorstand war kurz vor Ort. Es ging immer um bestimmte Themen, die gerade aktuell und wichtig waren. Diese Hilfe war sehr nützlich, aber die Entscheidungen blieben beim Oschatzer Vorstand.

Es zog die Marktwirtschaft ein. Ging es früher bei der Oschatzer Gewerbebank wie bei ihren „Schwestern“ fast schon familiär zu, weil man alle Kunden und ihre Leistungsfähigkeit genau kannte, wurde das Geschäft nun härter. „Damit hatte nicht nur mancher Kunde ein Problem, sondern auch für uns waren das neue Erfahrungen“, erklärt Ingrid Wittig.

Ende der 1990er Jahre folgten erste Kreditausfälle. Manche Kunden hatten schlecht gewirtschaftet, sich mit Investitionen übernommen, kannten sich mit dem härter werdenden Markt noch nicht aus. Welcher Handwerker konnte sich schon vorstellen, dass er als Subunternehmer einfach nicht bezahlt würde?

Nach der Wende war die Volksbank aufgrund des geschäftlichen Wachstums und der gestiegenen Anforderungen der Kunden, aber auch durch die gestiegene Mitarbeiterzahl auf der Suche nach modernen, technisch gut ausgestatteten und auch repräsentativen Geschäftsräumen. Die Volksbank Oschatz kaufte das Grundstück Lutherstraße 19 und zog nach einem Umbau im September 1996 dort ein. Das historische und unter Denkmalschutz stehende Gebäude war es der Bank wert, Geld in die Erhaltung zu investieren, um für die Bank ein attraktives „Aushängeschild“ zu sein.



Bauzeichnung des neuen Postamtes von 1885. (oben)
Quelle: Sammlung Stadt- und Waagemuseum Oschatz

Lithografische Darstellung des Kaiserlichen Postamtes von 1897: Das Postgebäude wurde offensichtlich nicht so gebaut, wie ursprünglich geplant. (links)
Quelle: Sammlung Stadt- und Waagemuseum Oschatz

Das „Kaiserliche Postamt“ in der Lutherstraße um 1900. (rechts)
Foto: Hermann Koczyk
Quelle: Sammlung: Peter Kriegel, Oschatz

Repros: Dr. Manfred Schollmeyer



Lutherstraße 19
Bis in das 17. Jahrhundert kann man die Geschichte des Grundstückes in der Lutherstraße Nr. 19 zurückverfolgen.

Im Steuer-Register von 1688 findet sich der Eintrag, der „Garten ist sehr schlecht, kein Baum darinnen und wird bloß zur Gräserei genutzt“. Und 1897 heißt es in den Archivalien, dass die Stadt Oschatz das Grundstück „mit einem alten, baufälligen, der Lutherstraße zur Unzier gereichenden Gehöft“ 1883 von der Witwe Amalie Theile für 15.000 Mark abgekauft und dann mit einem Postgebäude bebaut hat.

Der Neubau der repräsentativen Post fügte sich harmonisch in die Lutherstraße ein. Neben dem Kaufpreis für das 1.450 Quadratmeter große Areal musste die Stadt 75.000 Mark für den Neubau aufbringen. Aber die Vermietung an die „Kaiserliche Post“ zwischen 1886 und 1901 für jährlich 5.100 Mark war wohl für die Stadt kein schlechtes Geschäft. Die Post richtete im Kellergeschoss Wirtschaftsräume ein, nutzte das Erdgeschoss für die Post- und Paketabfertigung, für Schließfächer und für Büros der Postbeamten. Im Obergeschoss hatte man Wohnräume für die Postdirektoren geschaffen, und das Dachgeschoss beherbergte Betriebsräume für den Fernsprech- und Telegrafverkehr. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, der Kaiser war abgedankt, musste 1919 auf Anordnung der Oberpostdirektion Leipzig der Hinweis auf den Kaiser im Schriftzug „Kaiserliches Postamt“ entfernt werden.

Das „Postamt“ blieb erhalten und mit ihm die attraktiven Hauszeichen, die auf die „Post“ und die „Telegrafie“ verweisen und noch heute zu bewundern sind (s. S. 123). Um 1937 verkaufte die Stadt Oschatz das Grundstück an die Bäcker-Einkauf e.G.m.b.H. Oschatz.

Die Bäcker verblieben aber zunächst in ihren Räumen am Steinweg und vermieteten ihrerseits das Anwesen weiter an die Post, jedoch mit dem Hinweis, dass der Mietvertrag in zwei Jahren mit der Fertigstellung der neuen Post in der Bahnhofstraße ende.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verschwanden die Pläne für den Neubau einer Post in der Bahnhofstraße in den Archiven, und erst am 2./3. August 1952 konnte die „Deutsche Post“ das neue Gebäude beziehen. Damit wurden die Räume für die „Genossenschaft des Bäcker-, Müller- und Konditorenhandwerks e.G.m.b.H Oschatz“ frei. Es erfolgte eine räumliche Anpassung an die Bedürfnisse der „Bäckergenossenschaftler“, und mit dem Anschluss der Sanitäreinrichtungen an die städtische Kanalisation (1952) und dem Umbau des im Grundstück befindlichen Schuppens zu einer Garage (1953) wurde die Modernisierung des Grundstückes fortgesetzt. Zudem wurden die Räume im Obergeschoss des Gebäudes an die Liberal-Demokratische-Partei-Deutschlands (LDPD), an die Handwerkskammer Leipzig, Außenstelle Oschatz, an die Oschatzer Kreishandwerkerschaft und an den VEB Kraftverkehr Oschatz vermietet.

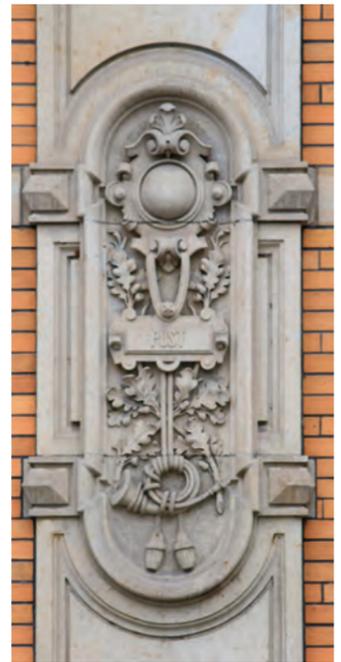
Bis 1993 blieb das Grundstück im Besitz der Oschatzer Bäcker. Die politische Wende und die neuen marktwirtschaftlichen Strukturen ließen jedoch keinen Platz für kleine Einkaufs- und Liefergenossenschaften.

In der Konsequenz dieser Entwicklung verkaufte die Oschatzer „Einkaufs- und Liefergenossenschaft der Bäcker“ 1993 das Grundstück an die Volksbank Oschatz. Es wurde wieder umgebaut, um den Anforderungen an die Bankgeschäfte gerecht zu werden.

Mit einem weiteren Umbau im Jahr 2014 wurde der Bankbereich im Erdgeschoss des Hauses zusammengefasst. Neben zeitgemäßen Dienst- und Beratungsräumen installierte die Bank modernste Einzahl- und Auszahlautomaten sowie Kontoauszugsdrucker und alle Technik, die heute von einer modernen Bank erwartet wird. Und die Räume im Obergeschoss wurden erneut als Gewerberäume vermietet.



Beim Umbau 1995 entstanden auch ein neuer Eingang an der Hinterfront des Gebäudes sowie neue Empfangstresen.
Fotos: H. Berthold



Attraktive Hauszeichen erinnern heute noch an die Zeiten der Post.
Foto: H. Berthold

Nach dem Umbau konnten den Kunden erstmals auch Schließfächer zur sicheren Verwahrung ihrer Wertgegenstände angeboten werden.

„Die jährliche Hauptversammlung war zu DDR-Zeiten eher eine Pflichtveranstaltung. Die Beteiligung der Mitglieder hielt sich in Grenzen, wogegen das Interesse nach der Wende sehr groß war. Wir mussten jedes Jahr einen größeren Veranstaltungsraum anmieten. Das war ein Beweis dafür, dass sich unsere Mitglieder für die weitere Entwicklung ihrer Bank interessierten. An diese Versammlungen denke ich gern zurück“, meint Ingrid Wittig.

Es folgten weitere Jahre des Wachstums und guter Geschäftsentwicklung. Aber als es in der Wirtschaft nicht mehr so boomte, die Zahlungsmoral drastisch nachließ und sich die Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes als zu gering erwies, konnten Kreditausfälle nicht mehr vermieden werden. „Das war natürlich sehr hart für uns alle. Ich habe gern bei der Volksbank Oschatz gearbeitet. Wir waren ein gutes engagiertes Team und stets für die Kunden da“, denkt Ingrid Wittig zurück. „Nachdem nun eine Fusion mit einer anderen Bank notwendig wurde, gab es verschiedene Optionen. Da jedoch der damalige Vorstand der Volksbank Riesa die Oschatzer Volksbank bereits Jahre zuvor als möglichen Partner ins Auge gefasst hatte und bereits durch die Fusion mit der Raiffeisenbank Oschatz vor Ort war, lag diese Variante sehr nahe. So kam es zum Zusammenschluss mit Riesa. Die Volksbank Oschatz wurde eine Zweigstelle der Riesaer Volksbank, blieb aber Hauptstelle für ihre Zweigstellen Mügeln und Dahlen.“

Das sanierte Volksbank-Gebäude Lutherstraße 19.
Foto: H. Berthold



Peter Geißler

Peter Geißler (Jahrgang 1949) begann seine Banklaufbahn im Jahr 1966 als Lehrling bei der Bauernbank Oschatz, nahm später ein Studium auf und blieb dem Geldinstitut als Direktor bis zur Wende treu.

Für die Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft – umgangssprachlich Bauernbank genannt, so erinnert sich Peter Geißler, ging es nach der Wende ums Überleben. Als Direktor war ihm klar, dass der Geldmarkt im Umbruch war. Die Banken wurden entsprechend der Gegebenheiten in den Altbundesländern neu aufgeteilt.

Der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken strebte die Gründung einer Raiffeisenbank an, die das Geldgeschäft der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft (BHG) übernehmen sollte und versprach für diesen Prozess 4 Prozent Förderung. Bei einem Treffen in Nürnberg wurde auf die Bankenvertreter gehörig Druck ausgeübt, um das Geldgeschäft aus den BHG herauszulösen. Das hatte darin bestanden, Spareinlagen „einzusammeln“. Der Handel mit landwirtschaftlichen Geräten, Werkzeugen und Produkten blieb unangetastet.

Es kam zur Gründung der Raiffeisenbank Oschatz mit 33 Gründungsmitgliedern, die das Geldgeschäft der BHG Oschatz und Dahlen übernahm. Für diese Neugründung sprach Peter Geißler vor allem Freunde und Bekannte an, die in der Landwirtschaft tätig waren. Da die Banken für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft die Einlagen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) verwalteten, machten deren Vorsitzende und viele Mitglieder bereitwillig mit und zahlten ihre Anteile ein.

Ab 1. Juli 1990 – also mit der Währungsunion – war das neue Geldinstitut selbständig tätig als Raiffeisenbank. Einen Tag später setzten sich alle Oschatzer Bankdirektoren zusammen, um sich über ihre Konditionen auszutauschen. Heute muss Peter Geißler darüber lachen. „Das war noch so ein bisschen DDR-Naivität. Wir kannten uns alle und hatten immer ganz gut zusammengearbeitet, aber das blieb nicht so.“

Die neue Raiffeisenbank Oschatz, die als Mieter im Gebäude Dresdner Straße 10 residierte, bekam mit Peter Volk einen Vorstand aus Baden-Württemberg. Er blieb bis 1995 und ging dann zurück. Zweiter Vorstand wurde Peter Geißler. Nach dem Weggang von Peter Volk blieb Geißler alleiniger Vorstand. Allerdings waren eigentlich zwei Vorstände nötig. Es gab zwei Möglichkeiten: selbständig bleiben oder mit einem anderen Geldinstitut fusionieren. Dafür kam nur die Volksbank infrage.

Der Aufsichtsrat der Raiffeisenbank stellte den Kontakt zur Volksbank Oschatz her, die jedoch nicht die Absicht hatte, sich mit den Problemen der Landwirtschaft zu befassen.

Also entschloss sich die Raiffeisenbank, allein weiterzumachen und beabsichtigte, von der Dresdner Straße auf die Lutherstraße umzuziehen. Bei diesem Grundstücksgeschäft kam ihr die Volksbank, die im Gebäude Lutherstraße 22 saß, allerdings zuvor und kaufte die Lutherstraße 19, in der die Volksbank heute noch ihre Geschäftsräume hat. Die Raiffeisenbank sah sich nach einem anderen potenziellen Partner um und orientierte sich nach Riesa, wo die Volksbank keine Probleme mit dem landwirtschaftlich geprägten Geschäft hatte. Die Fusion erfolgte im Jahr 1998. Peter Geißler ging als Prokurist nach Riesa, arbeitete einige Jahre mit Harro Meurer und Rainer Schnell zusammen, bildete auch gemeinsam mit Harro Meurer den Vorstand.



Als der Vertrag von Harro Meurer auslief, stellte sich der Aufsichtstat gegen eine Verlängerung von dessen Vertrag. Peter Geißler war nun wieder kommissarisch als alleiniger Vorstand tätig. Die andere Vorstandsstelle wurde ausgeschrieben. Die Vorstände wechselten mehrfach, während Peter Geißler wieder als Prokurist arbeitete.

2012 ging er in den Ruhestand. Aber er erinnert sich gern an seine Riesaer Zeit, an jährliche Ausfahrten und Weihnachtsfeiern mit Anhang im großen Stil. „Das waren schon wilde Zeiten“, erinnert er sich an die Wende. „Mitunter hatten wir mächtige Probleme, aber letztendlich haben wir alles ganz gut gemeistert.“ Er erinnert sich zum Beispiel daran, dass die Bauernbank – wie sein Geldinstitut umgangssprachlich immer noch genannt wurde – ihr Bargeld früher bei der Staatsbank geholt hat. Diese wurde in Oschatz jedoch von der Dresdner Bank übernommen, die kein Geld mehr an die Bauern- bzw. Raiffeisenbank auszahlte. Die LPG konnten ihr Geld von der Dresdner Bank beziehen, mussten aber dafür natürlich Konten eröffnen.

Peter Geißler holte das Geld für die Barauszahlung dann bei der Bundesbank in Leipzig und fuhr damit im Wartburg allein durch die Landschaft. Es ging vor allem um die Lohngelder der LPG, also um Millionen! Ohne die Hilfe aus dem „Westen“ hätte das alles nicht funktioniert. Mit etwas Abstand hört man heute viel, was schiefgelaufen ist, wo vielleicht auch nicht die richtigen Personen Verantwortung übertragen bekamen oder an sich rissen. Aber zum Teil sind in dieser Zeit richtige Freundschaften zwischen Ost und West entstanden, die bis heute Bestand haben.

Peter Geißler bekam vor allem Hilfe aus dem Heidelberger Raum. Die Kollegen aus dem Westen brachten alle Formulare mit, zum Teil auch Technik, denn es war ja nichts da.

Ein Vertreter der Hypothekenbank Hamburg fuhr mit Peter Geißler bis spätabends zu den Bauern aufs Land wegen der Kreditierung. Später kam die Zusammenarbeit mit der Bausparkasse Schwäbisch-Hall zustande, und die Leute standen Schlange wegen Bausparverträgen. Die Bauernbank Oschatz war „nur“ eine Filiale von vielen. „Als Direktor konnte ich zu DDR-Zeiten ruhig schlafen. Es ging alles seinen sozialistischen Gang“, erinnert sich Peter Geißler. Doch das änderte sich nun. Es gingen Summen durch seine Hände, die er nie für möglich gehalten hätte – und auch noch als West-Geld! „Aber es war eine schöne Zeit“, resümiert er trotzdem.

In der BRD gab es kein Pendant zur Deutschen Bauernbank bzw. zur Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, wie sie seit 1968 hieß. Für die westdeutschen Bankenvertreter war das eine echte Herausforderung. „Die meisten kamen, um zu helfen“, sagt Peter Geißler. „Wir haben gut zusammengearbeitet und hatten gemeinsam auch viel Spaß. Es war eine tolle Zeit.“

Peter Geißler erinnert sich weiter:

In der DDR war das Bankensystem von der zentralen Planwirtschaft geprägt. Bis zur deutschen Einheit im Jahr 1990 und der damit im Zusammenhang stehenden Währungsunion gab es zentral geleitete Banken mit Direktionen in den Bezirken und Filialen in den Kreisen, ebenso wie genossenschaftliche Bankbetriebe in den Territorien.

So gab es im damaligen Kreis Oschatz bis 1990:

- die Staatsbank der DDR, Filiale Oschatz
- die Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR, Filiale Oschatz
- die Kreissparkasse Oschatz
- die Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe Oschatz
- die Bäuerliche Handelsgenossenschaft Oschatz
- die Bäuerliche Handelsgenossenschaft Dahlen.

Jede dieser Banken bzw. jedes dieser Finanzinstitute hatte im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft eine spezifische Aufgabe.

In der Wirtschaft gab es eine konkrete Zuordnung der Betriebe zu den Banken, die staatlich geregelt war. Da alle Betriebe auf der Grundlage von Jahresplänen arbeiteten und diese durch staatliche Organe genehmigt waren, gab es für die Banken nur staatliche Verwaltungsaufgaben. Konkrete Einflussnahmen waren sehr eingeschränkt und nur in Abstimmung mit den verantwortlichen staatlichen Organen möglich.

Die Führung der privaten Konten der Bürger bei den Banken war territorial geprägt. Während die Stadtbevölkerung die Geldgeschäfte in erster Linie mit der Kreissparkasse abwickelte, hatte die Landbevölkerung ihre Konten meist bei den anderen Banken – außer der Staatsbank. Konsumentenkredite und Kredite für den privaten Wohnungsbau wurden nur durch die Kreissparkasse Oschatz, die Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft und die Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe an die Bürger ausgereicht.

Die beiden Bäuerlichen Handelsgenossenschaften in Oschatz und Dahlen waren vordergründig Warengenossenschaften und führten nur in geringem Umfang Giro- und Sparkonten der Landbevölkerung. Mit der deutschen Einheit und der Währungsunion musste das Bankensystem der DDR reformiert werden. Ein Weiterexistieren der beiden zentralgeleiteten Banken – Staatsbank und Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft – mit ihren Filialen in den Kreisen war nicht möglich und auch nicht gewollt.

Für die Filialen der Staatsbank war eine Übernahme durch die bestehenden Großbanken vorgesehen. In Oschatz wurde die Filiale durch die Dresdner Bank übernommen, in Riesa durch die Deutsche Bank. Für die Filiale der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in Oschatz war die Situation kompliziert. Diese zentralgeleitete Großbank mit ihren spezifischen Aufgaben konnte in dieser Form nicht weiterexistieren. Beim Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken gab es deshalb Überlegungen, die Großbank in den Verbund zu integrieren und bereits vor der Währungsunion die Weichen für die Umgestaltung der Bank zu stellen. So wurde sie in den Konzern der damaligen Deutschen Genossenschaftsbank mit seinen Filialen integriert.

Da in den zu dieser Zeit existierenden Kreisen bereits genossenschaftlich geprägte Banken in Form der Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe und der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften vorhanden waren, gab es Bestrebungen des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken, das genossenschaftliche Bankensystem neu zu strukturieren und im Rahmen des Genossenschaftsgesetzes an die Strukturen in der BRD anzupassen.

Einfacher war die Situation für die Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe. Durch Mitgliederbeschlüsse wurden die Satzungen an das Genossenschaftsgesetz der BRD angepasst. Mit der Währungsumstellung gab es somit im Kreis Oschatz die Volksbank Oschatz eG als selbstständige Geschäftsbank.

Komplizierter war die Situation im Kreis für die anderen genossenschaftlichen Einrichtungen. So existierte eine Filiale der Genossenschaftsbank Berlin im Rahmen des Deutschen Genossenschaftsbank-Konzerns. Diese Filiale hatte die strukturellen und fachlichen Voraussetzungen für eine eigenständige zukünftige Geschäftsbank, aber sie entsprach nicht dem Genossenschaftsgesetz.

Anders war die Situation bei den beiden Bäuerlichen Handelsgenossenschaften Oschatz und Dahlen. Beide Einrichtungen waren Warengenossenschaften. Das Geldgeschäft bestand in geringem Umfang in der Führung von Girokonten und Sparbüchern der Landbevölkerung, die ihre Warengeschäfte in beiden BHG tätigten. Es fehlten also sowohl die Strukturen als auch die fachlichen Voraussetzungen, einer genossenschaftlichen Geschäftsbank zu entsprechen. In dieser Phase der Neuausrichtungen gab es viele Gespräche mit dem Genossenschaftsverband und existenzielle Hinweise der Bundesanstalt für das Kreditwesen. Gleichzeitig kamen Vorstände der Kreisarbeitsgemeinschaft Volksbanken aus dem ländlichen Bereich Heidelberg des badischen Genossenschaftsverbandes, um bei der Neustrukturierung zu helfen. Ziel war es, die Filiale der Genossenschaftsbank im Rahmen des Genossenschaftsgesetzes als Raiffeisenbank Oschatz neu zu gründen und die Geldgeschäfte der beiden BHG zu übernehmen. Dies stieß anfangs auf Gegenwehr der Verantwortlichen der beiden Handelsgenossenschaften, sahen sie doch im Geldgeschäft eine wesentliche, gewinnbringende Quelle für die Zukunft.

Da das ein generelles Problem im Osten Deutschlands war, gab es eine zentrale Tagung des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken und der Bankenaufsicht mit allen beteiligten Vertretern der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften und der Genossenschaftsbanken. Auf dieser Tagung wurde durch das Bundesamt für das Kreditwesen deutlich gemacht, dass die Vorstände der BHG aufgrund der fehlenden fachlichen Voraussetzungen keine Genehmigung für das Bankgeschäft erhalten würden. Richtungsweisend war aber die Bekanntgabe einer staatlichen Entscheidung, die Eigenkapitalausstattung der Genossenschaftsbanken zu stärken. So wurde in Aussicht gestellt, dass „haftende Eigenkapital“ unter Gegenrechnung der vorhandenen materiellen Vermögensgegenstände (z. B. Grundstücke, Gebäude) bis zu 4 Prozent mit staatlichen Mitteln aufzustocken.

Das bedeutete für die beiden BHG in Oschatz und Dahlen, dass sie keine staatliche finanzielle Unterstützung erhalten würden, da materielle Vermögensgegenstände nicht vorhanden waren.

Da auch die Filiale der Genossenschaftsbank in Oschatz nur Mieter in einem alten Gebäude war und somit keine materiellen Vermögensgegenstände vorhanden waren, konnten die Weichen für die Neuausrichtung der Bankgeschäfte im Kreis Oschatz gestellt werden.

Im Juni 1990, also noch vor der Währungsunion, erfolgte die Gründung der Raiffeisenbank Oschatz eG mit 33 Gründungsmitgliedern.

Mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz der neuen Bank wurden die Geschäfte der Filiale der Genossenschaftsbank übernommen. Gleichzeitig erfolgte eine staatliche Grundausrüstung von 4 Prozent des „haftenden Eigenkapitals“. Die „Restgeschäfte“ der Filiale der Genossenschaftsbank wurden an die Zentrale in Berlin übertragen.

Im 2. Halbjahr 1990 wurden dann in beiden BHG in Oschatz und Dahlen Beschlüsse zur Übertragung der Geldgeschäfte auf die Raiffeisenbank Oschatz eG gefasst.

Mit der Erstellung der Jahresabschlussbilanz 1990 war somit die Neuausrichtung der genossenschaftlichen Bank vollzogen.

Die Gründung der Raiffeisenbank Oschatz eG erforderte auch eine Neustrukturierung der Leitungstätigkeit im Rahmen des Genossenschaftsgesetzes. War Peter Geißler in der Filiale der Genossenschaftsbank alleiniger Direktor, musste mit der Gründung der Raiffeisenbank Oschatz eG das „Vier-Augen-Prinzip“ im Vorstand gewährleistet werden. In der Gründungsversammlung im Juni 1990 wurde neben Peter Geißler auch Irene Franzke in den Vorstand bestellt. Sie war Mitarbeiterin der Bank. Die Bestellung von Irene Franzke war in Abstimmung mit dem Genossenschaftsverband befristet.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 1990 erfolgte durch Prüfer des Badischen Genossenschaftsverbandes. Im Rahmen dieser Prüfung zeigte einer der Prüfer Interesse, als Vorstand in der Bank zu arbeiten. So wurde im Sommer 1990 Peter Volk neu in den Vorstand berufen und Irene Franzke abberufen. Sie arbeitete weiterhin als Leiterin Rechnungswesen in der Bank. Die Raiffeisenbank Oschatz eG hatte ihren Hauptsitz in Oschatz, Dresdener Straße 10.

Mit der Übernahme der Geldgeschäfte der beiden BHG wurden in deren Räumlichkeiten in Dahlen und Oschatz Geschäftsstellen eingerichtet. Eine vordergründige Aufgabe des Vorstandes bestand u. a. darin, sowohl die Hauptstelle als auch die Geschäftsstellen den Anforderungen an eine moderne Geschäftsbank anzupassen. So entstanden bis 1997 ein neues Bankgebäude in Oschatz und neue Geschäftsstellen in Dahlen, Mügeln und Wernsdorf.

Die Raiffeisenbank Oschatz eG entwickelte sich in diesen Jahren zu einer modernen Geschäftsbank. Sie war aber, bezogen auf die Bilanzsumme und die Geschäftstätigkeit, sehr klein. Mit dem Weggang von Peter Volk im Jahr 1998 musste eine Neuausrichtung der Bank erfolgen.



Die ehemalige Raiffeisenbank Oschatz in der Dresdener Straße (oben), die frühere Raiffeisenbank Mügeln (Mitte) und der Raiffeisenneubau in Oschatz.

Für den Aufsichtsrat gab es zwei Alternativen:

1. Als Raiffeisenbank eG Oschatz als sehr kleine Bank selbstständig zu bleiben und einen neuen Vorstand zu suchen oder
2. Gespräche mit benachbarten Volksbanken zum Thema Fusion zu führen.

Eine Selbstständigkeit der Bank kam aufgrund der Größe und des geschäftlichen Umfeldes eher nicht in Frage.

Da bereits über mehrere Jahre Fusionsgespräche mit der ortsansässigen Volksbank Oschatz eG ergebnislos geblieben waren und auch die Raiffeisenbank Torgau eG kein Interesse an einer Fusion zeigte, wurden Gespräche mit der Volksbank Riesa eG aufgenommen. Diese Gespräche führten zu einer Fusion im Jahre 1998.

Die Zeit der Währungsunion und die Gründung der Raiffeisenbank Oschatz waren von vielen besonderen Ereignissen und Problemen geprägt:

- Die Gründung der Raiffeisenbank Oschatz eG und die Neugestaltung der BHG in Oschatz und Dahlen mussten notariell beglaubigt werden. In Oschatz und Umgebung gab es zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit, die Unterschriften der neu handelnden Personen von einem Notar beglaubigen zu lassen. Durch persönliche Kontakte sind damals alle betroffenen Personen mit zwei Autos nach Baden-Württemberg gefahren, um die Formalitäten zur Genossenschaftsgründung zu erledigen.
- Sowohl die verantwortlichen Vorstände als auch die Mitarbeiter der Bank benötigten fachliche und materielle Unterstützung. Diesbezüglich gab es bereits vor der Währungsunion erste Hilfsangebote durch Vorstände von Volksbanken der Kreisarbeitsgemeinschaft Meckesheim bei Heidelberg. Es gab gegenseitige Besuche zur Vorbereitung auf die Herausforderungen der neuen Bank unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Jedes Auto war auf der Rückfahrt nach Oschatz gefüllt mit Formularen, Handbüchern und technischen Geräten wie Schreibmaschinen und Additionsmaschinen. Es erfolgte damit eine erste Grundausstattung, um den Anforderungen einer Geschäftsbank zu entsprechen. Ab dem Zeitpunkt der Währungsumstellung waren permanent Vorstände und Mitarbeiter von Banken der Kreisarbeitsgemeinschaft Meckesheim vor Ort in Oschatz und gewährten Hilfe und Unterstützung. Gleichzeitig erhielten Mitarbeiter aus Oschatz bei den wöchentlichen Besuchen in den Partnerbanken Einweisungen in die praktische Arbeit. Diese partnerschaftliche Unterstützung erfolgte über mehrere Monate.
- In der früheren DDR wurden die Löhne und Gehälter der Werktätigen der Betriebe durch die Banken bar ausgezahlt. Bargeldlose Zahlungen waren nicht üblich. Somit wurden durch die Banken vor Ort monatlich beträchtliche Summen an die Kunden bar ausgezahlt. Für die Versorgung der Banken mit Bargeld war die Staatsbank zuständig. Das bedeutete, dass die Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, Filiale Oschatz, fast täglich

größere Mengen Bargeld von der Filiale der Staatsbank in Oschatz erhielt. Mit der Währungsunion war diese Praxis vorbei. „Über Nacht“ wurde die Filiale in Oschatz durch die Dresdner Bank übernommen. Somit war eine Bargeldversorgung der Raiffeisenbank Oschatz nicht mehr möglich. Täglich ist deshalb der Pkw der Bank mit Fahrer – ohne jegliche Sicherheit für Geldtransporte – von der Bundesbank in Leipzig nach Oschatz eingesetzt worden. Da eine versicherungstechnische Absicherung zu Beginn nicht möglich war, erfolgten die Geldtransporte über einige Tage sogar ohne Versicherungsschutz.

Es dauerte mehrere Monate, bis die Firmenkunden die Lohn- und Gehaltszahlung an ihre Mitarbeiter bargeldlos abwickelten und somit der Bargeldtransport von Leipzig nicht mehr notwendig war.

- In der DDR war es üblich, dass sich die Leiter der Oschatzer Banken monatlich zum Erfahrungsaustausch trafen. Mit der Währungsunion mussten nun die Banken unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft handeln. Ohne jegliche Erfahrung in Sachen Konditionen und Zinsen haben sich alle Leiter der Oschatzer Banken am letzten Tag vor der Währungsumstellung zum Erfahrungsaustausch zusammengefunden. Im Ergebnis der Diskussionen sind dann alle Banken, außer der neuen Dresdner Bank, mit einheitlichen Öffnungszeiten, Produkten, Konditionen und Zinsen in die Marktwirtschaft gestartet. Diese Praxis währte nicht lange. Jede Bank musste auf die Bedingungen des Marktes reagieren und eigene Konzepte erarbeiten und umsetzen.
- Die Verbundunternehmen Bausparkasse Schwäbisch-Hall und die R+V-Versicherung waren mit der Währungsumstellung nicht sofort „vor Ort“. Durch Medien, Kontakte und Bürger aus den alten Bundesländern, aber auch aus konkreten Situationen heraus, bestand sofort Handlungsbedarf, denn unsere Kunden verlangten nach Produkten der Bausparkasse und der R+V-Versicherung. Da wir weder fachlich geschult waren noch Formalitäten kannten, wurden von den Verbundunternehmen umgehend Mitarbeiter bei uns eingesetzt. Es gab einen regelrechten Ansturm von Kunden unserer Bank, aber auch von Kunden anderer Banken nach Bausparverträgen. Der Vertreter der BSH hat in den ersten Wochen Bausparverträge wie am „Fließband“ abgeschlossen.
- Mit der Währungsumstellung musste die Datenverarbeitung neu geregelt werden. Wir haben uns im Rahmen des Verbundes für die „Fiducia“ Karlsruhe als Rechenzentrum entschieden. Da keine Datenleitungen vorhanden waren, wurden die anfallenden Belege täglich per Kurier zum Rechenzentrum gefahren und dort verarbeitet. Erst nach mehreren Monaten erhielten wir vom Rechenzentrum die technische Ausstattung und eine elektronische Leitung, um die Belege in Oschatz verarbeiten zu können.

In Dahlen gab es auch einen Spar- und Vorschussverein. Das geht aus Unterlagen des Amtsgerichtes Oschatz, die im Staatsarchiv Leipzig lagern, hervor. Ist dieser Spar- und Vorschussverein Dahlen identisch mit der am 23. September 1914 gegründeten Creditgenossenschaft zu Dahlen, aus der lt. Genossenschaftsregister des Amtsgerichtes Oschatz auch eine Gewerbebank hervorging? Es gibt keine verlässlichen Daten dazu. Da derartige Vereine zu dieser Zeit buchstäblich wie Pilze aus dem Boden schossen, ist es nicht leicht, den Überblick zu behalten.

Jedenfalls existiert eine Liste der Genosschafter des Spar- und Vorschussvereins Dahlen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht von 1889. Und es gibt eine „Liste der Genossen für die Gewerbebank Dahlen“ von 1914 (!). Sie verzeichnete 15 Namen, alle aus Dahlen, darunter Schlosser-, Tischler-, Bäcker-, Fleischer-, Brau- und Buchbinde-meister. Trotzdem gehörte dieser Verein zum Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. ...

Die „ewige“ Genossenschaftskasse DAHLEN

Über die Anfänge des Dahleiner Darlehenskassen-Vereins ist leider nichts bekannt. Man kann aber davon ausgehen, dass es hier wie in den anderen untersuchten Orten die gleichen, Ende des 19. Jahrhunderts überall um sich greifenden Überlegungen waren, die zur Gründung des Vereins führten.

Erhalten blieb im Archiv der Volksbank Riesa eine „Liste der Genossen für den Dahleiner Darlehenskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht Dahlen“. Auf dem Titel dieses Buches sind die sich ändernden Bezeichnungen des Vereins notiert, allerdings ohne Jahreszahlen: Darlehens- und Sparkassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht Dahlen, und Genossenschaftskasse, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Dahlen.

Die Nummer 1 der „Liste der Genossen“ wurde am 27. Januar 1890 registriert: Hermann Hentzschel, Gutsbesitzer Wantewitz. Auch alle folgenden Mitglieder des Vereins waren Gutsbesitzer. Erst die Nummer 53 vom 5. März 1890 ist ein „Landwirth“: Franz Weber aus Schmannewitz, gefolgt von Karl Springefeld aus Dahlen, „Landwirth und Spediteur“.

Daraus wird deutlich, dass der Darlehenskassen-Verein ein Zusammenschluss im Sinne von Raiffeisen war, der sich insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich engagierte.

Erst ab Oktober 1890 kamen neben Gutsbesitzern auch Männer mit anderen Professionen hinzu: Oberförster Kaempffe aus Ochsenaal, Butterhändler und Hausbesitzer Teichmann (Nr. 105 vom 9. Juli 1892), Mühlenbesitzer Friedrich aus Schmannewitz (Nr. 106), Braumeister Schade aus Börlin (Nr. 133 vom 26. Februar 1884).

Neben der oben genannten „Liste der Genossen“ gibt es ein „Verzeichnis der Genossen der Genossenschaftskasse e.G.m.b.H. Dahlen Sachsen“, das die Mitgliedsnummern 293 bis 5.076 für den Zeitraum von 4. Februar 1905 bis zum 15. August 1974 enthält. Wie und warum dieses zweite Verzeichnis entstand, blieb unklar, zumal die „Liste der Genossen“ bei der Mitgliedsnummer 1.939 am 10. November 1971 endet.

Deutlich wird auch bei diesem Verzeichnis, dass die Mitglieder zum überwiegenden Teil in der Landwirtschaft tätig waren. Erst ab 1925 vollzog sich ein auffälliger Wandel in Richtung Handwerk und Gewerbe. Die neuen Mitglieder waren Bäcker-, Schmiede-, Dachdecker-, Friseur-, Tischler-, Elektro-, Fleischer- oder Schneidermeister, Sägewerks-, Windmühlen- oder Gasthofbesitzer, Textilkaufmann, Betriebsleiter, Ingenieur. Und doch überwiegt die Landwirtschaft.

Glücklicherweise existieren noch zahlreiche Protokollbücher zu den Beratungen des Aufsichtsrates sowie des Vorstandes der Darlehenskassen-Vereins Dahlen, sodass wir uns ein umfassendes Bild der Arbeit im Verein und seinen Nachfolgeeinrichtungen machen konnten.

Das erste vorhandene Protokoll-Buch wurde dem Verein vom Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Königreich Sachsen zur Verfügung gestellt, woraus geschlossen werden kann, dass der Verein diesem Verband angehörte, sein Wirken also stark landwirtschaftlich geprägt war.

Am 4. Januar 1914 genehmigte der Aufsichtsrat Vorstandsbeschlüsse über die Vergabe von Darlehen. Aufsichtsratsmitglieder waren die Herren H. Teller (Vorsitzender, s. S. 134), P. Feller, Wilhelm Spielmann, H. Zehrfeld, R. Haubold, H. Schöne, G. Gaitzsch, H. Schuster, Max Fischer. Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem regelmäßige Kassenprüfungen.

Die Geschäfte der Darlehenskasse müssen gut gelaufen sein, denn für das Jahr 1914 wurde an die Mitglieder eine Dividende in Höhe von 6 Prozent ausgezahlt.

Offenbar hatte die Darlehenskasse schon zu dieser Zeit ihren Sitz im Gasthof „Zur grünen Tanne“, denn im Mai gab es Ärger mit der Sternburg-Brauerei. Im Protokoll heißt es: „Die Versammlung ist über den Inhalt des Schreibens ungehalten und beschließt einstimmig, der Brauerei mitzuteilen, dass wir keinesfalls die Schließung des Lokales gestatten und uns auf den Pachtvertrag beziehen.“ Es ist anzunehmen, dass die Sternburg-Brauerei den Gasthof als Pächter betrieb und sich aus dem Geschäft zurückziehen wollte.

Die Diskussion mit der Brauerei zog sich durch die folgenden Monate. Dabei ging es um einen Pächterlass für die Brauerei und den Unterpächter.

Die Protokolle lassen oft keine Rückschlüsse auf die behandelten Themen zu, denn oft ist nur notiert „Schreiben wird verlesen“. Worum es dabei ging, bleibt meist offen.

Im Oktober 1915 ist dem Protokoll zu entnehmen, dass die Kasse Krieganleihen in Höhe von 100.000 Mark und 25.000 Mark gezeichnet hat. Wahrscheinlich wegen der unsicheren wirtschaftlichen und politischen Situation kündigten viele Mitglieder ihre Spargelder auf.

Im März 1916 nahm der Verein schon die vierte Krieganleihe auf und gewährte der Zweigstelle Dahlen der Bezugs- und Absatzgenossenschaft Dresden einen Kredit in Höhe von 40.000 Mark – was auf gut gehende Geschäfte schließen lässt.

Im Oktober zeichnete der Darlehenskassenverein erneut Krieganleihen und Schatzanweisungen. Es heißt im Protokoll: „Da in Dresden ca. 200.000 Mark liegen und außerdem 80.000 Mark Effekten vorhanden sind, glaubt man allen Eventualitäten für die Zukunft gewachsen zu sein.“

... Der aus der Creditgenossenschaft zu Dahlen hervorgegangenen „Gewerbebank“ gehörten 37 Personen an. Und sie gehörte zum Landesverband der gewerblichen Genossenschaften im Königreich Sachsen. Diese Gewerbebank zu Dahlen i. S. war eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. 1916 ging der Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis der Mitglieder hinaus, was eine steuerrechtliche Frage war. Die Gerichtsakten verzeichnen auch die Bilanz für 1916: Aktiva 5.516,15 Mark, Passiva 5.315,89 Mark, Überschuss: 20,26 Mark. Die Bilanz für 1918 verzeichnete 18 Mitglieder mit Aktiva in Höhe von 7.795,45 Mark. Zu einer Außerordentlichen Hauptversammlung am 22. November 1919 waren noch 15 Mitglieder registriert.

Am 17. Mai 1922 fasste die Hauptversammlung den Beschluss zur Auflösung und Liquidation der Gewerbebank, der einen Tag später ins Genossenschaftsregister eingetragen wurde. Am 13. Juni 1922 ist der Vermerk eingetragen: „Die Genossenschaft ist aufgelöst.“

Vielleicht liegt im offenbar unrühmlichen Ende dieser Gewerbebank die Ursache dafür, dass die Dahleiner immer besonderen Wert auf die Bezeichnung Genossenschaftskasse als Abhebung von dieser ominösen „Gewerbebank“ legten. Eine Parallele dazu gab es in Oschatz (s. S. 101).

Heinrich Teller
Im Internet stießen wir unter www.kleinboehla.de auf den Namen Friedrich-Wilhelm Teller (1816-1881).

Er war Gutsbesitzer und Geometer in Kleinböhlen und hatte drei Söhne: Karl, der Apothekenkaufmann in Leipzig wurde, Wilhelm, der in Neugersdorf in der Oberlausitz eine Zeitung gründete, und Heinrich, der wie sein Vater Gutsbesitzer in Kleinböhlen wurde. Dessen 1886 geborener Sohn Heinrich wiederum wurde Jurist und promovierte in Leipzig. Er gilt als sehr rege und dem neuen Zeitgeist aufgeschlossen.

So war er Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Zuckerfabrik Oschatz, der Dahlemer Kartoffelflockenfabrik, der Weidegenossenschaft Dahlen-Bortewitz und der Darlehenskasse Dahlen. Das ist der H. Teller, der uns im Protokollbuch als Aufsichtsratsvorsitzender begegnet.

Das setzte sich auch im Jahr 1917 so fort. Kündigten 1915 viele Mitglieder ihre Spareinlagen auf, wurde der Zufluss immer neuer Gelder langsam zum Problem. Im Protokoll vom 13. Dezember 1917 heißt es dann: „Dem Beschluss des Vorstandes.... den Zinsfuß für Spareinlagen auf 3 ¾ % zum 1.1.18 zu ermäßigen, wird beigestimmt.“ Die Darlehenskasse hatte ca. 400.000 Mark in Effekten, ca. 250.000 Mark in unverzinslichen Schatzanweisungen, ca. 150.000 Mark bar bei der Landesgenossenschaftskasse Dresden angelegt und erhoffte sich, dass durch die Zinsreduzierung dem weiteren Zustrom von „baaren Geldern“ Einhalt geboten werden kann. „Ein Bedürfnis zur Erlangung weiterer flüssiger Gelder liegt nicht vor.“

Auch im August 1918 wurden 500.000 Mark als „überflüssiges Geld“ in Schatzanleihen angelegt.

Für das Jahr 1918 zahlte der Verein 5 Prozent Dividende an seine Mitglieder. 20 Prozent des Reingewinns flossen in den Reservefonds. Spareinlagen wurden nur noch mit 3,5 Prozent verzinst. Es wurden immer wieder große Summen bei der Landesgenossenschaftskasse Dresden angelegt.

Im Juni 1919 stand das Hotel „Tanne“ wieder einmal auf der Tagesordnung. Verkaufen oder verpachten – das war die Frage, die einstimmig beantwortet wurde: „Von einem Verkauf der Tanne wird abgesehen.“ Die Pachtsummen sollten bei 2.600 Mark beginnen und sich dann jährlich um 200 Mark bis auf 3.200 Mark steigern. Dem künftigen Pächter wurde eine Wohnung im Haus zugesagt. Er musste allerdings eine Kautions in Höhe von 3.000 bis 5.000 Mark hinterlegen. Die Verpachtung sollte vom 1. April 1920 bis zum 30. März 1926 erfolgen. Es wurden weitere Regelungen zu diesem Thema getroffen, und es wurde festgelegt, wer die Räumlichkeiten für Sitzungen unentgeltlich nutzen darf.

Im August 1919 wurde beschlossen, den Entwurf eines neuen Statutes in diversen regionalen Zeitungen zu veröffentlichen.

Im Oktober 1919 unterschrieb Braumeister Brömme einen Pachtvertrag für 3.200 Mark jährlich. Aber Brömmes Geschäfte liefen offenbar nicht wie gedacht. Schon im Februar des folgenden Jahres wurde die Pacht „vorübergehend reduziert“. Es wurde regelrecht gefeilscht, bis Brömme sogar im Protokollbuch unterschrieb.

Am 27. März 1920 wurden für die Städtische Sparkasse Dahlen 328.000 Mark gegen Schuldschein genehmigt. „Der Verein erhält sich vor, die Sicherheit von 400.000 Mark in Effekten jederzeit zu verlangen, vorläufig aber davon abzusehen.“ Die Sparkasse musste 4,125 Zinsen dafür zahlen, Stempelgebühren und Sitzungskosten tragen. Kurz darauf bekam die Stadtgemeinde Dahlen 150.000 Mark zu 4,5 Prozent bei jährlich 1 Prozent Tilgung. Im Februar 1921 wurden 50.000 Mark nachgeschoben.

Und die Brauerei Lützschena durfte das Gaststätteninventar der „Tanne“ für 20.000 Mark haben. Gastwirt Brömme bekam einen Kredit in Höhe von 50.000 Mark gegen eine hypothekarische Sicherheit.

Nicht nur der Kredit für die Stadtparkasse Dahlen zeigt das Vertrauen, das die öffentliche Verwaltung offenbar in den Darlehenskassen-Verein hatte. Allerdings ging es dabei mitunter zu wie auf einem Basar. So ersuchte die Stadtgemeinde Dahlen 1921 um ein Darlehen. Es wurden 100.000 Mark genehmigt, wenn die Stadtgemeinde als Sicherheit Waldgrundstücke stellt. Der Schulvorstand schlug für die Hypothek die alte Schule vor. Das wurde strikt abgelehnt.



Im Jahr 1921 machte der Darlehenskassen-Verein Dahlen einen Gewinn in Höhe von 32.170 Mark, was im Vergleich zu den anderen und deutlich größeren hier betrachteten Einrichtungen stattlich ist. In Anbetracht der guten finanziellen Lage wurden die Sitzungsgelder auf 20 Mark erhöht. Es kam auch zu Gehaltserhöhungen. So wurden dem Geschäftsführer jetzt 12.000 Mark im Jahr gezahlt!

Für das Jahr 1922 wurde ein Reingewinn von 200.000 Mark ausgewiesen. Es ist allerdings anzunehmen, dass hier schon Auswirkungen der Inflation (s. S 25) sichtbar werden, denn die Beträge, mit denen hantiert wurde, stiegen deutlich. So sollte zum Beispiel ein altes Piano aus dem Gasthaus für 200.000 Mark nach Leipzig verkauft werden. Der Direktor bekam ein monatliches Gehalt von 25.000 Mark, das Sitzungsgeld wurde von 20 auf 200 Mark erhöht. Braumeister Brömme bekam einen Kredit in Höhe von „vorläufig“ 40 Mio. Mark!

Ganz nebenbei erfährt man, dass der Gasthof „Zur Tanne“ durch den Pächter Große neu eröffnet wurde.

Wurde am 25. April 1923 ein Kassenbestand in Höhe von 5.296.301 Mark ausgewiesen, so waren es am 31. August 1923 schon 166.655.172 Mark. Der Kredit der Bezugs- und Absatzgenossenschaft Dahlen wurde auf 20 Mrd. Mark erhöht. Erstmals kann man durch eine Notiz im Protokoll auf die Probleme schließen: „Die Lage verschlechtert sich, es sind keine Bürgschaften mehr zu bekommen bei anderen Banken.“

Der Marktplatz von Dahlen mit dem Gasthof „Zur grünen Tanne“ (links), dem Sitz der Darlehenskasse, auf einer Ansichtskarte aus dem Jahr 1927.

Quelle: Deutsche Fotothek, SLUB, Brück und Sohn

Einführung der Rentenmark und Ende der Inflation
Währungstechnisch wurden die Inflation und die damit verbundenen Spekulationen am 15. November 1923 durch die Ablösung der Papiermark mit Einführung der Rentenmark (wertgleich mit der späteren Reichsmark) beendet. Körperlich mussten die am 15. November 1923 gültigen Papiermarkscheine aber noch bis Anfang 1925 als wertstabiles Notgeld (Kurs: 1 Billion Mark = 1 Rentenmark) dienen, denn die neue Rentenmark konnte nur langsam in Umlauf gesetzt werden.

Durch die inflationäre Geldentwertung wurden die ökonomischen und sozialen Lasten des verlorenen Krieges von der Masse der abhängig Beschäftigten und den reinen Geldvermögensbesitzern getragen. Erst 1928 erreichten die Reallöhne im Durchschnitt wieder das Niveau des Jahres 1913. Ein wesentlicher Teil der Mittelschichten – gewohnt, ihr Leben ohne Hilfe des Staates zu gestalten, fand sich in Armut wieder. Ihre finanziellen Rücklagen schmolzen aufgrund der Inflation beinahe vollständig dahin (s. S. 26).

Quelle: Wikipedia

Die Sitzungskosten wurden jetzt mit einem Glas – meist wahrscheinlich Bier – und einer Zigarre abgegolten.

Im Dezember 1923 betrug der Kassenbestand 74.374.695.352 Mark! Die Einnahmen beliefen sich auf 727.574.695.351 Mark, die Ausgaben auf 653.200.000.000 Mark. Der Geschäftsführer sprach zur finanziellen Lage des Institutes „im Besonderen“. Was er ausführte, ist allerdings nicht bekannt, nur dass „von den befriedigenden Aufklärungen ... bestens Notiz genommen“ wurde. Auf enge Beziehungen der Darlehenskasse zur Kartoffelflockenfabrik lässt die Tatsache schließen, dass eine durch die Fabrik angeschaffte Rechenmaschine von der Darlehenskasse mit genutzt werden konnte.

Dann folgt eine lange Pause in den Unterlagen, deren Ursache unklar ist. Erst am 15. März 1924 fand wieder eine Beratung statt, in der der Geschäftsführer den Abschluss für das Jahr 1923 erläuterte. Es gab keine Außenstände, keine Verluste, aber einen Reingewinn in Höhe von 750 Billionen Mark! Trotz alledem sollte das 35-jährige Bestehen der Darlehenskasse Dahlen vorbereitet und „in würdiger Weise“ gefeiert werden. Der Kassenbestand lag am 4. April 1924 bei 843.463.126.383.625 Mark.

Bei der Sitzung am 8. Juli 1924 wird das Ende der Inflation deutlich. Der Kassenbestand betrug 901,58 Rentenmark in bar. Das im Protokoll festgehaltene lapidare Fazit: „Mit Befriedigung wird Kenntnis genommen, dass der Geschäftsgang ein guter ist und dass es möglich gewesen ist, trotz der allgemeinen Schwierigkeit den Anforderungen zu entsprechen.“

Immer wieder spielten in den Vorstandssitzungen Reparaturen und bauliche Veränderungen am vereinseigenen Gebäude „Grüne Tanne“ eine Rolle. Mal mussten die Toiletten repariert werden, mal benötigte das Sitzungszimmer neuen Fußbodenbelag, mal musste die Aschegrube saniert werden. Manchmal ist allerdings vom „Gasthof Grüne Tanne“, mal nur von der „Tanne“, mal vom Hotel Tanne die Rede. Dessen Grundstückswert wurde für 1928 mit 44.564 RM beziffert. Am 23. Juli 1928 berichtet das Vorstandsprotokoll, dass die Geschäftsräume sehr schön und „zeitgemäß“ umgestaltet worden seien. Dabei handelte es sich offenbar noch nicht um Räume in der „Tanne“, denn am 1. Mai 1931 wurde „auf verschiedene Anregung hin“ gewünscht, „die Geschäftsräume nach dem eigenen Grundstück im Hotel Tanne zu verlegen“. Diesem Wunsche pflichteten alle bei, und so wurden bei Baumeister Richter in Dahlen und Tischlermeister Zschau Vorschläge eingeholt für Umbaumaßnahmen. Die Ausführungen wurden genehmigt und den obigen Herren übertragen. Schon am 22. Mai 1931 wird berichtet, dass die Geschäftsräume ins Hotel Tanne verlegt wurden. Wo die Genossenschaft ihren Sitz zuvor hatte, war leider nicht zu ermitteln, da in den Unterlagen keine Adressangaben zu finden waren.

Im November 1933 wurden die Mitglieder 712 bis 717 aufgenommen. Darunter waren zwei Gutsbesitzerinnen und eine Witwe. Elf Darlehensanträge wurden abgelehnt. Die Begründung lautete: „Die Ablehnung muss erfolgen zufolge der heutigen unsicheren Geldverhältnisse und durch das in Ausführung befindliche Erbfolgegesetz.“ Mit der Einführung des Reichserbhofgesetzes am 29. September 1933 sollte die weitere Zersplitterung landwirtschaftlicher Flächen verhindert werden.

Im Juli 1934 kam der Vorstand zusammen, um „mit der Sternburg Brauerei wegen Verpachtung unseres Gasthofs und Festlegen der Pachtbedingungen zu verhandeln.“ Außerdem wurde der Ankauf einer schwarz-weiß-roten und einer Hakenkreuzfahne bewilligt.

Immer wieder wurden neue Mitglieder aufgenommen. Auffällig ist, dass zu den landwirtschaftlichen auch immer mehr handwerkliche Berufe hinzukamen. Zu den neuen Mitgliedern gehörten beispielsweise Bäckermeister Otto Kretzschmar aus Schmannewitz, Mühlenbesitzer Richard Breitenborn aus Börlin oder auch Gastwirt Erhard Hahnisch aus Dahlen. Es wurden Darlehen in Höhe von 200 bis 5.000 Reichsmark vergeben.

Und es wurden „Schreiben des Landesbauernführers und der NSDAP“ bekanntgegeben. Das fällt auf, weil politische Sachverhalte in den Protokollen zuvor nie aufgetaucht sind. Besonderen Eifer entwickelte man offenbar nicht, denn es heißt auch „Ein Schreiben der NSDAP wegen Übernahme einer Patenschaft lässt man auf sich beruhen.“ Neuer Pächter des Gasthofs Tanne wurde die Sternburg Brauerei Lützschena.

Das Bankengeschäft lief offenbar weiter gut, denn im September 1934 beschloss man, „infolge Vorhandenseins reichlicher flüssiger Mittel“ 15.000 RM bei der Sächsischen Landwirtschaftsbank Dresden auf vier Monate gut anzulegen.

Aber es gab Ärger mit Geschäftsführer Fritz Grunert. Es lagen dem Vorstand drei Schreiben der Landesbauernschaft Dresden vor, „in welchen Herr Grunert in nicht gerade angenehmer Weise derangiert wird, und sein Amt als Geschäftsführer niederlegen soll“. Vom Verband aus Dresden kam daraufhin Oberrevisor Strassberger zur Vorstandssitzung. Die Kreisbauernschaft Oschatz schickte ihren Hauptabteilungsleiter. In einer mündlichen Aussprache ging es um den Geschäftsführer. Welcher Art dessen Vergehen war, geht aus den Protokollen nicht hervor. Am 2. Oktober 1934 wurde beschlossen, Grunert zu bitten, die Ämter, die er in der Genossenschaft innehat, zum Jahresende niederzulegen. Grunert war bei der Sitzung offenbar nicht dabei, denn die Entscheidung sollte ihm mündlich mitgeteilt werden. „Der Bankvorstand beschließt hierdurch einstimmig, dass Herr Grunert seine Ämter niederlegt.“ Weitere Verhandlungen zur Kündigung Grunerts wurden mit dem Verband in Dresden geführt, und am 6. Dezember 1934 heißt es: „Man beschließt heute einstimmig, den Vorstandsbeschluss vom 2.10.34 wegen zu großer Beunruhigung unter den Mitgliedern als freiwillig zu erklären.“ Der Grund für diese Entscheidungen bleibt im Dunkeln. Möglicherweise war er krank und nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben in vollem Umfang zu erfüllen, denn in der Vorstandssitzung wurde bekanntgegeben, dass Fritz Grunert verstorben ist. Ein weiteres Vorstandsmitglied schied aus: Max Fischer legte sein Amt wegen Krankheit nieder. Deutet all das auf eine „Bereinigung“ der Ämter von unliebsamen Personen hin? Das bleibt Spekulation.

Auf der Suche nach einem neuen Geschäftsführer wurden im Februar 1935 fünf Bewerber eingeladen und geprüft. Sie waren zwischen 26 und 35 Jahren alt. Ihre Gehaltsforderungen schwankten zwischen 200 und 450 RM monatlich. Auch ein Mitarbeiter aus dem eigenen Haus war unter den Bewerbern.

Die Erbhöfe
Das Erbhoffeststellungsverfahren war 1939 abgeschlossen. Die Erbhöfe wurden von Amts wegen in die Erbhöferolle eingetragen. Von den 3.198.563 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben waren jetzt 689.625 Erbhöfe. Das war jeder fünfte Hof. Die Erbhöfe umfassten 38 Prozent der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betriebsfläche des Reichs. Für den Erbhof galt nunmehr zwangsweise das Anerbenrecht, d. h. er wurde nur an einen Erben übergeben und blieb so ungeteilt erhalten. Diese Neuordnung ging auf Vorstellungen des 19. Jahrhunderts zurück, dass der bäuerliche Grundbesitz aus dem „kapitalistischen Markt“ herausgelöst werden müsse.

Die Größe des Hofes musste zwischen 7,5 und 125 Hektar betragen. Diese Größe war produktionspolitisch erwünscht, denn 7,47 Hektar war die Größe, die im Allgemeinen ausreichte, um eine bäuerliche Familie zu ernähren. Der Erbhofeigentümer wurde per Gesetz als Bauer, alle anderen als Landwirte bezeichnet. Die im Reichserbhofgesetz verfügte Unveräußerbarkeit des landwirtschaftlichen Bodens, das Verbot von Belastung und Zwangsvollstreckung bewahrte zwar viele Höfe vor der Zwangsversteigerung, schloss aber die Bauern vom Zugang zu Krediten aus. Daher wurden bald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes spezielle Anerbengerichte einberufen, die in manchen Fällen den Hof doch als Kreditsicherheit zuließen. Wegen der Unveräußerbarkeit des Bodens entstand eine weit verbreitete Unzufriedenheit, weil die Bauern nicht mehr als Eigentümer über ihre Höfe verfügen konnten, sondern als Verwalter fungierten. Zudem wurden die noch verfügbaren landwirtschaftlichen Flächen verknappt und verteuert, wodurch die Aufstiegsmöglichkeiten von Landarbeitern verhindert wurden. Bauernkindern, die wegen der Anerbenbestimmung vom Hof weichen mussten, wurde es dadurch erheblich erschwert, eigene Höfe zu erwerben.

(Quelle: Wikipedia)

Die Liste der in Betracht kommenden Personen wurde an den Verband nach Dresden „zur Begutachtung“ geschickt.

Schließlich wurde der 29-jährige Rudolf Gellert aus Ostritz zum 1. April 1935 neuer Geschäftsführer. Die Vorstandsmitglieder wählten einstimmig Alfred Hauffe aus Dahlen zum Vorstandsvorsitzenden. In der gleichen Sitzung wurde ihm ein Sonderkredit in Höhe von 3.700 RM gewährt gegen die Verpfändung von 4.000 RM in Form eines Wertpapiers.

Für das Jahr 1934 bilanzierte die Genossenschaft einen Bilanzverlust von 34.529 RM und weitere Schäden von rund 60.000 RM. Allerdings waren 33.000 RM als stille Reserven vorhanden sowie ein Geschäftsguthaben in Höhe von 11.430 RM und Deckungsmittel in Höhe von 127.387 RM. Es mussten rund 40.000 RM Spareinlagen ausgezahlt werden. Und es wurden weiter verstärkt Spareinlagen abgehoben. Verloren die Mitglieder das Vertrauen in ihre Bank? Das Bankguthaben sank von 124.800 auf 45.500 RM. Der Vorstand konstatierte: „Diese Entwicklung läuft entgegen den Bestrebungen, hinreichend Flüssigkeitsreserven für den Einlagenbestand (rd. 854.000 RM Spareinlagen und rd. 85.000 RM Guthaben) anzusammeln.“ Es erschien ihm als unerlässlich, „die Austeilungspolitik vollständig abzustoppen und alle einkommenden Mittel zur Ansammlung einer hinreichenden Flüssigkeitsreserve zu verwenden“. Ein Mittel dazu war offenbar das konsequentere Eintreiben von Schulden. So wurden mit der Mehrheit der Schuldner Abwicklungsvereinbarungen getroffen.

Großen Aufwand verursachte immer wieder die „Tanne“. 1935 wurde der Pachtvertrag mit der Brauerei wieder geändert. Die Darlehenskasse übernahm künftig die Kosten für Licht, Gas, Reinigung und zahlte 150 RM Heizkostenpauschale im Jahr. Ein Verkauf des Grundstücks – so weit war man sich einig – kam „vorläufig“ nicht in Frage (s. S. 151).

Doch auch im Bankengeschäft tat sich einiges. Viele Hypotheken wurden gekündigt, Kreditanträge aus Mangel an Mitteln abgelehnt. Etliche Kreditangelegenheiten wurden einem Rechtsanwalt übergeben. Offenbar ging man jetzt konsequenter mit Kreditnehmern um, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkamen. Es wurde Geld eingetrieben, wo es ging. Aber auch im Haus wurde Ordnung geschaffen, indem die Bodenkammer Licht bekam und entrümpelt wurde. Akten, die älter als zehn Jahre waren, wurden vernichtet.

Am 14. Januar 1936 wurde beschlossen, dass „in lfd. Rechnung keinerlei Neuausleihungen stattfinden dürfen. Die zinsseitigen Kontostände gelten als Kredit unter Fortfall der früheren Kreditgenehmigungen und sind Neukredite stets der Verwaltung zur Genehmigung vorzulegen“. Diese Zeilen sind im Protokollbuch rot markiert, was ihre Bedeutung zweifelsohne unterstreicht. Allerdings wurde dem Geschäftsführer Rudolf Gellert ein Kredit in Höhe von drei Monatsgehältern gegen die Verpfändung seines Autos genehmigt. Mit dem Jahresabschluss 1935 zeigte man sich zufrieden. Zahlen dazu sind keine bekannt.

Die Darlehenskasse kaufte 1936 die bisherige „Ärztliche Verrechnungsstelle“ in der Adolf-Hitler-Straße 59 für 14.500 RM. Hier sollte Geschäftsführer Gellert in eine Dienstwohnung einziehen. Der junge Mann hatte im Sommer geheiratet. Als Geschenk wurde für ihn in seinem neuen Zuhause ein Bad – allerdings ohne Badewanne – eingebaut.

Die Bilanz für 1936 meldet einen Gewinn in Höhe von 7.890,66 RM. Auf der Liste der Mitglieder des Darlehens- und Sparkassen-Vereins, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung in Dahlen, wurden die Nummern 822 bis 824 vergeben.

1937 war erstmals von der Einberufung von Angestellten zu militärischen Übungen die Rede.

Es gab eine Vereinbarung mit der „Flocke“, der Kartoffelflockenfabrik Dahlen, dass die Darlehenskasse deren Bücher führt. Man stellte ausdrücklich fest, dass die Darlehenskasse nur die Verantwortung für die ordnungsgemäße Buchführung, die Kassenführung und den Briefwechsel übernimmt, die nach den gesetzlichen Bestimmungen geführt wurden. Eine Verantwortung für die Geschäftsführung wurde ausdrücklich abgelehnt.

Vielleicht gab es deshalb Diskrepanzen, denn die „Flocke“ musste jetzt einen Buchhalter einstellen, dessen Büro in die Fabrik verlegt wurde. Geschäftsführer Gellert übernahm es, den neuen Buchhalter einzuarbeiten und zweimal wöchentlich dessen Tätigkeit zu kontrollieren. Der ab 1. Oktober dort tätige neue Buchhalter war allerdings Gerhard Geißler, bisher Buchhalter bei der Darlehenskasse, die daraufhin einen neuen Fachmann einstellen musste. Der Fabrik wurden darüber hinaus weitere Überziehungskredite gewährt. Die Kasse übernahm gegenüber der Reichsbahn eine „weitere“ Bürgschaft für die „Flocke“ in Höhe von 4.000 RM. Die Darlehenskasse und die „Flocke“ waren offenbar eng verflochten.

In der heutigen Bahnhofstraße 59 wurde die Dienstwohnung für Geschäftsführer Gellert eingerichtet.



Am 28. Februar 1938 entschloss sich der Vorstand, der Generalversammlung die Firmenänderung in „Darlehenskasse“ vorzuschlagen. Kurz darauf wurde dem Aufsichtsrat durch den Vorstand unterbreitet, den Firmennamen in „Darlehenskasse“ zu ändern. Der Begriff war schon lange verwendet worden, obwohl der eigentliche Name Darlehenskassen-Verein war. Nun war die verkürzte Form offiziell.

Außerdem wurde die Werbung forciert. Es wurden Anzeigen veröffentlicht und ein Kino-Diapositiv angeschafft. Geschäftsführer Gellert hielt Werbevorträge in sämtlichen Orten des Arbeitsgebietes in den Ortsbauernversammlungen.

Vier Wochen später beschloss der Vorstand, dem Aufsichtsrat nunmehr die Änderung des Firmennamens in „Genossenschaftskasse“ vorzuschlagen. Im Mai wurde der Lehrling Kurt Geppert „wegen wiederholter beharrlicher Gehorsamsverweigerung“ entlassen. Worum es im Einzelnen ging, bleibt im Dunkeln, aber ihm eventuell noch zustehende Ansprüche wurden als Entschädigung einbehalten.

Im September beantragte Geschäftsführer Gellert, ihn von den Pflichten gegenüber der „Flocke“ zu entbinden (s. S.139).

Den Akten liegt die Kopie eines Einzelblattes vom 16. September 1938 bei. Es handelt sich um ein Schreiben an das Amtsgericht Oschatz, Genossenschaftsregister. Darauf ist die Bezeichnung „Darlehens- und Sparkassen-Verein“ überstempelt mit „jetzt Genossenschaftskasse“ e.G.m.b.H., Dahlen i. Sa. Das lässt darauf schließen, dass die Namensänderung durch die Generalversammlung 1938 erfolgte.

Geworben wurde auf dem Blatt mit „Stahlkammer, Vermietung von Schließfächern, Ausführung aller Bankgeschäfte“.

In dem Schreiben heißt es: „In der Anlage überreichen wir Ihnen eine Bescheinigung des Vorstandes unserer Genossenschaft, dass sich auf die dreimalige Bekanntmachung betr. Umwandlung der Haftungsform keine Gläubiger gemeldet haben, mit der höflichen Bitte, die Eintragung des Umwandlungsbeschlusses von unbeschränkter Haftpflicht in beschränkte Haftpflicht (nach Ablauf des Sperrjahres) am 19. September 1938 vornehmen zu wollen“.

Wesentliche Informationen für den Herbst 1938 und das Frühjahr 1939 sind, dass Postkartenschecks ausgegeben und die Mitglieder 956 bis 980 aufgenommen wurden. Darüber hinaus wurde die Maschinen-Buchhaltung vorbereitet, weshalb täglich Überstunden nötig waren.

Die Eintragungen enden am 27. April 1939 mit Hinweis auf die Fortsetzung im neuen Buch, das leider nicht erhalten geblieben ist. Man kann aber davon ausgehen, dass sich der Geschäftsverlauf in der Kriegs- und Nachkriegszeit ähnlich entwickelte wie in den anderen hier beschriebenen Geldinstituten auch.

Die nächsten Informationen konnten wir einem Protokollbuch des Aufsichtsrates der Genossenschaftskasse e.G.m.b.H. Dahlen (Sachsen) entnehmen, das über den Zeitraum vom 6. Dezember 1951 bis zum 8. September 1960 reicht. Die meisten Sitzungen waren jedoch gemeinsame Beratungen von Aufsichtsrat und Vorstand.

Laut Protokoll vom 6. Dezember 1951 ist Karl Kirsten aus Bortewitz Aufsichtsratsvorsitzender. In der Sitzung wurden die Mitglieder 1665 und 1666 aufgenommen und Neukredite genehmigt. Einige Anträge wurden abgelehnt – der ganz normale Geschäftsalltag, wobei die Kredithöhen nur zwischen 350 und 1.500 DM liegen. Es tauchten aber offenbar neue Probleme auf. So heißt es im Protokoll: „Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Schuld N. zunächst nicht beigetrieben werden kann, da sich N. im Westen aufhält und noch keine gesetzliche Grundlage zur Vollstreckung gegen den Schuldner vorhanden ist. Die Ehefrau von N. kann nicht herangezogen werden, da – wie festgestellt worden ist – keine Vermögenswerte vorhanden sind.“ Und auch eine weitere Notiz ist wichtig: „Der Sächsische Genossenschaftsverband für Handwerk und Gewerbe in Dresden hat in seiner Sitzung vom 27.11.51 die Aufnahme der Genossenschaftskasse Dahlen grundsätzlich beschlossen, steht jedoch noch die Zustimmung des Finanzministeriums aus.“

Das Verzeichnis der Genossen von 1905 bis 1974 registriert in den Anfangsjahren zwar einige Handwerker und Rentner, aber mehr als die Hälfte der Mitglieder gaben landwirtschaftliche Berufsbezeichnungen an. Ab 1925 kamen auffällig mehr Handwerker und andere Berufe von Bäckermeister über Ingenieur bis Windmühlenbesitzer, Textil-Kaufmann, Betriebsleiter und Maschinenmeister hinzu. Dennoch überwog die Landwirtschaft. Das verstärkte sich nochmals in der Nachkriegszeit, als viele Neubauern Mitglied in der Genossenschaftskasse wurden.

Auffällig ist dann die „Aufkündigung“ bzw. der Ausschluss vieler Mitglieder zum Jahresende 1953 – so auch der Maschinenausleihstation Dahlen, die seit dem 9. Juli 1949 Mitglied war. Der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe – Mitglied seit dem 16. Juni 1948 – wurde jedoch erst zum Jahresende 1971 gekündigt. Durch die Gründung der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften und der Bauernbank (s. S. 125) erwuchs der Genossenschaftskasse eine starke Konkurrenz, da vor allem den neu entstandenen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nahegelegt wurde, ihre Kredite und dann auch die Lohnzahlungen über die Bauernbanken abzuwickeln. Für die Genossenschaftskasse Dahlen bot die verstärkte Orientierung in Richtung Handwerk und Gewerbe die besseren Überlebenschancen.

Vom 9. Januar 1952 bis 12. Januar 1955 kamen 21 neue Mitglieder aus dem Handwerk, 38 waren Lehrer, Händler, Arbeiter, Angestellte, Ärzte, Gastwirte, Fuhrunternehmer, nur sieben bezeichneten sich als Bauern.

Diese Entwicklung bestätigte uns auch Karl-Heinz Leuteritz, der langjährige Direktor der Genossenschaftskasse Dahlen, in seinen Erinnerungen (s. S. 166). Dessen Name tauchte im Übrigen erstmals im Protokoll vom 6. Dezember 1951 auf: „Man nimmt von der bevorstehenden Hochzeit des Angestellten Leuteritz Kenntnis. Der Geschäftsführer wird beauftragt, ein passendes Geschenk im Namen der Verwaltung zu überreichen.“

Im Januar 1952 ging es wieder um das Thema Verbandswechsel: „Man nimmt davon Kenntnis, dass das Finanzministerium Dresden grundsätzlich sein Einverständnis zum Verbandswechsel erteilt hat. Der gewerbliche Verband wurde jedoch beauftragt, nochmals eingehend zu prüfen, ob eine Lebensfähigkeit der Genossenschaftskasse gegeben ist, auch wenn die bäuerliche Kundschaft abwandern sollte.“

Die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften (BHG)

Die ländlichen Spar- und Darlehnskassen, die sich bereits in den 1930er Jahren einheitlich als Raiffeisenkassen e.G.m.b.H. bezeichnen mussten, entwickelten sich 1949/50 zu – bereits universellen – Landwirtschaftlichen Dorfgenossenschaften weiter. Dazu fusionierten sie auch mit Bezugs- und Absatzgenossenschaften (Raiffeisen) zu territorial abgegrenzten Vereinigungen und waren in fünf Landesverbänden organisiert. Parallel entstanden in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) aus den seit Herbst 1945 gebildeten „Kommissionen für die Bodenreform“ und den „Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe“ Ortsorganisationen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), die sich zu Kreis- und Landesverbänden zusammenschlossen und schließlich auf dem I. Deutschen Bauerntag im November 1947 die „Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (ZVdgB)“ als Körperschaft des öffentlichen Rechts gründeten.

Die hierzu gehörenden Ortsgruppen suchten anfangs Kooperation und Arbeitsteilung mit den ab 1945 wieder zugelassenen landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Unterstützung der Neu-, Klein- und Mittelbauern. Aber bald sollte die VdgB, die sich bereits in der landwirtschaftlichen Beratung und ab 1949 bei den Tierzuchtverbänden ein großes politisches und fachliches Mitspracherecht gesichert hatte, auch auf den Landhandel mehr Einfluss ausüben. So entstanden nach dem Beschluss der Leitungsgremien vom „Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands“ und der „Zentralen Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ vom 20. November 1950 neue Landesverbände sowie regionale VdgB – Bäuerliche Handelsgenossenschaften. ...

Im Februar 1952 wurde beschlossen, „eine neue Mercedes-Buchungsmaschine zum Preis von ca. DM 6.300 anzuschaffen, sobald das Finanzministerium und die Generalversammlung die Genehmigung erteilt haben, dass die Genossenschaftskasse sich dem gewerblichen Verband anschließt.“ Die Generalversammlung fand am 3. April 1952 statt. Den Revisionsbericht legte bereits der gewerbliche Verband vor. Er wurde „in den Hauptpunkten zur Kenntnis genommen.“

Das war ein Problem der Recherche. In den Protokollen wurde oft notiert, dass Schreiben zur Kenntnis genommen wurden. Über deren Inhalte ist nicht zu erfahren, allerdings ließen sich aus den Reaktionen auf diese Schreiben mitunter Rückschlüsse ziehen, wobei das natürlich nur Vermutungen seien können.

Der Vorstandsvorsitzende Bernstein informierte die Mitarbeiter, dass durch die Umstellung der Genossenschaft eine Personalminderung unerlässlich sei. Zwei Mitarbeiterinnen wurden entlassen. Er betonte, dass bei der Neubesetzung des Personals den anfänglichen Rentabilitätsschwierigkeiten der Genossenschaft als Gewerbebank unbedingt Rechnung getragen werden müsse und forderte die Belegschaft auf – soweit sie noch verbleiben wird – auch weiterhin ihre ganze Kraft für das Gedeihen der Genossenschaft einzusetzen. Hier taucht in den Unterlagen erstmals die Bezeichnung „Gewerbebank“ auf, obwohl eine entsprechende Namensänderung nie erfolgte. Allerdings „fühlte“ und arbeitete man wohl im Sinne einer Gewerbebank.

Vorstand Bernstein wies die neue Verwaltung auf die vielfältigen Aufgaben in der Zukunft hin und machte in diesem Zusammenhang die Herren auf die Schweigepflicht aufmerksam. Sie bekamen neue Geschäftsanweisungen. Darüber hinaus wählte der Vorstand aus seiner Mitte Herrn Becker aus Schmannewitz als Vorsitzenden. Bernstein war mit Zustimmung der Gesamtverwaltung noch als Mitglied des Aufsichtsrates tätig. Herr Jäger wurde zum Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden, Herr Schneider als Beisitzer gewählt. Der Aufsichtsrat wählte aus seiner Mitte Walter Uhlig, Dahlen, als Vorsitzenden und Paul Schumann, Luppä, als stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Herren Langner, Pinkert, Müller und Bernstein waren als Beisitzer im Aufsichtsrat tätig. Der Name Kirsten tauchte nicht mehr auf.

Im Protokoll vom 26. Juni 1952 geht es um Probleme mit verschiedenen Kreditnehmern, u. a. Bauunternehmen. Denen durften „gemäß ergangener Anweisungen keine Kredite mehr gewährt werden“, aber es sollte beim Genossenschaftsverband Rückfrage gehalten werden. „Die Verwaltung ist der Auffassung, dass auch in diesem Fall – das Baugewerbe benötigt ebenfalls Kreditmittel – ein Weg gefunden werden soll.“ Bei anderen wurde wenigstens Geld für die Lohnzahlung genehmigt. Es ist aber festzustellen, dass konsequenter als bisher gegen Schuldner vorgegangen wird. So wurde gegen einen Schuldner sogar ein Haftbefehl angedroht, wenn er nicht wöchentlich 10 DM zahlt.

Auf Lücken im Kreditgeschäft wies auch der Revisor des Sächsischen Genossenschaftsverbandes im August 1952 hin. Er forderte mit Nachdruck, dass die Verwaltung gemäß der Geschäftsanweisung Prüfungen und Kontrollen in der Bank durchzuführen hat. Es müsse alles getan werden, um fehlende Unterlagen schnellstens zu ergänzen.

Der Revisor legte der Verwaltung nahe, dass die augenblickliche personelle Besetzung in der Abteilung Buchhaltung und Kasse nicht ausreiche und hielt es für unbedingt notwendig, dass hier Abhilfe geschaffen wird. Ein Kassierer könne eingespart werden, während für die Buchhaltung und die damit verbundenen gesamten Arbeiten eine Kraft mit den notwendigen Fachkenntnissen erforderlich sei.

Im September wurde eine Kreditkommission gegründet, die alle Kreditakten mit Anträgen bis zu einer Höhe von 2.000 DM überprüfen und diese gegebenenfalls nachträglich genehmigen sollte. Anträge über 2.000 DM waren ausschließlich von der Gesamtverwaltung zu bearbeiten. Am 11. September 1952 gab Bernstein eine Erklärung ab, in der er den Geschäftsgang der Genossenschaftskasse seit 1943, besonders im Hinblick auf seine Tätigkeit in der Verwaltung, darlegte. Er sprach besonders die Schwierigkeiten seit 1945 an, die für die Verwaltung durch wiederholten Wechsel in der Geschäftsführung entstanden. Er machte Vorschläge für weitere Personaleinschränkungen in der Belegschaft. Die Verwaltung nahm die Ausführungen zur Kenntnis, schloss sich jedoch der Meinung Bernsteins – besonders im Hinblick auf die Personenzahl bei der Personaleinschränkung – nicht an. Das Thema wurde offenbar noch heiß diskutiert, Beschlüsse dazu wurden aber nicht gefasst. Einer Mitarbeiterin wurde jedoch wenig später gekündigt. Herr Bernstein erklärte schließlich vor der Gesamtverwaltung seinen Austritt aus dem Aufsichtsrat. Die Gesamtverwaltung billigte diesen Entschluss.

Rückschlüsse auf die schwierige Situation der Genossenschaftskasse lässt die Entscheidung zu, die Prüfungsgebühr in Höhe von 457,70 DM erst nach Eintreffen des Berichtes über die gesetzliche Revision an den Verband zu bezahlen. Wegen Rentabilitätsschwierigkeiten sollte versucht werden, den Betrag herabzusetzen. In der Stellungnahme zum Prüfbericht heißt es: „Der für Gewerbebanken z. Zt. noch gültige Kontenrahmen wird noch vor Jahresabschluss 1952 eingeführt.“ – wieder ein Indiz dafür, dass man sich durchaus als Gewerbebank sah, nur eben nicht so hieß. Das Schreiben endet mit der Zusammenfassung: „Die neue Verwaltung der Genossenschaftskasse ist bemüht, die noch bestehenden Mängel durch Anwendung der verbindlichen Richtlinien in kurzer Zeit abzustellen. Vor allen Dingen wird das Kreditgeschäft weiter beschleunigt überarbeitet, um in Kürze eine Anpassung an die Richtlinien zu erreichen.“

Die Bilanzsumme per 31. August 1952 betrug 890.000 DM. Für das Jahr 1951 wurde ein Reingewinn von 917,25 DM ausgewiesen.

Im Dezember 1952 gab der Geschäftsführer bekannt, dass die Besitzer der vier devastierten landwirtschaftlichen Betriebe ihren Hof vorübergehend auf Grund des Gesetzes über devastierte landwirtschaftliche Betriebe (Ges. Blatt Nr. 38, Seite 226) verlassen müssen. „Z. Zt. haben die Genannten die oben verzeichneten Schuldbeträge bei uns noch offenstehen. Die Beträge sind durch Hypothekeneintragungen zunächst gedeckt. Es ist mit den Schuldnern sofort wegen weiterer Tilgung der Beträge zu verhandeln. Gleichzeitig soll der Kreisrat wegen der vorhandenen Schulden in Kenntnis gesetzt und Stellungnahme dazu erbeten werden. Der §2, Abs. 2 des Gesetzes besagt, dass während der Treuhänderschaft oder Pachtung der devastierten Betriebe Leistungen für die bisher auf dem Betrieb lastenden Verbindlichkeiten nicht zu erbringen sind.“ (s. S. 144)

... Ihnen oblag das Handelsgeschäft vor allem mit bargeldlosem Zahlungsverkehr durch Führung von Giro- und Sparkonten vorrangig für die Landbevölkerung. Das Kreditwesen – insbesondere für Investitionen – ging bald auf die im Februar 1950 gegründete Deutsche Bauernbank (ab 1965 Deutsche Landwirtschaftsbank, ab 1968 Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR) über.

Bis zum Ende der DDR stiegen die Versorgungs-, Dienst- und Bankleistungen stetig, ebenso Arbeitsproduktivität und Effektivität. Zur Wende existierten (nach rentabilitätsbedingten Konzentrationen) 272 juristisch selbständige BHG, die mit 6.800 Verkaufseinrichtungen, 2.800 Bankstellen, 3.500 Ausleihstützpunkten usw. die ländlichen Gebiete der DDR flächendeckend – im Rahmen des begrenzten staatlich bereitgestellten Warenfonds – versorgten. Ende 1989 verfügten die BHG über eine Bilanzsumme von 19 Milliarden und über Bankeinlagen ihrer Kunden von 13 Milliarden DDR-Mark.

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland bildeten sich die BHG zu Erwerbigenossenschaften entsprechend dem bürgerlichen Recht um, dabei wurde das Kredit- und Warengeschäft in der Regel getrennt und auf gesonderte Raiffeisenbanken bzw. -Warengenossenschaften aufgeteilt. Während das Waren- und Dienstleistungsgeschäft wegen zahlreicher Konkurrenz im jeweiligen Einzugsbereich an Bedeutung verlor, wurde das Kreditgeschäft in den Raiffeisen- und Volksbanken der ostdeutschen Länder fortgeführt.

Quelle: Wikipedia

Gewollte Probleme
Hier werden die politischen gewollten Probleme deutlich, in die landwirtschaftliche Betriebe getrieben wurden. „Nach 1945 bestand für alle landwirtschaftlichen Produkte ein Ablieferungssoll, das jährlich per Verordnung neu geregelt wurde. Dieses Ablieferungssoll war je nach Betriebsgröße progressiv gesteigert, so dass größere Betriebe mehr je Hektar bzw. je Tier abzuliefern hatten. Nach der ‚Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung‘ vom 19. Februar 1953 konnte den Besitzern landwirtschaftlicher Betriebe, die Ablieferungsschulden hatten, die weitere Bewirtschaftung ihres Grundbesitzes untersagt werden. Die Betriebe wurden als devastiert erklärt. Ihr Grundbesitz kam in die Verwaltung des Rates des Kreises und wurde von diesem entweder der ortsansässigen LPG – wenn vorhanden – oder der Gemeinde zur Bewirtschaftung überlassen. Entsprechend zweier Verordnungen vom 11. Juni 1953 konnten devastierte landwirtschaftliche Betriebe zurückerhalten werden.“

(Quelle: Regionale Strukturen im Wandel, Annette Becker, Leske + Budrich, Opladen 1997)

In das Protokollbuch ist ein vom 31. Dezember 1952 datiertes Schreiben eingeklebt. Dazu heißt es, dass die lt. Verwaltungsbeschluss vom 18. Dezember 1952 ausgeschlossenen Mitglieder mit nachfolgendem Schreiben von ihrem Ausschluss unterrichtet wurden.

Das Schreiben wurde nicht gesandt an Mitglieder, die vermisst, verstorben oder durch Kredite bei der Genossenschaftskasse im Verzuge waren.

„Betr.: Mitgliedschaft

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, dass in der Sitzung unserer Gesamtverwaltung vom 18.12.1952 der Beschluss gefasst worden ist, Ihre Mitgliedschaft bei uns zum Schlusse des Geschäftsjahres 1952 gemäß § 8 der Satzung zu löschen. Die Löschung ist erforderlich, da eine Neueinzahlung des Geschäftsguthabens (s. unser Sonderschreiben vom 5.6.52) von Ihnen nicht beabsichtigt ist.

Diese Löschung Ihrer Mitgliedschaft steht mit Ihren bei uns evtl. noch geführten Konten (Ifd. Rechnung oder Sparguthaben) nicht in Zusammenhang. Sie können demzufolge nach wie vor Kontoguthaben bei uns unterhalten. Die Löschung hat also lediglich formellen Charakter.

Bei dieser Gelegenheit danken wir Ihnen verbindlichst für die uns als Mitglied langjährig erwiesene Treue. Sie haben dadurch dazu beigetragen, unsere Genossenschaft zu einem unentbehrlichen Faktor in unserer Wirtschaft zu gestalten.

Indem wir Ihnen gleichzeitig zum Jahreswechsel unsere besten Wünsche übermitteln, begrüßen wir Sie hochachtungsvoll!

Genossenschaftskasse Dahlen e.G.m.b.H.“

Der Ausschluss betraf 234 Mitglieder unterschiedlichster Art: Privatus, Altbauer, Rentner, Kaufmann, Maurer, Stellmachermeister, Kirche zu Schmannewitz/Ochsensaal, Gemeinde Bortewitz, Gemeinde Börln, Gemeinde Lampertswalde, Mühlenbesitzer, Arbeiter, Baumeister, Fleischer, Fuhrgeschäft, Schriftleiter, Friseur, Gastwirt, in der Mehrzahl jedoch Bauern.

All diese bisherigen Mitglieder waren nicht bereit, eine Neueinzahlung des alten, verfallenen Geschäftsanteiles in Höhe von 100 DM zu leisten. „Ein neues Geschäftsguthaben für die Genannten besteht somit nicht und ist damit die Möglichkeit des Fortbestandes der Mitgliedschaft nicht mehr gegeben.“

Von den Mitgliedern wurde eine Ergänzungseinzahlung in Höhe von 50 %, d. h. pro Anteil Geschäftsguthaben 100 RM festgesetzt. Das ging auf eine Forderung des Genossenschaftsverbandes zurück, um in der Neubilanz eine entsprechende Eigenkapitalbildung nachweisen zu können.

Das Ausscheiden aus dem Landwirtschaftlichen Genossenschaftsverband hatte weitere Konsequenzen. So schied die Genossenschaftskasse Dahlen 1953 als Mitglied aus dem Kreisverband der VdGB (BHG) und der Deutschen Bauernbank aus.

Ein Bauer aus Dahlen bat um die Einräumung eines Kleinkredites in Höhe von 500 DM. Dieser Antrag „kann nicht befürwortet werden, da gemäß vorliegender Anweisungen für die Kreditgewährung an die Landwirtschaft ausschließlich die zuständige BGH bzw. DBB maßgeblich sind“, heißt es dazu im Protokoll vom 12. Februar 1953.

Geschäftsführer war jetzt Gustav G. Jäger.

Im Jahr 1953 kam es zu weiteren Ausschlüssen wegen der Nichtzahlung des Geschäftsanteils. Außerdem nahm die Verwaltung „zur Kenntnis, dass die durch Devastierung, Flucht nach dem Westen und Gesetz von 17.7.52 zweifelhaft gewordenen Kredite für die Genossenschaft eine jährliche Zinseinbuße von ca. 5.000 DM darstellen. Geschäftsführer Jäger hat mit allem Nachdruck diesen unmöglichen Zustand dem Sächsischen Genossenschaftsverband Dresden unterbreitet und unbedingte Klärung erbeten.“

Geschäftsführer Jäger gab am 25. Juni 1953 einen Überblick über die Geschäftslage und die Entwicklung der Rentabilität seit Jahresbeginn. Anhand der Zahlen wurde festgestellt, „dass die Einlagen in laufender Rechnung stetig zurückgegangen sind. Auch die Bilanzsumme zeigt eine Minderung. Die Spareinlagen haben sich unwesentlich verändert.“

Der Rückgang der Einlagen in laufender Rechnung ist insbesondere zurückzuführen auf die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung des Kleingewerbes. Durch die neuen und grundsätzlich veränderten Anordnungen der Regierung wird erwartet, dass sich eine günstigere Entwicklung im Passiv- und auch Aktivgeschäft ergibt.“

Die Rentabilität der Bank sei aber noch immer gegeben, heißt es weiter. Allerdings gäbe es in letzter Zeit sehr große Schwierigkeiten durch die Republikflucht vieler Schuldner, insbesondere Bauern. Die Verordnung vom 17.7.52 (rechts) erschwerte ebenfalls die Lage. „Nach Erlass und bei Durchführung der neuen Verordnungen unserer Regierung dürften sich auch hier bedeutende Erleichterungen ergeben.“

Geschäftsführer Jäger berichtete über die Arbeitstagung beim Sächsischen Genossenschaftsverband am 23. Juni 1953. „Es wurden dabei insbesondere die gelockerten Maßnahmen im Kreditgeschäft besprochen. In erster Linie soll jetzt zum besseren Aufbau unserer Wirtschaft der private Einzel- und Großhandel sowie das Handwerk unterstützt werden.“

Zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 fiel kein Wort.

Die Gesamtverwaltung machte am 10. Oktober einen Ausflug. Ende des Jahres 1953 hatte die Genossenschaftskasse sieben Mitarbeiter, und es gab auch wieder Weihnachtsgratifikationen. Bei der Deutschen Notenbank Leipzig wurden 50.000 DM Sachsenanleihe zu 4 % zur Weitergabe an die Kundschaft gekauft.

Das Jahr 1953 weist einen Gewinn in Höhe von 1.722,55 DM aus – immerhin fast eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr. Stolz wurde konstatiert, dass die Bilanzsumme erstmals seit der Währungsreform 1948 auf über 1 Mio. DM angestiegen ist. Sie betrug 1.019.210,59 DM. Als Jahresumsatz standen 23 Mio. DM zu Buche.

In der Stellungnahme zum Prüfbericht beteuerten Verwaltung und Belegschaft ihr Bemühen, „die Lage der Genossenschaft insbesondere durch Einlagensteigerung und Mitgliederwerbung zu verbessern.“ Aber man gab auch zu: „Das Kreditgeschäft kann kaum noch erhöht werden. Die Verwaltung hofft, dass durch baldige bessere Verzinsung der Festgelder die Rentabilität der Genossenschaft günstiger gestaltet werden kann.“

Vorläufige Verwaltung von Westvermögen in der DDR
Alle in der DDR und in Ost-Berlin befindlichen Vermögenswerte von deutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in Westdeutschland oder Berlin (West) wurden durch § 6 der Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17. Juli 1952 in so genannte „Vorläufige Verwaltung“ übernommen. Die Folge war, dass die außerhalb der DDR und Ost-Berlin lebenden Eigentümer von 1952 an keine Möglichkeit mehr hatten, auf ihre Vermögenswerte – insbesondere Grundstücke, Unternehmen und Bankguthaben – einzuwirken. In Grundbüchern wurde die „Vorläufige Verwaltung“ durch gestempelte Einträge festgehalten. Die die Mietzahlungen wurden auf Sperrkonten eingezahlt und alle Entscheidungen über Baumaßnahmen, Miethöhen oder Mieter wurden von Verwaltern getroffen. Auch der Verkauf von Grundstücken war kaum möglich. Nachdem die anfängliche Praxis nur die Verwaltung und nicht die Enteignung von Grundstücken vorsah, wurde dies im Laufe der Jahrzehnte geändert. Zur angeblichen Finanzierung dringender Reparaturen wurden ab den 1960er Jahren oft hohe Kredite ohne Zustimmung des Eigentümers aufgenommen und Hypotheken in die Grundbücher eingetragen. Somit liefen hohe Schulden auf, die durch die Mieten nicht getragen werden konnten. Schließlich wurden viele solche Grundstücke enteignet und der Entschädigungswert mit den aufgelaufenen unbezahlten Schuldzinsen verrechnet, so dass keine Entschädigungen bezahlt wurden. Die „Vorläufige Verwaltung“ endete per Gesetz im Jahre 1990.

Einstimmig beschlossen wurde der Beitritt zum neu gegründeten Zentralen Prüfungsverband für die gewerblichen Kreditgenossenschaften e.V. (Gesetzlicher Prüfungsverband) in Berlin.

Bei einer Neukonstituierung des Aufsichtsrates im März 1954 wurden Walter Uhlig aus Dahlen dessen Vorsitzender, Paul Schumann aus Luppas Stellvertreter und Geschäftsführer Gottfried Jäger aus Dahlen Schriftführer.

Die Revision bestätigte der Genossenschaftskasse einen bedeutend besseren Gesamteindruck als in früheren Jahren.

Im Juli berichtete Geschäftsführer Jäger über den Verlauf einer Arbeitstagung beim Bezirk Leipzig im Juni. Entsprechend einer Auflage durch den Rat des Bezirkes wurde „vor allem über die Aufgabenstellung der Gewerbebanken in Auswertung des IV. Parteitages des SED diskutiert.“ Eine solche politisch geprägte Formulierung taucht hier erstmals in den Protokollen auf. Und wieder zeigte sich, dass man sich als Gewerbebank verstand.

Viel Ärger gab es indes mit Schuldnern, die die DDR in Richtung Westdeutschland verlassen hatten. Sie hinterließen schwer einzutreibende Schulden.

Um im Interesse der Genossenschaft die Mitgliederwerbung zu intensivieren, schlug Geschäftsführer Jäger der Gesamtverwaltung im August 1954 eine Änderung des § 13 der Satzung vor. Danach sollte ab 1. Juli des gleichen Jahres für Neumitglieder rückwirkend die Entrichtung des bisherigen Eintrittsgeldes von 10 DM wegfallen, weil es sich als „äußerst hemmend“ erwiesen habe.

Im Januar 1955 wurde erwogen „gemäß dem jetzigen Charakter unserer Genossenschaft ... die Firmenbezeichnung durch den Zusatz ‚Bank für Handwerk und Gewerbe‘ zu ergänzen“ und das der Generalversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Firmenbezeichnung lautete nunmehr: Genossenschaftskasse, Bank für Handwerk und Gewerbe e.G.m.b.H. Dahlen/Sachsen.

Ab dem 1. Januar 1955 wurden die Gewerbebanken in den gemeinsamen Freizügigkeitsverkehr zwischen den Banken einbezogen.

Eine wichtige Rolle in der Arbeit der Gesamtverwaltung spielten die Steigerung der Spareinlagen und des Geschäftsguthabens sowie die Erhöhung der Mitgliederzahl. Sämtliche Verwaltungsmitglieder wollten sich durch persönliche Werbung noch mehr als bisher für eine Steigerung bzw. Erfüllung des Spareinlagen-Solls 1955 einsetzen. Das sollte vor allem „durch persönliche Ansprachen von Kunden“ erreicht werden.

Das schien zu funktionieren, denn in den ersten neun Monaten des Jahres 1955 wurden 16 neue Mitglieder, die 25 Anteile zeichneten, gewonnen. Elf Mitglieder kauften 19 weitere Anteile.

Vom 5. September bis 2. Oktober 1955 wurden Sparwerbewochen durchgeführt und allein an drei Nachmittagen 20 neue Sparverträge abgeschlossen. Für die Spareinlagen war allerdings ein Ziel vorgegeben, dass zum 31. August erst mit etwa 41 Prozent erfüllt war.

Dem Protokollbuch liegt die Abschrift eines Schreibens vom Oktober 1955 an den Aufsichtsratsvorsitzenden bei.

„Sehr geehrter Herr Uhlig!

Ich möchte Ihnen kurz mitteilen, dass ich mit meiner Familie die DDR verlassen habe. Sie werden über diese Nachricht verständlicherweise recht überrascht sein. Ich habe mit gleicher Post auch Herrn Becker ausführlich unterrichtet und alles Notwendige erläutert. Der geringen Zeit wegen habe ich mir deshalb erlaubt, Ihnen nur mit wenigen Worten davon Kenntnis zu geben. Ich darf Sie bitten, dieses Schreiben in Ihrer Eigenschaft als Aufsichtsrats-Vorsitzender als meine offizielle Kündigung zum 31.10.1955 zu betrachten.

Seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich Ihnen nur so kurz und ganz formell berichte. Sie werden sich mit Herrn Becker sicher gleich in Verbindung setzen. Ich habe ihn gebeten, Ihnen allen entsprechend Mitteilung zu geben.

Indem ich Ihnen für die jahrelange Zusammenarbeit, die ein vorbildlicher Harmonie verlief, recht herzlich danke, grüße ich Sie und Ihre Frau vielmals.

Ihr Gottfr. Jäger u. Familie“

Wie so viele andere auch verließ der Geschäftsführer Gottfried Jäger die DDR. Es folgte am 12. Oktober 1955 umgehend eine außerordentliche Sitzung der Gesamtverwaltung. Im Protokoll steht dazu: „Aufgrund des plötzlichen Weggangs des Bankleiters, Herrn Jäger, wird, um die weitere ordentliche Geschäftsführung der Bank zu gewährleisten, ab sofort der bisher stellvertretende Geschäftsführer, Herr Karl-Heinz Leuteritz, zum hauptamtlichen Geschäftsführer vorgeschlagen und auch als solcher von den Anwesenden einstimmig gewählt und eingestellt.“

Der Bank war für das Jahr 1956 ein Spareinlagensteigerungssoll von 150.000 DM auferlegt worden. Zum 30. April 1956 war dieser Betrag erst mit 6 Prozent erfüllt. Also bemühte man sich wieder um verschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Einlagen. Es wurden u. a. Geschenkgutscheine ausgegeben und ein Dia im Kino eingeblendet.

Im Juli 1956 berichtete Karl-Heinz Leuteritz über eine Arbeitstagung, die beim Rat des Bezirkes mit Sparkassen und Banken stattgefunden hatte. Die Verwaltungsmitglieder zeigten sich zufrieden über die sich neu eröffnenden Perspektiven und die geplante Aufgabenabgrenzung mit den Sparkassen. Nicht einverstanden war man jedoch mit dem Vorhaben, dass vom Rat des Kreises zwei „Kollegen“ in den Aufsichtsrat der Bank delegiert werden sollten. Das deutete man „als eine Vergewaltigung des demokratischen Rechts“ und als Verstoß gegen das Genossenschaftsgesetz sowie die Satzung. Grundsätzlich hatte die Generalversammlung die Mitglieder für die Organe der Bank zu wählen.

Nach wie vor sah es die Verwaltung auch als unmögliche Rechtslage an, „dass vollkommen reale Sicherheiten der Bank, ohne von vornherein seitens des Staates dafür eine verzinsliche Schuldübernahme zu gewähren, gelöscht worden sind“. Auf Grund der dazu ergangenen Anweisung, Zinsen für diese Forderungen nicht mehr zu erheben, entstand der Bank in diesem Jahr ein Zinsausfall von nahezu 2.000 DM. Mit diesem Betrag wäre die Rentabilitätslage der Bank deutlich besser.

Offenbar hatte die Verwaltung der Genossenschaftskasse im Zusammenhang mit dem Gesetz vom 17. Juli 1952 (s. Seite 145) einen Schriftwechsel mit dem Ministerium für Finanzen, dessen Ergebnis als unbefriedigend bezeichnet wurde. Politische Entscheidungen hatten einschneidenden Einfluss auf die Bankgeschäfte. „Da die ganze Angelegenheit keinesfalls so weiter gehen kann, soll eine erneute Schilderung der Tatsachen an den Herrn Ministerpräsidenten Grotewohl, welcher die Verordnung vom 17.7.52 damals mit unterzeichnet hat, eingereicht werden.“

Im September 1956 waren immerhin 75 Prozent des Spareinlagenplans erfüllt.

Die Politik nahm zunehmend Einzug in die Verwaltungsarbeit. Im November berichtete der Geschäftsführer über seine Teilnahme an einem Fachseminar für Gewerbebankleiter. Die Zusammenkunft befasste sich vornehmlich mit der Stellung und den Aufgaben der Gewerbebanken in der DDR sowie mit der weiteren Entwicklung der Gewerbebanken. Dazu wurden folgende Vorlesungen gehalten:

1. Entstehung und Rolle der Banken im Kapitalismus und Sozialismus und die Stellung der Gewerbebanken und ihre Aufgaben.
2. Finanzpolitik, Teil der Politik des Aufbaus des Sozialismus. Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Das Finanzsystem der DDR. Grundsätze des Kreditwesens. Die Aufgabenabgrenzung im Bankensystem. Geld und Währung.
3. Die geschichtliche Stellung der Deutschen Genossenschaftsbanken. Die Genossenschaftsverbände vor und nach 1945. Die Aufgabenstellung des Zentralen Prüfungsverbandes und Schlussfolgerungen aus seiner Arbeit. Die neue Verbandssatzung.
4. Die gesellschaftliche Arbeit in den Gewerbebanken.
5. Der Kredit im Kapitalismus und Sozialismus, der Kredit in der DDR und die Kreditarbeit der Gewerbebanken.

Es wurde betont, dass es notwendig sei, die Mitarbeiter in den Gewerbebanken durch Hebung des ideologischen Niveaus an die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Arbeit, welche die Aufgaben der Gewerbebanken fordert, heranzuführen. „Es muss ein reges genossenschaftliches Leben entfaltet werden, um die Mittelschichten für eine sozialistische Denkweise zu gewinnen.“

Die Banken wurden vom Genossenschaftsverband sogar dazu aufgefordert, im Jahr 1957 die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen zu unterstützen. Die Mitarbeiter sollten mit den Mitgliedern und Kunden nach entsprechender Schulung dazu Gespräche am Schalter führen.

Auch eine zusätzliche Mitgliederversammlung – neben der bereits durchgeführten Generalversammlung – wurde vom Verband gefordert. Allerdings war die Verwaltung der Meinung, dass schon „in zureichendem Maße Versammlungen abgehalten worden seien, die sich mit der Wahl beschäftigten“. Genannt wurden Einwohnerversammlungen sowie Kandidatenvorstellungen, Versammlungen in den Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks sowie spezielle Handwerkerversammlungen mit Vorstellung der Kandidaten des Handwerks. Hier wird deutlich, dass die Gewerbebanken in zunehmendem Maße eine politische Rolle bei der Durchsetzung der Wirtschaftspolitik der DDR bekamen.

Das Spareinlagensoll für 1957 wurde gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und betrug nunmehr 300.000 DM. Der Geschäftsführer hatte dagegen Einspruch erhoben. „Dieser wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, dass der genannte Betrag von uns zu schaffen sei. Die derzeitige Erfüllung des Jahressolls mit rd. 65 % zeigt uns mit an der Spitze der Ergebnisse im Kreis Oschatz.“

In der Abschlussbesprechung zur ordentlichen Prüfung im Juli 1957 ging es um die eigentlichen Aufgaben der Bank. Durch bauliche Maßnahmen sollte endlich die Abtrennung der Kasse herbeigeführt werden. Die Kassensicherheit war durch die Anschaffung einer Kassenmaschine und die Entwertung der Buchungsbelege zu erhöhen. Der Versicherungsschutz war anzupassen.

Die Veränderungen am Gebäude – wie die Vergrößerung des Kassenraums – wurden zurückgestellt, bis eventuell das ganze Grundstück für die Bank erworben werden könnte. In den 1930er und 1940er Jahren war immer wieder ein Verkauf des Gasthofs „Tanne“ diskutiert worden. Möglicherweise erfolgte dieser Schritt in der Zeit, für die uns keine Protokolle vorliegen. Trotzdem sollten die Räume heller und freundlicher gestaltet werden.

Das Geschäft schien gut zu laufen, denn zum 31. Oktober 1957 war das Spareinlagensoll mit 161,7 Prozent erfüllt!

Im November 1957 berichtete der Geschäftsführer in einer der nun regelmäßig und ohne besondere Einladung stattfindenden Beratungen der Gesamtverwaltung über „die rege Anteilnahme der Angestellten am Geschehen und der Entwicklung unserer Bank. So herrscht darüber Einigkeit und wird auch vom Ministerium der Finanzen und dem Verband immer wieder darauf hingewiesen, dass die Gewerbebanken durchaus eine Zukunft besitzen und wesentlichen Anteil und Aufgaben bei der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und Veränderung unserer Republik haben. Dagegen spricht jedoch die Art und Weise des glatten Ignorierens der Gewerbebanken bei der Geldumtauschaktion (am 13. Oktober 1957 – d. R.) sowie die Benachteiligung der Gewerbebanken bei der Annahme der Umtauschquittungen. Einen weiteren Höhepunkt nimmt die Übergehung der Gewerbebanken bei der bargeldlosen Zahlung von Renten für Handwerker, Gewerbetreibende usw. ein. Es wird erlaubt, dass die Sparkasse ... an unseren Kundenkreis Rundschreiben ergehen lässt, wonach die Zahlung der Rente bargeldlos erfolgen wird und unsere Mitglieder veranlasst werden, angeblich auf eigenen Wunsch, wie in dem genannten Schreiben zum Ausdruck kommt, bei der Sparkasse ein Konto einzurichten.“ Dies sei eine offene Provokation, die entsprechende Gegenmaßnahmen fordere. Bei der Belegschaft käme dadurch mit Recht die Meinung auf, dass versucht würde, die Banken für Handwerk und Gewerbe „an die Wand zu drücken“. Außerdem würden Handwerker und Gewerbetreibende durch die von den Gewerbebanken zu berechnenden, gegenüber den Sparkassen doppelt so hohen Postengebühren nicht ermutigt, ihre gesamten Umsätze bei der Gewerbebank zu tätigen. „Unsere Belegschaft ist der Ansicht, dass der Genossenschaftsverband nicht nur Wert darauf legen sollte, regelmäßig das Material für die staatspolitische Schulung zu übersenden, sondern vor allem auch die Interessen der Gewerbebanken auf wirtschaftlichem Gebiet zu vertreten. Dies ist jedoch in den oben erwähnten Fällen stark vernachlässigt worden.“

Das sind zweifelsohne harte Worte, und es stellt sich die Frage, wer diese Protokolle – außer dem Prüfer des Genossenschaftsverbandes – eigentlich zu sehen bekam. Hatte man wirklich die Hoffnung, dass die Kritik auf diesem Weg an die richtigen Stellen kam?

Vorstand und Aufsichtsrat stellten sich voll und ganz hinter die Mitarbeiter und beauftragten den Bankleiter, dem Genossenschaftsverband ein grundsätzliches Schreiben zu diesem Thema zu übermitteln. Voller Hoffnung wurde angefügt: „Vielleicht wird der Verband daraus etwas für seine zukünftige Arbeit entnehmen.“ Und es „ist natürlich notwendig, dass vor allem die Verwaltung mit entsprechendem Beispiel vorangeht und ihre leider noch immer bestehende Verbindung mit der Sparkasse abbricht“.

Eine Prämienzahlung sollte helfen, die „Deprimierung der Belegschaft“ zu beseitigen.

Die wachsende politische Rolle der Gewerbebanken und auch der Genossenschaftskasse Dahlen wird unter anderem daraus ersichtlich, dass beispielsweise im Dezember 1957 darüber diskutiert wurde, „wie die Gewerbebanken zur Steigerung der Produktion von Massenbedarfsgütern in der privaten Wirtschaft beitragen können und welche weiteren Maßnahmen zur Entwicklung der Produktionsgenossenschaften von den Gewerbebanken erforderlich sind“.

Im Januar 1958 wurde die Geschäftsentwicklung und das Jahresergebnis als befriedigend betrachtet. Darauf deutete auch die geplante Dividende in Höhe von 3 % hin.

Ende Februar 1958 berichtete Karl-Heinz Leuteritz erneut über die Teilnahme an einem Bankleiterseminar. Dabei ging es offenbar um die Zusammenlegung von Genossenschaftsbanken. Im Protokoll ist zu lesen: „Man steht der Entwicklung nicht ablehnend gegenüber, jedoch ist an die Aufgabe der Selbständigkeit unserer Bank vorerst noch nicht zu denken, da die Genossenschaft bei einer Bilanzsumme von 2 Mio. DM durchaus existenzfähig ist und die Betreuung sowie der Kontakt mit den Mitgliedern in eigener Regie besser durchgeführt werden kann. Nach dem Jahresabschluss 1958 soll in Beleuchtung der Ergebnisse der Arbeit des Jahres 1958 über dieses Problem weiter beraten werden.“

Im März erläuterte Herr Leuteritz das Gesetz über die Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaus vom 9. Januar 1958. Es wurde beschlossen, zunächst 50.000 DM Obligationen des VEB Kommunale Wohnungsverwaltung zu erwerben. Die Papiere waren zum Weiterverkauf an die Kundschaft bestimmt. (s. Seite 113)

Dieses Thema spielte auch in weiteren Beratungen eine Rolle. So wurde im April in einer Sitzung bei der Abteilung Finanzen des Rates des Kreises, an der auch die Vertreter der Kreditinstitute teilnahmen, beschlossen, „den zur Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaus noch zu erbringenden Betrag entsprechend der Einlagenhöhe der einzelnen Banken aufzuteilen“. Auf Dahlen entfiel dabei der Betrag von 70.000 DM. 50.000 DM wurden bereits gezeichnet (s. o.). Die restlichen 20.000 DM sollten noch im April überwiesen werden.

Am 28. Mai 1958 gab der Geschäftsführer ausführliche Erläuterungen zu dem an diesem Tag verkündeten Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten und die damit in Zusammenhang stehenden Änderungen der Besteuerung der privaten Wirtschaft und des Handwerks. Die Verwaltung stand diesen Maßnahmen „recht positiv“ gegenüber und begrüßte die Beschlüsse der Volkskammer. Außerdem wurde betont, es sei an der Zeit, verstärkt für das Zustandekommen von Abschlüssen in der Sparrentenversicherung zu werben und sich für die Zusammenfindung von Handwerksbetrieben zur genossenschaftlichen Produktionsweise einzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt wurde an der Bildung einer Produktionsgenossenschaft des holzverarbeitenden Handwerks gearbeitet.

Ende Juni 1958 bekundete die Eigentümerin des Grundstückes „Zur Tanne“ die Absicht, dies zu verkaufen. Aus den Protokollen geht hervor, dass sich die Bank noch im Jahr 1935 einig war, das Grundstück nicht zu verkaufen (s. S. 138). Also muss es irgendwann in dieser Zeit doch zum Verkauf gekommen sein.

1958 wurde jedenfalls beschlossen, im Falle des Verkaufs vom eingetragenen Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und das Grundstück zum Schätzwert zu erwerben. In diesem Zusammenhang wurde daran gedacht, eventuell das Grundstück Bahnhofstraße 59 (s. S. 139) abzugeben.

Ende Juli 1958 berichtete Herr Leuteritz von zwei Handwerkerversammlungen, die sich mit der Bildung von Produktionsgenossenschaften beschäftigten. Es sollte nun zur Bildung der ersten PGH im holzverarbeitenden Handwerk kommen. Dahlen lief der allgemeinen Entwicklung zu diesem Zeitpunkt noch hinterher – meinte zumindest die Verwaltung der Bank. Es müsse deshalb auch „besonders Aufgabe der Genossenschaftsbank sein, sich noch mehr für das Zustandekommen von PGH einzusetzen“, womit die Bank auch eine politische Aufgabe übernahm. Allerdings ist auch vermerkt, dass sich die Verwaltungsmitglieder unterschiedlich dazu äußerten.

In den Sitzungen nahmen politische Themen immer mehr Raum ein – zumindest erwecken die von Karl-Heinz Leuteritz selbst verfassten Protokolle diesen Eindruck.

So erläuterte er im September ausgehend vom V. Parteitag der SED die notwendige Einbeziehung des Mittelstandes in den Aufbau des Sozialismus und die sich daraus ergebenden besonderen Aufgaben der Genossenschaftsbank. Ohne das Vorbild der Handwerker des Vorstandes und Aufsichtsrates könne jedoch die günstige Einflussnahme durch die Bank zur Bildung von Produktionsgenossenschaften nicht voll zur Entfaltung kommen. Der Bankleiter setzte sich für eine rasche Entwicklung von Produktionsgenossenschaften ein und nahm an sämtlichen diesbezüglichen Versammlungen und Besprechungen teil, „um im Interesse unserer Bank endlich zu einem Durchbruch zu kommen und die sozialistische Entwicklung positiv zu beeinflussen“. Zu diesem Zeitpunkt bestanden in Dahlen drei Gründungskomitees, die sich mit der Vorbereitung der Bildung von PGH beschäftigten: im Schneider- und Kürschnerhandwerk, im Baunebenhandwerk und im holzverarbeitenden Handwerk. Dabei war man auch davon überzeugt, dass die PGH ihre Konten bei der Genossenschaftsbank behalten, wenn sich diese für die Bildung der PGH engagiert und die Handwerker dabei unterstützt.

Die Arbeitsweise der Organe der Bank wurde hart kritisiert, weil sie nicht genügend politischen Einfluss ausübten. Meist sei alles „Einmännarbeit des Bankleiters“. Von den Organen der Banken ginge noch fast keine positive Einflussnahme auf die Bildung von PGH aus. „Ohne eigenes Vorbild zu geben, kann man nicht andere überzeugen.“ Es wird ein Widerspruch in der Arbeit des Bankleiters zur Einstellung der Verwaltungsorgane deutlich. „Falls keine Umgestaltung in den Organen erfolgt, genießt die Genossenschaftsbank nicht das Vertrauen des Staates, des Verbandes, der Handwerkskammer und der PGHs, die sich nichts von der Entwicklung negativ gegenüberstehenden Kräften diktieren lassen wollen.“

Man kann fast den Eindruck gewinnen, als hätte sich Karl-Heinz Leuteritz in den Protokollen etwas von seinem Frust von der Seele geschrieben. Er plädierte dafür, PGH-Mitglieder in die Verwaltung aufzunehmen. Eine fortschrittliche Einstellung der Organe sei Voraussetzung für die gute Zusammenarbeit mit dem Bankleiter. „Wie die Bank heute arbeitet, wird sie morgen beurteilt werden. Die Kreditgewährung muss die sozialistische Entwicklung fördern.“ Zur angedeuteten Umbesetzung der Verwaltungsorgane gibt es lt. Protokoll eine „hitzige Diskussion“ mit unterschiedlichen Standpunkten. Aufsichtsratsmitglied Karl Müller erklärte daraufhin, dass er den besonderen Aufgaben, die der Bank zur Zeit erwachsen und die den vollen Einsatz der Organe der Bank erfordern, aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr gewachsen sei und bat, ihn von seiner Funktion zu befreien.

Wenig später wurde beschlossen, jeder sich bildenden PGH bei der Gründungsversammlung neben entsprechenden Glückwünschen 100 DM in Form eines Schecks als finanzielle Unterstützung durch die Bank zur Einrichtung der Buchhaltung zu überreichen.

Der Gasthof zur grünen Tanne 1957 als HO-Gaststätte.
Quelle: Sammlung Berthold



Der Kauf des Grundstücks „Tanne“ von Frau Schumacher für 55.000 DM wurde am 12. September 1958 notariell zum Abschluss gebracht. Für 6.000 DM wurde auch das Gaststätteninventar übernommen. Die Wohnung im Hauptgebäude bezog Herr Leuteritz, ein weiterer Mieter wohnte noch im Hinterhaus.

Zur Vorbereitung der Jahreshauptversammlung schlug Karl-Heinz Leuteritz vor, Handwerker aus den PGH für den Aufsichtsrat kommissarisch bis zur Bestätigung durch die Generalversammlung zu benennen. Es gab eine lebhafte Aussprache. Schließlich ließ man sich von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugen, war sich jedoch noch nicht über die einzusetzenden Personen im Klaren.

Am Silvestertag 1958 erklärte sich die gesamte Verwaltung nach eingehender Aussprache zu Folgendem bereit: „Es werden zu Gunsten des Vergnügungsabrechnungskontos 400 DM als Spende der Verwaltung gebucht. Die gespendeten Beträge werden von den Verwaltungsratsmitgliedern aus freien Stücken, ohne Anspruch auf Rückgewähr in bar entrichtet.“ Die Restkosten des Vergnügens in H. v. 446,92 DM werden der Ergebnisrechnung zur Last gelegt. Grund für diesen Schritt waren die zu erwartende geringe Rentabilität für 1958 und die höher als geplant ausgefallenen anteiligen Kosten für das Mitgliedervergnügen, das im Oktober stattgefunden hatte.

Die Bilanz für 1958 weist eine Erhöhung der Spareinlagen um 393.000 DM aus. Das führte zu höheren Anlagen auf den verschiedenen Festgeldkonten bei der Deutschen Notenbank. Die Geschäftsguthaben stagnierten bzw. gingen etwas zurück. Der Gewinn war mit 1.546,50 DM nicht üppig. Trotzdem sollten 3 Prozent Dividende gezahlt werden.

Für den Aufsichtsrat wurde Anfang 1959 Charlotte Geßner, die Vorsitzende der PGH Holzverarbeitung Dahlen, gewonnen. Sie war damit die erste Frau in einem der Verwaltungsgremien der Bank!

Politische Ereignisse nahmen in den Beratungen der Bankverwaltung immer größeren Raum ein. Am 19. November 1959 spielten zum Beispiel das Gesetz über den 7-Jahres-Plan, der 10. Jahrestag DDR, der Start der dritten kosmische Rakete, Aufnahmen des Mondes, die Rede Chruschtschows vor dem Obersten Sowjet und die Befürwortung des Gipfeltreffens UdSSR-USA eine wichtige Rolle. „Alle Punkte werden entsprechend ihrer Bedeutung eingehend besprochen“, heißt es im Protokoll.

Der „Plan der Mobilisierung der freien Mittel der Bevölkerung“ wurde zum 12. November mit 101 % erfüllt – im Gegensatz zu 78 % zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Der Plan lag 1958 bei 380.000 DM, 1959 bei 425.000 DM. Zum Jahresende wurde er mit 130,2 % erfüllt! Es ging offenbar darum, die Bürger immer mehr zum Sparen zu animieren. Kein Wunder bei der in der DDR nie ausreichenden „Warendecke“!

Die „Tanne“ wurde wieder zum Bauprojekt. Architekt Mädler wurde mit der Projektierung beauftragt: Erweiterung der Küche nach dem Hof, entsprechende Kanalisation, Verlegung der Toiletten nach jetzigem Waschhaus und Schuppen.



Fred Feuerstein (l.) und Eberhard Cohrs waren in der DDR beliebte Künstler.
Quelle: Sammlung Berthold

Im März 1960 berichtete Herr Leuteritz über ein Bankleiter-Fachseminar. Dabei ging es um die „umfangreiche Aufgabenstellung der Genossenschaftsbank als Teil des einheitlichen Geld- und Kreditsystems in der DDR mit wichtigen Arbeitsbereichen – so „die aktive Einflussnahme auf die planmäßige sozialistische Umgestaltung des Mittelstandes, die tatkräftige Mithilfe bei der Festigung der bestehenden PGH, kreditmäßige Betreuung derselben sowie Unterstützung bei der Planung und umfangreiche Kontroll- und Analysetätigkeit“. Außerdem wurden die „enge Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen zum Zwecke eines fruchtbringenden Erfolges“ sowie die politisch-ideologische Erziehungsarbeit, die Qualifizierung der Mitarbeiter und die engere Einbeziehung der Verwaltungsmitglieder in die Leitungstätigkeit genannt. Zu den Aufgaben gehörte natürlich weiterhin die „verstärkte Sammlung freier Mittel der Bevölkerung“.

Es wurden für weitere 300.000 DM Wohnungsbauobligationen erworben.

Am 31. Oktober 1960 organisierte die Bank eine „Sparwochenveranstaltung“ mit Tanz für ihre Mitglieder. Mitwirkende waren das Kreisorchester Torgau mit Solisten und Sängern, der Humorist Eberhard Cohrs und der Conferencier Horst Feuerstein, beide überaus bekannte und beliebte Künstler in der DDR.

Die Veranstaltung, die auch dazu gedacht war, „zur weiteren engen Verbundenheit und Interessiertheit an den Belangen der Genossenschaft anzuregen“, war nach kurzer Zeit restlos ausverkauft.

Zum Jahresende 1960 wird konstatiert, dass der Sparplan mit 110 Prozent erfüllt wurde und ein Reingewinn in Höhe von 5.000 DM erwartet wird.

„Die bestehenden PGH sind auf Buchhaltungsgebiet und in ihrer sonstigen Arbeit als gefestigt anzusehen. Lediglich bei der PGH ‚Kürschner + Bekleidung‘ Dahlen werden durch den Bankleiter noch Buchhaltungsarbeiten erledigt.“ Die Verwaltung befürwortete, dass die Mitarbeiter der Bank für die LPG Typ I „Landmannsfreude“ in Bortewitz „patenschaftsweise“ die Buchführung übernehmen. Soweit möglich, konnte dafür auch Arbeitszeit in Anspruch genommen werden.

Die Bilanzsumme für das Jahr 1960 war im Vergleich zum Vorjahr (2.984.000 DM) auf 3.623.000 DM gestiegen, vor allem wegen des Zuwachses der Spareinlagen um rd. 600.000 DM. Der Plan der „Mobilisierung der freien Mittel der Bevölkerung“ wurde mit 113 Prozent erfüllt. Die Ausleihungen gingen „mangels Kreditbedarf um 61.000 DM zurück“. Der Reingewinn betrug 5.400 DM gegenüber 6.200 DM im Vorjahr. „Durch erhöhten Kostenaufwand infolge von Grundstücksreparaturen sowie Sparlotterie und Veranstaltung wurde keine Gewinnerhöhung erzielt.“

Zur Generalversammlung am 9. März 1961 waren 35,3 Prozent der Mitglieder anwesend. „Obwohl Gegenstimmen zu erwarten waren, wird die Ablehnung des Antrages auf Erhöhung des Geschäftsanteils von DM 50 auf DM 100 vor allem auf die diesbezügliche negative Diskussion des Herrn Bernstein zurückgeführt. Es soll im Laufe des Jahres mit vielen Mitgliedern darüber diskutiert und in der nächsten Generalversammlung evtl. eine erneute Beschlussfassung darüber durchgeführt werden.“

Am 13. September (!) 1961 „erläutert (Herr Leuteritz) eingehend die Notwendigkeit der Maßnahmen vom 13.8.61, die von unserer Regierung nach Abstimmung mit den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin zur Durchführung kamen. Die Wiederaufnahme von Kernversuchen in der Sowjetunion und andererseits die Absage der Belgrader Konferenz an die Kriegstreiber sind weitere Behandlungspunkte. Über den bevorstehenden Friedensvertrag wird gesprochen und über einen Aufruf der Nationalen Front über die Vermeidung des Abhörens westlicher Rundfunk- und Fernsehsendungen“. Das ist alles zum Thema Mauerbau.

Moniert wurde auch die ungenügende Planerfüllung beim Sparen, denn es waren Ende August erst 44,8 Prozent erfüllt. 650.000 DM waren das Sparziel. Als Maßnahmen wurden beschlossen: Transparente am Bankgebäude, Ausgestaltung verschiedener Schaufenster, Aufstellung einer Litfaßsäule mit entsprechendem Werbematerial, Werbung im Ortskino und Landfilm durch Dias.

Im Oktober stand wieder die Politik auf der Tagesordnung der Verwaltungssitzung. Es ging um das Referat Chruschtschows auf dem XXII. Parteitag der KPdSU und das „Programm des Kommunismus“. „In der Diskussion werden die großen Erfolge der Sowjetunion anerkannt und hervorgehoben. Bei uns in der DDR ist jedoch noch manches außerordentlich verbesserungsbedürftig“, wurde angefügt.

Zum Jahresende lag die Planerfüllung beim Sparen nur bei rund 80 Prozent. Als Grund wird angegeben, dass die Warenumsatzpläne im Kreis übererfüllt wurden. Das heißt, dass die Menschen mehr konsumieren, weil nach den politischen Ereignissen mehr Konsumgüter zur Beruhigung der Leute in die Geschäfte kamen.

Die Bilanzsumme für das Jahr 1961 war auf 4.157.000 DM gestiegen, die Spareinlagen konnten um 432.000 DM erhöht werden, obwohl der Sparplan nur mit 83,9 Prozent erfüllt wurde. Diese Tendenz sei „infolge der starken Warenumsätze überall zu verzeichnen“, heißt es. Die Zahl der Mitglieder hatte sich von 552 auf 565 erhöht, wodurch die Geschäftsguthaben gestiegen waren. Der Reingewinn stieg auf 6.700 DM gegenüber 5.400 im Vorjahr. Es werden 4 Prozent Dividende gezahlt.

Die Generalversammlung am 29. März 1962 genehmigte einstimmig die Erhöhung der Geschäftsanteile von 50 auf 100 DM (siehe oben). 1962 wurde selbst beim Sparen gespart, denn es waren keine zentralen Werbemaßnahmen für die Sparwochen vorgesehen. Im Interesse der strengsten Sparsamkeit wurde vielmehr von allen kostenaufwendigen Maßnahmen abgesehen und beschlossen, in diesem Jahr auch die Durchführung einer Veranstaltung auszusetzen.

Im Oktober referierte Herr Leuteritz kurz über die zu diesem Zeitpunkt wichtigsten politischen Ereignisse: die Blockade der USA gegen Kuba, den Konflikt Indien-China, die Zusammenkunft Gromyko-Ulbricht in Berlin. Solche Vorträge gehörten jetzt zu fast jeder gemeinsamen Sitzung.

So wurde im Dezember auch über den Programmentwurf der SED diskutiert. Im Protokoll steht dazu: Es „muss festgestellt werden, dass das Programm mit 28 Seiten zwar umfangreich ist, sich jedoch teilweise unklar ausdrückt und die Zielstellungen nicht konkret genug fasst, als das es als gute Arbeitsgrundlage dienen könnte“.

Obwohl der Plan zur „Mobilisierung freier Mittel“ auch im Jahr 1962 nicht erfüllt werden konnte, stand man damit nicht schlecht da, denn während der Kreisdurchschnitt der Planerfüllung bei 57 Prozent lag, erreichte die Genossenschaftsbank Dahlen immerhin 82 Prozent.

Zur Anpassung an den „derzeitigen allgemeinen Sprachgebrauch“ wurde das Wort Generalversammlung 1963 durch „Jahreshauptversammlung“ ersetzt.

Herr Leuteritz legte in Auswertung des VI. Parteitages der SED dar, dass jeder am umfassenden Aufbau des Sozialismus mitwirken kann, das Handwerk vor allem durch bessere Versorgung der Bevölkerung mit Reparatur- und Werterhaltungsarbeiten sowie mit Dienstleistungen und der Anfertigung von Gebrauchsgütern nach individuellen Wünschen.

Der Parteitag sah die weitere kameradschaftliche Zusammenarbeit mit Handwerk und Gewerbe vor, „unter Wahrung des Freiwilligkeitsprinzips beim Übergang zu sozialistischen Produktionsformen“. Die Gewerbebanken sollten insbesondere die PGH unterstützen, das Handwerk fördern, dabei aber den volkswirtschaftlichen Nutzen beachten und einen entsprechenden Maßnahmenplan erarbeiten.

Bei der Abschlussbesprechung anlässlich der ordentlichen Prüfung durch den DGV Berlin wurde dem Bankleiter empfohlen, ein Studium zu beginnen.

Eine wichtige Rolle nahm die vom Minister der Finanzen erlassene Ordnung über die Sicherung der Bankräume, Tresoranlagen und der anderen Wertgelasse der Kreditinstitute der DDR ein. Sie wurde den Verwaltungsmitgliedern erläutert. Die Fenster der Bank waren bereits vergittert und Sicherheitsschlösser zu den Bankräumen vorhanden. In Ergänzung dazu wurde ein Scherengitter am Eingang zum Kassenraum und am zweiten Bankeingang eingebaut. An den Rat des Bezirkes Leipzig, Abteilung Finanzen, wurde ein Antrag auf Befreiung von Einbau einer Alarmanlage gerichtet, weil die Bargeldbestände nur 20.000 DM betragen, alle Wertbestände ausreichend versichert seien und eine Stahlkammeranlage mit Schließfächern vorhanden sei. Das sollte ausreichend sein, heißt es zur Begründung. Es sei ohnehin kein ständig besetzter Volkspolizei-Posten im Ort und auch keine andere geeignete Dienststelle. Wer also sollte bei einem Alarm alarmiert werden und eingreifen? Zu diesem Ergebnis kam auch eine Besichtigung mit einem Hauptmann des Volkspolizeikreisamtes und dem örtlichen ABV (Abschnittsbevollmächtigten).

Die Bilanzsumme hatte sich von 4.764.000 DM im Jahr 1962 auf 5.485.000 DM im Jahr 1963 erhöht, vor allem durch eine Steigerung der Spareinlagen. Deren Plankennziffer konnte mit 177,2 Prozent erfüllt werden!

Im Prüfbericht des Genossenschaftsverbandes für 1964 wurden offenbar die Kosten für Veranstaltungen der Bank kritisiert. In einer Stellungnahme heißt es dazu:

„Wir haben uns bisher bemüht, zu unseren Mitgliedern einen engen Kontakt zu halten, sie für unsere genossenschaftliche Bankarbeit zu interessieren und natürlich auch den Spargedanken zu pflegen. Aus diesen Gründen führten wir außer der Jahreshauptversammlung, die immer gut besucht war, meist im Herbst noch eine zweite Mitgliederversammlung durch, zu der auch die Ehefrauen eingeladen waren.

Wir sind der Meinung, dass uns diese Veranstaltungen einen großen Nutzen gebracht haben und unsere Erfolge in der Arbeit mit den Mitgliedern in den letzten Jahren vor allem mit darauf zurückzuführen sind. Wir konnten die Zusammenkünfte der Mitglieder und ihrer Ehefrauen stets nutzen, um die politischen und ökonomischen Aufgaben gut mit der praktischen Bedeutung für unsere Mitglieder zu verbinden und zu erläutern. Bei diesen Veranstaltungen wurde auch eine Sparwerbung betrieben, so konnten wir den Spar-einlagenplan 1963 mit 177,2 % erfüllen und erreichten damit den effektiv höchsten Zuwachs innerhalb eines Jahres seit 1945. Einen ebenso großen Raum nimmt jedoch dabei die kulturelle Betreuung ein, die unsere Mitglieder, wie die Erfahrung zeigt, nicht missen möchten.

Es ist daher außerordentlich zu bedauern, dass für diese Zwecke in den Gewerbebanken nicht wie in allen anderen Genossenschaften ein Kulturfonds gebildet werden kann. Wir hätten dafür eine recht gute und u. E. auch wichtige Verwendung. Ohne finanzielle Mittel lässt sich nun einmal nichts Derartiges, wie bei uns gehandhabt, durchführen und so mussten wir bisher die Kosten in Anspruch nehmen.“

Die Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der DDR wurden verbunden mit der Feier des 75-jährigen Bestehens der genossenschaftlichen Bank in Dahlen. Deshalb wurde am 7. Dezember, einem Montag, eine außerordentliche Jahreshauptversammlung mit kulturellem Programm veranstaltet. Als Höhepunkt traten „Die vier Brummers“ auf, ein damals sehr beliebtes und mit 2.300 MDN auch sehr teures Vokalquartett, das humorvolle Unterhaltungsmusik spielte. Darüber hinaus gab es im September noch eine Betriebsfahrt mit der Weißen Flotte auf der Elbe. Dafür trugen die Verwaltungsmitglieder die Kosten allerdings selbst, während sie für die Mitarbeiter aus Gewerkschaftsmitteln bezahlt wurden.

Aber auch die Politik kam nicht zu kurz. So wurde im Oktober die Entbindung Chruschtschows von seinen Funktionen beleuchtet. Im Protokoll ist zu lesen: „Man ist der Meinung, dass die diesbezüglichen Veröffentlichungen eigentlich recht dürftig sind und das doch normalerweise die Öffentlichkeit ein Recht darauf hätte, nähere Gründe über die Abberufung des sehr populär gewordenen N. S. Chruschtschow zu erfahren.“

1964 wurde auch erstmals ein Kollektivvertrag für das darauffolgende Jahr abgeschlossen. „Die gewerkschaftliche Gegenzeichnung erfolgt durch die Betriebsgewerkschaftsleitung der Gewerkschaftsgruppe, die wir mit dem Rat der Stadt bilden“. Die Arbeit der Gewerkschaft taucht erstmals in diesem Umfang im Protokoll auf.



„Die vier Brummers“
Quelle: Deutsche Fotothek

Die „Tanne“ und das Gebäude Bahnhofstraße 59 erforderten auch 1965 eine ganze Reihe von Reparaturmaßnahmen, u. a. wurden die Toiletten auf Wasserspülung umgestellt.

Im April verfassten die Verwaltungsorgane der Genossenschaftskasse Dahlen eine Stellungnahme zur Information des Deutschen Genossenschaftsverbandes über die Rationalisierung in den Banken für Handwerk und Gewerbe. Man kann davon ausgehen, dass sich zu diesem Zeitpunkt bereits die Zentralisation bestimmter Abläufe, wie die zentrale Buchung, aber möglicherweise auch die Zusammenlegung von Genossenschaftsbanken ankündigte.

Man schrieb: „Es gibt in jeder Sache zwei Extreme. Sie bestehen in vorliegendem Falle darin, dass einmal die alten, überholten Organisationsformen beibehalten werden, die zum Vorteil für den eigenen Bankbetrieb und zum Nutzen für die Mitglieder zu verändern gehen. Zum anderen ist es aber auch möglich, die Rationalisierungsmaßnahmen ohne Rücksicht auf die Struktur und Eigenheit des Bankbetriebes zu überspitzen. Sie wirken sich dann nachteilig aus und liegen nicht im Sinne der Mitglieder.“

Unsere Genossenschaft ist z. Zt. so durchorganisiert, dass bei der gegenwärtigen Besetzung sowohl die ordnungsgemäße und qualitativ einwandfreie Abwicklung aller bankmässigen Vorgänge garantiert ist, als auch eine Gewährleistung der Prinzipien der inneren Betriebssicherheit besteht.

Trotzdem bereits in den vergangenen Jahren eine große Zahl innerbetrieblicher technischer und organisatorischer Verbesserungen bei uns durchgeführt worden sind und die innere Betriebssicherheit erhöht wurde, sind Vorstand und Aufsichtsrat der Auffassung, weiter alle Maßnahmen zu ergreifen, die entsprechend dem gegenwärtigen Durchschnittsstand der Kreditinstitute möglich sind, die sich für unsere Bank als zweckmäßig erweisen und der weiteren Modernisierung unserer genossenschaftlichen Einrichtung dienen.

Der Vorstandsvorsitzende wird deshalb beauftragt, durch Untersuchungen über noch mögliche innerbetriebliche Rationalisierungsmöglichkeiten, durch Austausch mit anderen Kreditinstituten und durch Anwendung zeitgemäßer Bürotechnik, nach Beratung mit den Mitarbeitern und Beurteilung durch die Verwaltungsorgane, Maßnahmen zu treffen, die Arbeitszeit frei werden lassen. Diese ist für die Ausweitung der ökonomischen Tätigkeit, für die Vertiefung der analytischen Untersuchungen, für die noch genauere Abwicklung der Bankgeschäfte und die Erweiterung der Kundenberatung sowie für die noch umfassendere ZA mit den Organen des Finanzsystems und für gesellschaftliche Funktionen der Abgeordnetentätigkeit einzusetzen.

Es besteht eine einheitliche Meinung der Verwaltungsorgane darüber, eine Zentralisierung der Buchungsarbeiten für uns nicht anzuwenden und unsere Buchungsarbeiten weiter in der eigenen Bankstelle auszuführen. Eine andere Handhabung würde die Zerstörung eines kontinuierlichen Betriebsablaufes bedeuten, die Zersplitterung der Belegschaft mit sich bringen, die in sich geschlossene Einheit unserer Bank in Frage stellen, die weitere Aufrechterhaltung einer reibungslosen und allen Wünschen gerecht werdenden Kundenbedienung sowie die Beibehaltung der vollen Vormittags- und Nachmittagschalterstunden nicht mehr gewährleisten. Demgegenüber steht kein ökonomischer Nutzen.

Sollte im Zuge weiterer Maßnahmen aller Kreditinstitute zu einem einheitlichen Kontenrahmen und zu einheitlichen Vordrucken übergegangen werden, hat sich unsere Bank anzuschließen, um auf dem Laufenden zu bleiben.

Wird eine Entwicklungsstufe erreicht, zu welcher alle Kreditinstitute eines bestimmten Territoriums ihre Buchungsarbeiten bei einer gemeinsamen Zentralstelle erledigen, soll zu diesem Zeitpunkt nach Beratung des ökonomischen Nutzens und der Besonderheiten unserer Bank eine erneute Beschlussfassung der Verwaltungsorgane über einen evtl. Anschluss an dieses Zentrum herbeigeführt werden.

Die gegenwärtige Ausrüstung unserer Bank mit einer Mercedes-Buchungsmaschine genügt den betrieblichen Anforderungen zum ordnungsgemäßen Belegdurchlauf und zur Einhaltung der Tagfertigkeit. Mit dieser Maschine werden außerdem Kontenaufnahmen, Monatsbilanzen, Inventurunterlagen und andere Aufstellungen gefertigt, und es wird die Mitgliederbewegung und die Wertpapierbuchhaltung maschinell vorgenommen.

Wir führen seit 3 Jahren auch die Buchungen für eine PGH mit unserer Mercedes-Buchungsmaschine durch.

Unsere Buchungsmaschine ist z. Zt. mit ca. 70 Prozent ausgelastet. Wir beabsichtigen, zwei weiteren PHGs anheim zu stellen, ihre Buchungsarbeiten auf unserer Maschine zu erledigen.

Mit der örtlichen BHG, die ebenfalls auf Mercedes bucht, besteht eine Vereinbarung darüber, bei maschinellen Störungen, die nicht sofort behoben werden können, zur Aufrechterhaltung der Tagfertigkeit jeweils die Maschinenkapazität untereinander teilweise zur Verfügung zu stellen.

Das Besondere in der Entwicklung unserer Bank ist die Tatsache, dass wir aus einer ehemals landwirtschaftlichen Bank im Jahre 1952 den Übergang zu einer gewerblichen Kreditgenossenschaft vollzogen haben. Deshalb sind auch unsere Maßstäbe noch nicht festgesetzt.

Wir erhalten nach wie vor ständigen Zugang an Kunden aus Handwerk und Gewerbe.

Das kommt auch in unserer Mitgliederbewegung zum Ausdruck, während die meisten unserer Banken einen Mitgliederrückgang aufzuweisen haben.“ Als Beispiel wird die Genossenschaftsbank Altenburg angeführt, die von 1960 bis 1964 mehr als 100 Mitglieder verlor. Dagegen gewann die Genossenschaftsbank Dahlen in dieser Zeit 18 Mitglieder hinzu.

„Wir liegen an der nördlichen Kreisgrenze und unser Arbeitsbereich erstreckt sich auch auf andere Kreise, z. B. den Kreis Torgau, in welchem keine Genossenschaftsbank domiziliert.“

Wir tragen uns mit der Absicht, demnächst zu überprüfen, ob es möglich ist, von uns zunächst eine Zweigstelle in Torgau zu eröffnen, die sich später evtl. selbständig machen könnte.

Die in der Information weiter zum Ausdruck kommenden Möglichkeiten der Vereinfachung der Verwaltungsarbeit finden die Zustimmung der Verwaltungsorgane. Es muss jedoch dazu gesagt werden, dass einige der angezogenen Punkte bei uns nicht die dargestellte Problematik aufweisen. So vollzieht sich z. B. der Jahresabschluss bei uns vollkommen reibungslos.

Lediglich zur Wertpapierverwahrung können sich die Verwaltungsmitglieder noch nicht entschließen, auf Grund unserer eigenen Möglichkeiten und der Vorteile, die sich aus der Eigenverwahrung ergeben, der Drittverwahrung zuzustimmen. Die Vorstands- und AR-Mitglieder sind an jeder weiteren Rationalisierungsmaßnahme interessiert, die von Nutzen und Vorteil für unsere Bank ist. Sie gehen dabei davon aus, die Selbstständigkeit unserer Bank aufrecht zu erhalten.“

Artikel 12 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968:
1 Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandssockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, die Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind Volkseigentum. Privateigentum daran ist unzulässig.

(Aus: Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (06.04.1968, Fassung: 07.10.1974), in: documentArchiv.de [Hrsg.], URL: <http://www.documentArchiv.de/ddr/ver/ddr.html>)
(s. Seite 40)

DGV: Deutscher Genossenschaftsverband

In der Abschlussbesprechung anlässlich der ordentlichen Verbandprüfung 1965 wurde im Juli besonders „die von unserer Bank bisher geleistete gute genossenschaftliche Arbeit mit den Mitgliedern, insbesondere den PGH, und auch die gute Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen, insbesondere mit dem Abteilungsleiter Finanzen, herausgestellt.“

Im Übrigen ist der Bankleiter auch Vorsitzender der Ständigen Kommission Haushalt und Finanzen des Kreistages, was sich bei der Zusammenarbeit mit den Staatsorganen, insbesondere mit dem Abteilungsleiter Finanzen positiv auswirkt.

1966 wurden in den Beratungen über das Handwerkssteuergesetz, die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und auftretenden Fragen Aussprachen geführt. „Es hat sich ergeben, dass in dieser Beziehung die aufklärende und beratende Tätigkeit unserer Bank sehr stark wirksam geworden ist. Es wird ein Beispiel der Besteuerung eines Lohnempfängers, Handwerkers und Einkommensversteuerten berechnet.“

Die Genossenschaftsbank kaufte weiter Wohnungsbau-Obligationen und hatte davon einen Bestand in Höhe von 2.215.000 MDN, im Jahr darauf lag dieser Bestand noch um 1,5 Mio. MDN höher.

Im Juli 1966 empfahl der Aufsichtsrat und der Vorstand beschloss: „Zur Erreichung eines rationellen Betriebsablaufes und zur besseren Verteilung der anfallenden Arbeiten wird der Kassierer ab sofort die Ausgabe der Kontoauszüge an die Kunden übertragen. Durch die Bearbeitung der Kontoauszüge durch die Kontoführerin und die Ausgabe durch die Kassierer wird in bestimmtem Umfang eine Gegenkontrolle gewährleistet. Als weiterer Sicherheitsfaktor wird eingebaut, zu unvorhergesehenen Zeitpunkten im Jahr einige Male alle Auszüge durch eine neutrale Person per Post versenden zu lassen. Außerdem ist der Arbeitsplatz des Kassierers ohne Voranmeldung jährlich für zwei Monate durch einen anderen Mitarbeiter zu besetzen.“

Im August wurde ein Schreiben des DGV als Reaktion auf die Stellungnahme der Bank zum Prüfbericht vorgetragen. In diesem Zusammenhang heißt es: „An eine Fusion ist nicht zu denken, da gemäß der bereits gefassten Beschlüsse keine Zustimmung zur Aufgabe der Selbständigkeit unserer Bank gegeben wird. Eine Diskussion mit dem DGV darüber erübrigt sich.“

Eine weitere Mitgliederversammlung im November mit zwei Tanzkapellen wurde ein voller Erfolg. „Sie diene dazu, unseren Mitgliedern politische Fragen und aktuelle Probleme nahezubringen, als auch den genossenschaftlichen Zusammenhalt zu festigen, für unsere Bank werbend zu wirken und den kulturellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen der Mitglieder Rechnung zu tragen.“ Diese Art der Bankveranstaltungen sei unbedingt fortzusetzen, „vor allem, da andere Institutionen im Bereich der angezogenen Komplexe in unserem ländlichen Bereich vollkommen versagen“.

Überhaupt sei „die Bindung unserer Bank zu den Mitgliedern und Kunden ... außerordentlich eng und die persönlichen Kontakte sind umfassend. Daraus ergeben sich vielfältige Möglichkeiten der operativen Einflussnahme und Kontrolle. Die Erkenntnisse daraus bringen in der Zusammenarbeit mit den wirtschaftsleitenden Organen positive Ergebnisse“.

Die Einführung von Spargirokonten fand bei den Kunden kaum Interesse. Eine Ursache sieht man im minderwertigen Material, das für Spargirobücher und Scheckhefte verwendet wird. Das wirkte sich negativ auf die Werbung aus.

Beim Verbandstag 1967 in Leipzig, der in einer Verwaltungsratssitzung ausgewertet wurde, kam zum Ausdruck, dass die Genossenschaftsbanken in die elektronische Datenverarbeitung einbezogen werden sollen. Außerdem gebe es noch in 39 Kreisen mehrere Genossenschaftsbanken. Diese „Zersplitterung soll im Wege der Überzeugungsarbeit überwunden werden“. Kredite werden künftig nicht mehr nur an Mitglieder ausgegeben. Und die Organe der Bank sollten geändert werden in Genossenschaftsrat und Revisionskommission neben der Einzelleitung.

Im Protokoll wird angemerkt: „Die Behandlung der angeführten Punkte zeigt, dass zu einigen Fragen eine absolute Gegenmeinung vorherrscht.“

Inzwischen wurden in Dahlen ganze 32 Spargirokonten eingerichtet. „Es bringt die ländliche Struktur und die Mentalität unserer Sparer mit sich, dass für den Spargiroverkehr kaum Liebhaber gefunden werden. Dem Sparbuch wird gegenüber dem Kontoauszug der Vorzug gegeben. Teilweise spielen auch die Minderwertigkeit der Spargiroscheckhefte und der Spargirobücher eine Rolle.“

Die Bilanzsumme für 1967 lag bei 9.918.955,04 MDN. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete das eine Steigerung um 1.440.000 MDN. Der Reingewinn konnte auf 15.080,65 MDN gesteigert werden. Im Vorjahr wurden 10.331,36 MDN ausgewiesen.

Im Februar 1968 erläutert der Bankleiter die Hauptkriterien der neuen Verfassung, und es gab eine lebhaftere Aussprache. Unklarheit herrschte über Artikel 12 (s. S. 160), der die Banken zu Volkseigentum erklärt. „Es wäre am Platze, hierüber eine Rückfrage zu halten.“

1968 war ein Jahr mit starker Spareinlagenentwicklung. Bereits Ende April war die Hälfte des Jahresplanes erreicht.

In den Beratungen spielte die Einführung der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV) eine wichtige Rolle. Und natürlich waren im September auch die Ereignisse in der CSSR Gesprächsthema „... unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, Maßnahmen durchzuführen, die den Schutz des sozialistischen Gesamtsystems gegen jede Art konterrevolutionärer Umtriebe garantieren“.

Für das Jahr 1969 wurden viele Werterhaltungsmaßnahmen geplant. So sollte die „Tanne“ einen neuen Gaststätteneingang sowie neues Parkett in Gaststuben und Bankräumen bekommen. Der Hof sollte betoniert werden. In der Bahnhofstraße 59 standen die Neudeckung des Dachs und die Erneuerung der Dachrinnen auf dem Plan.

Der Bankleiter berichtete über ein Seminar in Bansin. „Dabei werden vor allem Fragen über die Aufgaben als Geschäftsbank, über die Vorbereitung und Durchführung der EDV und über den Konzentrationsprozess erörtert. ... Zu Verhandlungen über eine evtl. Fusion mit einer anderen Bank besteht jedoch grundsätzlich keine Bereitschaft.“

Zahlungsmittel in der DDR:
- **Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM):**
24. Juli 1948 bis 31. Juli 1964
- **Mark der Deutschen Notenbank (MDN):**
1. August 1964 bis 31. Dezember 1967
- **Mark (M) der Deutschen Demokratischen Republik (auch Mark der DDR):**
1. Januar 1968 bis 30. Juni 1990

(Quelle:Wikipedia)

Beim Jahresrückblick wurde wie immer die gute Zusammenarbeit mit den Staatsorganen betont, die vor allem auf die Funktionen des Bankleiters – unter anderem als Kreistagsabgeordneter – zurückzuführen sei. Auffällig ist die Hervorhebung der Aktivitäten der Genossenschaftsbank als „Geschäftsbank“, die es vorher nicht so gab.

Die Bilanzsumme überschritt mit 11.144.078,36 M erstmals die 10-Millionen-Grenze. Der Reingewinn erreichte mit 20.659,97 M ebenfalls bisher nicht gekannte Höhen.

Im Februar 1969 wurde auf Grund eines Schreibens vom Rat der Stadt Dahlen beschlossen, den Kindergartenbau in Dahlen mit einer Zuwendung von 3.000 M aus der Betriebsrücklage zu unterstützen. Damit wurde das Anrecht auf einen Kindergartenplatz für Bankmitarbeiter gesichert.

Im Juli wurden die Verwaltungsmitglieder über die Einführung von 20-Pfennig- und 5-Mark-Münzen unterrichtet sowie über den Einzug und die Außerkraftsetzung alter Ausgaben von 10-, 5- und 1-Pfennigmünzen.

Der Bankleiter berichtete über den Stand der Einsatzvorbereitung der EDV auf Bezirks- und Kreisebene sowie in der Bank, über technische Details, Überleitungstermine, Schulungen sowie über Kosten- und Nutzen-Fragen. Die Geschäftsentwicklung verlief im ersten Halbjahr in allen Bereichen sehr positiv. Es stiegen der Umsatz, die Spareinlagen sowie die Kreditausgaben und die Zahl der Buchungsposten.

Im Oktober fand eine erste Beratung über das neue Musterstatut der Genossenschaftsbanken für Handwerk und Gewerbe statt. „Es wird anerkannt, dass die neue Satzung die gegenwärtige und kommende Aufgabenstellung der Genossenschaftsbanken dokumentiert und die Grundlage unserer Banken auf einer höheren Stufe festigt. Besonders erörtert wird die vorgesehene Veränderung der Struktur der Organe und der Leitung der Bank und die daraus resultierende teilweise veränderte Aufgabenstellung und Arbeitsweise.“ Es wurde vor allem darauf eingegangen, dass keinesfalls nur Vorstand und Aufsichtsrat in Genossenschaftsrat und Revisionskommission überwechseln, sondern dass die Einzelleitung in den Vordergrund rückt, während hauptsächlich Aufgaben des bisherigen Aufsichtsrates dem Genossenschaftsrat obliegen und mit der Revisionskommission ein separates Prüfungsorgan geschaffen wurde.

1969 wurden ca. 1.600 Konten (70 %) auf eine EDV-gerechte Nummerierung umgestellt. Die Bilanzsumme stieg von 11.144.078,36 M auf 12.540.762,46 Mark, der Nettogewinn auf 26.049,30 M. Der Stellenplan für 1970 sah für die Dahleener Genossenschaftskasse 4,8 Arbeitskräfte und einen Lohnfonds in Höhe von 29.500 M vor.

In der Jahreshauptversammlung schlossen sich die Mitglieder der Firmierung laut Musterstatut an: Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe. Es konstituieren sich die neuen Verwaltungsorgane. Vorsitzender des Genossenschaftsrates wurde Horst Polster, sein Stellvertreter Curt Schneider. Vom Rat des Kreises wurde der Referatsleiter Steuern Walter Gerlach in den Genossenschaftsrat delegiert. Vorsitzender der Revisionskommission wurde

Walter Uhlig, sein Stellvertreter Friedrich Schubert. Alle agierten ehrenamtlich. Die Revisionskommission übernahm die Prüfungstätigkeit zur Gewährleistung der Geschäftsführung und der innerbetrieblichen Ordnung und Sicherheit. Der Genossenschaftsrat hatte eine beratende und unterstützende Funktion für die Erfüllung der Pflichten des Direktors und konnte ihm Auflagen erteilen. Der Genossenschaftsrat vertrat die Mitgliederversammlung zwischen deren Tagungen und wertete die Kontrollergebnisse der Revisionskommission aus. Alle Kreditanträge wurden zunächst im Genossenschaftsrat behandelt. Der Vorsitzende der Revisionskommission oder sein Vertreter nahmen an den Sitzungen des Genossenschaftsrates teil. Von Zeit zu Zeit wurden gemeinsame Sitzungen des Genossenschaftsrates und der Revisionskommission durchgeführt. Die KassiererIn Elfriede Polster wurde Vertreterin des Leiters der Bank für den Fall seiner Verhinderung.

Erneut wurde die Einführung der EDV beraten, und es wurde in den Verwaltungsgremien über die Stammdatenerfassung und die Einführung des codierten Zahlungsgrundes informiert, dessen Anwendung ab 1. August 1970 beim Zahlungsverkehr verbindlich wurde. In den PGH und anderen Betrieben gab es dazu Schulungen.

Außerdem erfolgte eine „Mitgliederbereinigung“. Sieben Personen wurden zum Jahresende ausgeschlossen, weil sie die DDR illegal verlassen hatten. Ihre Mitgliederanteile wurden an den Rat des Kreises abgeführt bzw. gingen auf „Westzonenkonten“ bei der Industrie- und Handelsbank.

Im Oktober wurde bei einer gemeinsamen Sitzung von Genossenschaftsrat und Revisionskommission ein Direktorenlehrgang ausgewertet. Dabei wurde die Funktion der Bank als wichtigstes Kontrollorgan gegenüber den Betrieben hervorgehoben. Deshalb sei die gute Zusammenarbeit mit den „wirtschaftsleitenden Organen“ auch so wichtig.

In Zusammenhang mit einer Analyse der Entwicklung der Guthaben, Einlagen und Kredite sowie der Abrechnung des Finanzplanes per 30. Juni 1971 schätzte der Bankleiter in einer gemeinsamen Sitzung am 9. September 1971 den Geschäftsstand der Genossenschaftsbank Dahlen und dessen zu erwartenden weiteren Verlauf ein. Er resümierte: „Daraus wird ersichtlich, dass der Höhepunkt der Entwicklung unserer Bank überschritten ist. Während zwar noch eine laufende, wenn auch in der Tendenz flacher werdende Kurve der Spareinlagensteigerung von der Summe her zu verzeichnen ist, wird ein stärkerer Rückgang der Kontenzahl, insbesondere bei den Einlagen in laufender Rechnung, sichtbar. So verringerte sich die Kontenzahl der Giroeinlagen in den letzten drei Jahren von 430 auf 330. Eine beträchtliche Anzahl der verbliebenen Kunden entfällt außerdem auf den landwirtschaftlichen Bereich sowie auf physische Personen. Die auf diesen Konten getätigten Umsätze sind gering und ständig zurückgehend. Im Bereich Handwerk und Gewerbe schlägt sich neben der natürlichen Reduzierung der Anzahl der Betriebe der Prozess der sozialistischen Umgestaltung nicht in vollem Umfang bei uns nieder, da insbesondere die Bildung und der Übergang zu PGH im Kreismaßstab und außerhalb unseres Einzugsbereiches stattfindet. Auch die Mitgliederzahl (511 Mitglieder mit 899 Anteilen – d.R.) ist ständig im Rückgang begriffen.“

Diese Entwicklung in Zusammenhang mit der Kontenstruktur zeigt sich vor allem in einem sehr geringen Volumen der Kredite. Es bestehen noch zwei Umlaufmittel-Kredite an PGH und 15 an private Betriebe. Im Betrage sind es insgesamt nur 220.000 M. Die noch vorhandenen Grundmittel-Kredite an vier PGH und 32 private Betriebe von zusammen 570.000 M werden in zunehmendem Maße getilgt und verringern sich, während nur sehr wenige Neuausreichungen stattfinden.

Insgesamt ist einzuschätzen, dass die Rolle und Aufgabe als Geschäftsbank aus der Struktur der Bankkunden heraus sich nicht zum bestimmenden Element unserer Arbeit entwickeln kann. Vielmehr überwiegt das Passivgeschäft, insbesondere besteht in den Sparkonten das wesentlichste Volumen und die Grundlage unserer Bank. Das ist jedoch nicht die eigentliche Hauptaufgabe gemäß unserem Statut. Es wird auch mit in Betracht gezogen, dass die Einführung der EDV und der Wegfall einer Reihe damit verbundener Arbeiten in der Bank, vor allem des Buchens und der unmittelbaren Kontenführung, den notwendigen Arbeitsaufwand weiter senken wird.

In der verbleibenden Größenordnung erscheint jedoch die Aufrechterhaltung unserer Bank als selbständige Hauptstelle auf die Dauer wenig sinnvoll und liegt auch nicht in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Konzentration und des Übergangs zu größeren Leistungseinheiten, um eine effektive Arbeit und Kapazitätsausnutzung im gesamtgesellschaftlichen Interesse herbeizuführen.

In diese Richtung gehen auch die Bestrebungen unseres Genossenschaftsverbandes hinsichtlich der Fusion mehrerer Genossenschaftsbanken eines Kreises zur Überwindung der Zersplitterung genossenschaftlicher Tätigkeit und Arbeitsaufwandes.

Bereits jetzt wird das meiste für uns bestimmte Beleggut auf Grund der gleichen Territorialnummer über die Genossenschaftsbank Oschatz geleitet, und im Hinblick auf die EDV wird die Übernahme zweier getrennter Stellen eines Bereiches ständige Überschneidungen mit sich bringen. Eine Verschmelzung der beiden Genossenschaftsbanken unseres Kreises erscheint auf Grund dieser Erkenntnisse angezeigt.

Es ergibt sich außerdem die Situation, dass der Leiter unserer Bank durch Vermittlung des Genossenschaftsverbandes eine größere Genossenschaftsbank übernehmen kann und auf Grund der nicht mehr gegebenen Perspektive in der eigenen Bank von dieser Möglichkeit auch Gebrauch machen möchte. Aus dieser komplexen Betrachtung heraus besteht nach einer Aussprache darüber die einhellige Meinung, die Fusion mit der Genossenschaftsbank Oschatz zum 31. Dezember 1971 anzustreben und entsprechende Verhandlungen dazu zu führen sowie Maßnahmen einzuleiten.“

Die Jahreshauptversammlung Ende Januar 1972 sollte rückwirkend den Verschmelzungsbeschluss fassen.

Darüber hinaus standen wieder größere Instandsetzungsmaßnahmen an, diesmal in der Bahnhofstraße 59. Der Bankleiter kam zu dem Schluss, dass die Bank keinerlei Bedarf an dem Gebäude hat, es nur Arbeit macht und Geld kostet. Es wurde an den Hauptwohnungsinhaber im Haus verkauft.

Die Gespräche mit Oschatz wurden aufgenommen. Von dieser Seite gab es keine grundsätzlichen Einwände.

Die Verwaltungsorgane der Genossenschaftsbanken für Handwerk und Gewerbe in Oschatz und Dahlen kamen überein, den Mitgliederversammlungen ihrer Banken den Zusammenschluss beider Kreditinstitute zu einer gemeinsamen Bank zur Beschlussfassung vorzuschlagen.

„Von den Verwaltungsorganen wird erkannt, dass gemeinsam die ständig komplizierter und umfangreicher werdenden Aufgaben wirkungsvoller gelöst werden können und dadurch die Effektivität der genossenschaftlichen Arbeit erhöht wird.

Weiterhin erfordert der vor den Finanzorganen stehende Übergang zur elektronischen Datenverarbeitung die Zentralisierung der banktechnischen Arbeitsvorgänge, um Arbeitsüberschneidungen zu vermeiden und das Sparprinzipsprinzip zu verwirklichen.

Es wird durch diese Maßnahme im Komplex die bestehende Zersplitterung der genossenschaftlichen Kraft im Kreisgebiet überwunden.“

Dabei fällt auf, dass diese Fusion nur aus Bankensicht betrachtet wurde. Nirgendwo fällt ein Wort zur weiteren Betreuung der Kunden oder zur Kundenfreundlichkeit. Vielleicht war das auch der Grund dafür, dass viele Dahleiner ihre Mitgliedschaft aufkündigten. Allerdings forderte Dahlen im Verschmelzungsbeschluss, dass infolge der Fusion keine Nachteile im Geschäftsverkehr für die Bankkunden von Dahlen auftreten sollten. Wobei das kaum durchzuhalten gewesen sein dürfte.

Der Direktor der Genossenschaftsbank Oschatz wollte Dahlen zunächst als selbstbuchende Zweigstelle weiterführen, um personelle Probleme, die evtl. mit dem Übergang nach Oschatz entstehen, sukzessive lösen zu können.

Karl-Heinz Leuteritz, der inzwischen auch das vierjährige Fachstudium, zu dem er sich verpflichtet hatte, mit der Gesamtnote 1 abgeschlossen hatte, nahm zum 15. November 1971 seine neue Tätigkeit als Leiter der Genossenschaftsbank Riesa auf, führte die Dahleiner Genossenschaftsbank aber zusätzlich bis zur Verschmelzung mit Oschatz. Dahlen konnte seine Bilanzsumme 1971 auf 15.284.000 Mark erhöhen.

Das Protokollbuch endet mit einem Eintrag über eine gemeinsame Sitzung der Dahleiner Verwaltungsgremien am 10. Februar 1972. Daraus geht hervor, dass Herr Leuteritz in Oschatz beauftragt worden war, einen neuen Verschmelzungsvertrag auf der Grundlage eines Mustervertrages des Genossenschaftsverbandes zu erarbeiten. Dieser Vertrag wurde nun diskutiert und auch unterzeichnet.

In der Mitgliederversammlung vom 22. Februar 1972 wurde die Fusion der Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Dahlen mit der Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Oschatz beschlossen.

Als letztes Genossenschaftsmitglied wurde unter der Nummer 1.939 am 10. November 1971 Irma K., Angestellte in Luppau, aufgenommen.

Karl-Heinz Leuteritz und die Genossenschaftskasse Dahlen

Karl-Heinz Leuteritz begann im Jahr 1945 seine Ausbildung bei der Dahlemer Genossenschaftskasse. Er wurde im Oktober 1955 deren Geschäftsführer, nachdem sein Vorgänger die DDR verlassen hatte, und behielt diese Funktion bis zur Fusion mit der Genossenschaftsbank Oschatz im Jahr 1971.

Danach übernahm er die Leitung der Genossenschaftsbank Riesa.

Auch wenn der Name geblieben ist – der außen sanierte Gasthof zur grünen Tanne ist keine Gaststätte mehr. An der Giebelseite sind die Fenster heute noch vergittert wie einst zu Zeiten, als die Genossenschaftskasse Dahlen hier ihr Domizil hatte.

Foto: H. Berthold



Karl-Heinz Leuteritz erinnert sich, dass er durch den für ihn damals unerwarteten Karrieresprung an die Spitze der Genossenschaftskasse Dahlen über etliche Jahre bei zentralen Tagungen der Genossenschaftsbanken der jüngste Teilnehmer war.

Eine Episode aus seiner Anfangszeit bei der Genossenschaftskasse Dahlen ist ihm noch gut im Gedächtnis. Mit einem Flüchtlingstreck aus dem Osten kam auch der Geschäftsführer der Spar- und Darlehenskasse Panten aus Schlesien nach Dahlen. Er übergab Karl-Heinz Leuteritz einen dicken Wälzer mit den Kontoaufzeichnungen seiner Kunden zur treuhänderischen Verwahrung. Später meldeten sich tatsächlich Leute aus dem früheren Panten in Dahlen. Es konnten ihnen – möglicherweise im Zusammenhang mit der Währungsreform oder Entschädigungszahlungen – Guthabenbescheinigungen über ihre Buchgeldbestände ausgestellt werden.

Die Geschäfte der Genossenschaftskasse waren anfangs vor allem von der Landwirtschaft geprägt, und sie gehörte dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Dresden an. Die Kunden waren hauptsächlich Bauern, aber auch Unternehmen wie Molkereien, Brauereien, Kleinindustrie sowie Handwerks- und Gewerbebetriebe.

Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und dem Eintritt der Einzelbauern in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) vollzog sich deren Geschäftstätigkeit in den neu gegründeten Bauernbanken. Auf Grund dieser Entwicklung stellte die Genossenschaftskasse Dahlen den Antrag, aus dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften auszutreten und zum Verband der Genossenschaftsbanken für Handwerk und Gewerbe Berlin zu wechseln. Das gelang durch den Nachweis einer entsprechend hohen Kundenzahl aus dem Kreis von Handwerk und Gewerbe (vgl. auch Seite 141).

Die Genossenschaftskasse Dahlen war durch eine Vereinbarung mit dem Vorstand der Weidegenossenschaft Dahlen, die sich auf Bortewitzer Flur befand, mit der finanziellen Geschäftsführung dieses Betriebes beauftragt. In jedem Jahr erfolgte am 1. Mai der Auftrieb der Tiere, bei dem die angeschlossenen bäuerlichen Mitgliedsbetriebe ihre Kälber und zum Teil auch Fohlen auf die Weide brachten. „Das war auch für mich immer ein besonderes Ereignis“, erinnert sich Karl-Heinz Leuteritz. „Die Tiere wurden gewogen, bekamen ihre Ohrmarken und wurden von einem Weidewärter beaufsichtigt. Im Herbst war wieder Abtrieb, und die Bauern freuten sich, wenn die Tiere beim Gewicht zugelegt hatten.“ Mit dem Übergang der Einzelbetriebe in die LPGs brach dieses System zusammen. Die Weidefläche wurde an die LPG verkauft, und die Weidegenossenschaft löste sich auf.

Die Genossenschaftskasse Dahlen hatte ihr Domizil im Gebäude des Gasthofs „Grüne Tanne“ am Markt. Sie kaufte Ende der 1950er Jahre das ganze Grundstück, verpachtete den Gasthofteil an die Handelsorganisation (HO) und investierte im Laufe der Jahre viel Geld in Gebäude und Grundstück. Natürlich führte die Genossenschaftskasse im neu hergerichteten Saal des Gebäudes auch ihre Jahreshauptversammlungen durch. Zur kulturellen Umrahmung kamen oft die „Schmannewitzer Heidlerchen“, die nach ihrem Weggang in den Westen später als „Jacob-Sisters“ bekannt wurden.

Nach der Fusion der Genossenschaftsbank Dahlen mit der Genossenschaftsbank Oschatz verkaufte diese das Grundstück an die HO.

Karl-Heinz Leuteritz wechselte an die Spitze der Gewerbebank Riesa (s. S. 63).

Fragen bleiben offen

GROSSENHAIN

In Großenhain tat sich Ende 1861 „eine Anzahl von Männern aus hiesiger Stadt und Umgebung“ zusammen, um wie in vielen anderen Orten zu dieser Zeit „die Gründung eines Gewerbevereins in die Hand zu nehmen“. Das geht aus den Akten des Stadtrats zu Großenhain hervor. Zweck des Vereins war die „Beförderung des Gewerbefleißes und die Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse unter den Vereinsmitgliedern“. Das war schon der zweite Versuch der Bildung eines solchen Vereins, denn bereits im Jahr 1832 hatte Preusker einen ähnlichen Verein gegründet – den ersten in Deutschland, dessen Ziele und Aufgaben klar umrissen waren. Allerdings schief dieser eher als Volksbildungsverein gedachte Verbund 1846 regelrecht ein und wurde dann 1861 neu gegründet.

Während zum Beispiel in Riesa durch den Gewerbeverein auch die Bildung eines Vorschussvereins initiiert wurde (s. Seite 8), legten die Großenhainer ihren Schwerpunkt auf die „Fortschreitung des Gewerbefleißes durch wissenschaftliche Hilfsmittel und mündliche Berathung“. Volksbibliothek und Sonntagsschule, später auch eine Gewerbeschule prägten seine Tätigkeit. Von der finanziellen Unterstützung der Gewerbetreibenden ist in den Unterlagen keine Rede.

Parallel zur Neugründung des Gewerbevereins gab es in Großenhain Bemühungen, einen „Vorschuß- und Creditverein“ zu gründen. Wie aus Dokumenten im Staatsarchiv Dresden hervorgeht, kämpften dessen Gründerväter mit den gleichen Problemen wie ähnliche Vereine in Riesa, Dahlen, Oschatz. So wurde von den Behörden beispielsweise eine jährliche Veröffentlichung der Mitgliederliste in der örtlichen Zeitung verlangt, was bei 203 Mitgliedern aber die Herausgabe eines Extrablattes nötig gemacht hätte. Diesem Aufwand wollten die Großenhainer aus dem Wege gehen, indem sie die Mitgliederliste an den Geschäftsbericht anfügten.

Am 10. September 1860 wurde der Entwurf der Statuten vom Ministerium der Justiz, wo es ausführlich geprüft wurde, endlich zur Genehmigung ans Ministerium des Innern geschickt, aber die zog sich hin.

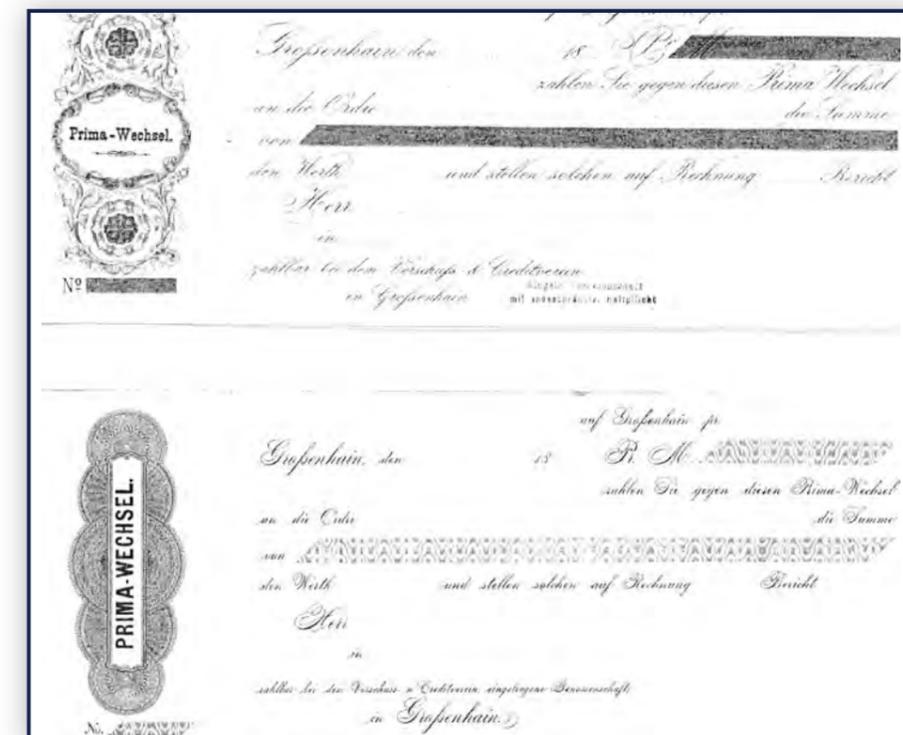
Am 16. November 1860 tagte der Vereinsvorstand. Wie fast schon zu erwarten, musste das Statut erneut überarbeitet werden. Der neue Entwurf wurde im April 1861 eingereicht, im Mai nochmal. Endlich! Am 17. Juni 1861 bewilligte „Seine königliche Majestät allergnädigst“ das Dekret zur Bestätigung des Vereins.

Der Verein hatte ein Directorium und einen Ausschuss. Geleitet wurde er von „Vereinsdirector“ Oskar Kretschmar II. und Otto Franke. Zum Ausschuss gehörten Reinhard Buchwald, Johann Gottlob Leberecht Barth, Johann Gottfried Birnstein, August Gottlob Schietzel, Adolph Ferdinand Gading, Carl Friedrich Thiergen, Fr. Gotthold Moritz Schilling, Friedrich Wilhelm Günther und Carl Adolf Caspari. Die Oberaufsicht über den Verein hatte die Staatsregierung.

Im Adress- und Geschäftshandbuch der Stadt Großenhain von 1884 findet man den Verein unter dem „Verzeichnis der Anstalten und Vereine für den öffentlichen Verkehr und gemeinnützige Zwecke“. Dort steht:

„Vorschuß- und Creditverein zu Großenhain. Derselbe bezweckt, seinen Mitgliedern durch gemeinschaftlichen Credit die zur Förderung ihres Geschäftsbetriebes zeitweise erforderlichen baaren Geldmittel zu verschaffen, sowie Gelegenheit zu nutzbarer Anlegung von Ersparnissen zu geben.“

Sein Geschäftslokal befand sich am Neumarkt 98. Diese Adresse wurde später nach einer Umnummerierung Neumarkt 4. Geschäftsstunden waren vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr. Direktor war Robert Keyßelitz, Rechtsanwalt und Notar, als Kassierer fungierte Paul Hasper. 1887 hatte der Vorschuß- und Creditverein zu Großenhain im Adressbuch den Zusatz „eingetragene Genossenschaft“, 1898 „unbeschränkte Haftpflicht“.



So sahen Vordrucke für Wechsel des Vorschuß- und Creditvereins Großenhain aus.

Quelle: Museum Alte Lateinschule Großenhain

Der Vorschuß- und Creditverein warb 1903 für sich im Adressbuch von Großenhain.

Quelle: Museum Alte Lateinschule Großenhain



Allerdings gab es im Jahr 1884 auch einen „Landwirtschaftlichen Spar- und Vorschußverein für Großenhain und Umgegend“, gleichfalls als eingetragene Genossenschaft. Als Zweck des Vereins wird im Adressbuch angeführt „... dem landwirtschaftlichen Gewerbe die nöthigen Geldmittel auf Credit zu beschaffen, zu diesem Behufe Geldgeschäfte zu betreiben und das Sparen der ländlichen Bevölkerung zu befördern“. Seinen Sitz hatte dieser Verein in der Apothekergasse 366. Direktor war Carl Traugott Rautenstrauch, Kassierer Adolph Haase.

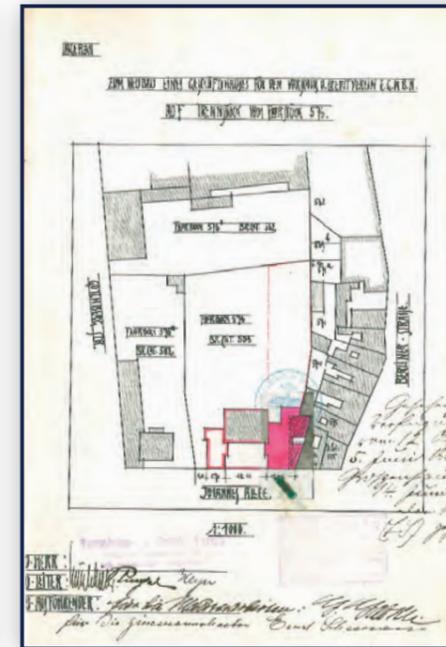
1903 war der seit etwa 1895 als Kassierer tätige Moritz Otto Ringel zum Direktor des Vorschuß- und Creditvereins aufgestiegen. Kassierer war nun Julius Oskar Heyn. Im Adressbuch von 1913/14 war der „Vorschuß- und Creditverein mit beschränkter Haftpflicht“ noch unter Neumarkt 4, aber mit dem Vermerk „ab 1. Juli Johannesallee 4“ zu finden.

Die Johannesallee 4 ist identisch mit der Adresse Mozartallee 143, die zeitweise auch Holdinghausenring 143 hieß. Das Grundstück gehörte dem Rentier Groos. 1912 kaufte es der Lederhändler Camillo Berger. Er schrieb im März an den Stadtrat: „Den rechten Teil des Grundstücks habe ich an den hiesigen Vorschuss- und Creditverein käuflich abgetreten und werden von diesem dem geehrten Stadtrate in Kürze Pläne zur Bebauung zugehen. Meine geplanten Baulichkeiten und die des Vorschuss- und Creditvereins sollen, wie die Planung auch zeigt, einheitlich ausgeführt werden.“ Die ehemalige Villa Groos sollte in das Projekt einbezogen werden. Berger plante eine repräsentative Villa mit Verkaufsraum, Lederlager, Kontor und Wohnungen. Der Vorschuß- und Creditverein beantragte ebenfalls im März 1912 die Baugenehmigung. Der Antrag ist unterschrieben von den Herren Ringel und Heyn. Geplant waren ein Kassenraum, Sitzungszimmer, eine Stahlkammer, ein Direktorensprechzimmer, ein Aktenraum im Keller und Wohnungen im Obergeschoss.



Bereits im April 1912 erteilte der Rat die Baugenehmigungen, im September 1912 war Bergers Gebäudeteil, die spätere Mozartallee 143, fertig. Das Vereinsgebäude Johannesallee 4, später Mozartallee 145, wurde im Juni 1913 fertiggestellt, und ab 1. Juli 1913 lautete auch die Adresse des Vorschuß- und Creditvereins Johannesallee 4.

Aus einem Rechenschaftsbericht des Vorschuß- und Creditvereins, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Großenhain, über das 57. Verwaltungsjahr 1917 – man bezieht sich also sehr großzügig auf die Gründung 1860 – geht hervor, dass das Unternehmen seinen Umsatz von 26,5 Mio. auf rund 55 Mio. Mark gesteigert hat. „Auch der Erfolg bei unseren Bemühungen um die Hebung und Förderung des bargeldlosen Verkehrs durch Überweisungs- und Scheckverkehr hat das Geschäft günstig beeinflusst.“ Die Genossenschaft hatte 393 Mitglieder, deren Guthaben betrug 58.950,00 Mark. Die Mitglieder kamen aus Großenhain, Löbsal, Dresden, Ortrand, Priestewitz, Loschwitz – also aus einem recht großen Umkreis. Die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt (ADCA) residierte Anfang des Jahres noch in der Auenstraße 1. Das geht aus Anzeigen im Großenhainer Tageblatt hervor. Im März hieß es in einem Inserat: „Unser Büro befindet sich vorläufig Auenstraße 1.“ Bereits am 28. Juli 1918 zeigte die ADCA im Großenhainer Tageblatt an, dass die Geschäftsräume in der Johannesallee wegen Abschlussarbeiten nur beschränkt geöffnet sind. Am 11. März 1918 führte der Vorschuß- und Creditverein in der Johannesallee 4 seine Ordentliche Generalversammlung durch.



Der Lageplan für das geplante Gebäude.
Quelle: Stadtarchiv Großenhain

Bauzeichnung (oben links): „Zeichnung für ein Geschäftshaus für den Vorschuss- und Creditverein e.G.m.b.H. in Großenhain, Johannes-Allee“
Quelle: Stadtarchiv Großenhain



Am Giebel rechts im Bild ist auf dieser Postkarte aus dem Jahr 1917 die Inschrift „Vorschuß- u. Creditverein“ zu erkennen.
Quelle: SLUB/Deutsche Fotothek/Wikimedia Commons, Brück & Sohn, Postkarte 1917

Das Großenhainer Tageblatt informierte seine Leser am 18. Mai 1923 über die Gründung der Gewerbebank.

Die Gewerbebank Großenhain

Die Gründung einer Gewerbebank Großenhain e. G. m. b. H. wurde in einer gestern abend im Gesellschafts- und Restaurant stattgehabten Versammlung von 80 Handwerksmeistern und Kaufleuten beschlossen. Die Anwesenden traten fast vollzählig der neuen Bank, die am 1. Juli im Geschäftslokal Meißner Straße 2 ihren Betrieb eröffnen wird, als Mitglieder bei. Zahlreiche neue Anmeldungen stehen bevor, sodass der Bestand des Unternehmens gesichert erscheint. Die Höhe der Geschäftsanteile wurde auf 10.000 Mk. festgesetzt. Nähere Mitteilungen werden nach Pfingsten im „Großenhainer Tageblatt“ erfolgen.

Die Gewerbebank Großenhain

Am 16. Mai 1923 durch einmütigen Beschluß von Handwerksmeistern und Handarbeitern gegründet worden und wird ihren Betrieb am 1. Juli 1923 in den jetzigen Geschäftsräumen der Firma C. M. Markus, Meißner Straße 2, eröffnen.

Die Bank bezweckt, den Geld- und Bankverkehr für Handwerk, Handel und Gewerbe in entgegenkommendster Weise zu vermitteln, und zwar durch Kontokorrent-, Heberweisung-, Scheck- und Wechselverkehr, Gewährung von Kredit und Annahme von Spareinlagen. Das Unternehmen wird als „Genossenschaft mit beschränkter Haftung“ betrieben. Die Höhe eines Geschäftsanteils beträgt M. 10.000,-.

Wir fordern zur Eintragung in die Genossenschaft und zur Zeichnung von Geschäftsanteilen hiermit auf: Dieselben werden in der Zeit vom 9-12 und 3-6 Uhr im zukünftigen Geschäftslokal, Meißner Straße 2, angenommen. Zeichnungen, die bis zum 15. Juni 1923 erfolgen werden als Gründungszeichnungen mit den damit verbundenen Vorteilen betrachtet.

Gewerbebank Großenhain.

Im Gegensatz zu der Zeitungsmeldung vom 18. Mai ist in dieser Anzeige aus dem Großenhainer Tageblatt vom 16. Mai 1923 als Gründungstag die Rede.

Bis zum 15. Juni 1923 konnten sich Interessenten als neue Bankmitglieder eintragen. Am 7. Juni 1923 wurde im Großenhainer Tageblatt nochmal an dieses Datum erinnert. Am 28. Juni hatte das Geldinstitut bereits 697 Mitglieder.

Quelle: Stadtarchiv Großenhain

Zur gefl. Beachtung!

Wir erlauben uns nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß die Frist für die Annahme von Gründungszeichnungen am 15. Juni abläuft; nachdem wird ein Eintrittsgeld von 5000 Mark erhoben.

In der Zeit vom 18. bis 27. Juni ist die Bank wegen Umbau geschlossen. — Der allgemeine Bankbetrieb wird Montag, den 2. Juli, in den Geschäftsräumen Meißner Straße 2 eröffnet.

Gewerbebank Großenhain
e. G. m. b. H.

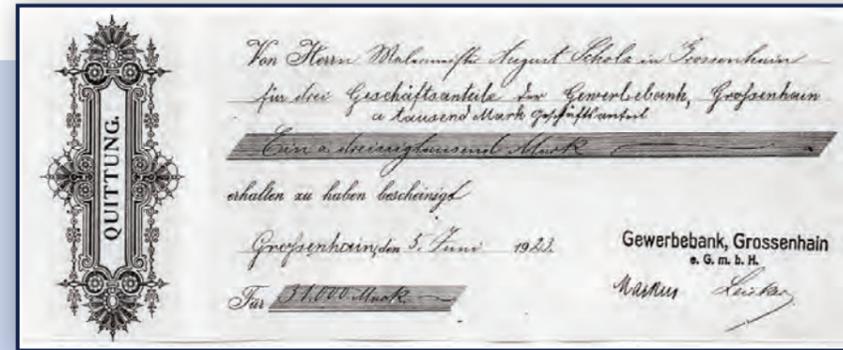
Am 18. Mai 1923 meldete das Großenhainer Tageblatt, dass am Vorabend von 80 Handwerksmeistern und Kaufleuten die Gründung einer Gewerbebank Großenhain e.G.m.b.H. beschlossen worden sei. „Die Anwesenden traten fast vollzählig der neuen Bank, die am 1. Juli im Geschäftslokal Meißner Straße 2 ihren Betrieb eröffnen wird, als Mitglieder bei. Zahlreiche neue Anmeldungen stehen bevor, sodass der Bestand des Unternehmens gesichert erscheint. Die Höhe der Geschäftsanteile wurde auf 10.000 Mark festgesetzt.“ Die Gründung der Bank erfolgte mitten in der Inflation. (s. Seite 25). Sie war möglicherweise eine Reaktion des örtlichen Mittelstandes auf die Übernahme des Vorschuß- und Creditvereins durch die ADCA (s. Seite 173). Direktor der neugegründeten Bank war Hermann Markus, der ebenfalls in der Meißner Straße 2 wohnte.

Das Großenhainer Tageblatt berichtete am 3. Juli 1923 geradezu euphorisch über die Bankeröffnung am Vortag. „... Im Geschäftslokal, Meißner Straße Nr. 2, hatten sich vollzählig Aufsichtsrat, Direktion, Beamtenschaft und zahlreiche Vertreter von Handwerk, Kaufmannschaft und Gewerbe eingefunden.“ Der Aufsichtsratsvorsitzende hielt eine Rede, in der er davon sprach, dass das Handwerk angesichts der schweren wirtschaftlichen Lage zur Selbsthilfe greife. Ohne Geld und ohne Geldzirkulation sei ein gesunder Mittelstand nicht aufrecht zu erhalten. Es gelte, mit der Gewerbebank ganz von unten anzufangen, nicht in einem prächtigen Gebäude, sondern in einfachen Geschäftsräumen.“

Das könnte man als Anspielung auf den Bau des großen Geschäftshauses des Vorschuß- und Creditvereins an der Johannesallee 4 werten. Bankdirektor Markus bat in

seiner Ansprache um Nachsicht, denn alle in der Bank Tätigen seien zwar Angehörige des Standes, der am meisten unter der derzeitigen Not leide, des Mittelstandes, aber keine Bankfachleute. Sie würden aber alles tun, um sich so schnell wie möglich einzuarbeiten. Das klingt nicht nach den besten Bedingungen für den Start.

Am 11. Februar 1930 meldete das Großenhainer Tageblatt, dass das Amtsgericht im Zusammenhang mit dem Konkurs der Gewerbebank Großenhain einen Termin im „Sachsenhof“ anberaumt habe, zu dem die Mitglieder der Gewerbebank etwaige Einwände geltend machen könnten. Es wurde auch angekündigt, dass demnächst von den Genossen die Beträge der Stammanteile voll eingezogen würden.



Am 5. Juni 1923 zeichnete Malermeister Scholz aus Großenhain drei Geschäftsanteile der Gewerbebank Großenhain (oben). Allerdings gibt diese Quittung Rätsel auf, denn ein Geschäftsanteil kostete 10.000 und nicht 1.000 Mark. Und die Summe aus drei Anteilen wäre dann 30.000 und nicht 31.000 Mark. Unterschrieben hat die Quittung jedenfalls Bankdirektor Markus.

Quelle: Museum Alte Lateinschule Großenhain

Bereits am folgenden Tag veröffentlichte die Zeitung eine lange Leserschrift „In Sachsen Gewerbebank in Konkurs“. Daraus wurde deutlich, dass es bei dem erwähnten Gerichtstermin zu heftigen Diskussionen gekommen sei, zu „temperamentvollen Angriffen ... gegen die ehemalige Gewerbebankleitung“.

Und es kam zur Sprache, dass „eine mit allen Kniffen aufgemachte Bilanz und die Schönfärberei in dem Bericht des Aufsichtsratsvorsitzenden“ vom 28. Juni 1929 die Genossen zu ihrem Vermögensnachteil über die Tatsache hinwegtäuschte, dass die Gewerbebank Großenhain schon im Juni 1929 konkursreif gewesen sei.

Am 22. Februar 1930 bezieht sich ein Leserbrief darauf, dass das Blatt den Tag des Zusammenbruchs der Gewerbebank als „schwarzen Tag in der Geschichte Großenhains“ bezeichnet hatte. Er verdeutlichte die Gefahr, die für die Großenhainer Wirtschaft durch den Konkurs der Gewerbebank aufziehe.

Während diejenigen, die ohne Sicherheiten Kredite bekamen, mit dem Gläubigerausschuss und dem Konkursverwalter relativ günstige Konditionen aushandeln konnten, sollten die meist hypothekarisch gesicherten Kredite über die Landesgewerbebank Sachsen abgewickelt werden, an die die Kredite abgetreten worden waren.

Doch die Landesgewerbebank forderte die Ablösung der Kredite bis zum Jahresende, was für viele Kreditnehmer völlig aussichtslos war. Aber die Landesgewerbebank blieb hart, und es wurden sogar Andeutungen gemacht, die darauf schließen lassen, dass für den Fall zahlreicher Zwangsversteigerungen bereits Interessenten für Großenhainer Grundstücke gesucht und gefunden seien!

Uns ist leider nicht bekannt, wie die Angelegenheit endete.

Die Gewerbebank Großenhain

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung

empfiehlt sich seinen Mitgliedern zur gewissenhaftesten und schnellsten Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte, wie

Eröffnung laufender Rechnungen, Scheck- und Überweisungsverkehr, Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks, Annahme von Spareinlagen unter Garantie der Wertbeständigkeit bei höchster Verzinsung, Gewährung von Krediten zu günstigsten Bedingungen, An- und Verkauf von Wertpapieren und Devisen usw.

Kassenstunden:
Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3-5 Uhr
Sonnabends 9-1 Uhr.

Reichsbank-Girokonto, Dresden.
Postcheckkonto Dresden 34903.
Stadtgirokonto 2303.
Fernsprecher 210.

Wir beehren uns, unseren geehrten Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen, daß die

Gewerbebank Großenhain
e. G. m. b. H.

Montag, den 2. Juli, in den von vorgedachten Geschäftsräumen, Meißner Straße 2, eröffnet werden wird.

Wir empfehlen uns zur schnellsten und entgegenkommendsten Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte, wie Kontokorrent-, Scheck- und Wechselverkehr, An- und Verkauf von Wertpapieren, An- und Abnahme von Spareinlagen, Gewährung von Krediten usw., und bitten, unter Berücksichtigung des Interesses des Mittelstandes blendendes Interesse durch rege Sparmaßnahme herbeizuführen zu wollen.

Zeit der Mitglieder am 28. Juni: 697, verbleibendes Geschäftskapital: M. 290.000 000,-. Bis zum 15. Juli beitretende Genossen nehmen an der Teilhabe des laufenden Jahres noch teil.

Kassenzettel: 9-11 und 3-4 Uhr, Sonnabends 9-1 Uhr.

Gewerbebank Großenhain
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Die Eröffnung der Gewerbebank wurde im Großenhainer Tageblatt für den 2. Juli 1923 angekündigt. Quelle: Stadtarchiv Großenhain

Mit ganzseitigen Anzeigen warb die Gewerbebank auch im Adressbuch der Stadt Großenhain – hier im Jahr 1924 (links). Quelle: Museum Großenhain

Im Konkursverfahren der

Gewerbebank Großenhain

Sind die Haftsummenbeträge fällig. Eine nochmalige Mahnung erfolgt nicht. Die Zahlungen können an sämtlichen hiesigen Banken einschl. der Gewerbebank erfolgen. Bei Zahlungsfälligkeit ist der Konkursverwalter genötigt, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Die sofortige Zahlung liegt deshalb im Interesse des einzelnen Genossen.

Der Konkursverwalter.

Am 26. Februar 1930 wurde im Großenhainer Tageblatt die Zahlung der Stammanteile angemahnt. Quelle: Stadtarchiv Großenhain

VON DER BANK FÜR LANDWIRTSCHAFT & NAHRUNGSGÜTERWIRTSCHAFT GROSSENHAIN ZUR VOLKSBANK RIESA

Die Deutsche Bauernbank war durch Gesetz vom 22. Februar 1950 als Spitzeninstitut der damals bestehenden Landesgenossenschaftsbanken gegründet worden. Sie versorgte die Einzelbauern über die Landesgenossenschaftsbanken und die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften mit Krediten, soweit diese dazu nicht in der Lage waren. Auch in Großenhain hat es eine Zweigstelle der Landesgenossenschaftsbank Sachsen e.G.m.b.H. gegeben.

Mit Beginn der Kollektivierung in der Landwirtschaft wurden die Landesgenossenschaftsbanken liquidiert. Sie arbeiteten als Landesstellen – später Bezirksstellen – der Deutschen Bauernbank weiter. Mit den Kreisstellen der Deutschen Bauernbank wurde deren Ausbau abgeschlossen. Die Deutsche Bauernbank war von Anfang an die Bank der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und anderer landwirtschaftlicher Einrichtungen. Ihr wurde auch die Finanzierung der gesamten volkseigenen Land- und Forstwirtschaft übertragen, was bisher Aufgabe der Deutschen Notenbank (für kurzfristige Kredite) bzw. der Deutschen Investitionsbank (für langfristige Kredite) war.

Quelle: *Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland: und ihre Auswirkungen auf Produktion...* von Edgar Tümmler, Konrad Merkel, Georg Blohm

Eintragungen der Arbeitgeber		Eintragungen der Arbeitgeber			
Name und Sitz des Betriebes	Art der Betriebs	Art der Beschäftigung	a) Tag des Beginns der Beschäftigung b) Unterschrift des Arbeitgebers c) Sichtvermerk des Arbeitgebers	d) Tag der Beendigung der Beschäftigung e) Unterschrift des Arbeitgebers f) Sichtvermerk des Arbeitgebers	
1. H. W. U. Proha Großenhain	Produktion u. Handel	kaufm. Lehrling	a) 1. 9. 1950 b) [Signature] c) [Sichtvermerk]	d) 31. 3. 1951 e) [Signature] f) [Sichtvermerk]	
2. JEB Negro Großenhain	Beleuchtungs- fabrik	kaufm. Lehrling	a) 1. 9. 1950 b) [Signature] c) [Sichtvermerk]	d) 30. 6. 1951 e) [Signature] f) [Sichtvermerk]	
3. JEB Negro Großenhain	Beleuchtungs- fabrik	kaufm. Angestellte	a) 12. 7. 1951 b) [Signature] c) [Sichtvermerk]	d) 15. 9. 1951 e) [Signature] f) [Sichtvermerk]	
Landesgenossenschaftsbank Sachsen e. G. m. b. H. Zweigstelle Großenhain/Sa.	Bank	Angestellte	a) 17. 9. 1951 b) [Signature] c) [Sichtvermerk]	d) 31. 8. 56 e) [Signature] f) [Sichtvermerk]	
4. H. W. U. Proha Großenhain	Bank	Angestellte	a) 1. 7. 1952 b) [Signature] c) [Sichtvermerk]	d) 31. 8. 1956 e) [Signature] f) [Sichtvermerk]	

Der Wandel von der Landesgenossenschaftsbank, Zweigstelle Großenhain, zu Deutschen Bauern-Bank Großenhain geht auch aus diesem Arbeitsbuch einer Mitarbeiterin von damals hervor. Der Wechsel erfolgte zum Jahresende 1951.
Quelle: privat

Die Landesgenossenschaftsbank Sachsen eGmbH stellte am 31. Dezember 1951 ihre Tätigkeit ein. Die bisher von den Landesgenossenschaftsbanken ausgeübte Funktion übernahm auch in Großenhain ab 1. Januar 1952 die Deutsche Bauernbank – Anstalt des öffentlichen Rechts.

Das wurde damit begründet, dass die werktätigen Bauern an ihre Massenorganisation VdgB (BHG) herangetreten seien, die Tätigkeit der Landesgenossenschaftsbanken auf die Deutsche Bauernbank zu übertragen, da das Weiterbestehen dieser Großgenossenschaften nicht mehr den Interessen der werktätigen Bauern und der Struktur der VdgB (BHG) entspräche.

Diese Forderung der Bauernschaft wurde auf den Landesbauerntagen, die im November 1951 stattgefunden hatten und auf denen die Mitgliedsgenossenschaften der Landesgenossenschaftsbanken durch die Bauern vertreten waren, zum Beschluss erhoben.

(Handbuch des gesamten Kreditwesens, von Walter Hofmann, Hermann Delorme, 7. Auflage, 1965 Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main)

1965 wurden die Bauernbanken zu Landwirtschaftsbanken umgebildet, aus denen 1968 die Banken für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (BLN) hervorgingen – die landläufig immer noch Bauernbanken genannt wurden. In Großenhain gab es eine solche Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, eine BHG und die Kreissparkasse, aber keine Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe – umgangssprachlich Gewerbebank genannt – wie in Riesa. Die Riesaer Gewerbebank hatte Kunden bis nach Südbrandenburg und auch viele in Großenhain, die aber von Riesa aus betreut wurden.

Mit der politischen Wende und der anstehenden Währungsunion mussten sich natürlich auch die Geldinstitute neu orientieren. Rechtsnachfolgerin der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft wurde 1990 die Genossenschaftsbank Berlin. In der Regel wurden die örtlichen Filialen der BLN in eine Volksbank oder Raiffeisenbank umgewandelt bzw. von denen übernommen.

Aus dem Finanzbereich der BHG gingen im Allgemeinen Raiffeisenbanken hervor, wie im Kapitel Oschatz (s. S. 125) beschrieben. Die Bauernbanken sahen – geprägt durch das Landwirtschaftsgeschäft – über den Schritt zur Genossenschaftsbank Berlin meist in den Raiffeisenbanken ihre Zukunft. So gehörte auch die BLN-Filiale kurzzeitig zur Genossenschaftsbank Berlin. Dieser Schritt wurde in Großenhain jedoch wieder rückgängig gemacht. Die Alternative war das Zusammengehen mit der aus dem Finanzbereich der BHG gegründeten Raiffeisenbank Großenhain. Aber offenbar gab es zwischen den Leitern der beiden Einrichtungen Unstimmigkeiten über einen möglichen gemeinsamen künftigen Weg.

Da es bereits zuvor eine gute Zusammenarbeit zwischen der BLN Großenhain und der Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe Riesa gegeben hatte, lag eine weitere Kooperation nahe. Die beiden Chefs taten ihre Geldinstitute kurzentschlossen zusammen – noch vor der Währungsunion. „Es gab keine Fusion in dem Sinne. Wir haben es einfach gemacht, weil wir uns gut kannten – Trick 17 eben. In der Wendezeit ging so ziemlich alles“, erinnert sich Karl-Heinz Leuteritz, damals Leiter der Genossenschaftskasse Riesa. Zum 1. Juli 1990, dem Tag der Währungsunion, ging die BLN Großenhain in der inzwischen wieder umbenannten Volksbank Riesa auf.



Die Volksbank Riesa im Gebäude der früheren Bauernbank an der Ecke Mozartallee/Gutenbergstraße in Großenhain
Foto: SLUB/Deutsche Fotothek, Reinecke, Hans 1998

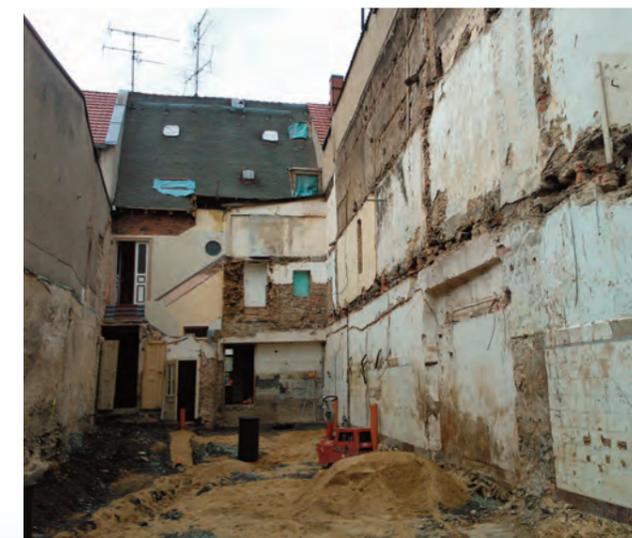
Damit erklärt sich auch, dass die Volksbank Riesa in das Gebäude der ehemaligen Bauernbank an der Ecke Mozartallee/Gutenbergstraße einzog.

Eine Besonderheit war, dass die BLN mitunter keinen Kassenschalter für den Kundenverkehr hatten. Das berichten auch frühere Mitarbeiterinnen der BLN Großenhain. Die elf Angestellten arbeiteten im Prinzip in einer Bank ohne Geld, denn sie vergaben „nur“ gewerbliche Kredite für landwirtschaftliche Einrichtungen und zur Baufinanzierung für in der Landwirtschaft angestellte Personen. Den Zahlungsverkehr und die Buchungen für die BLN wickelte bis zur Wende die Sparkasse ab, die auch eine entsprechende Kundendatei führte. Das ging natürlich mit der Wende nicht mehr. Die BLN-Mitarbeiterinnen holten sich den Karton mit der Kundendatei und richteten sich auch zur Währungsunion für den Geldumtausch ein.

Da das Gebäude aber in keiner Weise den Anforderungen an eine Bank entsprach, zog die Volksbank in die Mozartallee 18 um.



Der Umbau begann.
Foto: Voba



Der Abriss der alten Hintergebäude war unerlässlich.
Foto: Voba



Die Geschäftsstelle Mozartallee 18 (oben)
Foto: Voba



Das Gebäude Frauenmarkt 19 im Jahr 1993 (rechts).
Quelle: Deutsche Fotothek Dresden, Henrik AhlerS

Aber auch das blieb nur ein Provisorium.

Ende Oktober 2014 zog die Volksbank-Filiale Großenhain in neue Geschäftsräume in dem von ihr im gleichen Jahr erworbenen traditionsreichen Gebäude Frauenmarkt 19 ein, das zuvor vollständig saniert worden war.

Das Hauptgebäude war 1758 erbaut worden. Seit 1836 gehörte es immer Bäckermeistern: Friedrich Wilhelm Müller, Julius Geißler, Hermann Julius, Ernst Richard Rentzsch, Oskar Alfred Berthold, Hermann Johannes Rolf Wittig und schließlich Bäckermeister Frank Wittig. Zuletzt befand sich hier eine Filiale der Bäckerei Faust.

Zwischen 1840 und 1880 wurden mehrere Nebengebäude errichtet.



Großenhain verfügt über eine moderne Volksbank-Filiale.
Foto: Voba

DIE VOLKSBANK RIESA HEUTE UND IN ZUKUNFT

Seit der Gründung unserer Genossenschaftsbank als Vorschussverein für Riesa und Umgebung im Jahr 1855 sind mittlerweile 167 Jahre vergangen. Die letzten zehn Jahre unserer wechselvollen Geschichte muten dagegen wie ein Wimpernschlag an.

Es gab im vergangenen Jahrzehnt enorme Veränderungen. Wir spüren einen Wandel in der Gesellschaft. Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen werden einer beständigen Überarbeitung und Verschärfung unterzogen. Hinzu kommt, dass sich die Digitalisierung von Bankdienstleistungen in einem rasanten Tempo entwickelt. Mehr denn je ist es wichtig, diesem Wandel mit einer großen Akzeptanz zu begegnen, ohne dabei das Grundprinzip einer genossenschaftlichen Regionalbank aus den Augen zu verlieren.

Seit der politischen Wende in Deutschland gab es gute und erfolgreiche Zeiten. Jedoch zeigen uns die vergangenen Monate, wie schnell sich gesellschaftliche Umbrüche als unvorhersehbare Gefahren darstellen. Noch zu Jahresbeginn 2022 rechnete niemand mit einem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dieser Krieg wird Experteneinschätzungen zu Folge einen Anstieg der Verbraucherpreise auf den höchsten Stand seit 1982 nach sich ziehen. Doch nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa wird man die Unsicherheiten und Entwicklungen abwarten müssen.

Obwohl wir bei der Ausreichung von Darlehen, sowohl an die regionale Wirtschaft als auch an Privatpersonen, welche sich ihren Traum vom Eigenheim erfüllen möchten, zu den stärksten Genossenschaftsbanken in Sachsen gehören, hat sich unser Zinsergebnis in den letzten Jahren sehr deutlich reduziert. Grund dafür ist die Zinspolitik der europäischen Zentralbank, die schon lange nicht mehr nur für die Stabilität der Währung, sondern auch für die Tragbarkeit der Schuldenlast des einen oder anderen europäischen Mitgliedsstaates steht. Zukünftige Generationen werden sich vielleicht verwundert die Augen reiben, wenn sie lesen, dass in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts Banken plötzlich Verwarentgelte für Guthaben in Rechnung stellten. Vielleicht wundert man sich aber auch über unsere derzeitige Auffassung, weil das Erheben von Verwarentgelten längst zur normalsten Sache der Welt geworden ist. Wie dem auch sei, wenn sich eine Ertragssituation so nachhaltig ändert, muss reagiert werden. Wir haben deshalb vor einigen Jahren damit begonnen, einen Bestand an Immobilien aufzubauen. Über die Vermietung dieser Objekte können wir zumindest einen Teil der abhanden gekommenen Zinserträge kompensieren. Hierbei investieren wir in erster Linie in regionale Immobilien. So gehören mittlerweile Wohnimmobilien in Riesa und Oschatz zu unserem Portfolio. Aber auch sachsenweit gibt es die eine oder andere Immobilie, die unsere Ankaufsrichtlinien erfüllt.

Es bleibt jedoch dabei, die Zinspolitik der europäischen Zentralbank ist kritisch zu bewerten. Ein Beispiel soll verdeutlichen, welche Dimension das Anleiheankaufprogramm der Zentralbank angenommen hat: Man stelle sich einfach vor, dass es einen Menschen gäbe, der zu Zeiten von Jesus Christus geboren wurde und heute noch leben würde. Und dieser Mensch hätte an jedem einzelnen Tag seines langen Lebens fünf Millionen Euro auf ein Sparbuch gelegt.

Dann wäre im Laufe von 2021 Jahren eine enorme Summe zusammengekommen! Aber die Europäische Zentralbank hat diesen Betrag mit ihrem Anleiheankauf der letzten Jahre locker überboten. Kaum zu glauben!

Doch diese Entwicklung hat für unsere Genossenschaftsbank auch etwas Gutes. Wenn schon auf den Geld- und Kapitalmärkten kaum noch Wertpapiere zu erwerben sind, weil die Zentralbank mit ihrem Ankauf die Märkte leert, so können wir stattdessen das Geld unserer Einleger verstärkt in die Ausreichung regionaler Kredite investieren. Apropos Geldeinleger, zum Glück arbeitet unsere Bank im genossenschaftlichen Finanzverbund sehr eng mit den Verbundinstituten zusammen, sodass unsere Kunden über die Produkte der Verbundpartner immer die Möglichkeit erhalten, dem Verwarentgelt, zu entgehen.

So können wir resümieren, dass unsere Bank mit ihren Dienstleistungen im letzten Jahrzehnt einen sehr guten Zuspruch verzeichnete. Lag unsere Bilanzsumme 2012 noch bei knapp 300 Millionen Euro, so sind es zum Ende des Jahres 2021 schon 471 Millionen Euro sein.

In erster Linie haben wir diesen Zuspruch unseren Kunden selbst zu verdanken. In jedem Kundengespräch, zu jeder Kundenveranstaltung und auch während unserer jährlichen Vertreterversammlung spüren wir, wie interessiert, verbunden und im positiven Sinne sachkritisch mit unserer Bank umgegangen und die Diskussion gesucht wird. Wir wünschen uns für die kommenden Jahre sehr, dass dieser Dialog unbedingt bestehen bleibt, auch wenn die Digitalisierung an der einen oder anderen Stelle schnellere Wege bietet. Unsere Chronik selbst zeigt deutlich, dass die Entwicklungen unseres Hauses immer über den Menschen stattgefunden haben, und so soll es auch noch lange bleiben.

Dennoch sind wir gut darin beraten, die Entwicklungen, welche die Digitalisierung bereithält, nicht zu unterschätzen. Mag es vielleicht an mancher Stelle auch anstrengend und ungewohnt sein, so glauben wir an einen Weg, der Technologie und menschlichen Kontakt verbindet. Wir werden deshalb Sorge dafür tragen, dass Servicevorgänge so konsequent wie möglich digitalisiert werden. Andererseits soll die Beratung unserer Kunden auch weiterhin im persönlichen Kontakt erfolgen, denn eine reine Direktbank wollen und können wir nicht sein.

Wenn wir einige Jahre zurückblicken, so gab es beispielsweise in unseren beiden großen Kopfstellen in Riesa und Oschatz jeweils eine Hauptkasse. Viele unserer Kunden kennen noch die Mitarbeiter persönlich, die hinter dickem Panzerglas eine sehr gute Arbeit geleistet haben. Zwischenzeitlich haben wir alle unsere Geschäftsstellen umgebaut. Die neuen Räumlichkeiten spiegeln den Wandel wider. Hauptkassen sind verschwunden, Kontotresen gibt es nicht mehr und belegte Überweisungsträger sind heute schon fast moderne Fossilien. Diese Entwicklung in unseren Geschäftsstellen wird sich fortsetzen. Mit einem Touch auf unsere modernen Videobildschirme werden unsere Kunden zukünftig mit den Mitarbeitern sprechen können, die sie vor noch nicht allzu langer Zeit hinter dem Tresen in der Geschäftsstelle begrüßt haben. Dagegen haben wir die Beratungspunkte ausgebaut. Während in unserer Hauptstelle in Riesa noch vor ein paar Jahren die Beratungsplätze mitten im Raum zwischen Trennelementen aus Schränken zu finden waren, wurden inzwischen moderne Beratungszimmer geschaffen, denen es an nichts mangelt.

Zunehmend beschäftigen wir uns in unseren strategischen Überlegungen auch mit den folgenden Generationen. Werden die jungen Menschen, die

Danke

Die Arbeit an dieser Chronik hat mich einige Jahre beschäftigt. Ich durchforstete Archive und Museen und befragte Zeitzeugen. Das war oft sehr mühsam, aber wo ich auch wegen bestimmter Informationen anfragte: Ich fand überall offene Türen und sehr hilfsbereite Menschen. Ohne sie wäre diese Chronik nicht möglich gewesen. Ich bedanke mich daher bei allen, die mich auf diesem langen Weg in irgendeiner Form unterstützt haben: bei den Heimatforschern Christore Wetzig aus Wermisdorf und Dr. Manfred Schollmeyer aus Oschatz, bei den Stadtarchiven Riesa, Großenhain und Oschatz, bei den Stadtmuseen der drei Orte, beim Sächsischen Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden und Staatsarchiv Leipzig, sowie beim Landratsamt und beim Grundbuchamt am Amtsgericht Riesa – und natürlich bei allen ehemaligen und gegenwärtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Volksbank Riesa, die mir jederzeit mit Rat und Tat zur Seite standen. Die Arbeit an der Chronik war anstrengend, manchmal nervenaufreibend, aber sie hat mir auch viel Spaß gemacht.

Ich habe alle Quellen genutzt, die mir zugänglich waren. Dennoch blieben an einigen Stellen Lücken. Vielleicht können die interessierten Leserinnen und Leser helfen, diese Lücken zu schließen. Diese Chronik habe ich nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt. Für eventuelle Fehler möchte ich mich an dieser Stelle bereits entschuldigen.

Ich hoffe, Sie sind mit dem Gesamtergebnis zufrieden.

Heike Berthold

so affin im Umgang mit modernen Technologien sind, in Zukunft noch eine Bank betreten? Werden diese Generationen noch ein Girokonto besitzen oder übernimmt der eingepflanzte Chip im Unterarm diese Aufgabe? Wie entwickelt sich die in aller Munde befindliche Blockchaintechologie weiter? Wann folgt dem Bitcoin der digitale Euro? Fragen über Fragen, auf die eine moderne Genossenschaftsbank Antworten finden muss.

Wir werden all diese Fragen erfolgreich beantworten, wenn wir mit einer starken, wandlungsfähigen Mitarbeiterschaft in die Zukunft gehen können. Im Vergleich zu anderen Genossenschaftsbanken dürfen wir besonders stolz darauf sein, langjährige Mitarbeiter in unserer Mitte zu finden. Erfahrung und Bodenständigkeit sind unbedingte Erfolgsfaktoren, wenn die Zeichen auf nachhaltige Veränderung stehen.

Dabei ist es auch wichtig, den Nachwuchs nicht aus den Augen zu verlieren. Wir sind zu einem starken Ausbildungsbetrieb gewachsen und versuchen, möglichst jedem Auszubildenden eine Perspektive in unserem Unternehmen zu bieten. Das gelingt noch nicht immer; wir arbeiten aber daran.

Der Bankmitarbeiter von morgen wird nicht mehr dem Bild des „klassischen“ Bankangestellten entsprechen. Er wird sich in erster Linie dem digitalen Umbruch und dem rasanten Wandel der Gesellschaft stellen und schnell, lösungsorientiert und emphatisch arbeiten müssen. Doch etwas Altbewährtes wird auch weiterhin bleiben: Es versteht sich mittlerweile seit 167 Jahren für unsere Bank von selbst, diskret, höflich und kompetent für unsere Kunden in der Region, für die Region da zu sein.

Heute gibt es im Freistaat Sachsen nur noch 16 Volksbanken und Raiffeisenbanken, Tendenz sinkend. Unsere Volksbank ist die zweitälteste Kreditgenossenschaft Sachsens. Ende Februar 1958 berichtet der damalige Dahleener Vorstand Karl-Heinz Leuteritz über die Teilnahme an einem Bankleiterseminar. Dabei ging es offenbar um die Zusammenlegung von Genossenschaftsbanken. „Man steht der Entwicklung nicht ablehnend gegenüber, jedoch ist an die Aufgabe der Selbstständigkeit unserer Bank noch nicht zu denken, da die Genossenschaft bei einer Bilanzsumme von 2 Mio. DM (Deutsche Mark der Deutschen Notenbank) durchaus sehr gut existenzfähig ist und die Betreuung sowie der Kontakt mit den Mitgliedern in eigener Regie besser durchgeführt werden kann...“.

64 Jahre später haben wir einen ähnlichen Blick auf mögliche Zusammenschlüsse von Genossenschaftsbanken. Zwar sprechen die Einsparungspotenziale zusammengeführter Häuser eine deutliche Sprache, noch dazu, wenn die regulatorischen Anforderungen von der europäischen Bankenaufsicht weiter steigen werden.

Wir schätzen jedoch unsere wirtschaftliche Eigenständigkeit als ein besonders hohes Gut, da ein intensiver Kundenkontakt, regionale Arbeitsplätze und unsere örtliche Sozialbilanz für uns wertvolle Errungenschaften bedeuten.

In diesem Sinne fühlen wir uns bereit und gut gerüstet, um unsere Bank in die Zukunft zu führen.


Kai-Uwe Schulz
Vorstand


Markus Ziron
Vorstand



Es ist geschafft! Unsere Bankchronik ist fertig, und wir sind zugegebenermaßen sehr stolz darauf. Und nun steht sie Ihnen zur Verfügung. Wir möchten Ihnen an dieser Stelle einfach Danke sagen. Denn Sie haben die Chronik bis zur letzten Seite gelesen, was bedeutet, sie hat Ihre Neugier bis zum Schluss gehalten. Vielleicht gehören auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, zu den Zeitzeugen und erfreuen sich an geschilderten Erinnerungen oder erleben die eine oder andere Situation gedanklich noch einmal. Wenn dem so ist, haben wir unser Ziel erreicht. Von der Idee, unserer Volksbank Riesa eG eine eigene Chronik zu widmen, bis zur Umsetzung dieses Projektes ist – zugegeben – mehr Zeit vergangen als am Anfang gedacht. Ohne die Mithilfe zahlreicher Unterstützer und Zeitzeugen hätte es wahrscheinlich noch länger gedauert. Daher ist nun der Zeitpunkt gekommen, sich bei all denjenigen zu bedanken, die mit kleinen Anekdoten und emotionalen Erzählungen über die vergangenen 166 Jahre berichtet und somit die Chronik unserer Bank mitgeschrieben haben.

Da gebührt an erster Stelle ein ausdrücklicher Dank Heike Berthold. Ihrer fachlichen Expertise und gehörigen Portion Geduld ist es zu verdanken, dass wir nun die fertige Chronik in unseren Händen halten.

Ebenfalls möchten wir uns bei jedem einzelnen Zeitzeugen bedanken, den wir persönlich befragen durften. Danke für Ihren persönlichen Blick in die Vergangenheit und die kostbaren Erinnerungen. Und für die Zeit, die Sie uns gewidmet haben, um unser Projekt so kräftig zu unterstützen und mit Ihrer persönlichen Note zu verziern. Und natürlich ist ein herzliches Dankeschön all jenen auszusprechen, die Stunde für Stunde der Recherche gewidmet haben und in den Kellerarchiven nach „Schätzen“ suchten und sie auch fanden. So konnten viele vielleicht schon vergessene Raritäten wieder zu Tage gebracht, bestaunt und nun in unserer Chronik wiederbelebt werden. Vielen Dank dafür.

So findet jeder ein Stück seiner Geschichte auch im 166 Jahre alten Grundgedanken von Schulze-Delitzsch und Raiffeisen wieder. Jeder unserer Mitarbeiter und Kunden schreibt Tag für Tag ein kleines neues Stück Geschichte für unsere Volksbank. Damit werden wir Sorge dafür tragen, dass der genossenschaftliche Gedanke und dessen Werte über Generationen weitergelebt werden.

Markus Ziron (l.) und Kai-Uwe Schulz in der Volksbank Riesa.

Foto: H. Berthold

